



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**



THEMA

DIGITALES EUROPA UND ZIVILGESELLSCHAFT

DOSSIER Nr. 10



BBE DOSSIER NR. 10

DIGITALES EUROPA UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Suche nach einer europäischen Antwort auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie ist ohne Digitalisierung nicht vorstellbar. Dieses Dossier wirft einen Blick auf die europäische Debatte zum Thema Digitalisierung. Es ist eine Herausforderung, eine Chance und gleichzeitig auch eine zentrale Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Akteure und Organisationen, sich der Digitalisierung für die je eigene Arbeit und Organisation zu stellen und dabei auch gute Lösungen für die gemeinsame Arbeit auf Plattformen und in Verbänden und Netzwerken zu finden. Zudem braucht es gute Antworten auf die neuen Untiefen und Kommunikationsrisiken der Social Media-Kommunikation – aber eben auch eine gute politische Rahmensezung dafür. Die Beiträge des Dossiers bieten Einblicke in die Diskurse und in die Praxis der zivilgesellschaftlichen Akteure mit einem besonderen Blick auf die europäischen Kommunikationsräume. Die in Organisationen, in der Plattformarbeit oder auch in der europäischen Förderpraxis gemachten Erfahrungen sowie die Diskurse zwischen Zivilgesellschaft und Politik zur erforderlichen Rahmensezung des Digitalisierungsprozesses, können so nachvollzogen werden. Deutlich werden so auch Entwicklungsoptionen und damit verbundene politische und organisatorische Handlungsbedarfe. In diesem Sinne hoffen wir auf vielfältige Verwendung des Dossiers: sowohl bei der Arbeit der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als auch der Medienmacher*innen.

ISBN 978-3-948153-19-9

INHALTSVERZEICHNIS

- 3 Vorwort
- 5 Einleitung

TEIL I: EUROPAS DIGITALER KOMPASS

- 8 Rupert Graf Strachwitz: Digitalisierung – Für die Zivilgesellschaft eine Hilfe, eine Bedrohung, eine Aufgabe?
- 16 Ruth Simsa: Führen aus der Distanz im Homeoffice – Chancen, Risiken und Empfehlungen für NPOs
- 21 Lars Becker: Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für Europas Zivilgesellschaft
- 25 Maximilian Pinnen/ Frauke Stebner/ Nina Knops/ Matthias Becker: Erasmus+: digitaler, inklusiver, nachhaltiger
- 30 Hendrik vom Lehn: Digitale Infrastruktur für die Zivilgesellschaft – Gedanken zur Rolle von Open-Source-Software und Datenschutz
- 36 Raphaela Hobbach: Eine digitale Plattform für zivilgesellschaftliches Engagement in Europa
- 39 Jennifer Stapper: United Nations Volunteers
- 44 Hans Sandler: Trisektoraler Bedarf an digitalen Informations- und Interaktions-Plattformen
- 49 Gül Yavuz: Digitalisierung – Engagementsektor – Trisektoralität

TEIL II: »FROM NEIGHBOURHOOD TO CYBERHOOD?«

- 54 Andreas Wolter: Die Schaffung einer interaktiven Plattform für die deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften
- 57 Ulrike Domany-Funtan: Zivilgesellschaft und digitaler Raum – digitale Kompetenzen in Österreich
- 62 Torben Stephan: Die Zivilgesellschaft in der Schweiz muss den digitalen Wandel mitgestalten
- 66 Benjamin Kurc: Das Große im Kleinen leben und fördern
- 70 Gabriella Civico: Digitalization & the European Volunteering Capital competition: How has the pandemic affected competition? How important are the digital tools in this?

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL III: DAS INTERNET ALS LEBENSRAUM – FORUM DIGITALISIERUNG UND ENGAGEMENT

- 74 Serge Embacher/ Dana Milovanovic/ Teresa Staiger: Digitalisierung, Zivilgesellschaft und Demokratie – eine Zwischenbilanz
- 81 Teresa Staiger: Digitale Souveränität – ein Plädoyer für die Open-Source-Gesellschaft
- 85 Teresa Staiger/ Dana Milovanovic: »Digitale Kompetenz als ein (neuer) Schlüssel zum Engagement«: Dialogforum 1 – Digitale Kompetenz
- 89 Dana Milovanovic/ Teresa Staiger: Organisationsentwicklung und digitaler Wandel
- 94 Teresa Staiger/ Dana Milovanovic: Datenschutz und Datensicherheit als Grundrechtsschutz
- 98 Teresa Staiger: Wine & Hack – mit Spaß und Humor zu mehr Sicherheit
- 102 Annika Schwerdt: Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Demokratieentwicklung
- 106 Francesca Schmidt: Das Internet ist ein wunderbares Werkzeug
- 109 Jutta Croll: Thesenpapier zum Themenfeld Digitale Kompetenz im bürgerschaftlichen Engagement
- 115 Johannes Grünecker: Digitale Kompetenzen im Engagement der AWO: ein Erfahrungs- und »Wirkungsbericht« des Dialogforums »Digitale Kompetenz«
- 121 Elisa Lindinger/ Julia Kloiber/ Anna Wohlfarth: Thesen zur Stärkung des Dritten Sektors im Digitalen Wandel
- 128 Susanne Saliger: Digitalisierungsstrategie – finden Sie Ihr WARUM
- 132 Ursel Wolfgramm/ Deborah Castello: Das #ArtSocial Innovation Festival – Kreative Kollaboration über Sektorgrenzen hinweg
- 135 Kai Fritzsche: Digitalisierung, soziale Arbeit und Datenschutz – das Beispiel Datenschutz
- 138 Thomas Oeben: Trisektoraler Lösungsansatz zur Bewältigung des Pflegenotstands
- 142 Sophie Achermann/ Vinzenz Himmighofen/ Patrick Müller/ Andre Wolf: Zur Initiative ANSTOSS DEMOKRATIE

TEIL IV: DIGITALE TEILHABE

- 146 Interview mit Hildegard Bentele, MdEP: Digitales Europa und Konferenz zur Zukunft Europas
- 148 Interview mit Damian Boeselager, MdEP: Digitales Europa und Konferenz zur Zukunft Europas
- 150 Interview mit Niklas Nienäß, MdEP: Digitales Europa und Konferenz zur Zukunft Europas
- 154 Interview mit Carola Schaaf-Derichs: EBI, digitale Zivilgesellschaft und vielfältige Demokratie
- 157 Larissa Montag/ Johannes Kohls: Europa und digitale Teilhabe: Hat das digitale Format Bürgerdialoge verändert?
- 162 Europäische Bewegung Deutschland (EBD): 68. Europäischer Wettbewerb »Digital EU – and YOU?«
- 164 Álvaro Torres: 4-1 Ökobilanz eines Klicks

- 168 Impressum
- 169 BBE-Newsletter online

VORWORT

Die Digitalisierung der Kommunikationswelten hat enorme Folgen auch für die Akteure der Zivilgesellschaft. Überwog zu Beginn der Debatte zunächst eine euphorische Grundstimmung mit Blick auf die unendlichen Weiten neuer möglicher Kommunikationswelten und auf die neuen Möglichkeiten der Beteiligung dort, so ist mittlerweile längst auch der kritische Blick auf die Risiken der Social Media – Kommunikation gewachsen.

Einschlägig gewordene Stichworte dieser Diskussion sind insbesondere Fake News, Hate Speech, Echoräume, technisch manipulierte Kommunikationsverläufe, wachsende Probleme mit dem Datenschutz oder auch – ganz grundsätzlich ansetzend – eine zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums im Rahmen der Kommunikationspraxis der Social Media.

Zudem wird immer deutlicher, dass der enorme Schub der Digitalisierung im Kontext der mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen sozial hoch selektiv verläuft: Der »Digital Divide« schließt diejenigen zunehmend aus den digitalen Kommunikationsräumen aus, die nicht über die erforderlichen Ressourcen (Bildung, Geld ...) verfügen. Nicht nur vor diesem Hintergrund einer erforderlichen inklusiven Entwicklung sind Digital- und Medienkompetenzen zentrale Anforderungen an die Vereine, Verbände, Plattformen und für die Infrastruktureinrichtungen, die in lokalen Sozialräumen

Engagement und Teilhabe begleiten und unterstützen.

Die Frage einer politischen Regulierung der großen privatwirtschaftlich betriebenen Internetplattformen, die ganz besonders ein europäisches Zusammenwirken der politischen wie auch zivilgesellschaftlichen Akteure voraussetzt, ist ein hochaktuelles Thema. Social Media-Kommunikation ist an rechtliche Vorgaben ebenso zu binden wie die öffentliche Kommunikation in Zeitungen und Zeitschriften.

Unser Dossier wirft vor diesem Hintergrund einen Blick auf die europäische Debatte. Es ist eine zentrale Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Akteure und Organisationen, sich den Herausforderungen der Digitalisierung für die je eigene Arbeit und Organisation zu stellen und dabei auch gute Lösungen für die gemeinsame Arbeit auf Plattformen und in Verbänden und Netzwerken zu finden. Zudem braucht es gute Antworten auf die neuen Untiefen und Kommunikationsrisiken der Social Media-Kommunikation – aber eben auch eine gute politische Rahmensetzung dafür.

Die Beiträge des Dossiers bieten Einblicke in die Diskurse und in die Praxis der zivilgesellschaftlichen Akteure mit einem besonderen Blick auf die europäischen Kommunikationsräume. Die in Organisationen, in der Plattformarbeit oder auch in der europäischen Förderpraxis gemachten Erfahrungen, aber auch die Diskurse

VORWORT

zwischen Zivilgesellschaft und Politik zur erforderlichen Rahmensetzung des Digitalisierungsprozesses, können so nachvollzogen werden. Deutlich werden so auch Entwicklungsoptionen wie damit verbundene politische und organisatorische Handlungsbedarfe.

Viele Herausforderungen der Digitalisierung lassen sich nur europäisch gut beantworten. Das BBE hat das Thema der Digitalisierung zivilgesellschaftlicher Kommunikationsräume auf nationaler Ebene in einem zweijährigen nationalen Forumsprozess aufgegriffen. Auch diese Diskussion ist Teil des vorliegenden Dossiers.

Beteiligt haben sich im Forumsprozess Akteure aus der ganzen Breite der zivilgesellschaftlichen Organisationslandschaft,

deren Erfahrungen und Handlungsempfehlungen in den Forumsprozess eingegangen sind. Die Dokumentation der Abschlussergebnisse wird gegen Ende 2021 abgeschlossen sein, doch lassen sich die meisten Ergebnisse bereits in mehreren Dokumentationen auf der Homepage des BBE finden: <https://www.b-b-e.de/publikationen/forum/>

Das Forum stellt der neuen Bundesregierung eine partizipativ entstandene, fachlich intensiv abgestimmte Handlungsagenda zur Verfügung, die die Herausforderungen der Digitalisierung und die damit verbundenen politischen Handlungsbedarfe kompakt zusammengestellt hat.

PD Dr. Ansgar Klein
Hauptgeschäftsführer des BBE

Das BBE hat sich 2018 eine Richtlinie zur gendersensiblen Sprache gegeben und veröffentlicht, die verbindlich für Mitarbeiter*innen der BBE-Geschäftsstelle ist. Wir empfehlen sie Gastautor*innen für Beiträge in unseren Publikationen als Orientierung. Da die inhaltliche Verantwortung für die Einzelbeiträge bei den Autor*innen liegt, steht Ihnen es frei, wie sie gendern. Eine nachträgliche Harmonisierung findet in unseren Publikationen nicht statt.

EINLEITUNG

»Klick.

Digitalisierung ist gut?

[...]

Verwenden wir die Digitalisierung, um in der Zukunft in einer besseren Welt zu sein.

Klick.«

Álvaro Torres, Schüler¹

Europäische Antworten auf die Herausforderungen der Zeit, von der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie über den Klimawandel bis hin zur wirtschaftlichen Nutzung des Weltraums, sind ohne Digitalisierung nicht möglich. Dabei ist der Stand der Digitalisierung in Europa divers und die EU sieht sich, im Großen und Ganzen gesehen, gegenüber anderen Regionen der Welt, etwa gegenüber den Tech-Konzernen in den USA, in einer abhängigen Position. In anderen Regionen wie China wird eine Digitalisierung betrieben, die auf individuelle Freiheitsrechte keine Rücksicht nimmt. Zugleich haben Formen hybrider Kriegführung und Desinformationspropaganda sowie kriminelle Aktivitäten gegen die politische wie wirtschaftliche Infrastruktur europäischer Demokratien zugenommen.

Vor diesem Hintergrund hatte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vier digitalpolitisch Ziele formuliert:

- Europa soll digital eigenständiger werden,

- Europa soll gegen Cyber-Kriminalität kämpfen,
- Europa soll Daten sicher nutzbar machen,
- Europa soll bürgernah digital werden.

Auch die portugiesische und slowenische EU-Ratspräsidentschaft nahmen sich des Zukunftsthemas Digitalisierung an und machten dies zur Leitlinie ihres Ratsvorsitzes. Aber welche Chancen und Stolpersteine gibt es aus der Sicht der Zivilgesellschaft in Europa? Wie Digitalisierung das zivilgesellschaftliche Engagement in Europa bewegt und verändert, steht deshalb im Fokus des diesjährigen Schwerpunktthemas der Europaarbeit des BBE.

Am 9. März 2021 präsentierte die EU-Kommission ihre Zielvorstellung und Wege für den digitalen Wandel in Europa bis zum Jahr 2030. Das digitale Jahrzehnt der EU soll sich danach um vier Kernpunkte drehen: Kompetenzen, eine sichere und nachhaltige digitale Infrastruktur, digitaler Wandel in Unternehmen und Digitalisierung öffentlicher Dienste. Diese Themen stehen auch im Fokus des I Teils des Dossiers, genauso wie die Frage, wie im Rahmen der Digitalgrundsätze die Förderung und Wahrung europäischer Werte im digitalen Raum gewährleistet werden sollen. Das bedeutet auch: Ist Digitalisierung für die Zivilgesellschaft eine Hilfe, eine Bedrohung bzw. eine Aufgabe?

¹ Siehe Seite 163 in dem vorliegenden Dossier.

EINLEITUNG

Vor acht Jahren rief das Brüsseler Center for European Volunteering (CEV), das seit 1992 freiwilliges Engagement unterstützt, den Wettbewerb »Europäische Freiwilligenhauptstadt« ins Leben. Die Idee dahinter: Freiwilliges Engagement in verschiedenen europäischen Städten auf lokaler Ebene zu fördern, zu entwickeln und sichtbar zu machen. Für das Jahr 2021 war Berlin zur Europäischen Freiwilligenhauptstadt (European Volunteering Capital) gewählt worden. Bereits im Januar 2020 jedoch, kurz nachdem Padua (Italien) von Košice (Slowakei) den Titel #EV-Capital (European Volunteering Capital) übernommen hatte, breitete sich die COVID-19-Pandemie aus. Nicht nur in Padua, sondern weltweit konnten auf einmal engagierte Menschen in Zeiten pandemisch begründeter Kontaktverbote und reduzierter Versammlungsmöglichkeiten ihr Engagement nur eingeschränkt ausüben. Sie mussten sich vielfach – teilweise auch erstmals – auf digitale Maßnahmen, Kommunikation und Formate umstellen. Wie haben digitale Formate und Digitalisierung das lokale Engagement in verschiedenen Ländern geprägt? Dieser Fragehorizont ist Thema des II Teil des Dossiers. Darin wird insbesondere der These nachgegangen, dass digitale Medien das lokale Engagement verändern und Auswirkungen auf die »analoge Nachbarschaft« haben: Wird eine »Neighbourhood« zu einer »Cyberhood«? Wie funktionieren, weniger grundsätzlich gefragt, Städtepartnerschaften im digitalen Format?

»Wenn ich das Internet neu erfinden könnte, wäre es nach den Prinzipien ›Safety by Design‹ und ›Accessibility by Design‹ so gestaltet, dass es für alle Menschen frei zugänglich und nutzbar ist, und Digitale Kompetenz gehörte selbstverständlich zu den Basiskompetenzen, die in allen Bildungskontexten vermittelt werden.« Das schreibt Jutta Croll, Vorstandsvorsitzende

der Stiftung Digitale Chancen, in ihrem Beitrag, veröffentlicht im Teil III des Dossiers, der das Internet als Lebensraum betrachtet. Hier finden sich Beiträge, die im Rahmen des BBE-Projekts »Forum Digitalisierung und Engagement« entstanden sind.

Die von der EU ins Leben gerufene »Konferenz zur Zukunft Europas« ist ein umfassender Prozess mit vielen Bausteinen, die dazu dienen sollen, Bürger*innen aus allen Teilen der EU in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubeziehen. Zur »Konferenz zur Zukunft Europas« gehört eine eigens aufgesetzte digitale Plattform. Beim Start kommunizierte die EU einen inklusiven Prozess, dass möglichst viele Menschen über die Plattform ihren Beitrag zur Gestaltung ihrer Zukunft leisten können. Macht das digitale Format aber den Prozess tatsächlich inklusiver? Zudem: In den Medien wurde als Hashtag für die Plattform bekannt: #DieZukunftGehörtDir. Bedeutet das, dass die Zukunft den Bürger*innen gehört, die Onlinezugang haben und digitale Tools beherrschen? Ist eine erfolgreiche Bürger*innenbeteiligung auf europäischer Ebene ohne Digitalisierung vorstellbar? Diesen Fragen stellten sich Europaabgeordnete in Interviews, geführt von der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten. Sie bilden Teil IV des Dossiers.

Digitale Teilhabe ist für eine Demokratie ein wichtiges Anliegen, denn auf dem Weg in die demokratische Zukunft müssen alle Menschen mitgenommen werden, durch vielfältige, inklusive, demokratische Beteiligungsformate. Die Bürger*innen haben was zu sagen, ob digital oder analog oder digilog-hybrid – getreu dem Motto der Bürgerdialoge der Europa-Union: »Europa, wir müssen reden!«.

Die Reihe »Dossiers« des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) führt Texte zu besonders diskutierten

Themen zusammen, die im Rahmen der Arbeit des BBE entstanden sind: in Projekten wie in diesem Fall dem »Forum Digitalisierung und Engagement« oder der kontinuierlichen Einwerbung von Gastbeiträgen im Rahmen von Schwerpunkten im BBE-Newsletter und in den Europa-Nachrichten des BBE. Letzteres ist ein wichtiges Element der vom BBE initiierten bzw. vertieften engagement- und demokratiepolitischen Diskurse, da die Autor*innen ebenso von außerhalb des BBE-Netzwerks kommen.

Zeichnet sich ein Dossier ab, werden teilweise auch Beiträge akquiriert, für die von vornherein eine Doppelverwendung in unseren Newslettern und im Dossier geplant ist – dies ist zum Beispiel bei den Interviews mit Politiker*innen der Fall, die parallel im Dossier und in den Europa-Nachrichten erscheinen. Grundsätzlich gilt, dass Beiträge in Dossiers auch in anderen Medien des BBE erschienen sind oder erscheinen – es handelt sich damit um eine doppelte Kuratierung, die diese Beiträge durchlaufen haben, nämlich die Kuratierung für die jeweilige Fachpublikation eines Projekts oder die Kuratierung durch unsere fachlich unabhängig agierenden Newsletter-Redaktionen. Hinzu kommt dann die Kuratierung durch die Redaktion des Dossiers, begleitet durch die Redaktion aller Online-Reihen des BBE.

Damit geben Dossiers zugleich einen qualitativ hochwertigen Einblick in die Entwicklung der jeweiligen Diskurse. Die Zusammenführung der Texte soll die weiteren fachlichen, engagement- und demokratiepolitischen Diskussionen zu

dem jeweiligen Thema vertiefen und voranbringen. Hochwertigkeit bedeutet im engagement- und demokratiepolitischen Feld immer auch die Offenheit für Ungeohntes und Unabgeschlossenes, für das Nicht-Perfekte. Bürgerschaftliches Engagement schließt nicht ab, sondern öffnet; bürgerschaftliches Engagement verbindet, was nicht verbunden war oder was ohne Engagement zu zerreißen droht. Das setzt auch allen Formen der Vereinheitlichung und Normalisierung Grenzen, für die bürgerschaftliches Engagement nicht da ist. Die Diversität der Auffassungen und Lebensformen, der Erfahrungen und Hoffnungen, diese zu bejahen ist der Anfang von bürgerschaftlichem Engagement, weshalb es in allen totalitären und autoritären Systemen kritisch betrachtet, besonders kontrolliert und in vielerlei Richtungen unterdrückt wird.

Unsere Dossiers sind eine Momentaufnahme, in denen sich Diskurse aus mehreren Jahren verdichten, damit die Diskurse vertieft weitergehen können und weitere neue Ufer erreichen. Wir rechnen dabei mit einer fragmentierten Nutzung einzelner Textgruppen, Texte oder Textauszügen im Rahmen von Weiterbildungen, Workshops, Arbeitsgruppen oder Seminaren. Deshalb verzichten wir bewusst auf jede überbordende grafische und bildliche Verschönerung, damit solche fragmentierte und sachliche Nutzung einfach möglich ist.

Dr. Rainer Sprengel, Leiter des Arbeitsbereichs Information und Kommunikation in der BBE-Geschäftsstelle/ Nino Kavelashvili, BBE, Referentin Europa in der BBE-Geschäftsstelle

RUPERT GRAF STRACHWITZ

DIGITALISIERUNG – FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT EINE HILFE, EINE BEDROHUNG, EINE AUFGABE?

»Speaking about the civil society in the era of digitalization, it should be understood that this is, first of all, a network society, and without understanding this type of society it is pointless to talk about new forms of civil society. The network society was considered a well-studied object of research by the early 2000s, however today the radical acceleration of ICT and other processes are connected with digital information-network revolution involving artificial intelligence, the possibility of which was not even thought about 20 years ago.«¹

I.

Als sich in den 1980er Jahren, zunächst zaghaft, dann aber immer stärker die digitale und kommunikative Transformation entfaltete, wurde sie von der Zivilgesellschaft überwiegend als Chance begrüßt. Im Mittelpunkt stand, daß digitale Kommunikation es auch kleinen Organisationen ermöglichen würde, ohne große Kosten Mitteilungen zu verbreiten, ohne daß diese von einem *gatekeeper*, also einer Zwischeninstanz, einem Redakteur oder sonst jemandem blockiert werden konnten, was sie meist auch wurden. Angesichts der – bis heute andauernden – Resistenz der klassischen Medien gegen eine kritische und kontinuierliche mediale

Begleitung der Zivilgesellschaft bedeutete dies einen qualitativen Sprung. Immer weniger konnten selbst autoritäre Regierungen verhindern, daß Meldungen, die ihnen nicht paßten, im In- und Ausland verbreitet wurden. Heute ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, daß wir zeitgleich über die sozialen Medien erfahren, wenn in Rußland oder Ägypten, der Türkei oder der Ukraine, Hongkong oder Chile, Iran oder Belarus Bürgerinnen und Bürger gegen ihre Regierung agieren.

Als ausdifferenzierte, heterogene, aber durchaus als solche faßbare Arena hat die Zivilgesellschaft dadurch an Sichtbarkeit, Kohärenz und gesellschaftlicher Relevanz gewonnen – auch in den liberalen Demokratien Westeuropas, wo zivilgesellschaftliches Handeln gern als nett, aber nicht wichtig eingestuft wird. Die klassischen Medien sahen sich unversehens in einem Wettbewerb. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß die von den Akteuren selbst genutzten sozialen Medien intensiv verfolgt wurden und Vergleiche in der Berichterstattung zuließen. So erfuhr ganz Europa, was sich in Minsk abspielte oder als sich in London Menschen zur größten pro-europäischen Demonstration versammelten, die jemals in Europa stattgefunden hat – allerdings auch, daß zivilgesellschaftliche Gruppen wie Pegida in Deutschland europafeindliche Demonstrationen veranstalteten und zeitweise großen Zulauf hatten.

1 Irina Aseeva / Vladimir Budanov: Digitalization: potential risks for civil society. *Economic Annals*-XXI 2020, 186(11-12), 36-47. doi: <https://doi.org/10.21003/ea.V186-05>

Wenn wir uns heute besser über das informieren können, was jenseits der politischen Mächte in der Gesellschaft – und insbesondere in der Zivilgesellschaft – vorgeht, verdanken wir das zu einem nicht geringen Teil der Digitalisierung. Die Quellenangaben zu diesem Beitrag zeigen, daß Digitalisierung auch für die Arbeit von Think Tanks unverzichtbar geworden ist. Eine Arbeitsgruppe des *Institut français du monde associatif* (IFMA) zum europäischen Vereinswesen mit Teilnehmern aus ganz Europa könnte schon wegen der Kosten gar nicht arbeiten, wenn dies nicht online möglich wäre. Die von der ZGO *Whose Knowledge?* geleitete *Community Knowledge Sharing Initiative* verfolgte, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, das Ziel

»... to build and document a model that can be used, refined, and adapted...to address systemic bias [within Wikipedia and other knowledge repositories] in partnership with marginalized communities«. ²

An dem Pilotprojekt waren Gruppen in Bosnien-Herzegovina und Indien beteiligt³.

Nordkorea ist wohl inzwischen das einzige Land der Erde, das bis heute seine Bürgerinnen und Bürger (fast) vollständig davon abschotten konnte. Überall sonst aber hat digitale Kommunikation die Zivilgesellschaft gestärkt. Aber natürlich ist das nicht die ganze Geschichte. Vielmehr

² WhoseKnowledge?,Grants:Project/Whose-Knowledge / Whose Knowledge? / Final (10. VIII.21), https://meta.wikimedia.org/wiki/Grants:Project/Whose_Knowledge/Whose_Knowledge%3F/Final

³ Robert Coldicutt / Anna Williams Dominique Barron: A Constellation of Possible Futures: The Civil Society Observatory Discovery Report, London: Careful Industries <http://careful.industries/foresight-observatory/discovery-report-2021>, S. 18

haben sich an vielen anderen, teils stark, teils aber auch kaum beachteten Stellen weitere Berührungspunkte der Zivilgesellschaft mit der Digitalisierung ergeben, die das Leben und Wirken im bürgerschaftlichen Raum verändern. Eines ist sicher: Entziehen kann sich der Digitalisierung, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, keine zivilgesellschaftliche Bewegung, Organisation oder Institution. Einige Beispiele mögen diese These im folgenden begründen. Sie können naturgemäß bei weitem keinen Anspruch auf Repräsentativität oder gar Vollständigkeit erheben!

II.

Im Digitalrat, den Bundeskanzlerin Angela Merkel einrichtete, fehlt die Stimme der Zivilgesellschaft vollständig⁴. Dabei ist die Digitalisierung in Hunderttausenden von zivilgesellschaftlichen Unternehmungen, die sich von der in Wirtschaftsbetrieben nicht prinzipiell unterscheidet, ein für die Gesellschaft insgesamt überaus wichtiges Thema und vielfach eine Herausforderung. Der Staat hinkt hier notorisch und auch in der Praxis hinterher – man denke nur an die 7-fach für jede und jeden Corona-Geimpfte(n) auf Papier geleisteten Arzt-Unterschriften, die es dennoch nicht erlauben, präzise Angaben über die Zahl der Geimpften zu machen.

Kaum ein Verein aber, und sei er noch so klein, kommt heute ohne ein digital geführtes Mitgliederverzeichnis aus; kaum ein Vereinsvorsitzender lädt heute noch mit einem Postbrief zur Mitgliederversammlung. Die im Frühjahr 2020 unter dem Eindruck von Corona vom deutschen

⁴ Anna Wohlfarth: Digitale Zivilgesellschaft fördern – Wie Politik und Verwaltung die Digitalisierung des Dritten Sektors unterstützen können. Berlin: Stiftung Neue Verantwortung 2020, S. 3 u. 14 f.

Gesetzgeber verfügte Erlaubnis, Mitgliederversammlungen digital abzuhalten und dort wirksam Beschlüsse zu fassen⁵, war nur deswegen sinnvoll, weil die Vereine mehrheitlich tatsächlich in der Lage waren, sie umzusetzen. Die Arbeit der meisten Vereine und Stiftungen wäre in der Tat vollständig zum Erliegen gekommen, wenn diese keine digitalen Instrumente zur Verfügung gehabt hätten – von E-Mail und Twitter über Zoom-Konferenzen bis zum Home Office mit VPN-Anschluß.

Wenn im Bundesfinanzministerium die Pläne heranreifen, auch das System der Zuwendungsbestätigungen vollständig auf ›digital‹ umzustellen, so ist dies nur möglich, weil den zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) zugemutet werden kann, das zu vollziehen. In anderen europäischen Ländern ist dies ähnlich. Der digitale Primus, Estland, ist auch hier meilenweit voraus. Aber es funktioniert auch europaweit oder zumindest in der Europäischen Union.

Wer eine deutsche ZGO auch in den Niederlanden registrieren will, braucht nicht hinzufahren – sie machen das digital. Hinzufahren müssen auch die Teilnehmer zu europäischen zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften seltener als früher. Ihre notorisch knappen finanziellen Ressourcen werden weniger belastet, der europäische Austausch und die europäische Verabredung aber gleichzeitig wesentlich gestärkt. Dadurch können auch Positionen auf europäischer Ebene besser erarbeitet, verabschiedet und verbreitet

5 Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht v. 27. März 2020, zuletzt durch Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (GesRGenRCOVMMV) vom 20.10.2020 bis 31.08.2022 (BGBl I 2020, 2258).

werden. Die europäische Zivilgesellschaft wächst dadurch zusammen. Daß gerade der deutsche Staat – im Gegensatz zur Europäischen Union und zahlreichen europäischen Staaten – diese Entwicklung nach wie vor weitgehend ignoriert, kann nur erstaunen. Ein Erklärungsansatz könnte die auch an anderen Stellen zutage tretende Furcht vor einem Ende der traditionellen Parteiendemokratie sein. In der gegenwärtigen Glaubwürdigkeitskrise dieser Form von demokratischer Politik steht Partizipation als Gegenmittel vielfach hoch im Kurs, ein Gegenmittel, das dank Digitalisierung eine erheblich größere Wirksamkeit entfalten kann⁶.

III.

Gerade diese Wirksamkeit wird mit dem Argument kritisiert, die breitenwirksame Kommunikation über digitale Plattformen könne durch kalkulierte Eskalation zur Krise der Demokratie beitragen⁷. Dem begegnet der Staat kaum argumentativ, sondern vor allem mit seinem konventionellen Instrumentarium von Regulierung, Kontrollen und Ausbremsung. Einige Einschränkungen gibt es also doch.

Zum einen ist die digitale Infrastruktur in Deutschland keineswegs überall bedarfsgerecht ausgebaut. Vor allem im ländlichen Raum bestehen zum Teil erhebliche Lücken, unter denen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und ZGO gleichermaßen zu leiden haben. Zum anderen, und dies hat sich in der Corona-Krise überdeutlich gezeigt, fehlen vielen ZGO die Mittel, um sich digital so aufstellen zu können, wie dies unter den neuen Bedingungen notwendig wäre. Eine im

6 Vgl. Justus Goldmann: Politische Partizipation durch neue Medien – (wie) verändert sie unsere Demokratie? Schwalbach: Wochenschau 2022

7 Ebd.

IV. Quartal 2020 am Maecenata Institut durchgeführte Untersuchung zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Zivilgesellschaft erbrachte bspw. das Ergebnis, daß 35 – 45 % aller befragten Organisationen auf eine mangelhafte digitale Ausstattung hinwiesen – erstaunlicherweise am stärksten die Dienstleistungsorganisationen, am wenigsten die in der Themenanwaltschaft, politischen Mitgestaltung und Gemeinschaftsbildung tätigen. Fehlendes eigenes digitales Know-How wurde dagegen ziemlich einheitlich von rd. 46 % aller Befragten beklagt; 50 % forderten finanzielle Hilfen für die Verbesserung ihrer Digitalisierung⁸.

Es verwundert nicht, daß eine von ZIVIZ etwa zeitgleich durchgeführte Untersuchung zu dem Ergebnis kam, daß zwar die Mehrheit der Akteure der Zivilgesellschaft die Potenziale digitaler Anwendung für den gemeinnützigen Bereich erkennt, daß sich aber die Aneignung und Vermittlung von entsprechendem Know-How sowie die Anschaffung von Ausstattung als Kernherausforderungen darstellen⁹. Flavius Caba-Maria u.a. verweisen dazu auf folgende Erkenntnis, die auf die Zivilgesellschaft ebenso zutrifft:

»In the COVID-19 pandemic, many trends already underway in the global economy are just moving forward faster. This is especially the case of digitalization.«¹⁰

8 Vgl. Malte Schrader: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie – Bedarfe – Angebote – Potenziale. Berlin: Maecenata 2021 (Opusculum Nr. 149)

9 Kai Hoff/ David Kuhn /Birthe Tamaz: Digital durch die Krise – Digitalisierungsschub der Zivilgesellschaft als Chance und Herausforderung neuen Engagements. Essen : Stifterverband 2021 (Policy Paper Ausgabe 04)

10 Flavius Caba-Maria / Răzvan Munteanu / Julia Akhunova: Digitalisation and Civil Society. Evolutions Post-Coronavirus. Bucharest: Middle East Political and Economic Institute 2020, S. 39

Daher ist die leider nur schwach formulierte Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2020 hoch aktuell:

»The EESC calls for policies that further embed a digital economy incorporating our societal values, thus ensuring that a digital wellbeing economy is as inclusive as possible, allowing workers, consumers, SMEs, large companies and non-profit economic actors to benefit alike, especially in rural areas.«¹¹

Daß sie mit der Formulierung non-profit economic actors nur die zivilgesellschaftlichen Dienstleister anspricht, ist erstaunlich, aber im Hinblick auf deren besonders ausgeprägte Nöte (s.o.) durchaus relevant. Nicht überall im Gefüge der Europäischen Union wird dies freilich so eng gesehen. Die *Eastern Partnership Civil Society Facility*, ein Programm der Europäischen Kommission, schreibt schon seit einigen Jahren einen *Civil Society Digitalisation Award* aus, den 2020 die Organisation Donor.MD Platform aus Moldawien gewann, 2019 die SaveUs Charity Platform aus Belarus¹², beide ebenso wie frühere Gewinner gewiß keine non-profit economic actors.

IV.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind aber nicht nur (potenzielle) Nutzer der Digitalisierung; sie sind nicht selten auch deren Opfer. Einerseits macht der Mißbrauch der digitalen Kommunikation durch antidemokratische und populistische Organisationen

11 <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/digitalisation-and-sustainability-status-quo-and-need-action-civil-society-perspective-exploratory-opinion-request> (27.X. 2021)

12 Vgl. <https://eapcivilsociety.eu/hackathons/civil-society-digitalisation-award> (27. X. 2021)

der Zivilgesellschaft zu schaffen. Unerlaubte Zugriffe auf Webseiten »unliebsamer« Akteure mit dem Ziel ihrer Zerstörung oder ihrer »Anreicherung« mit gefälschten Informationen (*fake news*) gehören inzwischen zum ständig genutzten Instrumentenkasten von Gegnern einer internationalen offenen Gesellschaft. Keinesfalls läßt sich deren Anwendung auf bestimmte außereuropäische und europäische Regierungen einschränken.

Auch durch den (in der Praxis extrem seltenen) Mißbrauch zivilgesellschaftlicher Strukturen im Zusammenhang mit Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung (AMLCFT) nimmt die Reputation der Zivilgesellschaft insgesamt nicht unerheblichen Schaden. Daraus folgt zudem oft allzusehr eine enge Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten, Finanzbehörden und Finanzdienstleistungsunternehmen, die erhebliche – und oft kaum im einzelnen erkennbare – negative Folgen für die Akteure haben kann. In ganz Europa führen beispielsweise die von Finanzdienstleistern praktizierten De-Risking-Strategien zu Erschwernissen in der täglichen Praxis. Wem das über die begrüßenswerte Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche hinaus möglicherweise gut zupafß kommt, kann dahinstehen.

Schließlich machen Verunglimpfungen in öffentlichen Reden (»Empörungsindustrie«, »Mitleidsindustrie« und dergl.) dank digitaler Kommunikation schnell die Runde und führen zu Beeinträchtigungen zivilgesellschaftlicher Arbeit. Hinzu tritt die über digitale soziale Medien allzu leichte Verbreitung von Hass- und Hetzparolen, die sich nicht selten gegen zivilgesellschaftliche Aktivisten richten, verbunden mit erheblichen Schwierigkeiten der Verfolgung, zumal hier wie generell in der digitalisierten Welt nationale Grenzen und damit korrespondierende

Rechtssysteme eine dramatisch abnehmende Rolle spielen.

»Das neue Hatespeech-Gesetz soll Tätern den Schutz der Anonymität nehmen. Doch Staatsanwälte sind auf Mitteilungen der sozialen Netzwerke angewiesen. Das erschwert die Ermittlungen«, titelte die Süddeutsche Zeitung am 20. April 2021¹³. Wenn Fake-News und Hate-Speech digital verbreitet werden, geht dies darüber hinaus die Zivilgesellschaft insgesamt etwas an. Es erscheint dringend geboten, auch in Europa darüber nachzudenken, wo der Handlungsraum der Zivilgesellschaft durch die Digitalisierung oder den Umgang damit unzulässig beschränkt wird – bis hin zu der Frage, ob dadurch Menschen- und Bürgerrechte gefährdet sind oder die Entwicklung der Herrschaft des Rechts und der Demokratie behindert wird.

Nicht unerhebliche Reibungsflächen ergeben sich schließlich durch Digitalisierung für die Zusammenarbeit auf einem Gebiet, wo diese unabdingbar notwendig ist: der humanitären Hilfe, die von zahlreichen europäischen ZGO weltweit geleistet wird. Regierungen und vor allem intergouvernementale Organisationen haben sich hier die Digitalisierung in vielfältiger Weise zunutze gemacht, nicht zuletzt zur Identifizierung von geflüchteten Menschen, die oft keine Identitätspapiere vorweisen können oder wollen. Möglich wäre hierbei sehr wohl eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber sie findet zu wenig statt. Überdies werden nicht selten Grundprinzipien der Menschenwürde und informationellen Selbstbestimmung verletzt, was die ZGO vor schwerwiegende Probleme des Selbstverständnisses stellt. Millionen

13 <https://www.sueddeutsche.de/politik/hatespeech-gesetz-ermittler-hindernisse-1.5270936> (27. X. 2021)

von Menschen sind heute in Systemen wie PRIMES (*Population Registration and Identity Management EcoSystem*), MIDAS (*Migration Information and Data Analysis System*) und anderen mit generischen Merkmalen erfaßt. Wem diese zugänglich sind, bleibt oft unklar.¹⁴

V.

Eine Reflexion über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zivilgesellschaft wäre unvollständig, ohne Überlegungen anzustellen, wo hier möglicherweise Aufgaben auf die Zivilgesellschaft zukommen. Angesichts der Tatsache, daß heute (2019) weltweit 4 Milliarden Menschen das Internet nutzen (2009: 1 Milliarde)¹⁵, muß sich die Zivilgesellschaft mit dieser gesellschaftlichen Herausforderung auch inhaltlich auseinandersetzen, wenn sie sich nicht in die Marginalisierung zurückziehen oder in diese verbannt werden will, in der sie manche Gegner gerne hätten.

Diese Aufgaben liegen zunächst sehr wohl in der Wahrnehmung berechtigter digitaler Interessen. Zunehmend können diese nur auf europäischer Ebene wahrgenommen werden. Man denke nur daran, daß die Datenschutzgrundverordnung und die Geldwäscherichtlinien europäisches Gemeinschaftsrecht darstellen. Zu dieser Wahrnehmung gehört auch der Kampf um faire Nutzungsbedingungen, andererseits aber auch die Verpflichtung, sich auf die Digitalisierung einzulassen und sie sich optimal zunutze zu machen. Bei genauer Betrachtung ist hier durchaus Luft nach oben

14 S. hierzu ausführlich: Karl Steinacker/ Volker Schimmel: Know Your Customer – Wie Digitalisierung humanitäre Hilfe verändert; in: Michael Heuser/ Tarek Abdelalem (Hrsg.): Internationale Herausforderungen humanitärer NGOs. Berlin: Springer Gabler 2021, S. 107-132

15 Quelle: ITU: Global Statistics on Internet Access 2020; Zit. Nach Kossow a.a.O., S. 1

erkennbar. Relativ viele ZGO beschäftigen sich dagegen bereits mit Bildungsangeboten zum Thema Digitalisierung. Auch digitale Spenderplattformen und weitere Fundraisingangebote sind schon im Angebot oder in der Entwicklung.

Über die letzten Jahrzehnte sind der Zivilgesellschaft aber auch Mitgestaltungs- sowie Wächteraufgaben (*watchdog*) in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zugewachsen.

»The politics and diplomacy of the states prove so many times insufficient, inadequate and outdated in the management of major issues of general interest. Bilateral relations have made progress even in the current difficult geopolitical conditions, and non-governmental diplomacy has demonstrated its ability to function and achieve results.«¹⁶

Die moderne Gesellschaft erwartet geradezu, daß sich die Zivilgesellschaft aufmerksam beobachtend, mahnend, mitgestaltend und, wo notwendig, protestierend mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Prozessen und Erscheinungsformen auseinandersetzt. Warum also nicht mit der Digitalisierung, einem Thema, bei dem Vertrauen und Mißtrauen eine besonders große Rolle spielen? Hier gilt in besonderem Maße:

»Public trust is the currency of the non-profit sector. The public's belief that nonprofits will ›do the right thing‹ is one of the central reasons the sector exists. Communities have relied upon nonprofits to provide trusted sources of information...«¹⁷

16 Caba-Maria et al. a.a.O., S. 40

17 Independent Sector (ed.): Trust in Civil Society. Understanding the factors driving trust in nonprofits and philanthropy. Washington D.C.: Independent Sector 2021, S. 4

Schließlich muß sich die Zivilgesellschaft aber auch mit einer Frage auseinandersetzen, die bisher nur wenig ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist. Großen internationalen Wirtschaftsunternehmen ist es im Zuge der Digitalisierung nicht nur gelungen, eine Quasi-Monopolstellung zu erobern und zum Schaden eines wünschenswerten Pluralismus die Nutzung digitaler Angebote ihren eigenen Regeln zu unterwerfen. Sie haben darüber hinaus einen Schatz von persönlichen Daten über Millionen von europäischen (und anderen) Bürgerinnen und Bürgern angesammelt und vermehren diesen unablässig. Diese Daten bilden erhebliche Vermögenswerte, die in aller Regel kostenfrei erworben werden.

Nicht nur wird über jeden, der ein Smartphone mit sich herumträgt, irgendwo ein lückenloses Itinerar gespeichert. Jeder Klick auf eine Accept-Taste bei der – stets lästigen – Frage zu Cookies und dergl. vermehrt diesen Schatz. Jeder Nutzer begibt sich damit wichtiger Eigentumsrechte an höchstpersönlichen, für die Werbung und für vieles andere, nicht zuletzt staatliche Überwachung, aber hochinteressanten Daten. »Cookie-Banner werden von Tech-Konzernen mißbraucht«, titelte im Oktober 2021 die Frankfurter Allgemeine Zeitung¹⁸. Der Autor deutet eine Lösungs-idee an, die in Großbritannien bereits zu einem Konzept entwickelt ist: ZGO sollen als Datentreuhänder fungieren, um den Datenmißbrauch zu verhindern oder zumindest einzudämmen. Das an der Universität Cambridge entwickelte Projekt verfolgt einen partizipativen, nicht gewinn-

orientierten und öffentlich verantwortlichen Ansatz, bei dem gemeinnützige (*charitable*) Treuhänder (*trusts*) eine zentrale Aufgabe übernehmen¹⁹.

Nicht ganz unähnlich, aber weniger explizit und zivilgesellschaftsbezogen erscheint der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine *Regulation of the European Parliament and of the Council on European data governance (Data Governance Act)*, wenn dort von »Datenaltruismus« gesprochen wird²⁰. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuß hat diesem Punkt in seiner Resolution vom 18. September 2020 einen eigenen Punkt gewidmet: *developing a strategic EU data governance policy, including new legislation for »public data trusts«*.²¹ Es kann also gut sein, daß hier im Rahmen von Digitalisierung der Zivilgesellschaft ein ganz neues Aufgabenfeld zuwächst, das sich gut an die traditionelle Aufgabe des Schutzes von Menschen- und Bürgerrechten anfügt.

VI.

»ICT supports the work of civil society in advancing a society based on ethical universalism and thus helps create control of corruption. They thus support the function

18 Justus Bender: Cookie-Banner werden von Tech-Konzernen mißbraucht; in FAZ, 23. Oktober 2021: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/politiker-kritisieren-cookie-banner-im-internet-17598138.html?premium=0x28f5128db04b6c0ac342ecd229b12fbf&GEPC=s5> (25.X.21)

19 Data Trusts Initiative (ed.): *Data trusts: From Theory to Practice*. Working Paper 1 2020: <https://static1.squarespace.com/static/5e3b09f0b754a35dcb4111ce/t/5fdb21f9537b3a6ff2315429/1608196603713/Working+Paper+1+-+data+trusts+-+from+theory+to+practice.pdf> (26.X.21)

20 <https://wayback.archive-it.org/12090/20210728140404/https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020PC0767> (27.X.21)

21 <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/digitalisation-and-sustainability-status-quo-and-need-action-civil-society-perspective-exploratory-opinion-request> (27. X. 2021)

of civil society as a motor of modernisation and as a bedrock of free societies.«²²

Interessanterweise wirft die Digitalisierung nicht nur ein Licht auf anstehende Herausforderungen, denen sich die Zivilgesellschaft stellen muß und kann, sondern auch auf viel größere Zusammenhänge der Aufgabenverteilung, des Wechselspiels und der Konfrontation zwischen den großen Arenen der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, dem Markt und dem Staat.

»Eine starke Zivilgesellschaft braucht auch eine starke Einbindung in politische Willensbildungsprozesse. Hilfreich dafür wären mehr Transparenz über politische Prozesse und öffentliche Daten, verbesserte Konsultationsverfahren sowie mehr Expert:innen aus dem Dritten Sektor in beratenden Gremien. Zu lange fristeten netzpolitisch engagierte Akteure ein Nischendasein. Für eine gewinnbringende Zusammenarbeit ist es zentral, sich gegenseitig in Lern- und Austauschräumen auf Augenhöhe zu begegnen und sich gemeinsam auf die Suche nach Ideen für einen sozialen und ökologischen digitalen Wandel zu machen.«²³

Unter den Bedingungen der digitalen Revolution machen die Autoren einer OECD-Studie vier Szenarien für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Raums auf²⁴. Dabei legen sie die Annahme zugrunde, daß in einer Zeit, in der der physische bürger-

schaftliche Raum global schrumpft, die digitale Transformation einen neuen virtuellen Raum eröffnet hat. Die OECD stellt ihnen das folgende Zitat voran:

»The international community needs to understand the rapidly evolving digital landscape and make the connection to civic space issues, including to future threats.«²⁵

Die Szenarien sind:

1. Der bürgerschaftliche Raum bricht zusammen.
2. Der bürgerschaftliche Raum erblüht.
3. Der bürgerschaftliche Raum transformiert sich.
4. Der bürgerschaftliche Raum bricht auseinander.



Es lohnt sich, diese Szenarien genauer anzusehen, um daraus Empfehlungen für das eigene Handeln in der Zivilgesellschaft abzuleiten.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten 10/2021 vom 11.11.2021.

AUTOR

Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München/Berlin und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Die Stiftung ist der deutsche Partner im Netzwerk Transnational Giving Europe.

Weitere Informationen:

-  <http://www.strachwitz.info/de/>
-  <https://www.maecenata.eu/person/strachwitz-rupert/>

22 Niklas Kossow: Digitizing Collective Action: How Digital Technologies Support Civil Society's Struggle against Corruption. Berlin: Hertie School of Governance (doctoral thesis) 2020, S. 49 https://opus4.kobv.de/opus4-hsog/frontdoor/deliver/index/docId/3702/file/Dissertation_Kossow.pdf (ICT = information and communication technology)

23 Wohlfarth, a.a.O., S. 4

24 OECD (ed.): Digital Transformation and the Futures of Civic Space to 2030

25 Thomas Carothers & Saskia Brechenmacher: Defending Civic Space: Is the international community stuck? Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2019

RUTH SIMSA

FÜHREN AUS DER DISTANZ IM HOMEOFFICE – CHANCEN, RISIKEN UND EMPFEHLUNGEN FÜR NPOs

Arbeit im Homeoffice wird auch nach Covid-19 wichtig bleiben. Der Beitrag gibt einen kurzen Überblick über Chancen und Risiken von Homeoffice, insbesondere im Nonprofit-Bereich. Darauf folgen Empfehlungen für Führungskräfte, wie bei Homeoffice auf einzelne Mitarbeiter_innen eingegangen werden, die Zusammenarbeit von Teams gestaltet und die Organisation weiterentwickelt werden kann.

Gute Führung als wichtiger Faktor

Vor der Corona-Krise hatten viele Führungskräfte die Sorge, bei Mitarbeiter_innen im Homeoffice die Kontrolle zu verlieren. Die Führung auf Distanz hat aber oft besser funktioniert als erwartet. Wir haben gelernt, im Team zu kommunizieren, auch wenn wir einander nur in Briefmarkengröße am Bildschirm sehen, unsere Fähigkeiten im Umgang mit Kommunikationstools sind exponentiell gestiegen. Manche Führungskräfte haben Ihre Mitarbeiter_innen aber auch sehr allein gelassen. Eine Erhebung im österreichischen Nonprofit-Bereich im Jahr 2020 zeigte deutlich, wie wichtig gute Führung und eine Präsenz der Führungskraft gerade auch in der räumlichen Distanz sind. Organisationen, in denen die Führung für Mitarbeiter_innen spürbar und ansprechbar ist, sind resilienter und vermutlich auf Dauer produktiver (Simsa u.a., 2021).

Zwischen Selbstbestimmtheit und Belastung

Homeoffice bietet viele Chancen. Arbeitswege fallen weg, dies spart Zeit und Verkehr. Mitarbeiter_innen schätzen die Selbstbestimmtheit und Flexibilität, viele wollen auch in Zukunft zumindest teilweise im Homeoffice arbeiten. Studien belegen positive Auswirkungen von Homeoffice auf die Produktivität, die Arbeitszufriedenheit und auf die Motivation der Beschäftigten (Bonin et al., 2020; Rupiotta & Beckmann, 2018).

Arbeit im Homeoffice hat aber auch problematische Seiten. Studien zeigen die hohe Belastung, ein Tag im Homeoffice ist anstrengender als einer im Büro. Burnout ist damit ein großes, noch wenig beachtetes Thema. Das ist besonders im NPO-Bereich bedenklich. Hier sind Wertorientierung und Identifikation der Mitarbeiter_innen oft besonders hoch und damit auch die Gefahr des Ausbrennens (Simsa & Patak, 2016). Auch die Vermischung von Arbeits- und Privatzeit sind nicht für jede Person und in jeder Lebensphase passend, hier braucht es die Fähigkeit, sich trotz hoher Ansprüche auch von der Arbeit abzugrenzen (Flecker et al., 2020).

Die meisten Menschen arbeiten daheim mehr Stunden pro Tag als bei Arbeit im Büro. Hier sind Führungskräfte gefordert,

genau hinzusehen und zu unterstützen. Führungskräfte haben eine Fürsorgepflicht, die gerade bei Homeoffice wichtig ist.

Gute Führung ist eine der Grundbedingungen, damit die Chancen des Homeoffice auch genutzt werden können. In einem Praxisbuch haben wir auf Basis von Forschungsergebnissen sowie von Gesprächen mit Mitarbeiter_innen und Führungskräften eine Reihe an Empfehlungen zusammengestellt. Ausführlich sind diese im Buch »Leadership & Homeoffice. So gelingt Führung auf Distanz« beschrieben, das 2021 in Wien erschienen ist (Simsa & Patak, 2021).

Kontakt zu Mitarbeiter_innen aufrechterhalten und bewusst gestalten

Im Homeoffice braucht es kürzeren, dafür aber eher häufigeren Kontakt. Wichtig sind regelmäßige persönliche Rückmeldungen und Reaktionen. Routinen können dabei helfen. Für manche ist das etwa ein gemeinsamer Start in den Tag, mit einem kurzen Tele-Meeting zur Einstimmung, als Check-up und zur Formulierung von Zielen. Achtsamkeit braucht es besonders, um die zurückgezogenen, introvertierten Personen aus dem Team nicht zu verlieren. Auch das Informelle kann von der Führungskraft ein Stück weit mitgestaltet werden, sodass alle ausreichend einbezogen werden. NPOs haben hier aufgrund ihrer höheren Beziehungsorientierung tendenziell Vorteile.

Motivation – sorgen Sie für Leistungsmöglichkeit

Motivation setzt sich zusammen aus Leistungsbereitschaft (dem Wollen), Leistungsfähigkeit (dem Können) und Leistungsmöglichkeit (den Voraussetzungen). Führung kann zum Teil auf die Leistungsfähigkeit

und vor allem auf die Möglichkeit Einfluss nehmen. Bei Arbeit im Homeoffice ist die Sicherung der Leistungsmöglichkeit besonders wichtig, also die Gewährleistung einer adäquaten technischen Ausstattung und der verfügbaren Informationen. Auch Unterstützung bei der Entwicklung von Fähigkeiten etwa im Umgang mit unterschiedlichen technischen Tools ist wichtig, um Technostress zu vermindern, also die Überforderung durch komplexe und sich rasch verändernde Kommunikationstechnologien. Die Sicherstellung eines ergonomischen Arbeitsplatzes sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Während der Covid-Krise hat sich gezeigt, dass viele NPOs hier sehr gut aufgestellt sind, in manchen war die fehlende Ausstattung mit Ressourcen allerdings ein großes Problem.

Anforderungen, Regeln und Kontrolle mit dem Team klären

Regeln müssen bei Homeoffice expliziter und klarer vereinbart werden, etwa in Bezug auf Zuständigkeiten, Informationsweitergabe, den Umgang mit Zeit. Im gemeinsamen Arbeitsalltag entsteht hier vieles nebenbei. In der Distanz muss das deutlicher ausgesprochen werden. Erfolgreiche Führungskräfte reflektieren mit dem Team die Erwartungen. Ebenfalls thematisiert muss werden, welche und wieviel Kontrolle angemessen ist. Werden technische Tools dafür eingesetzt, wenn ja, mit welchen Kriterien und wie können Ergebnisse bewertet werden? Durch die räumliche Trennung ist es notwendig, die Leistungsbewertung verstärkt ergebnisorientiert vorzunehmen. Dies kann für Mitarbeiter_innen Nachteile mit sich bringen, da sie zwei Logiken gleichzeitig folgen müssen: Sie werden wie Selbständige ergebnisorientiert bewertet, müssen aber gleichzeitig auch zeitorientiert arbeiten wie Arbeitnehmer_innen. Das Bemühen und das Engagement der

SIMSA: FÜHREN AUS DER DISTANZ IM HOMEOFFICE

Mitarbeiter_innen sind weniger sichtbar als der inhaltliche Output. Kontrollen der Arbeitszeit werden bereits bei etwa der Hälfte der im Homeoffice Arbeitenden elektronisch vorgenommen (Flecker et al., 2020). Im NPO-Bereich ist dies oft ein Tabu, Transparenz und klare Vereinbarungen sind hier besonders wichtig.

Psychological Safety

Im Homeoffice besteht die Gefahr der Vereinsamung. Die mangelnde soziale Absicherung durch direkten Kontakt muss ein Stück weit kompensiert werden. Feedback etwa als wichtiges Führungsinstrument, das Orientierung geben kann, sollte bei Homeoffice noch bewusster gestaltet werden, da informelle und spontane Rückmeldungen seltener möglich sind. Wesentlich ist auch die Schaffung einer Kultur der Psychological Safety, in der Unsicherheit, Fehler oder Zweifel nicht bestraft werden, sondern offen kommuniziert werden kann.

Virtuelle Meetings – Design und Moderation

Virtuelle Meetings sind besonders anstrengend. Die sogenannte Zoom-Fatigue kann zumindest eingeschränkt werden durch gute Moderation und Meeting-Hygiene, also Pünktlichkeit, eine klare Tagesordnung, kurze und fokussierte Wortmeldungen. Dazu muss in der Regel aktiver und direkter moderiert werden. Besprechungen sollten deutlich kürzer gestaltet werden, als bei Arbeit im gemeinsamen Büro. Kein virtuelles Meeting darf länger als 90 Minuten dauern, ideal ist maximal eine Stunde. Gerade basisorientierte NPOs tendieren zu besonders langen Meetings, hier gilt es umzudenken. Es empfiehlt sich, mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Aktivierung der Teilnehmenden zu experimentieren, etwa Mini-Status-Quo zu

Beginn, kurze elektronische Abfragen und Stimmungsbilder, Gruppeneinheiten zwischendurch. Auch Digital Energizer, kleine Auflockerungen zur Förderung der Konzentration, sind durchaus auch in ernstesten Meetings beliebt und hilfreich.

Orientierung von Aufgaben und Zielen am Purpose der Organisation

Purpose thematisiert das »Wofür«, den Sinn und Zweck des Tuns einer Organisation, er stellt den gesellschaftlichen Nutzen, die Wirkung, in den Mittelpunkt. Dies ist im NPO-Bereich meist vergleichsweise klar, hier wird der Purpose meist tatsächlich gelebt und von den Mitarbeiter_innen mitgetragen. Dennoch sollte der Purpose in Zusammenhang mit Homeoffice verstärkt ins Bewusstsein gerufen werden: Erstens werden Identifikation und Bindung hier weniger über Beziehungen und Begegnung geschaffen, sondern verstärkt über das Ziel und den Wert der Tätigkeit. Zweitens schafft ein klarer Purpose Orientierung bei alltäglichen Entscheidungen und Arbeitsschritten. Drittens kann die Isolation im Homeoffice die eigene Stabilität gefährden. Menschen, die einer Bestimmung folgen, die also einen Purpose in sich tragen, sind psychisch gefestigter als solche, die einfach vor sich hinleben. NPOs haben hier meist einen klaren Konkurrenzvorteil.

Die Entwicklung der Organisation

Bei der Entwicklung der Organisation geht es um die Gestaltung von Prozessen und Schnittstellen, um die Definition von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen und um die generelle Gestaltung von Leistungsmessungen und Sanktionen, also um die Aufbau- und Ablauforganisation, deren Monitoring und Strategien zu ihrer Einhaltung. Homeoffice braucht besonders klare organisationale

Rahmenbedingungen. Wenn Menschen sich nicht rasch und niederschwellig über Schnittstellen, Kompetenzen etc. austauschen können, dann ist ein stringenter, widerspruchsfreier Rahmen noch wichtiger als sonst.

Führen auf Distanz erfordert klare, schlanke Prozesse sowie eindeutige Aufgaben und Rollen. Ein Schritt dazu kann die mutige, auf das Wesentliche reduzierte Priorisierung von Aufgaben und die Verschlankeung der Prozesse sein. Es empfiehlt sich zum Beispiel, die Haltung des »good enough to try« auszubauen. Dieses stammt aus dem Organisationsmodell der Soziokratie (Romme, 1999). Einwänden auf Vorschläge wird nur dann stattgegeben, wenn glaubhaft gemacht werden kann, dass deren Umsetzung dem Erreichen des Organisationszwecks schaden könnte. Wenn es darum geht, Prozesse zu verschlanken und Neues zu probieren, dann kann dieses Prinzip ein guter Wegweiser sein. Statt »das haben wir doch schon immer so gemacht« also ein »das Neue ist den Versuch wert«. NPOs sind diesbezüglich sehr unterschiedlich – zwischen bürokratisch-starr und flexibel-veränderungsfreudig finden sich alle Ausprägungen.

Digitale betriebliche Gesundheitsförderung

Mitarbeiter_innen im NPO-Bereich tendieren zu Selbstausschöpfung und sind meist nicht gerade verwöhnt in Bezug auf Unterstützung durch die Organisation. Besonders bei Homeoffice steigt somit der Bedarf an gesundheitsfördernden Maßnahmen. Im Homeoffice Arbeitende fühlen sich eher erschöpft als Menschen, die im Büro arbeiten, auch von Verärgerung sowie Nervosität berichteten sie häufiger. Fast 40% beklagten, nach der Arbeitszeit nicht abschalten zu können – 10% mehr als im Büro (Badura et al., 2019).

Eine digitale betriebliche Gesundheitsförderung unterstützt Mitarbeiter_innen unabhängig von Zeit und Ort dabei, sich gesund und fit zu halten. Das kann etwa Weiterbildung zu Gesundheitsthemen umfassen, Online-Bewegungsangebote, eine digitale Sprechstunde des Betriebsarztes sowie die gesundheitsgerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes durch die Organisation.

Chance zum Experimentieren und die Notwendigkeit ausreichender Ressourcen

Krisen können auch ein Anlass für organisationales Lernen sein. Erhebungen in NPOs während der Covid-Krise zeigten jedenfalls deutlich, dass es den Beschäftigten in Einrichtungen, die die ruhigere Zeit im Sommer 2020 nutzen konnten, um gemeinsam aus den Erfahrungen in der ersten Phase zu lernen, in der schwierigen Phase im Herbst wesentlich besser ging. Viele NPOs berichteten zudem, dass sie Prozesse kurzfristig erfolgreich geändert haben (Schweinschwaller, 2021; Simsa, Mayer, et al., 2021). Notwendig dafür sind allerdings ausreichende Ressourcen, also ein Puffer, der Lernen und Reflexion zulässt. Viele Einrichtungen der Pflege, die dafür keine Ressourcen hatten und wo das vorhandene Personal mit kurzfristigem Reagieren auf aktuelle Anforderungen ausgelastet war, hatten gravierendere Probleme. Hier kam es zu Burnouts, Mitarbeiter_innenverlust und höherer Ineffektivität.

Digitalisierung kann die innerorganisatorische Flexibilität und auch die Flexibilität der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen erhöhen sowie die innerorganisatorische Kommunikation verbessern (Erpf & Maring, 2018). Und das damit verbundene Homeoffice kann auch ein Anlass sein für bewusste Experimente, für einen Lernprozess in neuen Formen der Zusammenarbeit.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten 10/2021 vom 11.11.2021.

LITERATUREMPFEHLUNG

- Simsa, Ruth & Michael Patak: Leadership & Homeoffice. So gelingt Führung auf Distanz. Wien 2021

LITERATUR

- Badura, B., Ducki, A., Schröder, H., Klose, J., & Meyer, M. (2019). Fehlzeiten-Report 2019. Schwerpunkt: Digitalisierung – gesundes Arbeiten ermöglichen. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bonin, H., Eichhorst, W., Kaczynska, J., Kümmerling, A., Rinne, U., Scholten, A., & Steffes, S. (2020). Verbreitung und Auswirkungen von mobiler Arbeit und Homeoffice. Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Bonn.
- Erpf, P., & Maring, N. (2018). Digitalisierung als Chance für Nonprofit-Organisationen. *Verbands-Management (VM). Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management*, 44(2), 6-13.
- Flecker, J., Herr, B., & Schadauer, A. (2020). Arbeitszeit, Erreichbarkeit und selbstbestimmtes Arbeiten im Homeoffice. Unveröffentlichter Projektbericht. Wien.
- Rupietta, K., & Beckmann, M. (2018). Working from Home. What is the Effect on Employees' Effort? *Schmalenbach Business Review*, 70(1), 25-55.

- Schweinschwaller, T. (2021). Organisationale Resilienz: Wie bewältigen Organisationen und ihre Mitglieder die Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie? *SWS-Rundschau*, 61(3), 329–351.
- Simsa, R., Mayer, F., Muckenuber, S., & Schweinschwaller, T. (2021). Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich. Projektbericht. Wien, <https://www.wu.ac.at/sozio>.
- Simsa, R., & Patak, M. (2016). Leadership in Nonprofit-Organisationen. Die Kunst der Führung ohne Profitdenken. Wien: Linde Verlag.
- Simsa, R., & Patak, M. (2021). Leadership & Homeoffice. So gelingt Führung auf Distanz. Wien: Linde.

AUTORIN

Univ. Prof. Dr. Ruth Simsa ist Professorin am Institut für Soziologie, bis Februar 2018 war sie wissenschaftliche Leiterin des Kompetenzzentrums für Nonprofit Organisationen und Social Entrepreneurship, beides an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie hat langjährige Erfahrung als Organisationsberaterin und Führungskräftetrainerin und ist Editor-in-Chief der Fachzeitschrift *VOLUNTAS International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*.

Weitere Informationen:

<http://www.ruthsimsa.at>

<https://www.wu.ac.at/sozio/institut/simsa-ruth>

LARS BECKER

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DER DIGITALISIERUNG FÜR EUROPAS ZIVILGESELLSCHAFT

Die Digitalisierung gilt als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie betrifft dies auch das Ehren- und Hauptamt in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es dauerte nicht lang, bis Videokonferenzen physische Treffen ersetzen: Gremiensitzungen wie auch Veranstaltungen wurden nicht über Nacht, aber doch in recht kurzer Zeit auf Online-Formate umgestellt.

Digitalkompetenz

Allerdings: auch in Deutschland wird der »digital divide« deutlich. Während hierzulande bei der Altersgruppe der bis zu 60-Jährigen nahezu alle über einen Internetzugang verfügen, gelten erst die Altersgruppen jenseits der 75-Jährigen als eindeutig digital »abgehängt«. Nicht übersehen werden sollte dabei, dass der bloße Zugang zum Internet notwendiges, aber nicht hinreichendes Merkmal dafür ist, ob digitale Partizipationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden können.

Der Blick über den Tellerrand: West- und Nordeuropa stehen sowohl bei der Ausstattung als auch beim Zugang zum Internet relativ gut dar. In den meisten Ländern Süd- und Osteuropas haben nach Zahlen der Europäischen Investitionsbank weniger als die Hälfte der Menschen einen Computer; in 10 von 27 EU-Staaten nutzen rund ein Viertel grundsätzlich keine E-Mails, die – obwohl dieses Medium schon oft totgesagt wurde – immer noch eine

der zentralen Basistechnologien digitaler Kommunikation sind.

Laut »Special Eurobarometer 503« (2020) der EU Kommission halten sich nur 28% der Europäer für ausreichend kompetent, um digitale Technologien zu nutzen, 40% halten sich mit Einschränkungen kompetent, und ein Drittel traut sich selbst keine ausreichende Kompetenz zu. Zahlreiche Statistiken zeigen klar, dass mit niedrigerem sozioökonomischem Status und geringerer formaler Bildung die Zugangshürden (deutlich) steigen. Ein Breitbandanschluss und ein Netflix-Konto tragen in vielen Statistiken bereits zur positiven Digitalisierungsbilanz bei. Ein Ausdruck von »digitalem Empowerment« ist dies nicht.

So wichtig Diskussionen über den Bandausbau oder Tablets für alle Schüler/innen sind: Die Mehrheit der Europäer/innen hat die Schule verlassen und die reale Partizipationshürde ist oft seltener die Bandbreite als fehlende Kompetenzen. Schule und Glasfaser werden deshalb nicht die Antwort auf die Fragen bieten, wie wir jetzt und in *naher* Zukunft mehr Menschen befähigen, sich auch auf digitale Wege einzubringen. Politik, Arbeitgeber, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Pflicht, die Lücke zu füllen und dabei zu helfen, mehr Menschen zu befähigen, den gesellschaftlichen Wandel, den der Medienwandel bringt, zu nutzen, anstatt durch ihn abgehängt zu werden.

Bezüglich der Infrastruktur passieren immer wieder Fehleinschätzungen, die auf der Annahme beruhen, dass es nur an Infrastruktur mangle. Ein aktuelles und trauriges Beispiel ist die *digitale Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas*. Die naive Erwartung, die Plattform würde schon genutzt werden, erfüllte sich nicht und die Nutzungszahlen zeigen, wie wenig realitätsnah die Einschätzungen bezüglich des Interesses, aber möglicherweise auch der »digital literacy« von Europas Bürger/innen waren. Die Plattform wurde kaum genutzt und wenn, dann primär von formal hochgebildeten Bürger/innen. Insgesamt ist sie ein klarer Fall von »Technik sucht Anwendung«. Sie stellt ein Beispiel für eine Infrastruktur dar, für die es keinen echten Bedarf gibt.

Digitale Infrastruktur

Allerdings: Über sinnvolle Investitionen in Infrastruktur, die Partizipation ermöglichen, sollte mehr diskutiert werden. Statt teure Investitionen in Plattformen, für die es nachweislich keinen Bedarf gibt, reichen mitunter schon vergleichsweise geringe Investitionen, um in der Breite wirksam zu werden.

Dass auch kleinere oder weniger finanzkräftige zivilgesellschaftliche Akteure relativ schnell nach Beginn der Pandemie in der Lage waren, auf digitale Formate umzustellen, ist vor allem einem Umstand zu verdanken: Nämlich dem, dass große US-Konzerne kostengünstige Angebote machten oder freie Open Source-Software genutzt werden konnte. Die Marke zoom mag mittlerweile, trotz zahlreicher Sicherheitsprobleme, als der Inbegriff für Videokonferenzen gelten und Google Drive als eine der bekanntesten Systeme zur Dokumentenablage. Als erste Adresse für Vereine sind sie eher nicht zu empfehlen. In einer *neuen Open Source-Strategie*

liegen größere Potenziale; sowohl für eine Stärkung der Zivilgesellschaft als auch für die EU allgemein, die mit einer Open Source-Strategie die Chance hätte, sich aus der Hegemonie der großen US-Konzerne und »Hyperscaler« zu befreien.

Die EU-Kommission legte im September dieses Jahres eine beachtenswerte Studie vor, in der sie feststellte, dass Open Source im Jahr 2018 zwischen 65 und 95 Milliarden Euro zur EU-Wertschöpfung beigetragen habe. Ferner stellte die Kommission fest, dass Open Source einen wichtigen Beitrag für den öffentlichen Sektor leiste und leisten könne, um Kosten zu reduzieren.

Auch für Verbände liegen Entwicklungschancen in der verstärkten (öffentlichen) Förderung von Open Source, da sie Kosten senken helfen und Autonomie stärken. Ich möchte dies mit einem Beispiel aus der Mikroperspektive aufzeigen. Wie viele Organisationen setzen auch wir in unserem Verband auf Open Source-Software. Nicht nur, aber auch aus Kostengründen. Für die digitale Zusammenarbeit nutzen wir schon seit Jahren die Open-Source-Software Nextcloud und führten BigBlueButton kurz nach Beginn der Pandemie als Konferenzsystem ein. Wir profitierten von den Chancen, die Open Source bietet, wie an einem einfachen Beispiel zu zeigen ist: Klaus Herberth, ein Entwickler und aktives Mitglied in einem Rote Kreuz Ortsverband, schrieb in kürzester Zeit eine Software, die beide Systeme integrierte; der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) übernahm sie und finanzierte eine kleine, aber praktische Weiterentwicklung, die das Rechtemangement deutlich vereinfachte; und wir profitierten, wie viele andere auch, weil die Früchte dieser Investition geteilt wurden und die Verwaltung dieser Systeme dadurch sehr schnell sehr einfach wurde.

Diese kleine Geschichte zeigt, was mit proprietären Lösungen grundsätzlich nicht möglich gewesen wäre: Erst durch die Offenheit des Quellcodes bzw. der Schnittstellen entstand die Möglichkeit für Herberth, autonom eine solche Integration zu einer Software seiner Wahl zu schreiben und für uns – am Ende der Kette –, von der Investition des DBJR zu profitieren, ohne dass wir selbst hierfür Mittel im Haushalt haben freimachen müssen. Die Rückgabe dieser Investition an die Allgemeinheit durch Herberth und den DBJR führte so zu einer Stärkung weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie stellt somit ein gutes Beispiel dafür dar, wie digitale Infrastrukturentwicklung so gestaltet werden kann, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der Breite gestärkt werden. Dies gilt insbesondere auch für kleinere oder weniger finanzstarke Organisationen; auch außerhalb Deutschlands, wo es für zivilgesellschaftliche Akteure oftmals sehr viel schwieriger ist, von nationalen staatlichen Stellen institutionelle oder projektgebundene Förderungen zu erlangen. Aus meiner Sicht wäre es deshalb erfreulich, wenn Verbände dem guten Beispiel des DBJR folgen würden.

Für eine nachhaltige Entwicklung wäre es aber noch wichtiger, dass es nicht nur hier und dort Projektmittel für neue Funktionen gibt, sondern eine nachhaltige Finanzierung, die regelmäßige Fehlerkorrekturen, Behebungen von Sicherheitsproblemen und Ähnlichem sicherstellt. Kontinuierliches Engagement großer Verbände und insbesondere staatlicher Stellen würde helfen, sichere und aktuelle Software auch für kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen dauerhaft verfügbar zu machen. Es ist zu hoffen, dass fortgesetzte Investitionen zum Beispiel des Innenministeriums in die »Bundescloud« oder Dienste wie »bwSync&Share« des Karlsruher Institut für Technologie für

die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg zur Fortentwicklung der auch durch den DBJR, uns und anderen Verbänden genutzten Technologie beiträgt. Denn derartige staatliche Aufwendungen tragen nicht zum Umsatz amerikanischer Großunternehmen bei, sehr wohl aber zur gemeinwohlorientierten Arbeit zahlreicher NGO's, die auf Open Source setzen und so mehr von ihren Budgets für ihre eigentlichen Kernaufgaben einsetzen können.

Die Bundesrepublik und die Europäische Union sollten Open Source stärker fördern. Der Grundsatz »public money, public code«, für den die Free Software Foundation Europe seit Jahren wirbt, ist deshalb eine gute Richtschnur. Software, die mit Steuergeldern finanziert wird, sollte möglichst als freie Software veröffentlicht werden. Dies würde indirekt in vielen Fällen auch zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft führen, da Kosten gesenkt und Autonomie gestärkt würde.

Zugang zu Informationen

Bei der Betrachtung des Digitalisierungsthemas aus der Perspektive der europäischen Zivilgesellschaft sollten »Open Access« und »Open Data« nicht unerwähnt bleiben. Denn auch hier gibt es Chancen.

Während in den Naturwissenschaften *Open Access* mittlerweile relativ verbreitet ist, gilt dieses für die Felder, die sich mit europäischer Integration oder Forschung zu EU-Themen beschäftigen, nur sehr bedingt. Multiplikatoren und Meinungsführer, die die Universität verlassen haben, erhalten entweder nur sehr umständlich Zugang zu aktuellen wissenschaftlichen Publikationen oder müssen den Zugang oftmals sehr teuer bezahlen. Das mag Spezialisten erfreuen, deren Marktwert steigt, weil sie häufiger eingeladen werden, um Entwicklungen

zu kommentieren oder zu erklären. Aber es erschwert Diskurse z.B. in fachlichen Arbeitsgruppen von Verbänden, weil Papiere und Analysen nicht frei zirkulieren und so zur fundierten Meinungsbildung beitragen können. Öffentlich finanzierte Forschung könnte im politischen Vorfeld zur besseren und fundierteren Meinungsbildung beitragen, wenn ihre Ergebnisse breiter publiziert würden.

Etwas besser sieht es bei *Open Data* aus. Gerade die EU, aber auch das Statistische Bundesamt stellen mittlerweile zahlreiche statistische Daten über offene Schnittstellen zur Verfügung, die Vereine für ihre Arbeit nutzen können. Sei es als Basis für ihre politische Arbeit oder auch zur Organisationsentwicklung, etwa weil Mitgliederdaten vor dem Hintergrund demographischer Daten analysiert werden können.

Hierbei sind die fachlichen Hürden allerdings relativ groß, und sie werden auf absehbare Zeit relativ groß bleiben, so dass dieses Potenzial nur von Organisationen zu nutzen sein wird, die im Haupt- oder Ehrenamt Akteure haben, die eine hinreichende Kompetenz besitzen.

Vereine brauchen »CTO's«

Damit komme ich zum letzten Punkt: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen, brauchen sowohl auf der Arbeitsebene als auch in der Führung möglichst hohe fachliche Kompetenz. Wichtige Ressourcenentscheidungen werden durch Organisationsspitzen getroffen. Fehlen Akteure, die ein breites Wissen und Verständnis für Digitalisierungsthemen haben, oder werden diese nicht gehört, bleiben Investitionen aus oder es werden mit höherer

Wahrscheinlichkeit Fehlinvestitionen getätigt, mit der Folge, dass Chancen, aus Angst vor weiteren Fehlinvestitionen, nicht genutzt werden. Ein vicious circle, den es zu vermeiden gilt.


Digitaltechnologien werden auch innerhalb vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen zu einem Zukunftsfaktor. Vereine täten deshalb gut daran, neben dem traditionellen Amt eines Finanzvorstands auch einen Technikvorstand einzuführen und/oder – bei Verbänden mit hinreichender Finanzausstattung – eine hauptamtliche Stabsstelle zu schaffen.


Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten 11/2021 vom 25.11.2021.

AUTOR

Lars Becker ist Präsidiumsmitglied der überparteilichen Europa-Union Deutschland und Vorsitzender des Landesverbands Hamburg. Ehrenamtlich beschäftigt er sich seit rund zwanzig Jahren mit Europapolitik; im Hauptamt ist er IT-Berater. Im Organisationskontext fallen diese beiden Themenfelder seit der Pandemie häufiger zusammen. Er sagt: »weil immer mehr Akteure erkennen, dass Digitalisierung nicht auf die Arbeit mit MS Office und E-Mail reduziert werden kann.«

Weitere Informationen:

 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/study-about-impact-open-source-software-and-hardware-technological-independence-competitiveness-and>

 <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2228>

MAXIMILIAN PINNEN/ FRAUKE STEBNER/ NINA KNOPS/ MATTHIAS BECKER

ERASMUS+: DIGITALER, INKLUSIVER, NACHHALTIGER

Vor mittlerweile fast 35 Jahren wurde das Erasmus-Programm ins Leben gerufen, und schon im Beschlusstext¹ formulierte man als ein Ziel »das Zusammenwirken der Bürger der einzelnen Mitgliedsstaaten mit dem Ziel zu verstärken, den Begriff eines Europas der Bürger zu festigen [...]«. Daran war freilich auch die Erwartung geknüpft, dass die (steigende Zahl der) Hochschulabsolvent:innen weitere Impulse für eine stärkere, europäische Zusammenarbeit geben würden.

In der Erkenntnis, dass dem Bildungsbereich eine Schlüsselfunktion für eine breitere und tiefere europaweite Zusammenarbeit zukommt, hat die Europäische Union unter dem Begriff »Erasmus+« mittlerweile die verschiedenen Fördermöglichkeiten der Bereiche Jugendbildung, Schulbildung, Hochschulbildung sowie Berufs- und Erwachsenenbildung zusammengeführt². Dem Gedanken des lebenslangen Lernens folgend, werden somit auch der soziale Zusammenhalt und die europäische Identität gestärkt. Hierzu zählt sicherlich auch ein gemeinsamer Bildungsraum: Bereits 2025 soll der Einheitliche

1 87/327/EWG: Beschluß des Rates vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) – Publications Office of the EU (europa.eu)

2 In Deutschland wird das Erasmus+ Programm gemeinschaftlich von vier Nationalen Agenturen umgesetzt, die für die einzelnen Bildungssektoren verantwortlich sind. Siehe hierzu Startseite – Erasmus+ (erasmusplus.de)

Europäische Bildungsraum vollendet sein. Das ist ohne Frage ein sehr ehrgeiziges Ziel, das die Europäische Kommission mit einem umfangreichen, mehrdimensionalen Konzept³ erreichen will.

Dass das Erasmus-Programm seit mehr als drei Jahrzehnten erfolgreich zur europäischen Integration beigetragen hat, liegt nicht zuletzt auch an der kontinuierlichen Veränderung bzw. Anpassung mit jeder neuen Programmgeneration.

Die neue Programmgeneration 2021 – 2027

Im Fokus der neuen Programmgeneration stehen die Themen Inklusion und Diversität, Digitalisierung, politische Bildung und Nachhaltigkeit, die eng miteinander verwoben sind. Gemeinsam ist allen transversalen Prioritäten, den Zugang zum Programm zu erleichtern, damit noch mehr Europäer:innen einfacher an Erasmus+ teilnehmen können. Als Austauschprogramm steht die Mobilität von Einzelpersonen nach wie vor im Kern von Erasmus+. Doch bietet Erasmus+ durch seine verschiedenen Programmlinien vielfältige Instrumente, die die Hochschulen bei der Internationalisierung unterstützen. Zu den wichtigsten Komponenten zählen hier, wie auch in der zurückliegenden Programmgeneration, der Aufbau und die Umsetzung gemeinsamer strategischer

3 European Education Area (europa.eu)

Partnerschaften und Kooperationsprojekte. Im Vordergrund der *Erasmus+ Cooperation Partnerships* stehen die europäische und bildungsbereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie der Austausch guter Praxis. Mit der Leitaktion 3 (Politikunterstützung) fördert Erasmus+ auch Projekte, die die politische Zusammenarbeit auf der Ebene der Europäischen Union unterstützen und gleichsam die europäischen Bildungssysteme stärken.

Erasmus+ und Digitalisierung

In Bezug auf die Digitalisierung wartet Erasmus+ mit zwei Neuerungen auf: der Digitalisierung der Mobilität und der Digitalisierung der Administration.

Neben der klassischen physischen Mobilität über ein oder mehrere Semester treten nun ergänzend die sog. Blended-Intensive-Programmes (BIP). Die BIP bestehen aus einer kurzen, intensiven physischen Mobilitätsphase (5 bis max. 30 Tage) und einer virtuellen Phase. An der Gruppenmobilität können sowohl Studierende als auch Hochschulmitarbeiter:innen teilnehmen. Damit sollen einerseits innovative Lern- und Lehrmethoden breiter genutzt werden als auch die Möglichkeiten der Online-Kooperation stärker gefördert werden. Die BIP sind ein wichtiges Instrument, um weitere Teilnehmer:innenkreise zu erschließen.

Trotz eines umfangreichen Unterstützungsangebots stellt ein längerfristiger Erasmus+ Auslandsaufenthalt über ein oder mehrere Semester für potentielle Teilnehmer:innen eine (kaum überwindbare) Hürde dar. Die Erasmus+ Förderung ist – anders als ein Vollstipendium – eine Zuschusszahlung, die den regelmäßigen Mehrbedarf im Gastland abdeckt. Neben ökonomischen Faktoren spielen auch soziokulturelle Faktoren – beispielsweise

Erstakademiker – eine Rolle, warum es nicht- bzw. unterrepräsentierte Gruppen gibt. Die BIP stellen daher eine sinnvolle Verknüpfung der Chancen der Digitalisierung mit den Zielen der »Sozialen Teilhabe« dar, indem internationale Mobilität für möglichst viele erfahrbar wird. Gleichsam kann die Stärkung virtueller Austauschformate auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.

Auch auf der Verwaltungsseite erfährt das Erasmus+ Programm einen Digitalisierungsschub: Mit der European Student Card Initiative (ESCI) werden unterschiedliche Bausteine zusammengefasst, die mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen an der Herausbildung einer digitalen europäischen Gesellschaft mitwirken. Als markantester – und für die Hochschulen verpflichtender – Baustein der ESCI ist hier sicherlich Erasmus Without Paper (EWP)⁴ zu nennen. EWP umfasst sowohl das »Was« (die Dokumente) als auch das »Wie« (die Infrastruktur) eines papierlosen Austauschs. Im Kern geht es um nicht weniger als die Bereitstellung einer interoperablen Netzwerkstruktur für schrittweise zu digitalisierende Dokumente.

Für einen förderfähigen Erasmus-Aufenthalt ist der Austausch verschiedener Dokumente erforderlich, der bisher größtenteils papierbasiert erfolgt. Durch die Umstellung⁵ auf den digitalen Austausch soll der administrative Aufwand sinken: für die International Offices und für die Teilnehmer:innen. Das ist eine wichtige Zielformulierung, denn der mit einem

4 Fortlaufende Aktualisierungen zur Umsetzung von ESCI/EWP finden sich auf Erasmus+ DIGITAL – Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit – DAAD

5 Die Umsetzung erfolgt schrittweise über die kommenden Jahre. Siehe auch Sachstand: Digitalisierung des Erasmus+ Programms – Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit – DAAD

Erasmus-Aufenthalt verbundene »Papierkram« kann eine Hürde für bestimmte Zielgruppen darstellen und so zusätzlich von einer Auslandserfahrung abhalten. Der digitale Austausch selbst soll über das EWP-Netzwerk erfolgen, an das sich die Hochschule mittels verschiedener, frei wählbarer Lösungen anbinden können. Die Implementierung einer EWP-konformen Lösung erfordert sowohl prozessseitiges als auch technisches Fachwissen. Eine Auslandsmobilität gliedert sich in unterschiedliche Prozessschritte, an der verschiedene Stellen an einer Hochschule eingebunden sind, wie z.B. das International Office, die Fachbereiche und das Prüfungsamt. Bei der Übertragung der bestehenden (papierbasierten) Prozesse in digitale Datenflüsse ergeben sich weitere Anforderungen⁶ – etwa mit Blick auf die notwendige Standardisierung, die Zuweisung digitaler Identitäten oder das Zusammenspiel von Campusmanagementsoftware und Software zur Verwaltung internationaler Mobilitäten –, die inhaltlich im Rechenzentrum verortet sind.

In diesem Kontext ist zu unterstreichen, dass die Digitalisierung im Erasmus+ Programm keineswegs losgelöst von der generellen Digitalisierung im Hochschulbereich⁷ ist und folglich eine gesamthafte Aufgabe der Hochschulen darstellt, in der viele interne wie externe Akteure eingebunden sind.

Erasmus+ und Soziale Teilhabe

Mit der Beantragung der Erasmus Charta für die Hochschulbildung (ECHE) haben

⁶ Die technische Dokumentation zur EWP-Architektur und den zugrundeliegenden Standards (XML, SAML/Shibboleth) richtet sich ausdrücklich an eine einschlägig geschulte Zielgruppe.

⁷ Man denke hier etwa an die Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) und dem Single Digital Gateway (SDG).

sich Hochschulen verpflichtet, allen potenziellen Teilnehmenden, und im Besonderen jenen mit geringeren Chancen, einen gleichberechtigten Zugang zum Programm zu ermöglichen. Im Fokus steht dabei ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Neben erweiterten Möglichkeiten finanzieller Unterstützung für ausgewiesene Personengruppen und der Umsetzung neuer Mobilitätsformate sind der Ausbau von Zielgruppenansprache und Informationsangeboten, die Anpassung von Auswahl und Unterstützung von Teilnehmenden, sowie die systematische Vernetzung und die Einrichtung von Mobilitätsfenstern bedeutend, um mehr Menschen für das Programm zu gewinnen.

Zur Unterstützung von Hochschulen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Inklusion und Vielfalt erarbeitet die Nationale Agentur gemeinsam mit den Hochschulen einen nationalen Aktionsplan. Informationsangebote und Veranstaltungen sollen das Bewusstsein für Unterstützungsmechanismen schärfen und Vernetzung sowie Erfahrungsaustausch untereinander und mit Interessensvertreter:innen fördern.

Der Zugang zum Programm für potenzielle Teilnehmende ist auf unterschiedlichen Ebenen vereinfacht worden. So können ausgewiesene Zielgruppen von finanziellen und strukturellen Angeboten Gebrauch machen:

- Monatliches Top-up für Studierende, die mit Kind ins Ausland gehen und Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
- Realkosten für Teilnehmende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung und Begleitperson
- Vorbereitende Reisen für Teilnehmende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung und Begleitperson

- Reisekosten für bestimmte Zielgruppen und Mobilitätsformate
- Kurzzeit-Doktorandenmobilität/ Kurzzeitmobilität im blended Format

Darüber hinaus erfahren die Prinzipien der Chancengerechtigkeit auch bei der Auswahl sowie während des Monitorings von Projekten eine größere Beachtung. Schließlich gilt es auch, Synergien zu weiteren Programmen und Initiativen, die Inklusion fördern, zu schaffen.

Erasmus+ und Nachhaltigkeit

Die transversale Priorität »Nachhaltigkeit« wird als Green Erasmus bezeichnet und stellt den Umwelt- und Klimaschutz in den Fokus der neuen Programmgeneration. Im Wesentlichen geht es bei Green Erasmus um Sensibilisierung – für Umwelt, Klimawandel und den ökologischen Fußabdruck, den Mobilität und unser Handeln erzeugen – sowie um Substitution, die verstärkte Nutzung von klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.

Durch Sensibilisierung sowie finanzielle Anreize soll die Anzahl der Erasmus+ Mobilitäten, die mit umweltfreundlicheren Transportmitteln (Zug, Bus, Fahrgemeinschaften) absolviert werden, gesteigert und der ökologische Fußabdruck des Erasmus+ Programms so verringert werden. Im neuen Erasmus+-Programm steht Studierenden daher das Green Travel Top-up zur Verfügung. Studierende, die umweltfreundlich ins Ausland reisen, können ein Top-up von zur Zeit 50 Euro erhalten sowie bis zu 4 zusätzliche Reisetage als Aufenthaltstage geltend machen.

Die transversale Priorität »Nachhaltigkeit« wird ebenfalls von den Erasmus+ Kooperationsprojekten adressiert. So soll beispielsweise die Förderung von Kompetenzen, die für ein Leben in einer nachhaltigen

und ressourceneffizienten Gesellschaft und Wirtschaft wichtig sind, sogenannte »green skills«, durch die Förderung von Kooperationsprojekten zu »grünen« Themen angegangen werden. Darüber hinaus sollen Umwelt- und Klimaschutz nicht nur inhaltlich von den Projekten adressiert werden: Antragsteller:innen sind angehalten, die Konzeption und Umsetzung ihrer Projekte umweltfreundlich und nachhaltig zu gestalten.

Erasmus+ und Teilhabe am demokratischen Leben

Die Stärkung der europäischen Identität und die Förderung der aktiven Beteiligung des Einzelnen sowie der Zivilgesellschaft an demokratischen Prozessen sind entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union. Das Erasmus+ Programm der Generation 2021-2027 soll deshalb dazu beitragen, das Interesse der Menschen für die Europäische Union zu steigern und ihr Wissen darüber zu erweitern.

Unter der horizontalen Priorität Teilhabe am demokratischen Leben befasst sich Erasmus+ mit der Förderung aktiver Partizipation an demokratischen Prozessen. Ein wesentlicher Aspekt ist die Schärfung des Bewusstseins von Bürgerinnen und Bürgern für europäische Belange. So zeigen Eurobarometer-Umfragen, dass viele Menschen zögern oder Schwierigkeiten haben, sich sowohl aktiv in demokratische Prozesse einzubringen als auch sich am politischen Dialog zu beteiligen. Obwohl sich heute 70% der Europäerinnen und Europäer als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger fühlen, kann das Bewusstsein und Verständnis dafür, was die Europäische Union ist, wie sie funktioniert und welchen Mehrwert sie für ihre Bürgerinnen und Bürger hat, weiter ausgebaut werden. Fast neun von zehn jungen Menschen in der Union sind der Meinung, dass es eine

stärkere Aufklärung über die Rechte und Pflichten als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger geben sollte. Das Programm soll die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa fördern, unter anderem durch die Unterstützung von Partizipationsprojekten für junge Menschen und von Aktivitäten, die zur politischen Bildung beitragen.

Hieraus ergeben sich die folgenden Ziele:

- Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte einschließlich der Grundrechte sowie für die europäische Geschichte und Kultur schärfen
- Junge Menschen und Entscheidungsträger auf lokaler, nationaler und Unionebene zusammenbringen
- Zum europäischen Integrationsprozess beitragen

Die Mobilitäten und Projekte der Hochschulen im Erasmus+ Programm fördern im Kontext des lebenslangen Lernens die Entwicklung von sozialen und interkulturellen Kompetenzen, kritischem Denken sowie Medienkompetenz. Der Fokus liegt auf Projekten, die Möglichkeiten zur aktiven Bürgerbeteiligung im demokratischen Leben bieten und dabei die gemeinsamen Werte der EU, wie die Grundsätze von Einheit und Vielfalt sowie das soziale, kulturelle und historische Erbe vermitteln.

Erasmus+ und die Zivilgesellschaft

Das Erasmus+ Programm hat – so machen die thematischen Schlaglichter deutlich

– viele Facetten, die in der praktischen Lebenswirklichkeit der Menschen in Europa die (zuweilen abstrakten) europäischen Werte seit mehreren Jahrzehnten prägen und vermitteln. Mit der neuen Programmgeneration werden noch mehr Menschen einander virtuell wie physisch begegnen, sich austauschen und so zur Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft auch weiterhin beitragen.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten 11/2021 vom 25.11.2021.

AUTOR*INNEN

Maximilian Pinnen, Frauke Stebner, Nina Knops und Matthias Becker sind als Referent:innen der Nationalen Agentur für EU Hochschulzusammenarbeit im DAAD (NA DAAD) zuständig für die transversalen und horizontalen Themen im Erasmus+ Programm. Seit 1987 setzt die NA DAAD als von der Europäischen Kommission ernannte Nationale Agentur das Erasmus-Programm im Hochschulbereich um. In einem gemeinsamen, ganzheitlichen Ansatz möchte die NA DAAD das Synergiepotenzial der Themenbereiche hervorheben und für das Erasmus+ Programm als Beitrag für die Internationalisierung der Hochschulen nutzbar machen.

Weitere Informationen:

 www.eu.daad.de

 Twitter: @Erasmus_DAAD

 https://twitter.com/Erasmus_DAAD

HENDRIK VOM LEHN

DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT – GEDANKEN ZUR ROLLE VON OPEN-SOURCE-SOFTWARE UND DATENSCHUTZ

Die unsichtbare Infrastruktur

Die Zivilgesellschaft ist im Digitalen angekommen. Auch schon vor der COVID-19-Pandemie war es für viele Vereine und anderweitig organisierte Gruppen Alltag, sich über digitale Kanäle auszutauschen und zu organisieren. Aber spätestens seit letztem Jahr führt kaum noch ein Weg hieran vorbei und vormals rein zusätzliche, digitale Kommunikationsmöglichkeiten sind derzeit Standard.

Da vieles von dem, was wir im Digitalen tun, alltäglich ist, kann man leicht vergessen, welcher Hilfsmittel wir uns hierzu bedienen. Webseiten, E-Mail, eine gemeinsame Dateiablage, die digitale Vereinsverwaltung, E-Mail-Newsletter, Video-Konferenztools oder geteilte Whiteboards zur gleichzeitigen Zusammenarbeit. All das kommt nicht einfach aus »der Cloud«, sondern ist eine Form von Infrastruktur, dessen Existenz wir uns verdeutlichen sollten.

Beim Begriff der digitalen Infrastruktur liegt der Gedanke an Glasfaserkabel nahe. In diesem Beitrag ist mit digitaler Infrastruktur jedoch nicht die Ebene des Netzzugangs gemeint. Hier gemeint sind vor allem webbasierte Dienste, welche einzeln oder im Zusammenspiel die von uns allen täglich genutzten Internetdienste bilden.

Unter dem Titel »Digitale Souveränität – Ein Plädoyer für die Open-Source-Gesellschaft« [1] hat Teresa Staiger, Referentin

im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE, vor wenigen Monaten in diesem Newsletter auf die Vorteile von Open-Source-Software für den Aufbau einer solchen Infrastruktur hingewiesen. Dabei geht es vor allem um die digitale Souveränität, sodass Abhängigkeiten von einigen wenigen Akteur:innen vermieden werden.

Open Source und Datenschutz – untrennbar verbunden?

Ein Aspekt, der im Zusammenhang mit Open-Source-Software immer wieder genannt wird, sind Vorteile im Hinblick auf Datenschutz. Während Anbieter proprietärer Software-Lösungen oftmals ein starkes Interesse an datengetriebener Nutzungsanalyse ihrer Software haben oder sogar detaillierte Nutzerprofile erstellen, um mittels Werbung ein Einkommen für ihren Dienst zu generieren, benötigen die Entwickler:innen von Open-Source-Software solche Daten in der Regel nicht. Hinzu kommt, dass die Nutzer:innendaten bei proprietären Cloud-Diensten auf den Servern der Anbieter liegen, wohingegen Open-Source-Software eine freie Wahl des Server-Standortes und auch der Softwarekonfiguration ermöglicht.

Neben den Eigenschaften durch technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen ist Entwickler:innen von Open-Source-Software Datenschutz oftmals auch persönlich ein wichtiges Anliegen.

Daher wird in entsprechenden Communities Open Source für gewöhnlich als besonders datenschutzfreundlich betrachtet.

Solche Zuschreibungen finden auch durch die Datenschutzaufsichtsbehörden statt. Ein Beispiel hierfür sind die immer wiederkehrenden Diskussionen rund um Plattformen für Videokonferenzdienste, die wir wohl alle im Laufe des letzten Jahres führen durften. So schreibt der baden-württembergische Landesdatenschutzbeauftragte Dr. Stefan Brink in einer Pressemitteilung, dass Lösungen auf Basis von Open-Source-Software es ermöglichen, die Datenflüsse von Videokonferenzsystemen selbst zu kontrollieren [2].

Gleichzeitig findet man in einer fortlaufend aktualisierten Liste der Berliner Landesdatenschutzbeauftragten mit einem Ampelsystem für Videokonferenzsysteme den Hinweis, dass »frei verfügbare Jitsi-Angebote in der Regel rot [seien], da in der Regel kein Auftragsvertragsvertrag [abgeschlossen werden kann]« [3]. Aber wie kommt es dann, dass Open Source und Datenschutz vielfach als untrennbar verbunden wahrgenommen werden und Open-Source-Lösungen für Videokonferenzsysteme von einem Landesdatenschutzbeauftragten ausdrücklich empfohlen werden, aber die Videokonferenzangebote auf Basis einer eigentlich datenschutzkonformen Software in der Prüfung einer anderen Datenschutzaufsichtsbehörde durchfallen? Sind Open Source und Datenschutz doch nicht so untrennbar verbunden, wie es auf den ersten Blick scheint?

Datenschutz ist mehr als Datensparsamkeit

Die Antwort hierauf ist natürlich komplexer. Open-Source-Software kann frei konfiguriert und auf einem Server der

Wahl betrieben werden. Dazu kommt, dass Open Source meist keine Anreize für zweckfremde Sammlung personenbezogener Daten setzt und daher in der Regel datensparsam programmiert ist. Die Kern-eigenschaft von Open-Source-Software, die freie Verfügbarkeit des Quellcodes, ermöglicht darüber hinaus ein besonders hohes Maß an Transparenz.

All dies begünstigt einen datenschutzkonformen Betrieb von Diensten, aber ist nicht ausreichend. Zum einen muss auch Open-Source-Software im Hinblick auf Datenschutz korrekt konfiguriert werden. So verwenden auch selbst betriebene Jitsi-Server standardmäßig einen Server von Google, um Videoverbindungen unter den Teilnehmer:innen herzustellen [4]. Und bei der ebenfalls beliebten Videokonferenzsoftware Big Blue Button gibt es einige Fallstricke in Bezug auf unwissentliche Aufnahmen der Sitzungen [5]. Diese beiden Beispiele zeigen, dass es eine gewisse Detailkenntnis braucht, um die Dienste datenschutzkonform zu konfigurieren.

Neben der technischen Konfiguration der Software gibt es im Datenschutz auch einige formelle Aspekte zu beachten. So muss im Rahmen von Datenschutzhinweisen über die Datenverarbeitung informiert werden, wobei auch Pflichtangaben in Bezug auf die verantwortliche Stelle oder gesetzliche Rechte gemacht werden müssen. Entsprechende Textvorlagen sind leider nur selten Bestandteil von Open-Source-Softwarepaketen. Bei einigen webbasierten Diensten bedarf es teilweise sogar technischer Anpassungen, um passende Texte überhaupt in die Software mit einbinden zu können.

Werden keine eigenen, sondern fremde Server genutzt, wird das Konstrukt der sogenannten Auftragsverarbeitung relevant. Datenverarbeitung, für die man

eigentlich selbst verantwortlich ist, überträgt man einem technischen Dienstleister, den man hierzu vertraglich binden muss. Dies war auch schon nach altem Datenschutzrecht vor Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) so, aber wird zunehmend relevanter, da immer mehr Datenverarbeitung in Form von Cloud-Diensten ausgelagert wird. Dies ist auch der Punkt, aufgrund dessen die meisten frei verfügbaren Jitsi-Server in der Anbieterliste der Berliner Landesdatenschutzbeauftragten durchfallen. Relevant ist diese Thematik aber nicht nur bei Videokonferenzdiensten, sondern bei allen Arten von Cloud-Speichern, Webseiten, Datenbanken und so weiter.

Wer einen eigenen Dienst basierend auf einer Open-Source-Software datenschutzkonform betreiben will, muss also auf mehreren Ebenen aktiv werden. Hierzu braucht es sowohl technisches als auch datenschutzrechtliches Wissen. Dass ein kleiner Verein, für den Datenverarbeitung nur Mittel zum Zweck ist, dies leisten kann, ist illusorisch.

Die digitale Zivilgesellschaft als Bindeglied

Eine kleinere Organisation hat nun mehrere Möglichkeiten. Sie könnte sich Expertise für den Betrieb des Dienstes hinzukaufen. Dies ist jedoch allein aus Kostengründen für die meisten Organisationen kein gangbarer Ansatz und bei standardisierten Diensten auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll. Ohne Kenntnis der möglichen Alternativen könnte für kleinere Organisationen so jedoch der Eindruck entstehen, dass ihnen eine praxistaugliche und datenschutzkonforme Nutzung von Open-Source Software verwehrt bleibt. Hinweise von Datenschutzaufsichtsbehörden, entsprechende Dienste selbst zu betreiben, sind im Kontext kleinerer

zivilgesellschaftlicher Organisationen jedenfalls nicht sonderlich hilfreich.

Es gibt jedoch auch kommerzielle Dienstleister, die bekannte Open-Source-Software als fertig konfiguriertes Paket anbieten. Anstatt sich also selbst um den Betrieb eines Servers zu kümmern oder dies einzeln zu beauftragen, kauft man es als Komplettpaket ein. So bieten die meisten Webhoster nicht nur das Betreiben einfacher Webseiten an, sondern erlauben es auch, Open-Source Cloud-Tools – wie die beliebte Dateiablage und Groupware Nextcloud – zu installieren. Im Bereich technisch komplexerer Anwendungen, wie beispielsweise Videokonferenzsystemen, muss man jedoch auf spezialisierte Anbieter mit speziell konfigurierten Servern zurückgreifen. Aber auch in diesem Bereich gibt es Möglichkeiten, Open-Source-Software als fertige Lösung einzukaufen, wie die Anbieterliste der Berliner Landesdatenschutzbeauftragten zeigt [3].

Häufig ist jedoch auch bei der Nutzung solcher Anbieter eine gewisse Kenntnis der dahinterliegenden Technik notwendig. So stehen auf den Webseiten der einschlägigen Anbieter häufig eher die Softwarefunktionalitäten im Vordergrund und man muss sich selbst erarbeiten, ob die angebotenen Produkte eine taugliche Lösung für die eigene Organisation darstellen. Kommerzielle Anbieter proprietärer – also nicht auf Open Source basierender – Software sind in dieser Hinsicht meist besser aufgestellt. Sie haben Endanwender:innen und nicht Techniker:innen als Zielgruppe und beschäftigen dementsprechend ganze Marketing- und Vertriebsabteilungen, die herausarbeiten, welche Probleme welche Zielgruppen mit ihrer Software lösen kann.

Anbieter proprietärer Software sind auch ansonsten deutlich umtriebiger, was ihre

Marketingaktivitäten und Außendarstellung betrifft. Daher sind die proprietären Cloud-Tools vielen bereits bekannt, wohingegen man für die Nutzung von Open-Source-Software erst einmal recherchieren muss. Daher kommt vielen Engagierten wohl zumeist proprietäre Software in den Sinn, wenn sie eine bestimmte Problemstellung in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement angehen wollen. Portale wie Stifter-helfen [6], auf denen Softwareanbieter ihre Dienste gemeinnützigen Organisationen zu vergünstigten Konditionen anbieten, verstärken die Sichtbarkeit proprietärer Cloud-Dienste noch weiter.

Um die Sichtbarkeit von Open-Source-Software in der Zivilgesellschaft weiter zu erhöhen, ist es daher wichtig, bei den konkreten Problemen und Fragestellungen zivilgesellschaftlicher Organisationen anzuknüpfen. Im Fall der Vereinssoftware CiviCRM bietet der deutsche Verein Software für Engagierte e.V. genau dies [7]. Durch solche Modelle kann die Zivilgesellschaft dafür sorgen, dass Open Source auch in der Zivilgesellschaft besser genutzt werden kann.

Digitale Infrastruktur durch die Zivilgesellschaft

Neben der besseren Auffindbarkeit und Nutzbarkeit von Open Source kann die Zivilgesellschaft natürlich auch den eigentlichen Betrieb von Cloud-Diensten übernehmen. Entsprechende Angebote stellen somit eine Alternative zu den oben erwähnten kommerziellen Hostern für Open-Source-Software dar. Hierzu zählen beispielsweise genossenschaftlich organisierte Anbieter wie Hostsharing [6] oder weChange [7], aber auch lose organisierte Gruppen (sogenannte Techkollektive) oder Einzelpersonen, die ehrenamtlich frei zugängliche Server anbieten.

Teilweise sind es auch eigens hierfür gegründete Vereine, die digitale Infrastruktur auf Basis von Open-Source-Software zur Verfügung stellen. Dies scheint aktuell aber eher selten der Fall zu sein und zumeist sind es etablierte Vereine, die neben ihrer eigentlichen Haupttätigkeit entsprechende Dienste anbieten. Ein Beispiel hierfür ist der Computerwerk Darmstadt e.V., welcher neben der wohltätigen Weitergabe gebrauchter Computer auch den relativ bekannten Videokonferenzdienst Senfcall betreibt [10].

Ein Grund dafür, dass es aktuell noch recht wenige Vereine gibt, die sich dezidiert dem Betrieb digitaler Infrastruktur widmen, ist sicherlich die fehlende Gemeinnützigkeit. Hierfür müsste ein passender Zweck in den Katalog gemeinnütziger Zwecke nach § 52 Abgabenordnung aufgenommen werden. Dieser wurde zum Jahresanfang um den Betrieb von Freifunk-Netzen erweitert. Diese Regelung ist aber speziell auf Freifunk zugeschnitten und somit auf der Ebene des Netzzugangs angesiedelt. Initiativen, welche gemeinwohlorientierte Cloud-Dienste für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen, fallen hier durchs Raster und sind nach aktueller Rechtslage nicht steuerbegünstigt. Daher arbeiten solche Gruppen oftmals eher lose organisiert, rein ehrenamtlich und finanzieren ihre Serverkosten über Spenden.

Eine öffentliche Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen wäre eine weitere Möglichkeit, den Aufbau einer gemeinwohlorientierten Infrastruktur auf Basis von Open Source voran zu treiben. Mit dem Prototype Fund [11] gibt es ein eigenes Förderprogramm des Bundes für die Entwicklung von gemeinwohlorientierter Open-Software (sogenanntes Public Interest Tech). Die Förderung endet leider mit der Erstellung der Quellcodes. Wenn sich nicht andere Player dem Betrieb

entsprechender Dienste und damit einer Verstetigung annehmen, bleibt die hierdurch geförderte Software somit für große Teile der Zivilgesellschaft unzugänglich.

Wenn eine datenschutzkonforme, digitale Infrastruktur auf Basis von Open Source für die Zivilgesellschaft politisch gewollt ist, gäbe es durch eine Erweiterung des Katalogs gemeinnütziger Zwecke oder eine Förderung zum Betrieb von Software durchaus Möglichkeiten, die momentan eher lose organisierten Aktivitäten verschiedener Gruppen zu begünstigen und damit zu einer Verstetigung beizutragen.

Fazit

Open-Source-Software hat das Potential, die Basis einer datenschutzkonformen, digitalen Infrastruktur für die Zivilgesellschaft zu werden. Entsprechende Dienste sicher und datenschutzkonform zu betreiben, ist für die meisten zivilgesellschaftlichen Gruppen jedoch nicht möglich. Der Markt von Anbietern, die solche Dienste kommerziell anbieten, ist recht unübersichtlich und teilweise auch im Hinblick auf die Kosten für die Zivilgesellschaft unzugänglich.

Es gibt einige Initiativen aus der Zivilgesellschaft, eine Infrastruktur für die Zivilgesellschaft aufzubauen. Damit sich diese Initiativen professionalisieren und verstetigen können, braucht es jedoch die passenden Rahmenbedingungen. Eine Aufnahme des Betriebs digitaler Infrastruktur in den Katalog gemeinnütziger Zwecke und Förderprogramme zur Verstetigung von prototypisch entwickelten Lösungen können hierzu beitragen.

Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist es für zivilgesellschaftliche Akteure in der Regel einfacher, zu den bunt angepriesenen und teils kostenlosen

Angeboten proprietärer Cloud-Anbieter zu greifen. Aufgrund deren Geschäftsinteressen und datengetriebenen Geschäftsmodellen sind Konflikte im Hinblick auf Datenschutz jedoch vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass nach dem Schrems II-Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem letzten Jahr aktuell keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Nutzung amerikanischer Cloud-Dienste bestehen.

Die Potentiale, die Open Source im Hinblick auf Datenschutz und den Aufbau einer souveränen, digitalen Infrastruktur bietet, kommen somit für die Zivilgesellschaft aktuell nicht zum Tragen. Durch passende politische Rahmenbedingungen könnte die Lücke zwischen der Erstellung von Open-Source-Programmcodes und der Nutzbarkeit der Software durch die Zivilgesellschaft geschlossen werden.

QUELLEN

- [1] BBE Newsletter Nr. 2 vom 21.1.2021, <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-2-vom-2112021/staiger-digitale-souveraenitaet-open-source-gesellschaft/>
- [2] Pressemitteilung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg vom 17. April 2020, <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/datenschutzfreundliche-technische-moeglichkeiten-der-kommunikation/>
- [3] Anbieterliste von Videokonferenzdiensten der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in der Version vom 18. Februar 2021, https://www.datenschutz-berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/orientierungshilfen/2021-BlnBDI-Hinweise_Berliner_Verantwortliche_zu_Anbietern_Videokonferenz-Dienste.pdf
- [4] <https://www.kuketz-blog.de/jitsi-meet-datenschutzfreundlich-ohne-google-stun-server/>

[5] <https://bbb-hilfe.de/docs/aufnahmefunktion-in-bigbluebutton-technische-datenschutzinformation/>

[6] <https://www.stifter-helfen.de/it-produkte>

[7] <https://sfe-ev.org/>

[8] <https://www.hostsharing.net/>

[9] <https://wechange.de/>

[10] <https://senfcall.de/>

[11] <https://prototypefund.de/>

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 11/2021 vom 3.6.2021.

AUTOR

Hendrik vom Lehn ist Berater für Datenschutz und Informationssicherheit. Er berät zivilgesellschaftliche Organisationen und baut bei der Stiftung Datenschutz den Bereich Datenschutz im Ehrenamt auf. Privat bloggt er unter vereint.digital rund um Digitalisierung im Vereinsumfeld.

Weitere Informationen:

🌐 Website Stiftung Datenschutz: <https://stiftungdatenschutz.org/themen/datenschutz-im-ehrenamt>

🌐 vereint.digital: <https://vereint.digital/>

🌐 Twitter: [@hendrikvomlehn](https://twitter.com/hendrikvomlehn)

RAPHAELA HOBACH

EINE DIGITALE PLATTFORM FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN EUROPA

Der »European Hub for Civic Engagement«

Emilia aus Italien, Besjana aus Albanien und Lars aus Schweden haben sich noch nie getroffen, sprechen aber offen über ihre Bedürfnisse als Kunst- und Kulturschaffende in Europa. Es ist Anfang Mai 2021 und die Einschränkungen der COVID-19-Pandemie sind immer noch deutlich spürbar. Die 30 europäischen Kunst- und Kulturschaffenden, die sich im Rahmen unseres Projekts »Europe takes part« treffen, sind von 30 verschiedenen Orten in Europa virtuell zugeschaltet – der eine sitzt in seinem Musikstudio, die andere in ihrem Schlafzimmer und ein weiterer im Hinterhof. Was alle Gesprächspartner:innen gemeinsam haben: Sie alle verstehen sich als Teil der europäischen Zivilgesellschaft und möchten die Situation für zivilgesellschaftliche Akteure in Europa, insbesondere in Zeiten der Pandemie, gemeinsam verbessern.

Bereits im Jahr 2019 haben wir damit begonnen, zivilgesellschaftliche Akteure nach ihren Bedürfnissen zu befragen und technische Tools zu ihrer Unterstützung zu entwickeln. Mit unserem Projekt European Hub for Civic Engagement¹ entwickeln wir, Das Progressive Zentrum, gemeinsam mit Citizens for Europe und Alliance4Europe eine digitale Infrastruktur für zivilgesellschaftliche Akteure in Europa, in der sich

1 European Hub for Civic Engagement: <https://www.europeanhub.org/>

eine europäische Öffentlichkeit entwickeln kann, die kritisch diskutiert und sich gegenseitig unterstützt. Damit reagieren wir einerseits auf das Schrumpfen der Freiräume für zivilgesellschaftliche Akteure (»shrinking spaces«) und möchten andererseits die innovativen Möglichkeiten digitaler Räume nutzen.

Ziel des European Hub ist es, ein digitales Toolkit aufzubauen und zu pflegen, das zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen in ganz Europa in der Zusammenarbeit unterstützt, ihre Reichweite erhöht und die Wirkung ihrer Aktivitäten in der europäischen Sozial- und Kulturlandschaft stärkt. Die Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur ersetzt dabei nicht die physischen Verbindungen, sondern erhöht die Möglichkeiten der Begegnungen.

Was uns wichtig ist: Der European Hub wird für die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen immer wieder angepasst und weiterentwickelt. Dies ist möglich Dank seines modularen Aufbaus und der ko-kreativen Arbeitsansätze, die darauf abzielen, zivilgesellschaftlichen Organisationen Tech-Tools zur Verfügung zu stellen, die sie passgenau bei eben jenen Aktivitäten unterstützen, bei denen sie Hilfe benötigen.

Überzeugt davon, dass Civic-Tech-Tools nicht von einer kleinen, homogenen Gruppe stammen sollten, entwickelten wir die sogenannte »Hub-Methodik«, bei der eine repräsentative Auswahl von Akteur:innen

anhand unterschiedlicher Diversitäts-Kriterien zusammengebracht wird. Bei den von uns moderierten Treffen identifiziert die Gruppe anhand eigener Erfahrungen und Beobachtungen konkrete Bedürfnisse. Im Kern dieser Bedarfsanalyse steht die Frage: Was fehlt der jeweiligen Zielgruppe für eine bessere Zusammenarbeit innerhalb Europas? Anschließend wird kritisch diskutiert, wie ein hilfreiches Civic-Tech-Tool konkret aussehen sollte. Sobald die gesammelten Ideen geclustert sind, entwickelt ein Design- und Programmier-team ein maßgeschneidertes Tool, das die Bedürfnisse und Diskussionen aus den Workshops widerspiegelt. Vor der Veröffentlichung des Tools gibt es zudem eine Feedback-Phase, in der sich die Workshop-Teilnehmer:innen durch die Testversion klicken und Feedback geben können.

Digitale Räume für Kulturschaffende: Das Projekt »Europe takes part«

Der European Hub soll für alle zivilgesellschaftlichen Akteure in Europa attraktiv sein, seine Funktionen können aber problemlos auf spezifische Zielgruppen zugeschnitten werden. Das Projekt Europe takes part², das wir in Kooperation mit dem Goethe-Institut durchführen, stellt beispielsweise eine Erweiterung des European Hub dar, die sich speziell an europäische Künstler:innen richtet. Da die Kunst- und Kulturszene in demokratischen Gesellschaften eine zentrale Rolle innehat und während der globalen Corona-Pandemie vor besonders großen Herausforderungen steht, haben wir uns gefragt: Wie können digitale Werkzeuge Kunst- und Kulturakteure in Europa stärken? Und welche Rolle können und sollen digitale Räume in der Zukunft der europäischen Kulturpolitik spielen?

2 Projekt Europe takes part: <https://www.progressives-zentrum.org/europe-takes-part/?lang=en>

Neben der öffentlichen Diskussion der Thematik auf einem hochrangig besetzten kulturpolitischen Summit im Auswärtigen Amt im April 2021 bestand das Projekt auch aus vier ko-kreativen digitalen Workshops mit 30 Kunst- und Kulturschaffenden im Frühjahr 2021. Während der Bestandsaufnahme ihrer aktuellen Situation waren sich die Teilnehmer:innen hier ziemlich schnell klar darüber, was sie brauchen würden, um freier und kollaborativer in Europa zu arbeiten: »Fördermittel leichter zugänglich machen« und »bessere europäische Künstler:innennetzwerke entwickeln« waren die am häufigsten geäußerten Bedarfe während der Workshops. Basierend auf diesem Bedarf wird von unserem Design- & Development-Partner OddCamp aktuell eine konkrete, technische Lösung entwickelt. Das nun zu bauende »Funding Modul« des European Hub zielt auf drei Bereiche:

1. Bestehende Profile werden erweitert
2. Eine Fördermittel-Checkliste wird erarbeitet
3. Die Suche nach Fördermitteln wird vereinfacht

Zum einen werden bestehende digitale Nutzer:innenprofile auf dem European Hub um Fördererfahrungen inhaltlich und visuell ergänzt. Dies soll bestehende Erfahrungen, Förderinteressen und neue Projektideen der Nutzer:innen sichtbar machen. Das zweite Kernstück des Funding Moduls ist eine Fördermittel-Checkliste, der sogenannte »Funding Wizard«. Hier wird ein Tool entwickelt, das die Nutzenden aktiv durch den Prozess des Schreibens eines Förderantrags begleitet. Anhand einer Reihe vorgegebener Regeln und Tipps wird den Nutzer:innen Anleitung und Feedback zu ihrem Antrag gegeben. Als dritte Funktion wird die Suche nach Fördermitteln vereinfacht. Über eine kuratierte Liste von Plattformen, die Finanzierungsmöglichkeiten auführen,

HOBACH: DIGITALE PLATTFORM FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

können Nutzende diese Fördermöglichkeiten nach einem oder mehreren Themen und Standorten filtern.

Der hier skizzierte »Funding«-Bereich, der sich vor allem auf Fördermöglichkeiten in den Bereichen Kunst und Kultur konzentriert, kann zu jeder Zeit auf andere gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet und so für weitere Zielgruppen skaliert werden.

Ausblick: Weiterentwicklung und nächste Schritte des European Hub

Im Laufe der letzten drei Jahre hat der European Hub in partizipativen und kooperativen Prozessen die Bedürfnisse einzelner Zielgruppen zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen skizziert und gesammelt. Aufbauend auf dem kollektiven Wissen von Expert:innen und der Community ist die Einrichtung eines Governance-Boards für die wachsende Community des European Hub der logische nächste Schritt, um das Projekt in ein echtes europaweites Netzwerk zu verwandeln und als Motor für die weitere Entwicklung zu dienen. Wir sind davon überzeugt, dass auf Langfristigkeit angelegte Strukturen die notwendige Voraussetzung für nachhaltigen Fortschritt in der europäischen Zivilgesellschaft sind, in der Entscheidungen demokratisch getroffen werden.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, private und öffentliche geldgebende Institutionen, größere NGOs, Bewegungen, Designer:innen und Programmierende aus

verschiedenen Arbeitsbereichen in einem gemeinsamen Prozess zusammenzubringen, um den European Hub als legitimen Bezugspunkt für eine echte, europäische Zivilgesellschaft zu etablieren.


Da wir für die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft im digitalen Raum auf Unterstützer:innen und Mitstreiter:innen angewiesen sind, freuen wir uns sehr, wenn Sie sich auf dem European Hub anmelden, die Plattform in Ihrem Umfeld bewerben und sich bei Interesse an einer Kooperation bei uns melden. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Erschienen im BBE Newsletter Nr. 15/2021 vom 29.7.2021.

AUTORIN

Dr. Raphaela Hobbach ist Senior Projektmanagerin für europäische Demokratie und internationalen Dialog bei dem Berliner Think Tank Das Progressive Zentrum. Sie leitet das Projekt »Europe takes part« in Kooperation mit dem Goethe-Institut zur Unterstützung von europäischen Kunst- und Kulturschaffenden mittels digitaler Tools, das ein Teilprojekt des »European Hub for Civic Engagement« darstellt.

Weitere Informationen:

 <https://www.progressives-zentrum.org/>

 @raphaelahobbach

JENNIFER STAPPER

UNITED NATIONS VOLUNTEERS

During crisis – diversity in volunteering is more important than ever

The United Nations Volunteers (UNV) programme matches tens of thousands of individuals, each with a unique background and expertise, with UN Volunteer assignments in programme countries to support the work of the United Nations under the framework for the Sustainable Development Goals. In addition, UNV oversees an online volunteering service where thousands more around the world take on virtual volunteer assignments from their own homes to support sustainable development.

How did the COVID-19 pandemic affect these two types of volunteering managed by UNV? First, like in all other sectors throughout the world, the crisis called for immediate action and quick adaptability. Second, it not only brought UNV's commitment to diversity and digital transformation to the forefront, but showed that digital agility is conducive to opening up volunteer opportunities to a more diverse group of people. With support from the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), UNV has engaged over the past years in a digital transformation process to better serve United Nations partners and to effectively support the delivery of the 2030 Agenda. This progress has greatly supported the organization's readiness and capacity to address new global challenges. Special analysis has also gone into assuring

non-biased within the Artificial Intelligence elements of the up-graded digital candidate matching.

Scaling up the response to COVID-19

With the pandemic unfolding, partners turned to UNV to help them scale up preparedness and response efforts and enhance local capacity. UNV increased recruitment of local experts through new and existing categories of volunteers, and it expanded its online volunteering programme to meet unprecedented demand. By the end of 2020, UNV had mobilized over 1,000 UN Volunteers in 105 countries to serve with 26 United Nations entities on COVID-related assignments. Of these, 85 per cent were national UN Volunteers deployed in their own country, and 54 per cent were women. The United Nations Development Programme (UNDP), the lead technical agency in COVID-19 socio-economic recovery efforts, deployed the largest share of these UN Volunteers – 500 in total – in support of emergency mitigation and response measures.

National UN Volunteers

Diversity is the DNA of the United Nations. UNV is no different, and continues to have the vast majority of UN Volunteers, over 80 percent, coming from the Global South. UN Volunteers taking action in the field represent over 170 countries. Even before COVID-19, there was a long-term

JENNIFER STAPPER: UNITED NATIONS VOLUNTEERS

trend towards increased demand for national UN Volunteers. This was accelerated in 2020, in part due to international travel restrictions, and the proportion of national to international UN Volunteers grew from 46 per cent in 2019 to 56 per cent in 2020.

In 13 countries across West and Central Africa, UNV contributed to pandemic response activities at the community level. UN Volunteers reached more than 736,000 people through awareness campaigns, mask production and distribution, and supply of soap and handwashing facilities.

In Mali, 60 volunteers with UNDP worked at the community level to raise awareness of COVID-19 transmission and protective measures, while in Liberia, 50 volunteers served as contact tracers under a joint project with UNDP, the International Organization for Migration (IOM) and the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). In Niger, nine specialist UN Volunteers (epidemiologists, nurses and laboratory technicians) were deployed with the World Health Organization (WHO) and UNDP.

In the Arab States, UN Volunteers supported WHO's epidemiological teams and helped prepare refugees in Sudan for the onset of the pandemic. They provided logistical support in the delivery of humanitarian aid in Yemen and helped to counter the unequal gender impact of COVID-19 in Morocco.

Across Asia and the Pacific, 15 United Nations entities recruited or repurposed 242 UN Volunteer assignments in 24 countries to address COVID-19 related challenges. There were 109 assignments with UNDP, 34 with the United Nations Children's Fund (UNICEF) and 28 with IOM, contributing capacity to community development, coordination, medicine and nursing.

Gender Equality and Women's Rights

Already in 2019, half of UN Volunteers worldwide were women. Hitting gender parity was a major milestone for UNV. However, there is still a need to have more women assigned to traditional male roles and within peacekeeping. We also need to look at the hidden figures and go beyond averages to better understand and uncover intersectional and regional disparities.

For example, just like the global labour market, volunteering roles can be highly segregated. Research shows that women are more likely to volunteer for organizations in the areas of social and health services, particularly unpaid care work beyond the household, while male volunteer participants are often found in political, economic and scientific fields.

UNV recently published a new toolkit¹ to help policymakers consider how to construct an environment for volunteering that is conducive to equal rights and opportunities for all, regardless of gender, income, ethnicity, disability, age or any other personal characteristic.²

A concrete example of where UNV is also proactively recruiting women for UN Volunteer assignments is the launch of the UN Women and UNV »Young Women Leaders« Initiative.

The initiative consists of a diverse cohort of young women from the Global South who are committed to gender equality

1 <https://knowledge.unv.org/evidence-library/promoting-gender-equality-through-volunteering-in-national-or-subnational-policies-and-frameworks>

2 Further Information on gender disparities among volunteers: <https://www.unv.org/Success-stories/Beyond-averages-do-gender-disparities-exist-volunteering>

and women's empowerment and to the mission and work of the United Nations. While participating in a structured professional development programme, the participants are mentored by leaders in their respective fields of expertise. They have the opportunity to contribute to gender equality and women's empowerment and become part of a network of young leaders at UN Women.³

Another example of UN Volunteers dedicated to serious gender-based issues is in Turkey. National UN Volunteers with UNDP in Turkey devote their skills to help women and girls subjected to violence access legal aid. The project »Support to the Improvement of Legal Aid Practices for Access to Justice for All in Turkey Project Phase II« (ILAP) aims to implement pilot practices for specialized legal aid services towards gender-based violence (GBV) victims, especially women and girls. The pilot practices comprise the establishment of seven Violence Prevention Centers (VPCs). Enhanced coordination is targeted between NGOs, public institutions, and bar associations to improve the legal aid system in these provinces.⁴

Disability inclusion

UNV deploys an increasing number of UN Volunteers with disabilities every year. In 2020, UNV engaged a total of 88 UN Volunteers with disabilities in the United Nations system, with support from United Nations host entities along with funding partners. We are well aware that this

may not capture the full picture, because these figures only factor in those volunteers who voluntarily disclosed their disability. There are many more, serving on regular volunteer assignments. In 2020, there have been deployments of UN Volunteers with disabilities for the first time in Burkina Faso and Egypt, Guatemala and Nigeria, North Macedonia and Timor-Leste, to name just a few.

Not only are the currently serving UN Volunteers deployed in 36 countries across all regions, they are also engaged with 17 different UN entities. Many UN host entities have a close relationship with the UN Partnership for the Rights of Persons with Disabilities (UNPRPD), which further strengthens UNV's contribution to leaving no one behind.

Our volunteers with disabilities serve in 50 different technical and thematic areas, ranging from human rights, inclusion and diversity, via projects and operations, partnerships and communications, human resources and law, to climate change and engineering, medical care and education. 51 per cent of them are women and 65 per cent come from the Global South. Related to our strengthened outreach, the number of candidates with disabilities registered in the global UNV Talent Pool is growing. In addition, about three per cent of our Online Volunteers have self-declared a disability.

UNV is also partnering with the Governments of Germany (Federal Ministry for Economic Cooperation and Development – BMZ) and Sweden (Sida) to further increase opportunities for national UN Volunteers with disabilities in 2021.⁵

3 Further information on the »Young Women Leaders« Initiative: <https://www.unv.org/News/UN-Women-and-UNV-launch-new-Young-Women-Leaders-Initiative>

4 Further information on the ILAP-project: <https://www.unv.org/Success-stories/Building-accessible-justice-gender-based-violence-victims-Turkey>

5 Further information on volunteers with disabilities: <https://www.unv.org/News/UN-Volunteers-disabilities-and-inclusive-COVID-19-response>

JENNIFER STAPPER: UNITED NATIONS VOLUNTEERS

Volunteering at any age

The average global age of UN Volunteers is 32 years – but James and Carmen Haddows can attest to the many benefits their presence brings both to the United Nations missions they serve, and to themselves as older volunteers. Rather than spending their retirement years in quiet relaxation, the Haddows, both from the United Kingdom, chose to share their lifetime of expertise as UN Volunteers with United Nations missions. Both in their 70s, they are currently serving as UN Volunteers: James as an Electoral Logistics Specialist with the UN Assistance Mission in Somalia (UNSOM), and Carmen as Administrative Officer, Human Resources, Training and UNV Support, with the UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA).

James served in the military, before finding his way to the UNV programme over two decades ago, in 1999. Prior to his current role as Electoral Logistics Specialist with UNSOM, James served as a UN Volunteer with the UN Mission in South Sudan (UNMISS). Carmen, a former UN staff member, was approaching her retirement age when, through her former boss, she discovered an opportunity to continue contributing to global peace and development as a UN Volunteer with UNAMA.

Rudolf Maulany, UN Volunteer medical doctor in South Sudan, just can't get enough of UN volunteering on the international stage. Dr. Maulany and his wife Lisbetty, who is also a medical doctor, and whose UN Volunteer experience equals that of her husband, have opted for a return to the action, making them quite the unique couple.

Hardly surprising, Rudolf Maulany highly recommends anyone to give volunteering for the UN a chance and has even handily

summarized his top three pieces of advice for aspiring do-gooders: »Make your dream come true, keep improving yourself continuously and enjoy your life.«

Online Volunteering

The UNV online volunteering service allows organizations and volunteers to team up to address sustainable development challenges – anywhere in the world, from any device. Online volunteering is fast, easy – and most of all, effective. When skilled, passionate individuals join forces online with great organizations working toward sustainable development goals, everyone wins.

Technology development, outreach and advocacy, art and design, teaching and training and, most recently, COVID-19 response, are only a few possibilities for volunteers to engage virtually.

UNV received a high number of applications for the 320 online COVID-19 related assignments posted in 2020. Online volunteering opportunities increased by 133 per cent from 2019, with United Nations entities putting forward a total of 1,240 online assignments. UNV partners sourced expertise in areas such as translation, graphic design and information management, primarily for community outreach and advocacy. UNV's worldwide reach to highly motivated professionals unlocked significant capacity for partners and resulted in unprecedented online volunteer engagement.

In Sudan, the United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) used Online Volunteers to translate 20,000 names of schools, enabling the effective planning of education programmes by UNICEF and the Ministry of Education.

Online Volunteers with the UNDP Pacific Accelerator Lab in Fiji visualized pandemic-related data to inform the health system and crisis management responses. Online Volunteers also modelled the impact of COVID-19 on Small Island Developing States, leading to innovative solutions and interventions.⁶

Diversity – SDG 10 and UNV

COVID-19 has deepened existing inequalities, hitting the poorest and most vulnerable communities the hardest. It has put a spotlight on economic inequalities and fragile social safety nets that leave vulnerable communities to bear the brunt of the crisis. At the same time, social, political and economic inequalities have amplified the impacts of the pandemic. Accordingly, especially Sustainable Development Goal 10⁷ – reduced inequalities within and among countries – has become even more urgent.

In conclusion, the push in volunteering, due to the pandemic, has brought more diversity than ever before in volunteering for the United Nations. UNV strives to continue being as inclusive as possible in all of its initiatives – and especially in the current vaccine roll-outs and post-COVID recovery. It is only together, with our partners and UN Volunteers, that we can achieve diversity in all its strength and leave no one behind.

International Volunteer Day

Every year on the 5th of December, we celebrate International Volunteer Day (IVD) to promote volunteering, encourage

governments to support volunteer efforts and recognize volunteer contributions to the achievement of the Sustainable Development Goals (SDGs) at local, national and international levels.

»The United Nations General Assembly, in its resolution 57/106 of 22 November 2002, called upon the United Nations Volunteers (UNV) programme to ensure that the potential of International Volunteer Day is fully realized.«

Through the IVD 2021 campaign, we want to recognize and support the spirit of volunteerism. For generations of tomorrow, we must take responsibility to build a better future now. Encouraging, recognizing and promoting the spirit of volunteerism is an important part of creating a better future for all. It is important now more than ever, to integrate volunteers and the spirit of volunteerism into national and global implementation strategies to achieve the SDGs and build an inclusive world.

Zunächst erschienen im BBE Newsletter Nr. 9/2021 vom 6.5.2021; aktualisiert am 12.11.2021.

AUTORIN

Jennifer Stapper is Communication Specialist and Global Communications Team lead at the United Nations Volunteers (UNV) programme.

Weitere Informationen:
🌐 Twitter: @UNVenture

⁶ Further information on Online Volunteering:
<https://www.onlinevolunteering.org/index.html>

⁷ <https://sdgs.un.org/goals/goal10>

HANS SENDLER

TRISEKTORALER BEDARF AN DIGITALEN INFORMATIONSD- UND INTERAKTIONS-PLATTFORMEN

1. Vorbemerkung

Kurz zum allgemeinen Ausgangspunkt: Sektorübergreifende Zusammenarbeit ist unabdingbar. Eine zutreffende Feststellung, die aber zunächst mehr Fragen aufwirft als Handlungsrichtungen aufzeigt. Und die auch den dazu erforderlichen Einfluss der Zivilgesellschaft in unserem Staat mit seinen anderen Sektoren Wirtschaft und Verwaltungen für sich nicht bereits garantiert. Hier muss die Zivilgesellschaft die konkrete operative Ebene besser als bisher erreichen, wenn sie in den prägenden Entwicklungsprozessen, aber auch in der Ebene der täglichen Routine der notwendig einflussreiche und gleichgewichtige Mitspieler werden, sein und bleiben will.

2. Was hat dies mit der Digitalisierung, mit Informations- und Interaktions-Plattformen zu tun?

Zur gleichgewichtigen Teilnahme an den übergreifenden Aushandlungsprozessen in dieser Gesellschaft mit Wirkung auch in der Routine gehören:

- die entsprechende organisatorische und fachliche Handlungskraft. Dies kann mittelbar den Ausgleich von Besonderheiten der Zivilgesellschaft erforderlich machen, die eine erfolgreiche Interessenvertretung ggfls. erschweren. Hier spielen adäquate Informations- und Bearbeitungsinstrumente eine entscheidende Rolle.

- der Nachweis der Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft zum übergeordneten Gesamtinteresse auch der anderen Sektoren. Interaktive digitale Plattformtechnik ist dazu ein wesentliches Instrument.

In beiden Punkten hat die Zivilgesellschaft ihre eigenen Beweggründe, Handlungs- und Organisationsformen nach außen zu leben, teils auch zu kompensieren. Das betrifft sowohl synergetische Kooperationen in Millionen von Einzelfällen als auch die Durchsetzung grundlegender Forderungen im Gesamtinteresse der eigenen Gemeinwohlsphäre wie auch der Rahmenbedingungen zu Erzielung von mehrsektoralen Synergien im übergreifenden Interesse.

Welches sind diese Besonderheiten? Aus der Vielzahl der die Bedeutung der Zivilgesellschaft erst konstituierenden Phänomene (u. a. auch prekäre Finanzen und Laientendenz) sind hier als die Handlungsfähigkeit nach außen besonders beeinflussend hervorzuheben:

- der unbedingte Vorrang des am Gemeinwohl orientierten Eigensinns und
- der daraus zwingend folgende Aufbau von unten nach oben unter möglicher Vermeidung bremsender Organisationshierarchien

Besonderer Stützung bedürfen deshalb die Meinungsbildungsprozesse im zivilgesellschaftlich gemeinsamen Interesse,

der Informationsbedarf zu den Themen, Detailinteressen und Zielvorstellungen der Hunderttausenden von Organisationen und der 30 Mio. individuell am bürgerschaftlichen Engagement beteiligten Menschen, erst recht für Synergien mit den zahllosen Akteuren der anderen Sektoren. Diese anderen Sektoren mit ähnlich technisch komplexer Ausgangslage setzen dazu längst machtvolle, interaktive, digitalisierte Plattformen ein¹.

Bei strategisch durchdachter Anlage steigt der Informations- und Interaktionswert mit der Zahl der Nutzer*innen. Die Chancen der Schwarmintelligenz sollten ergriffen werden. Lernenden Systeme auch zu kreativer Erweiterung im Prozess wäre Raum zu geben. Will die Zivilgesellschaft bei der Einzelkooperation oder der übergreifenden Gestaltung politischer Rahmenbedingungen ihres Handelns Gleichgewichtigkeit erzeugen, ist dafür zu sorgen, dass ihre Besonderheiten die Grundanlage solcher Plattformen bestimmen, jedoch damit zugleich deren etwa damit verbundene Schwächen nach außen kompensiert werden. Die Digitalisierung mit ihren kollektiven Informations-, Beteiligungs- und Servicemöglichkeiten einer elaborierten Plattformtechnik dürfte ein wesentliches Instrument dazu sein. Dies ist allerdings erst nachvollziehbar zu belegen. Hängen doch davon die Akzeptanz

¹ siehe etwa zu den ständig wachsenden, freilich ökonomischer ausgerichteten Einsatzgebieten des Wirtschaftssektors, z. B. für Suchmaschinen oder Sharing-Plattformen <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Digitale-Welt/digitale-plattformen.html>; z. B. für den interaktiven Handel auf digitaler Basis: <https://www.handelskraft.de/digitale-plattformen-gestalt-und-aufbau-digitaler-geschaeftsmodelle-teil-2/2018/10/>, <https://www.nim.org/publikationen/gfk-marketing-intelligence-review/alle-ausgaben/die-zukunft-des-einzelhandels/digitalisierte-interaktive-plattformen-co-kreiert-kauferlebnisse-ersetzen-den>

der transsektoralen Partner und die erforderliche staatliche Flankierung und Förderung gleichermaßen ab. Die digitalisierte Plattformtechnik dürfte auch dies erleichtern. An drei Themenkomplexen soll dies näher belegt werden. Sie werden weit über die kaum zu isolierenden einzelnen Themen hinaus starken Einfluss auf die Engagement-Infrastruktur und die sonstigen Rahmenbedingungen ausüben, ja konstituierend wirken: positiv oder auch negativ. Dazu eingesetzte organisationsübergreifende Digitalisierung und insbesondere Plattformen werden zu unverzichtbaren Bestandteilen dieser Infrastruktur.

3. Grundlegende Annahmen

Unter Informations-, Interaktions- und Service-Plattformen werden hier in einer bewusst kursorischen Betrachtung verstanden:

- Sammlungen von teils untereinander in Abhängigkeit stehenden, ständig unter einer Vielzahl von Gesichtspunkten in Bewegung befindlichen Informationen als Texte oder Daten, die insgesamt einen Bezug zu Informationsbedarfen einer Vielzahl von möglichen Nutzerrichtungen und -gruppen auch aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren haben und allgemein zur Verfügung stehen, ebenso
- die Regeln, nach denen diese Informationen zustande kommen, wie sie aggregiert werden und welche Bearbeitungsverfahren sie innerhalb und zwischen den Sektoren auslösen können.

4. Drei Beispiele

Der Bedarf entlang des thematisch-intersektoralen Interesses soll jeweils zu den Themen, den Beteiligten, den verfolgten Interessen und den erforderlichen Instrumenten anhand dreier strukturprägender

Beispiele skizziert werden. Es geht um die Kooperation allgemein zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und gemeinnützigen Organisationen (GO), bei den KMU entlang der Wertschöpfungskette und den daraus folgenden dynamischen Veränderungen, bei den GO entlang der potenziellen eigensinnaffinen Synergien, die ihrerseits sehr in Bewegung sind. Dem schließen sich zwei herausragende Themenschwerpunkte in diesem Gesamtgefüge an, die ihrerseits Gegenstand aller drei Sektoren sein müssen, nämlich der Klimaschutz und die Bildung.

4.1 Kooperation KMU/GO

Dazu sind im Rahmen des Projekts Synergie Wirtschaft/Zivilgesellschaft die Themen, Beteiligten, verfolgten Interessen und erforderlichen Instrumente inzwischen eingehend dargelegt und begründet worden. Die entstandenen Materialien haben im Jahr 2019 die Gremien des BBE, mit operationalen Schlussfolgerungen verbunden, als »call for action« passiert und sind in alle praxiswirksamen Kanäle der Offensive Mittelstand für die KMU und des BBE für die GO eingespeist worden².

Je ernsthafter und dichter die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren dieser Sektoren in den Blick kommt, desto klarer wird, dass sich die anhand einer Vielzahl von Beispielen aus dem konkreten Leben beschriebenen Fälle nur gemeinsam besser lösen lassen. Der jeweils zu Beginn erforderliche Suchprozess nach mehr Effektivität und Effizienz kann entsprechenden Plattformservice schon als ersten Schritt bei der Partnersuche erfordern, dann auch bei der Themen- und Methoden-sichtung einschließlich »best practice«.

² siehe <https://www.b-b-e.de/unternehmen/> und <https://www.b-b-e.de/unternehmen/projekt-synergie-unternehmen-zivilgesellschaft/>

Darüber hinaus müssen auch andere Infrastrukturerfordernisse wie leistungsfähige gemeinsame Anlaufstellen für beide Seiten und Verfahrensabsprachen erfüllt sein.

4.2 Klimaschutz

Der Problemhaushalt dieser absehbar wohl fundamentalsten Aufgabe vor allem der wirtschaftlich stärkeren Staaten befindet sich in einem merkwürdigen Zustand, gerade auch in Deutschland. Dem für die Menschheit schon fast existenziellen Bedarf nach schnellen, wirksamen Lösungen steht aus der Sicht aller zum Handeln aufgerufenen Akteure ein von den Einzelnen kaum zu durchdringender Informationsdschungel gegenüber, der es der Politik erleichtert, verzögernde und letztlich unzureichende partielle Entscheidungen zu treffen und die Mitwirkungsbereitschaft der großen Zahl von Menschen und Organisationen insoweit de facto in den Wind zu schlagen.

Die Komplexität erwächst aus dem Zusammentreffen einer Vielzahl von Fachgebieten und Politikfeldern, z. B. Abfederung der Folgen der Erderwärmung, Energiewende, Mobilitäts- und Verkehrswende, Bauwende, Wasserstrategie, Veränderung industrieller Lebensmittelproduktion, Artenschutz, Natur- und Ressourcenverbrauch und Kreislaufwirtschaft. Die Interdependenzen allein zwischen diesen Feldern werden fast alle Experten des Gesamtgebietes bei der gesamten Schrittfolge überfordern und lassen Intransparenz zu den Folgen eigenen Handelns und möglichen Abhilfewegen entstehen, auf denen alle miteinander abgestimmt zusammenwirken könnten, vor allem aber wegen der bestimmenden trisektoralen Abhängigkeiten müssten.

Die nahezu unüberschaubare Menge von Informationen aus vieldimensionierten

Forschungs- und Beratungseinrichtungen ist für tragfähige Grundsatz- und Umsetzungsentscheidungen zu ordnen. Lösungsideen aus Theorie und Praxis sind zu sammeln. Nachhaltig zielführende Entscheidungen der Politik und dann der beteiligten Sektoren sind zu treffen. Zu den vielen erfindungsreichen Handlungsmöglichkeiten und -alternativen sind Umsetzungswege zu kultivieren, abgestimmt zwischen den unterschiedlichsten Zuständigkeits- und sonstigen Einflussphären. Die konkreten Ansatzpunkte für die Umsetzung sind in einer gewichteten und transparenten Darstellung von Handlungsalternativen mit den Abhängigkeiten zwischen den Akteursgruppen aufzulisten. Dies muss auch für Laien verständlich geschehen. Nur dann kann jenseits von Symbolpolitik und unzureichenden Teillösungen die erforderliche Wirkung im Klimawandel erzielt werden.

Dies gilt zwar für alle Länder der Erde. Die wirtschaftlich Stärkeren, die vor allem auch die Bedrohung über Jahrzehnte in Verfolgung eigener Interessen mit herbeigeführt haben, sollten aber ggfls. nach Kräften vorangehen. Isolierte Aktionen aus der Zivilgesellschaft werden wenig bringen. Doch der Engagementsektor sollte auf diese Sortierungen, Entscheidungen und transparenten Ausweisungen abgestimmter Handlungsansätze aller Sektoren mit Richtung auf entsprechende Informations- und Interaktions-Plattformen aktiv Einfluss nehmen³.

4.3 Bildung

Auch hier sind Plattform-Information und Interaktion dringend erforderlich. Die

3 näher Hans Sandler, Klima-Synergie für die vielen erleichtern, BBE Newsletter 4/2020, <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-4-vom-2722020/sendler-klima-synergie-fuer-die-vielen-erleichtern/>

Überzeugung von der geborenen Teilhabe an kommunalen/lokalen Bildungslandschaften und die daraus abgeleitete Forderung nach Aufnahme in die verschiedenen Arten von Bildungsberichten bis hin zum Bildungsbericht der Bundesregierung hat Vieles für sich. Sie ist jedoch nach gegenwärtiger Lage der Dinge schmerzlich unrealistisch. Denn zur Umsetzung würde zunächst gehören, die Beiträge der Zivilgesellschaft zum »Lebenslangen Lernen« hinsichtlich der Beteiligten, der Bildungszusammenhänge, der Bildungsergebnisse (Stichwort Kompetenzbilanzierung), d. h. zu der großen Zahl von Bildungsthemen auch ihres Stellenwertes im Zusammenwirken mit den anderen Beteiligten im Berufs- und Privatleben qualitativ und quantitativ nachzuweisen.

Die dazu erforderliche überzeugende empirische Bestandsaufnahme fehlt bisher. Und die hinreichend nachvollziehbare Qualifizierung der Bildungsergebnisse zur Klärung ihres Stellenwertes im trisektoralen Zusammenwirken und ihrer verwertbaren Transportierbarkeit fehlt bisher ebenfalls. Diesen Nachweisbedarf löst auch nicht auf, dass es sich bei der non-formalen und informellen Bildung um einen der herausforderndsten Aspekte des Bildungssektors handelt, der nach zehn Jahren auch mit dem Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen (EQR und DQR) noch nicht bewältigt worden ist⁴.

Ohne den Einsatz digitaler Informations- und interaktiver Plattformtechnik werden weder die laufend erforderliche Fortschreibung der Bestandsaufnahme noch die den Bildungsinteressen gerecht werdende Einordnung zum Stellenwert des Bildungsangebots der Zivilgesellschaft im

4 näher Hans Sandler, Qualifikationsrahmen und Engagement, Jahrbuch Engagementpolitik 2019 S. 157 ff.

gesamten Bildungskontext, noch die gezielte Suche nach im Einzelfall geeigneten Bildungspartnern zwischen den Sektoren im Zusammenspiel mit den transsektoral Beteiligten sinnvoll realisierbar sein.

5. Aspekte des Ausblicks

Die Entwicklung ist bi/trisektoral erforderlich. Dann lässt sich das Potenzial des Engagementsektors für gemeinnützige Wirkung noch beträchtlich steigern. Dies zwingt zur Klärung hinsichtlich der Modalitäten der Meinungsbildung durch die Zivilgesellschaft. Schon Vorhandenes ist in diesem strategischen und dynamischen Prozess neuer Sichtweisen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Warum sollten solche und weitere bei vollem engagementpolitischem Bewusstsein⁵ vorangetriebene Entwicklungen nicht der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen? Dies wird allerdings auch die Klärung von Zweifelsfragen mit

5 Serge Embacher, Digitalisierung des Engagementsektors, BBE-Newsletter 24/2020 S. 4, <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-24-vom-3122020/embacher-digitalisierung-des-engagementsektors/>

den geeigneten Mitteln bis hin zum Gesetz umschließen müssen.⁶

Alle drei genannten Plattform-Beispiele haben viele Bezüge, die Synergien untereinander ermöglichen. Ggfls. könnten sie, auch mit weiteren Anwendungsgebieten, Teil einer Dachplattform werden, wenn die Zweifelsfragen geklärt sind.

Zunächst erschienen im BBE-Newsletter Nr. 2/2021 vom 21.1.2021; aktualisiert am 18.10.2021.

AUTOR

Dr. Hans Sandler leitet die Konzeptagentur EUSENDOR und ist BBE-Themenpate im Themenfeld Unternehmen und Engagement.

6 näher z. B. Sophie von Schierstaedt, Kommentierung des Dritten Engagementberichts zum Thema Plattformisierung des Engagements, BBE-Newsletter 24/2020, S.2ff, <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-24-vom-3122020/von-schierstaedt-plattformisierung-des-engagements/>

GÜL YAVUZ

DIGITALISIERUNG – ENGAGEMENTSEKTOR – TRISEKTORALITÄT

Digitale Öffentlichkeitsarbeit für Zivilgesellschaft

»Für eine NGO nicht schlecht« – diese Einschätzung scheint auf den ersten Blick ein Lob zu sein. Es wurde unserer eigenen Freiwilligenagentur »oskar« einmal von unabhängigen Prüfern bescheinigt und bezog sich auf unsere digitale Öffentlichkeitsarbeit. In Wirklichkeit ist dieses Lob fragwürdig, denn die Öffentlichkeitsarbeit wird hier nur mit der Eingrenzung des NGO-Kontexts als »gut« wahrgenommen. Im Vergleich mit anderen Organisationen, etwa des For-Profit-Bereichs, großen Verbänden oder staatlichen Stellen, wäre die Einschätzung vermutlich nicht mehr so positiv ausgefallen. Darauf lässt zumindest der Zusatz »für eine NGO« schließen. In meiner Arbeit als Koordinatorin für Digitales Engagement ist mir diese Eingrenzung schon häufig begegnet. Oft gut gemeint, impliziert sie doch per se ein Defizit, für das allgemeine Bewertungskriterien nicht gelten können.

Nun ist bekannt, dass die Bewertung des öffentlichen Auftritts, der heutzutage zunehmend digital gesteuert ist, zu einer Bewertung der Organisation selbst führt. Er ist ihre Visitenkarte: überzeugt er, überzeugt auch die Organisation. Tut er das nicht, werden Zielgruppen entweder gar nicht erst erreicht oder die Organisation wird von ihnen wahrscheinlich als fragwürdig wahrgenommen. Diese Bewertung erfolgt unbewusst, Nutzer:innen überlegen sich in

der Regel nicht, warum sie beispielsweise eine Webseite unattraktiv finden, sondern werden hier schlicht in ihren Erwartungen und Gewohnheiten nicht abgeholt. Das ist besonders tragisch, wenn es sich um potentielle Unterstützer:innen oder Fördermittelgebende handelt. Wer würde schon unterstützen oder Budgets erhöhen, wenn die Organisation nicht überzeugt?

Doch welche Voraussetzungen müssen eigentlich erfüllt sein, damit Botschaften ihre Zielgruppen erfolgreich erreichen können, gerade auch die der zivilgesellschaftlichen Organisationen? Um diese Frage soll es im Folgenden gehen. Damit beschäftigt sich dieser Artikel auch mit der Frage, was uns Zivilgesellschaft wert sein sollte. Für uns als Freiwilligenagentur ist die Antwort leicht: so viel wie möglich, denn sie ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie.

Voraussetzungen für digitale Öffentlichkeitsarbeit

Die große Bedeutung von guter Öffentlichkeitsarbeit für das Funktionieren der eigenen Organisation gilt für fast jede Organisation. Es ist nicht relevant, ob es sich um eine zivilgesellschaftliche Struktur oder den For-Profit-Bereich handelt. Dabei ist Öffentlichkeitsarbeit heutzutage im Wesentlichen digital organisiert. Webseiten, Social Media und Onlinekampagnen, aber auch Content wie Plakate oder Videos werden digital erstellt und gepflegt.

In diesem Szenario ist es offensichtlich, dass finanzstarke Organisationen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit erfolgreicher sein können als finanzschwache. Sie leisten sich Kommunikationsabteilungen, beauftragen Werbeagenturen und buchen teure Werbeplätze etwa im TV. So schaffen einige es sogar, unsere Wahrnehmung soweit zu verändern, dass wir ihre Marken und Begriffe in unseren Wortschatz aufnehmen. Wer hat nicht schon nach einem Tempo gefragt, wenn ein Papiertaschentuch verlangt wurde, wer nutzt nicht den Begriff »googeln«, wenn es um die Begriffssuche auf einer Suchmaschine geht oder wer weiß nicht sofort, dass sich hinter »AHA« Hygieneregeln verbergen?

Diese Erfolge lassen sich Organisationen einiges kosten, die Werbewirtschaft boomt. So beliefen sich die Ausgaben für den Gesamtwerbemarkt 2019 in Deutschland auf stolze 32,6 Milliarden Euro¹. Fernsehwerbung schlägt hier mit gut der Hälfte der Summe zu Buche, gefolgt von Zeitungen und Online. Die Hauptwerbetreibenden lassen sich ebenfalls gut identifizieren. Es sind, wenig überraschend, große Konzerne. Unter den ersten vier finden sich P&G, Ferrero Deutschland, der Discounter Lidl und Amazon. Sie gaben 2019 zusammen über 2200 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit aus. Auch die Bundesregierung weiß, dass gute Öffentlichkeitsarbeit viel kostet. Für 2021 veranschlagte sie 40,8 Millionen Euro für Werbung und PR, das geht aus einer Anfrage der FDP hervor². Die hier aufgeführten

Beispiele werfen ein Licht auf das Marketing-Verhalten großer Player.

Die wenigsten kleinen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen können überhaupt nur in die Nähe dieses medialen Getöses kommen. TV-Spots, die zu guten Sendezeiten schon mal 60.000€ kosten können (ohne Produktionskosten), sind schlicht außerhalb der finanziellen Reichweite. Es geht an dieser Stelle auch nicht um den direkten Vergleich, sondern um das Aufzeigen des Spannungsfeldes, in dem sich wirksame Öffentlichkeitsarbeit bewegt. Geld spielt da fast immer eine entscheidende Rolle, auch wenn die verausgabten Summen unterschiedlich sind. So geben auch weniger große Player, etwa kleine und mitteständische Betriebe, Studien zufolge durchschnittlich ca. 5% ihres Umsatzes für Marketing aus³. Bei Kleinstunternehmen sind das immerhin gut 500€ pro Monat⁴.

Herausragende Beispiele: Greenpeace, Amnesty International, Bizim Kiez

Welche Relevanz haben obige Zahlen nun für die Alltagsrealität von zivilgesellschaftlichen Organisationen? Sicherlich lassen sie sich nur schwer vergleichen, schließlich ist das Feld der NGOs extrem heterogen. Trotzdem besteht die Notwendigkeit wirksamer digitaler Öffentlichkeitsarbeit auch hier.

Es gibt durchaus einige zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine prägende Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Herausragende Beispiele sind etwa Greenpeace mit seinem eindrücklichen Storytelling oder

1 <https://www.absatzwirtschaft.de/die-konzerne-und-branchen-mit-den-hoechsten-werbeausgaben-169751/> (für eventuelle Coronabedingte Abweichungen von dem Trend liegen noch keine Zahlen vor)

2 <https://www.horizont.net/marketing/nachrichten/oeffentlichkeitsarbeit-der-ministerien-so-viel-gibt-die-bundesregierung-fuer-pr-und-werbung-aus-180601>

3 <https://unternehmensberatung-fuleda.de/marketingbudget/>

4 Nach einer Studie des Marktforschungsinstituts GfK, hier zitiert von Fuleda KG:

<https://unternehmensberatung-fuleda.de/marketingbudget/>

Amnesty International. Fast jede:r von uns hat sicherlich bestimmte Bilder von

Gefahren für die Natur oder Gefängnissen vor Augen, wenn die Organisationsnamen fallen. Aber auch hier sind es wieder sehr finanzstarke Organisationen mit einem speziellen Fokus auf Öffentlichkeitsarbeit, die herausstechen. Greenpeace beispielsweise gibt in seinem Jahresbericht für 2019 an, 84,3% der eingenommenen 71 Millionen Euro für Projektkampagnen und -kommunikation zu verwenden.

Hin und wieder finden sich aber auch unter kleineren lokalen Organisationen oder Grassrootbewegungen gute Beispiele für eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit. Eines ist die Berliner Bürgerinitiative »Bizim Kiez«⁵. Bizim Kiez engagiert sich seit 2015 sehr erfolgreich gegen Gentrifizierung und ist zumindest in Berlin recht bekannt. Mit Hilfe der Initiative wurden schon einige Häuser in Berlin Immobilienspekulanten entzogen und so der Wohnraum für Mieter:innen erhalten. Die Gruppe organisiert Feste, Demonstrationen⁶ und PR-wirksame Aktionen und ist sehr gut mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit Entscheidungsträgern in der Politik vernetzt. Immer wieder schafft sie es, sehr viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Bizim Kiez unterstützte auch medienwirksam die Kampagne zum Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen«, dem bei der Wahl im September 2021 die Mehrheit der Berliner:innen zustimmte⁷. Der große Medienerfolg der Initiative trotz sehr geringer finanzieller Mittel hat einen Grund: Unter ihrem Dach vereinen sich viele Medienprofis,

die sich ehrenamtlich dort engagieren. Dieses Glück haben aber nicht sehr viele kleine Organisationen. Voraussetzung dafür wäre, dass sie ein Thema vertreten, welches medienaffine Menschen anzieht. Gentrifizierung ist ein solches Thema, viele andere wertvolle Themen sind es nicht. So hat es beispielsweise der »Jazzclub Karlsruhorst« schon seit Jahren schwer, Menschen zu finden, die ihn in der digitalen Öffentlichkeitsarbeit unterstützen wollen.

Fehlende Ressourcen, fehlendes Know-How

Was mir in meiner Arbeit in der Freiwilligenagentur bei Organisationen häufig begegnet, ist Ratlosigkeit: Das Bewusstsein für die Wichtigkeit guter Außendarstellung ist zwar vorhanden, doch fehlen Know-How sowie die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen, um diese umzusetzen.

Viele Organisationen versuchen sich deshalb durch kostenfreie Pro-Bono- oder sonstige günstige Workshops fortzubilden, um den ständig wandelnden Ansprüchen von digitaler Öffentlichkeitsarbeit gerecht zu werden. Es ist ein großer Gewinn, dass es solche Fortbildungen so zahlreich gibt. Gerade in dem Coronajahr 2020 ist diese Angebotslandschaft auch noch stark gewachsen. Trotzdem gibt es einige Faktoren, die verhindern, dass wesentliche Verbesserungen für kleinere NGOs eintreten können.

Ein Problem sind die knappen personellen Ressourcen. Selbst wenn Mitarbeitende von kleineren zivilgesellschaftlichen Organisationen über das passende Know-How verfügen oder es sich angeeignet haben, fehlt ihnen später oft die Zeit, es umzusetzen. Und auch hier spielt indirekt wieder das Thema Geld mit: Nach einer Einschätzung von Mediaworxxx.com liegen die

5 <https://www.bizim-kiez.de/?cn-reloaded=1>

6 Beispielsweise die #Mietenwahnsinn-Demo <https://mietenwahnsinn.info/demo-april-2018/widersetzen-demo/>

7 <https://www.bizim-kiez.de/dw-shoppingtour-vermasseln/>

Kosten für Marketing zu 30% beim Personal⁸. Dieser Bedarf schlägt sich bei kleineren Organisationen aber nicht adäquat in den Arbeitsplatzbeschreibungen der Mitarbeitenden nieder. Nur selten können sie primär für Öffentlichkeitsarbeit eingestellt werden und diese wichtige Arbeit muss nebenbei laufen – schlechte Voraussetzungen für eine wirksame Strategie.

Ein weiteres Problem ist die fehlende Betreuung nach den kostenfreien Fortbildungen. Selbst wenn die Mitarbeitenden von NGOs sich die Zeit nehmen können, um das wertvoll Erlernte umzusetzen, sind sie dabei oft allein. Nach der Schulung fehlt nun eine dauerhafte Ansprechperson für die 1000 kleinen Fragen, die im Laufe der Implementierung von neuen Prozessen immer auftauchen. Diese Ansprechperson gibt es aber fast nie. So bleiben Pro Bono-Veranstaltungen, die inhaltlich gut sind, am Ende oft doch nur ein Feigenblatt statt echter Hilfe.

Wirklich hilfreich wäre es also, wenn entweder die Betreuung von Öffentlichkeitsarbeit eine sinnvolle monetäre Entsprechung bei der Grundfinanzierung von NGOs finden würde oder alternativ externe Unterstützung in dem Bereich digitale Öffentlichkeitsarbeit dauerhaft gewährleistet wäre. Diese Bereiche könnten sowohl von staatlicher als auch von wirtschaftlicher Seite beeinflusst werden.

Der Appell: nachhaltige Lösungen und adäquate Unterstützung für den Bereich digitale Öffentlichkeitsarbeit sind nötig

In dem Bereich digitale Öffentlichkeitsarbeit benötigt die Zivilgesellschaft dauerhafte Unterstützung. Mit Tools wie einem Baukasten für Webseiten oder

Unterstützung für verwandte Themen wie zum Beispiel digitale Sicherheit ist es nicht getan. Viele Organisationen benötigen mehr Hilfe für den Schritt davor: die Erarbeitung und Umsetzung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeitsstrategie, das Know-How für die Umsetzung und Pflege von Tools der Öffentlichkeitsarbeit und personelle Ressourcen, intern oder extern, die langfristig dabei unterstützen.

Staat und Wirtschaft können hier sinnvoll helfen, indem sie Möglichkeiten finden und schaffen, um diese Formen der Unterstützung zu gewährleisten. Das könnten von staatlicher Seite direkte finanzielle Zuwendungen sein, die für Öffentlichkeitsarbeit zweckgebunden sind. Firmen könnten Pro Bono-Aktionen ersinnen, die nachhaltiger wirken als ein einmaliger Schulungstag. Sie könnten beispielsweise eine:n Mitarbeiter:in stundenweise, aber langfristig und regelmäßig gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung stellen, um Veränderungsprozesse zu begleiten. Staatliche Stellen könnten hier unterstützen, indem sie Anreize für Unternehmen schaffen, solche Pro-Bono Aktionen anzubieten.

Freiwilligenagenturen und gemeinnützige Organisationen wiederum könnten aktiv einen Schwerpunkt auf den Bereich »Engagements in der digitalen Öffentlichkeitsarbeit« legen. Dieser Bereich ist sowohl bei der Suche als auch bei den Angeboten stark unterrepräsentiert.

Was das bereits angesprochene Thema der Fernsehwerbung angeht, wären auch hier Sponsoringaktivitäten denkbar. Schön wären doch hochwertige Fernsehspots mit prominenten Pat:innen, die statt Schokokugeln die Vorzüge von zivilgesellschaftlichem Engagement für alle anpreisen. Das Motto könnte sein: »Heute schon Gesellschaft mitbewegt?«.

⁸ <https://blog.mediaworx.com/marketingbudget-online/>

Vielleicht würde es dann irgendwann nicht mehr heißen »für eine NGO nicht schlecht«, sondern einfach nur »gute Arbeit!«.

Erschienen im BBE Newsletter Nr. 2/2021 vom 21.1.2021; aktualisiert am 26.10.2021.

AUTORIN

Gül Yavuz ist Koordinatorin für Digitales Engagement bei oskar | freiwilligenagentur lichtenberg.

ANDREAS WOLTER, BÜRGERMEISTER DER STADT KÖLN

DIE SCHAFFUNG EINER INTERAKTIVEN PLATTFORM FÜR DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN

I. Vorbemerkung:

Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, dass einer der Hauptgründe für das enge Verhältnis, welches Frankreich und Deutschland seit Jahrzehnten verbindet, die Verankerung der Freundschaft in den Kommunalpartnerschaften ist. Es sind gerade diese zahlreichen Partnerschaften – manche sprechen von 2200 –, die als Beleg für den regen Austausch der beiden Kulturen dienen. Es ist eben nicht nur die obere politische Ebene, die an dem jeweils anderen Land interessiert ist. Auch die kommunale, die zivilgesellschaftliche Ebene ist neugierig, aktiv und innovativ, wenn es um die jeweils andere Kultur und Sprache geht. Dazu gehört im Übrigen auch der Sport. Die Beispiele hierfür sind Legion.

Heutzutage kommt jedoch etwas hinzu, was 1963 oder 1985 noch nicht existent war. Es ist die Erkenntnis, dass das Gewordene, vielfach Normale und damit oft zu Selbstverständliche in Gefahr geraten könnte. Deshalb ist es im Angesicht der Europäischen Krise, der COVID Gefahr und des Brexits doppelt wichtig, dass der Motor der deutsch-französischen Partnerschaft gerade auch auf kommunaler Ebene funktionsfähig bleibt. Nicht nur, weil sich die beiden nach Russland bevölkerungsstärksten Länder des Kontinents gut verstehen sollen, sondern auch, weil sie Europa voran bringen. Warnzeichen, Zeichen der langsamen Lockerung der

Bindung, gibt es genug. So nimmt das Interesse der deutschen Jugend an der französischen Sprache signifikant ab. In vielen Schulen kommen keine Leistungskurse mehr zustande. So sank in den vergangenen 50 Jahren der Anteil der Sprache für das Abiturjahr von 46 auf unter 20 Prozent. In Frankreich sieht es ähnlich aus. Die Partnerschaft braucht daher einen starken neuen Impuls; nicht nur auf schulischem Gebiet.

II. Interaktive Plattform für den Ausbau der Städtepartnerschaften:

Aber der alte Spruch Hölderlins, der eine Zeit in Bordeaux verbrachte, gilt auch hier: »Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch. Es ist vor einigen Jahren vom Deutsch-Französischen Institut (dfi) in Ludwigsburg festgestellt«, dass die Kommunalpartnerschaften zwar etwas unter Druck sind, aber dass sie dennoch eine erstaunenswerte Anzahl an qualitativ hochstehenden Aktivitäten vorweisen können. Ebenso war festzustellen, dass sich die Themen durchaus der Aktualität anpassen. Eine Todesanzeige wäre daher mehr als verfrüht. Im Gegenteil. Es gab jedoch bisher immer einen großen Nachteil. Er lautete: Die Akteure wissen oft innerhalb ihrer Nation nichts voneinander und auch nicht transnational.

In Erkenntnis dessen haben sich letztes Jahr der Deutsch-Französische Ausschuss (DFA) im Rat der Gemeinden und Regionen

WOLTER: PLATTFORM FÜR DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARTNERSCHAFTEN

Europas (RGRE) sowie dessen französischer Partner (AFCCRE) im dfi zusammengeschlossen und eine interaktive Plattform für die deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften ins Leben gerufen.

Das Projekt startete im August 2020 mit dem Definieren der Hauptanforderungen. Der Name der Plattform ist »jumelage.eu«. Zum Ablauf ist folgendes zu sagen:

Im Laufe des Monats August 2020 stellte das dfi das Projektteam zusammen und verteilte die Aufgaben. Zurzeit besteht es aus zwei französischen (Valérie Lejeune und Bénédicte King) und zwei deutschen Vertreter/-innen (Frank Baasner und Lea Leistenschneider). Ihnen obliegt die redaktionelle Arbeit.

Anfang September fand eine Arbeitssitzung in Köln im Hinblick auf die technischen Abläufe statt. Anschließend folgte die Vereinbarung eines »Key visuals« mit den Projektverantwortlichen des DFA und des AFCCRE. Daraufhin folgten im Laufe des Monats September mehrere virtuelle Workshops mit deutschen und französischen Kommunen. Ziel war es, die Erwartungen und Wünsche der mehr als 30 Kommunen mit ihren jeweiligen Partnerschaften in den dynamischen Gestaltungsprozess der Plattform einbringen zu können. Es wurden sowohl kleine als auch größere sowie ländliche und urbane Kommunen miteinbezogen.

Am 30. September fand ein hybrides Seminar im Deutsch-Französischen Institut statt, wo das erste Zwischenfazit gezogen wurde. Per Video diskutierte eine deutsch-französische Arbeitsgruppe vor Ort mit weiteren Kommunen und Projektträgern über den Zwischenstand. Es entstand eine Liste von konkreten Verbesserungsvorschlägen, die in die nächsten Programmschritte einfließen. Im Oktober

erfolgte die Doppelung in französischer Sprache. Die Übersetzungsarbeit übernahm das Projektteam des dfi. Am 23. Oktober stellte dfi-Direktor Frank Baasner die schon weitgehend abgeschlossenen Programmierungsarbeiten auf der Sitzung des RGRE-Hauptausschusses vor und erhielt eine sehr positive Replik.

Daraufhin fanden Anfang November weitere Workshops mit französischen Gemeinden statt, wo ebenfalls die Zustimmung zu den bisherigen Arbeiten groß war. In seinen Netzwerken forderten der DFA und die AFCCRE ihre Mitglieder zur Einsendung von Beispielprojekten auf. Zudem erhielt das dfi eine unerwartet hohe Zahl von Beispielen zugesandt. Als Folge davon musste zusätzliche Arbeitskapazität angefordert werden, da die Arbeit des Übersetzens und Einfügens bei weitem den geplanten Aufwand überstieg.

Aufgrund der Corona Pandemie konnten allerdings die ursprünglich geplanten zwei Kickoff-Veranstaltungen nicht stattfinden. Sie wurden durch eine zentrale, zweisprachige orchestrierte Auftaktveranstaltung in Form einer Video-Sendung auf dem YouTube-Kanal des dfi ersetzt. Im Nachhinein gab es zahlreiche Zuschauer und spätere Zugriffe auf das YouTube Video. Dies belegt das große Interesse an der bilingualen Plattform. Nach der Kickoff-Sendung begannen zahlreiche Gemeinden und Städte mit der Öffentlichkeitsarbeit für die Plattform. Zudem kamen zahlreiche Wünsche nach Vernetzung bzw. Verlinkungen von Organisationen und Initiativen hinzu, die oftmals selbst Plattformen mit ähnlichen Themen betreiben. Diese Anregungen wurden zunächst gesammelt und sollen im nächsten Projektschritt bearbeitet werden.

Insgesamt konnten ca. 50 kommunale Partnerschaften zur aktiven Mitwirkung

WOLTER: PLATTFORM FÜR DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARTNERSCHAFTEN

gewonnen werden. Die Spannweite ist sehr weit und reicht von Großstädten bis hin zu kleinen Kommunen. Die Plattform bietet den insgesamt 2300 existierenden Städtepartnerschaften digitale Möglichkeiten an, um sich besser entfalten und austauschen zu können. So haben Kommunen und Vereine, die sich in Partnerschaften engagieren, die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Die nächsten Schritte für 2021 sind in Planung.


Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 1/2021 vom 28.1.2021.

AUTOR

Andreas Wolter (Grüne) wurde von den Wählerinnen und Wählern in den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2020 jeweils direkt in den Kölner Rat gewählt. Der Stadtrat

wählte ihn erneut am 5. November 2020 zum Bürgermeister der Stadt Köln. Andreas Wolter wurde 1964 in Schleiden in der Eifel geboren, er lebt in einer eingetragenen Partnerschaft und hat zwei Töchter. Er arbeitet als Diplom-Betriebswirt im Rechnungswesen eines Dienstleistungsunternehmens. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Ratsmitglied, Bürgermeister und erster Stellvertreter von Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist er Vorsitzender vom Klima-Bündnis und Vorsitzender des Deutsch-Französischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Weitere Informationen:

 <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/buergermeisterin-buergermeister/buergermeister-andreas-wolter>

ULRIKE DOMANY-FUNTAN

ZIVILGESELLSCHAFT UND DIGITALER RAUM – DIGITALE KOMPETENZEN IN ÖSTERREICH

Onlinebanking? Urlaub online buchen? Jobangebote online finden? Für die meisten kein Problem und ohne digitale Fertigkeiten geht es heute auch nicht mehr! Digitale Medien und Geräte begleiten unser tägliches Leben im Alltag und vor allem auch im Beruf. Digitalisierung verändert die Welt, in der wir leben und arbeiten. Unsere analogen Welten werden auch zu Digitalen Lebenswelten. Um selbstbestimmt und sicher mit diesen Veränderungen umgehen zu können, sind digitale Kompetenzen für die Gesellschaft essentiell. Digitale Kompetenzen erleichtern und bereichern das Alltagsleben. Das betrifft alle Bereiche des Lebens, sei es Familie und Haushalt, Bankgeschäfte und Einkauf, Gesundheit und Sport, Erziehung, Kultur, Reisen oder Unterhaltung. Sie zählen inzwischen wie Lesen, Rechnen und Schreiben zu den vier Kulturtechniken und sind eine Voraussetzung, um am modernen Leben und am Berufsalltag teilnehmen zu können.

Zweifelsohne sind digitale Skills in jedem Wirtschaftszweig und jedem Beruf erforderlich – nicht nur in den einschlägigen technischen Branchen. Daher sollte jeder Mensch über das nötige Kompetenzniveau verfügen, um digitale Alltags- und Berufssituationen kompetent und sicher beherrschen zu können. Die Höhe des Kompetenzbedarfs ist dabei abhängig vom Alter, der Ausbildung, dem beruflichen Umfeld und den individuellen privaten Interessen.

Digitalisierungsindex – Wie steht es um die digitalen Skills?

90% aller Berufe setzen mittlerweile digitale Basiskompetenzen voraus. Digitale Kompetenzen sind damit eine Grundvoraussetzung für Beschäftigungsfähigkeit geworden. Rd. 70% der Menschen in Deutschland und 66 % der Menschen in Österreich im Alter zwischen 16 – 74 Jahren verfügen zumindest über grundlegende digitale Kompetenzen. Im EU-Schnitt sind es gerade einmal 56% gemäß dem »Digital Economy and Society Index (DESI)« der EU, welcher fünf Dimensionen (Konnektivität, Humankapital, Internetnutzung, Integration der Digitaltechnik, digitale öffentliche Dienste) unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten bewertet. Dies bedeutet im Gegenzug, dass immerhin ungefähr nur ein Drittel der Menschen im deutschsprachigen EU-Raum bzw. knapp die Hälfte der EU-Bürgerinnen und Bürger über gar keine digitalen Kompetenzen verfügt.

Sehen wir uns die Situation im Bereich der IKT-Fachkräfte an, also jene Jobs mit starkem IT- und Digitalisierungsbezug, dann konnten 74% der offenen Stellen in Österreich und 66% der offenen Stellen in Deutschland im vergangenen Jahr nicht besetzt werden. Beide Länder rangieren damit im Spitzenfeld der EU, was digitalen Fachkräftemangel angeht.

Bei der Digitalisierung darf niemand zurückgelassen werden. Die digitale Inklusion ist ein zentrales Thema für die Gesellschaft, um einen selbstbestimmten, kompetenten und sicheren Umgang in der digitalen Welt für alle Generationen sicherzustellen. Umso wichtiger ist das Zusammenspiel von Wirtschaft, Institutionen sowie der öffentlichen Hand, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Chance im Zusammenhang mit Digitalisierung zu schärfen. Angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels können es sich Unternehmen nicht mehr leisten, dieses Potenzial ungenutzt zu lassen. Es ist ihr ureigenes Interesse, ihre gesamte Belegschaft fit für die digitale Zukunft zu machen, um im Wettbewerb mithalten zu können, ihren ökonomischen Erfolg und den Wirtschaftsstandort zu sichern. Denn auch digitale Innovationsfähigkeit in Unternehmen wird nur stattfinden können, wenn alle Mitarbeiter*innen zumindest über »digitales Allgemeinwissen in Beruf und Alltag« verfügen, also über digitale Kompetenzen, die einen sicheren, kompetenten und selbstbestimmten Umgang in der digitalen Alltags- und Berufswelt erlauben.

Digitales Kompetenzmodell für Österreich – Digitale Kompetenzen verstehen & erfassen

Wesentlich ist ein gemeinsames Verständnis über digitale Kompetenzen und wie diese definiert werden. Die Europäische Kommission hat mit dem EU DigComp Framework (Referenzrahmen für digitale Kompetenzen) ein Modell zur Verfügung gestellt, welches digitale Kompetenzen anhand von Kompetenzbereichen und -stufen erklärt. Es ist mit dem Gemeinsamen Europäischen Sprachrahmen (GERS) gut vergleichbar, wenngleich die Digitalisierung im Unterschied zu den Sprachen von einer ungeheuren Forschungs- und

Entwicklungsdynamik durch Technologischübe gekennzeichnet ist. Folgerichtig bildet das Modell die Kompetenzstufen von 1 (grundlegend) bis 8 (hoch spezialisiert) ab und ist in laufender Weiterentwicklung.

Wie bei den Sprachkompetenzen ist nun auch bei den digitalen Kompetenzen die Zeit reif, diese sichtbar und damit besser beschreib-, versteh-, erlern- und erweiterbar zu machen. Und wie bei den Sprachkompetenzen ist damit auch ein Qualitätssprung für die Vermittlung, das Verständnis und für die Verbreitung digitaler Kompetenzen in der gesamten gesellschaftlichen Breite zu erwarten.

Österreich hat den europäischen Rahmen weiterentwickelt und 2019 das »Digitale Kompetenzmodell für Österreich – DigComp 2.2 AT« veröffentlicht. Möchten Interessierte in Österreich, aber auch Deutschland nun ihr individuelles digitales Kompetenzniveau erfassen, dann kann dies auf der Plattform von fit4internet (www.fit4internet.at) erfolgen.

Unter dem Menüpunkt »Checken« sind Evaluierungsmöglichkeiten verfügbar, die eine anonyme Erstellung von Kompetenzprofilen ermöglichen und Auskunft darüber geben, in welchen Bereichen Potenzial zum Weiterlernen besteht. Derzeit sind 24 Instrumente zur Erfassung digitaler Kompetenzen zugänglich. Sie erfassen digitale Kompetenzen auf zwei verschiedene Arten: einmal über Selbsteinschätzungsfragen für einen niederschweligen Zugang (CHECKS) und zum anderen auf Basis wissenschaftlicher Fragestellungen (QUIZZES). Die daraus resultierenden individuellen digitalen Kompetenzprofile umreißen das eigene digitale Kompetenzniveau entlang der adressierten Kompetenzbereiche. Die Instrumente zur Erfassung der digitalen Kompetenzen konzentrieren sich derzeit auf folgende Bereiche: (1) tägliches Leben

(2) Arbeitsplatz (3) Sicherheit (4) Künstliche Intelligenz und (5) Data Science. Weitere Bereiche wie Blockchain, Robotik/IoT, Cloud Computing etc. werden in Kürze folgen. Teilnehmende geben lediglich beim Einstieg drei statistische Daten ein: Geschlecht, Geburtsjahrgang und Postleitzahl in der EU, die ausschließlich zum Zweck demographischer Auswertungen erhoben werden. Andere direkte personenbezogenen Daten werden zu keinem Zeitpunkt abgefragt.

Dadurch erhalten sowohl die Bürgerinnen und Bürger relevante Instrumente als auch die Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit zu erkennen, ob Mitarbeitende über ausreichende digitale Kompetenzen in den Kompetenzbereichen verfügen.

Aber was ist fit4internet genau?

fit4internet ist eine überparteiliche und unabhängige Initiative zur Standardisierung, Evaluierung und Qualifizierung digitaler Kompetenzen der österreichischen Bevölkerung. fit4internet ist als gemeinnütziger und nicht gewinnorientierter Verein organisiert und fungiert in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen, Institutionen sowie Organisationen. Menschen werden dabei unterstützt, mit dem raschen digitalen Wandel Schritt halten zu können und, auf Basis des »Digitalen Kompetenzmodells für Österreich – DigComp 2.2 AT«, ihre Profile zum Aufbau digitaler Kompetenzen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung einzusetzen.

Beim Aufbau digitaler Skills in unserer Gesellschaft geht es nicht nur um einen »sozialen oder beruflichen Aufstieg«, sondern darum, den »sozialen und beruflichen Abstieg« zu verhindern. Wir müssen alles daransetzen, eine »digitale Kluft oder Spaltung« zu verhindern, und das beginnt mit dem strukturierten Aufbau der

zeitgemäßen, notwendigen Kompetenzen von Jung bis Alt. Und der Ruf nach Maßnahmen zur Verbesserung dieser Fertigkeiten in Österreich, Europa und weltweit ist sehr laut. Wir brauchen digital qualifizierte Menschen, um unsere Gesellschaft inklusiv und unsere Wirtschaft prosperierend und stabil zu halten.

Bis 2019 verfügte Österreich über keinen Maßstab, der eine Orientierung geben konnte, was digitale Kompetenzen sind und wie man sie bewerten kann. Österreich wollte daher ein System, das eine europäische Anschlussfähigkeit ermöglicht, um auch die Mobilität der Arbeitskräfte zu unterstützen. Es hat sich daher für den Europäischen Referenzrahmen für digitale Kompetenzen DigComp entschieden und setzt diesen nun in Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik entlang von fünf Säulen um:

1. Standardisierung – durch einen gemeinsamen digitalen Kompetenzrahmen (DigComp)
2. Bewertung auf Basis des Frameworks – mit individuellen digitalen Kompetenzprofilen (DigComp Instrumente)
3. Qualifizierung – basierend auf den identifizierten digitalen Kompetenzlücken (DigComp Referenzierung)
4. Zertifizierung – zum Nachweis der eigenen digitalen Kompetenzen nach einem europäischen Standard (DigComp CERT)
5. Berufsprofilbezogene digitale Kompetenzprofile – mit tiefgreifender Kompetenzlückenanalyse für Branchen und Berufsbilder.

Österreich ist in der Umsetzung des EU DigComp Frameworks, des Digitalen Kompetenzmodells der Europäischen Kommission als Standard zur Evaluierung, Qualifizierung und Zertifizierung von digitalen Kompetenzen im Spitzenfeld der

europäischen Mitgliedsstaaten. Die holistische und inklusive Umsetzung sowie Kuratierung des Europäischen Frameworks in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand, mit Stakeholdern aus den Bereichen Erwachsenenbildung, Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft, konnte seit 2018, sowohl im Rahmen der Initiative fit4internet als auch über eine eigens, seit 2019 eingerichtete Taskforce Digitale Kompetenzen im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW), strukturiert vorangetrieben werden.

Lebensbegleitendes Lernen und 21st century skills

Mit Sommer 2021 verfügt Österreich als erstes Land der Europäischen Union mit dem DigComp-CERT (= nationales Zertifizierungssystem für digitale Kompetenzen) über ein einfach zugängliches, differenziertes und aussagekräftiges System, valide Momentaufnahmen des persönlichen, individuellen »Digitalprofils« im Sinne eines Zertifikats-Portfolios auszuzeichnen. Damit ist auch ein wesentlicher Baustein zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens, für digitale Anschlussfähigkeit und digitale Expertise realisiert.

Die Umsetzung erfolgte in einem ersten Schritt mit Unterstützung mehrerer österreichischer Bundesministerien sowie namhafter wissenschaftlicher Institute. Das österreichische System der Zertifizierung digitaler Kompetenzen versteht man am besten, wie bereits weiter oben erwähnt, im Vergleich mit den Sprachkompetenzen: 2001 wurde der Gemeinsame Europäische Sprachrahmen (GERS) erstmals auf Deutsch veröffentlicht. Die Sprachkompetenzstufen A1 oder B2 sind in den Jahren seither zum fixen Bestandteil beispielsweise in Lebensläufen oder Stellenausschreibungen geworden. Für das

Erlernen von Sprachen hat der Sprachrahmen auch einen Qualitätssprung im Bildungswesen verursacht. Dies soll mit der nationalen Zertifizierungssystematik auch erreicht werden, und zwar in zwei Stufen: Zertifikatsinhaber des DigComp-CERT verfügen über »Digitales Allgemeinwissen in Beruf und Alltag« (»ich weiß«) und über digitale Anwendungskompetenzen (»ich kann«). Zweiteres können bestehende Zertifikatsnachweise, Kursbestätigungen, Schul- oder Universitätsabschlüsse sein, die digitale Kompetenzen ausweisen. Sie müssen bezüglich ihrer Inhalte nur dem DigComp zugeordnet sein und die jeweils betroffenen Kompetenzbereiche und Kompetenzstufen zur einheitlichen Orientierung ausweisen.

DigComp-CERT als zweistufiges Kombinationszertifikat für digitale Skills

Das Digitale Allgemeinwissen für Alltag und Beruf ist in Österreich mit einer wissensbasierten Online-Wissensüberprüfung auf Basis psychometrischer Reliabilität, inhaltlicher Validität und User-Feedbacks feststellbar geworden. Der Nachweis des sogenannten »Digitalen Allgemeinwissens für Beruf und Alltag« ist quasi als »mittlere Reife in digitalen Kompetenzen« ähnlich der »mittleren Reife« in Lesen, Schreiben und Rechnen zu verstehen. Nur, wenn man die Grundkonzepte und Anwendungsmöglichkeiten der Digitalisierung und neuen Technologien in einem Mindestmaß verstanden hat, ist der Mensch digital anschlussfähig. Eine neue, aber notwendige Sichtweise, um unserer Gesellschaft von jung bis alt die Teilhabe an der Digitalisierung zu ermöglichen.

Die nationale Zertifizierungssystematik zur Ausstellung des DigComp-CERT bietet als umfassendes, inklusives und niedrigschwelliges System die Möglichkeit – egal wie und wo man sich digitale Kompetenzen

angeeignet hat –, diese nachweisbar zu machen und damit die berufliche Anschlussfähigkeit zu erhöhen. Umfassend, weil das DigComp-CERT als Kombinationszertifikat für digitale Kompetenzen auch der NQR¹-Begrifflichkeit folgt und Wissen und Können in der Digitalisierung sichtbar macht. Inklusiv, weil sowohl formal, non-formal oder informell erworbene digitale Kompetenzen im DigComp-CERT anerkannt werden können. Niedrigschwellig, weil auch digitale Kompetenzen auf den Kompetenzstufen 1 und 2 des Digitalen Kompetenzmodells für Österreich – DigComp 2.2 AT ausgewiesen werden und der Weg zum lebensbegleitenden Lernen in der Digitalisierung unterstützt wird.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Einordnung (»Referenzierung«) von Kursformaten und Zertifikaten bzw. Kompetenznachweisen in die DigComp-Systematik umfassend umgesetzt werden kann. Dabei werden bestehende Kursformate und Zertifikate, die digitale Kompetenzen nachweisen, mit Lernergebnissen einheitlich abbildbar. Diese Herangehensweise folgt damit einem inklusiven Zugang im bestehenden Erwachsenenbildungsmarkt. Andererseits wird auch die Lernnachweis-Qualität in ihrer »Belastbarkeit« kategorisiert, denn im DigComp-CERT Kombinationszertifikat werden Teilnahmebestätigung (z.B. für einen Kurs), Überprüfung (z.B. Zertifikatsprüfung) sowie formale Abschlüsse durch hinterlegte Standards klar ausgewiesen. Es können auch innerbetriebliche Ausbildungen anerkannt und in Bezug zum DigComp gesetzt

1 NQR = Nationaler (österreichischer) Qualifikationsrahmen auf Basis des EQR = Europäischer Qualifikationsrahmen ist ein Instrument zur Einordnung von Qualifikationen des österreichischen Bildungssystems in acht NQR-Qualifikationsniveaus und dient der besseren Vergleichbarkeit von Qualifikationen in Österreich und Europa.

werden. Damit hat auch jeder bestehende Marktteilnehmer (Ausbildungs- oder Zertifikatsanbieter) die Chance, mitzumachen. Denn es geht um Inklusion, nicht um Exklusivität, und es geht um Transparenz und Qualität, um ein gemeinsames System auf Basis eines europäischen Standards.


Österreich ist in der Umsetzung des DigComp bisher einen einzigartigen, innovativen Weg unter breiter Einbindung und Zusammenarbeit von Stakeholdern gegangen. Zahlreiche Grundlagen für die Anwendung des DigComp in Österreich wurden seit 2018 gelegt und mit dieser Förderung nun zu einer inklusiven, breitenwirksamen und anwendbaren Systematik entwickelt. Damit ist die Grundlage für nachhaltiges Wissensmanagement, digitales Innovationsmanagement und berufliche Anschlussfähigkeit der/des Einzelnen in der fortschreitenden Digitalisierung gelegt. Digitale Kompetenzen sind heute klar einforderbar, evaluierbar, zertifizierbar und damit bedarfsorientiert qualifizierbar.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 10/2021 vom 11.11.2021.

AUTORIN

Mag. Ulrike Domany-Funtan, MBA ist Generalsekretärin von fit4internet – Verein zur Steigerung der digitalen Kompetenzen in Österreich.

Weitere Informationen:

 <https://www.fit4internet.at/view/domany-funtan>

TORBEN STEPHAN

DIE ZIVILGESELLSCHAFT IN DER SCHWEIZ MUSS DEN DIGITALEN WANDEL MITGESTALTEN

Mittlerweile ist es auch in der Politik angekommen: Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Wir kaufen online ein. Unsere Urlaubsfotos schicken wir per Messenger an die Familie. Den fahrbaren Untersatz rufen wir per Smartphone. Und alle elf Minuten verliebt sich ein Single auf Paarship.

Einverstanden, der letzte Satz muss kritisch hinterfragt werden. Er steht aber auch symbolisch dafür, wie eng mittlerweile selbst unsere Intimsphäre mit der digitalen Sphäre verbunden ist. In immer mehr Hosentaschen, immer mehr Haushalten und an immer mehr Handgelenken befinden sich sogenannte smarte Geräte, die unser Handeln, unsere Vorlieben und sogar unsere Sehnsüchte detailliert dokumentieren. Der Satz ist aber auch Symbol dafür, wie unkritisch wir noch immer mit der Digitalisierung umgehen. Während wir uns darüber freuen, dass die zahllosen Tools und Gadgets uns das Leben scheinbar erleichtern, freuen sich die grossen Technologie-Unternehmen in Übersee (kurz: GAFAM – Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) und in China über die nie enden wollende Ressource »Daten«, die wir ihnen im Sekundentakt frei Haus liefern und mit denen sie anschliessend Milliarden-Gewinne erzielen.

Das Google-Mutterunternehmen »Alphabet« hat im zweiten Quartal 2021 einen Gewinn von 18,53 Milliarden US-Dollar

erwirtschaftet.¹ Wie kann das sein, wenn wir für die Google-Tools wie Suchmaschine, Webbrowser, Smartphone-Software und GoogleDocs nie einen Cent bezahlen? Den kritisch denkenden Menschen unter uns dämmert es: Wir sind nicht der Kunde in diesem System, wir sind das Produkt. Google nutzt unsere persönlichen Daten längst nicht mehr nur für Werbeanzeigen. Vielmehr hat die »Datenkrake« unter anderem in künstliche Intelligenz, selbstfahrende Autos, Biotechnologie, Infrastruktur und vieles mehr investiert. Alles neue Businessmodelle, die auf Daten basieren. Unseren Daten.

Die Macht der Tech-Konzerne

Welche Macht die amerikanischen Tech-Unternehmen bereits haben, hat die europäische Politik 2020 am eigenen Leib erfahren. Da der Smartphone-Markt zwischen Google (Android) und Apple aufgeteilt ist, entschieden die beiden Unternehmen für die gesamte Welt, dass die Covid-Tracing-App auf einer dezentralen Technologie basieren muss. Das war erstmal eine richtige Entscheidung. Problematisch war aber, dass die demokratisch gewählten Regierungen in Deutschland und Frankreich zu der Zeit noch den zentralen Ansatz präferierten. Die beiden Großkonzerne hebelten also kurzerhand die Demokratie aus – eine schönere Dystopie hätten

1 <https://www.googlewatchblog.de/2021/07/google-quartalszahlen2-alphabet-unternehmen/>

sich nicht einmal die besten Science-Fiction-Autor:innen Hollywoods ausdenken können.

In Deutschland macht spätestens seit diesem Erlebnis parteiübergreifend der Begriff der «digitalen Souveränität» die Runde. In der Schweiz ist der Gedanke einer digitalen Unabhängigkeit von amerikanischen Großkonzernen zwar seit längerem bekannt, hat aber bei weitem noch nicht die Popularität erlangt wie beim großen Nachbarn im Norden. Bisher gibt es – ganz schweizerisch – eher den Versuch einer kooperativen Lösung mit den Tech-Giganten. Schliesslich haben Google, Microsoft, Facebook, Amazon und Apple in Zürich – also nahe der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) – bemerkenswert grosse Niederlassungen eröffnet. Google hat mit 4000 Angestellten in der Limmatstadt gar den grössten Forschungs- und Entwicklungsstandort ausserhalb der USA.²

Die digitale Zivilgesellschaft in der Schweiz

Entsprechend schwer – könnte man jetzt meinen – ist es für eine kritische Zivilgesellschaft in der Schweiz, Gehör in der Politik zu finden. Die Schweiz hat aber einen grossen Vorteil, den sich die Zivilgesellschaft zunutze macht: die direkte Demokratie. Sie gehört zum elementaren Selbstverständnis der Eidgenoss:innen.

Im März dieses Jahres gelang einer zivilgesellschaftlichen Bewegung rund um die Vereine »Digitale Gesellschaft Schweiz« und »Public Beta« ein Coup. Sie ergriffen das Referendum gegen das vom Parlament bereits verabschiedete Gesetz über eine elektronische Identität (eID-Gesetz). Grund war, dass die Politik den elektronischen Ausweis von privaten Unternehmen

ausstellen lassen wollte. Die Gegner:innen des Gesetzes plädierten dagegen für eine staatliche Lösung. Bei der anschliessenden Volksabstimmung sprach sich die Stimmbevölkerung mit 64% Nein-Stimmen für die staatliche Lösung aus. Es war das erste Mal, dass in der Schweiz überhaupt eine digitalpolitische Entscheidung vor die Stimmbevölkerung kam.

Wie konstruktiv so etwas sein kann, zeigte sich im Anschluss an die Abstimmung. Vertreter:innen aus allen sechs Parlamentsfraktionen brachten im September identische »parlamentarische Motionen« in den Nationalrat ein. Darin fordert die grosse Kammer den Bundesrat (also die Schweizer Regierung) auf, eine staatliche, datensparsame und die Privatsphäre schützende E-ID auszuarbeiten. Die Behörden arbeiten bereits daran.³

Die Zivilgesellschaft ist also auch in der Schweiz ein wichtiges Korrektiv. Wie auch in anderen Teilen Europas ist es essentiell, dass sie den digitalen Wandel aus ihrem gemeinwohlorientierten Blickwinkel mitgestaltet. Dabei muss es nicht immer so konfrontativ sein, wie bei der Schweizer E-ID. Bei der SwissCovidApp haben sich Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft von Anfang an gut ergänzt. Das Resultat ist ein weltweiter, dezentraler Standard.

Eine besonders wichtige Rolle spielt die Zivilgesellschaft für kritische Technologien wie Mustererkennung und maschinelles Lernen (gern unter dem Begriff »künstliche Intelligenz« subsumiert). Denn Teile der Wirtschaft gehen häufig unkritisch mit den neuen Möglichkeiten um, wenn sich dadurch enorme Gewinne erzielen lassen. Das zeigen die deutlichen Aussagen der

² <https://www.persoendlich.com/digital/viertes-gebäude-am-bahnhof-zurich-eröffnet>

³ <https://www.netzwoche.ch/news/2021-09-15/nationalrat-winkt-sechs-vorstoesse-zur-neuen-e-id-durch>

STEPHAN: ZIVILGESELLSCHAFT IN DER SCHWEIZ

Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen: »Was ich immer wieder bei Facebook gesehen habe, war: Interessenkonflikte zwischen dem, was für die Öffentlichkeit gut ist und was für Facebook gut ist. Facebook hat sich für das entschieden, was mehr Geld bringt.«⁴

Die Politik wirkt demgegenüber völlig hilflos. Wie ist sonst zu erklären, dass Facebook-Gründer Mark Zuckerberg die Parlamente dieser Welt an der Nase herumführt? Vor dem US-Kongress betonte der Unternehmer noch, dass soziale Medien positive Auswirkungen auf die mentale Gesundheit von Menschen hätten. Dank Haugen kam nun heraus, dass Zuckerberg damals längst bekannt war: Die zum Facebook-Imperium gehörende Foto-Plattform Instagram kann bei Teenagern mentale Schäden verursachen. Unternommen hat er nichts dagegen.⁵

Es wäre deshalb klug von der Politik, sich das reichlich vorhandene Wissen und das Engagement aus der Zivilgesellschaft zunutze zu machen. Denn im Gegensatz zu Lobby-Verbänden oder Großunternehmen verfolgen Organisationen aus der digitalen Zivilgesellschaft in der Regel eine gemeinnützige Agenda. Sie weisen dabei einerseits auf die Gefahrenpotenziale der modernen Technik hin, nutzen aber auch die Chancen der Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Innovationen. So macht der Verein »Opendata.ch« seit Jahren auf das Potenzial von öffentlich zugänglichen (nicht persönlichen!) Daten wie Wetter-, Geologie-, Bahn- und Verkehrsdaten aufmerksam und betont die Innovationskraft, die daraus entstehen kann. Im Rahmen des »Prototypefonds

4 <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/facebook-whistleblowerin-101.html>

5 <https://dnip.ch/2021/10/26/facebook-groundhog-day-und-worueber-wir-wirklich-sprechen-sollten/>

Schweiz«, den der Verein zusammen mit der Stiftung Mercator Schweiz ins Leben gerufen hat, werden solche Innovationen gefördert. Gemeinsam klären die beiden Organisationen aber auch über den Wert persönlicher Daten auf, und zwar mit dem »Data Café«. Dieses bietet an öffentlichen Orten vermeintlich kostenlosen Kaffee an. Der Pferdefuss: Die Kund:innen müssen persönliche Daten wie Namen, E-Mail-Adresse, Kanton und Geburtsdatum verraten. Das Ziel des Projekts ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass wir diese Art von Deal täglich im Internet akzeptieren.

Gesellschaftliche Bedeutung der Digitalisierung

Die Stiftung Mercator Schweiz hat 2018 entschieden, die gesellschaftliche Bedeutung des digitalen Wandels auf ihre Agenda zu heben. Daraus ist das Programm »Digitalisierung + Gesellschaft« entstanden. Es beschäftigt sich inhaltlich mit der Selbstbestimmung in der digitalen Welt, mit der Nachvollziehbarkeit von Algorithmen, den Herausforderungen der digitalen Öffentlichkeit und dem Ausbau digitaldemokratischer Teilhabemöglichkeiten. Und vor allem hat es sich die Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft auf die Fahnen geschrieben.

Sprachgrenzen

Eine Besonderheit in der Schweiz ist die Sprachgrenze zwischen der Deutschschweiz und der französischsprachigen Romandie – häufig scherzhaft »Rösti-Graben« bezeichnet. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Sprachbarriere: Auch kulturell unterscheiden sich die beiden Landesteile. Während in der Deutschschweiz beispielsweise 30 Prozent das »unmoralische Angebot« des oben erwähnten »Data Cafés« akzeptieren, sind es in der Westschweiz doppelt so viele.

Der Röstigraben ist aber auch eine Linie, die zivilgesellschaftliche Organisationen trennt und die Zusammenarbeit erschwert. Als Stiftung sieht sich Mercator deshalb auch in der Rolle als Vernetzerin der Zivilgesellschaft – natürlich auch über die verschiedensprachigen Landesteile hinweg. Das schliesst auch die italienische Schweiz, das Tessin, mit ein. Dabei handelt es sich nicht immer um eine leichte Aufgabe, da sich ausser der Sprache auch die Organisationen und der Unterstützungsbedarf unterscheiden. Den Röstigraben zu überwinden, erfordert erhebliche Ressourcen in Form von Geld, Arbeitskraft, vor allem aber Geduld.

Internationale Zivilgesellschaft

Die Schweiz mag als Nicht-EU-Mitglied mitten in Europa eine gewisse Sonderstellung einnehmen. Vor den gesellschaftlichen Fragen, die sich im Zuge der Digitalisierung stellen, kann sie sich aber nicht verstecken. Diese sind in der Regel international. So wird aktuell auch in der Schweiz über die richtigen Wege zur Regulierung sogenannter KI-Systeme intensiv diskutiert. Es werden Ansätze getestet, wie sich junge Menschen zu digital mündigen Bürger:innen entwickeln können. Und gerade entstandene Datengenossenschaften überlegen, wie sie einen ethisch vertretbaren Kompromiss zwischen Datenschutz und Datennutzung finden können. Wichtig ist dabei vor allem, dass sich eine starke Zivilgesellschaft hörbar in die Debatten einbringt und den digitalen Wandel konstruktiv mitgestaltet.

Die digitale Zivilgesellschaft in der Schweiz könnte entscheidende Vorteile erlangen, wenn sie sich stärker mit internationalen Partner:innen vernetzen würde. Doch diese Möglichkeit wird noch zu wenig genutzt. Der Schweizer Verein Netz Courage, der sich vor allem gegen Hassrede im

Netz stark macht, ist eine Ausnahme. Der Austausch mit gleichgesinnten Organisationen in Deutschland und Österreich ist eng. Auch die Digitale Gesellschaft pflegt einen regelmässigen grenzüberschreitenden Dialog, zum Beispiel mit dem Chaos Computer Club in Deutschland oder Amnesty International. Und auch die Stiftung Mercator Schweiz arbeitet eng mit ihrer Schwesterstiftung in Deutschland und anderen deutschen Organisationen zusammen.

Trotzdem werden auf die digitalen Herausforderungen unserer Zeit noch viel zu selten gesamteuropäische Lösungen gesucht – weder auf politischer noch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Das muss sich ändern. Denn die Digitalisierung kümmert sich weder um Landes- noch um Kantons-grenzen. Ihr Wertegerüst ist in der Regel US-amerikanisch geprägt. Wenn wir den digitalen Wandel auf Grundlage europäischer Werte mitgestalten wollen, dann müssen wir diese Werte auch gemeinsam für das digitale Zeitalter definieren. Und dazu braucht es eine starke, vernetzte, gesamteuropäische Zivilgesellschaft.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 10/2021 vom 11.11.2021.

AUTOR

Torben Stephan leitet das Programm »Digitalisierung + Gesellschaft« bei der Stiftung Mercator Schweiz. Er möchte die Chancen der Digitalisierung nutzen, um gemeinwohlorientierte Innovationen zu fördern. Seit Jahren engagiert sich Stephan im Bereich der freien Software in der Schweiz, in Europa und in Asien. Stephan hat in Asien die erste Investigativjournalisten-Konferenz und die erste Konferenz für politische Kommunikation mitgegründet sowie zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

BENJAMIN KURC

DAS GROSSE IM KLEINEN LEBEN UND FÖRDERN

*Die deutsch-französische Freundschaft ist das gelungene Zusammenspiel aus politischen Weichenstellungen und bürgerschaftlichem Engagement. Und sie ist keine Selbstverständlichkeit, wie der Blick in die Vergangenheit zeigt. Der Blick auf die Arbeit des Bürgerfonds und seine Ambitionen zeigt aber vor allem: Die einzigartige Beziehung zwischen Bürger*innen beider Länder ist widerstandsfähig, vielfältig und lebendig.*

In der deutsch-französischen Welt hält der Jahresanfang stets einen Grund zum Feiern bereit: den Deutsch-Französischen Tag am 22. Januar. Für den erst im Frühling 2020 gegründeten Deutsch-Französischen Bürgerfonds war das Datum 2021 außerdem eine Premiere: Zum ersten Mal konnte das neue Förderinstrument bürgerschaftliche Projekte rund um den 22. Januar anregen und fördern: Über 50 Aktionen zeugen von der Resilienz und der Kreativität, die Bürger*innen der Coronakrise entgegenstellen, sowie von den vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten, die der Bürgerfonds auch für Online- oder Hybridformate bietet.

Aber natürlich geht dieses Engagement weit über den Deutsch-Französischen Tag hinaus: In 2021 konnte der Bürgerfonds bis Ende Oktober über 360 Förderanträge bewilligen – quasi ein Projekt pro Tag!

Digitales Engagement

Viele Projektträger nutzten während der Coronapandemie digitale Möglichkeiten, um ihr Engagement und die Verbindung zum Nachbarland aufrechtzuerhalten.

So entstanden etwa mit Unterstützung des Bürgerfonds eine Online-Plattform für Städtepartnerschaften¹, ein deutsch-französischer Podcast zu Umweltthemen², digitale Stadtführungen oder eine Web-Doku über deutsch-französische Verbindungen in der Popmusik³.

Junge Menschen aus Deutschland, die Französisch lernen, bildeten Sprachtandems mit Senior*innen aus Frankreich: Ihre wöchentlichen Online-Rendez-vous helfen nicht nur bei der Sprachpraxis, sondern sie sind auch ein wirksames Mittel gegen die Einsamkeit im Alter.

Expert*innen und interessierte Menschen tauschten sich in Online-Konferenzen über generationsübergreifendes Engagement im Sport oder über die Arbeit mit Geflüchteten aus. Hobbygärtner*innen urbaner Gärten in Berlin und Paris schalteten sich

1 Jumelage.eu – eine Plattform für deutsch-französische Kommunalpartnerschaften: <https://www.jumelage.eu/de/>

2 Der deutsch-französischen Podcast über Umweltthemen: <https://www.synchronepodcast.com/>

3 PopAffaire! – connexions musicales franco-allemandes: [youtube.com/watch?v=Gu3LKCgScNk&](https://www.youtube.com/watch?v=Gu3LKCgScNk&)

zur Videokonferenz zusammen und planen nun ihr erstes echtes Treffen.

Städtepartnerschaften trafen sich zum digitalen Weihnachtsfest und die Vereinigung Deutsch-Französischer Chöre sang auf Distanz »Stille Nacht/ Douce nuit«⁴.

Zwei Volkshochschul-Sprachkurse in Erfurt und Lille lasen gemeinsam Romane mit Lokalkolorit und schickten einander Päckchen mit Spezialitäten ihrer Region – und obwohl sich die Teilnehmenden noch nie in echt getroffen haben, waren sie so begeistert, dass sie einen deutsch-französischen Verein gegründet haben!

Mit ein paar technischen Tücken muss man immer fertigwerden und alle sind sich darin einig: Digitaler Austausch kann »echte« Begegnungen nicht ersetzen. Aber trotzdem bietet er ein großes Potenzial, auch für die Zeit nach der Pandemie:

Online-Formate sprechen auch Menschen an, die nicht einfach mal so für ein paar Tage nach Frankreich fahren können, die sich aber sehr wohl an einem Donnerstagsabend zu einer deutsch-französischen Zoom-Konferenz dazu schalten können: Auch so können Kontakte geknüpft oder Erfahrungen ausgetauscht werden!

Digitale Begegnungen, etwa in Form von Sprach-Tandems, lassen sich außerdem über einen längeren Zeitraum hinweg regelmäßig durchführen. So kann die Beziehung wachsen, statt auf punktuelle Treffen begrenzt zu sein.

Selbstverständlich lassen sich digitale und physische Begegnungen auch verknüpfen – eine Kombination, die mehr Raum fürs gemeinsame Vor- oder Nachbereiten lässt.

4 »Stille Nacht für die Völkerfreundschaft«:
[youtube.com/watch?v=dKS13wc-dms](https://www.youtube.com/watch?v=dKS13wc-dms)

Und schließlich kennen Online-Veranstaltung keine lokalen Begrenzungen: Konferenzen oder thematische Austauschprogramme können so ein Vielfaches an Akteur*innen erreichen, als dies mit Präsenzveranstaltungen der Fall wäre.

Wenn wir die digitalen Möglichkeiten mitnehmen und »echte« Begegnungen bald wieder möglich werden, gibt es also tatsächlich Grund zu Feiern und guten Mutes in die Zukunft zu blicken.

Fortführung einer historischen Annäherung

Aber auch das ist wichtig: der Blick zurück. Denn nach der jahrhundertelangen Feindschaft, die Deutschland und Frankreich trennte, sind die heutigen engen Beziehungen beider Länder alles andere als selbstverständlich – auch, wenn eine große deutsche Tageszeitung kürzlich trefenderweise titelte: »Aus Erbfeinden sind längst Erbfreunde geworden.«

Diese Freundschaft beruht auf einem einzigartigen Beziehungsgeflecht, das sich zwischen den Regierungen und Parlamenten, in der Welt der Wirtschaft und auf zivilgesellschaftlicher Ebene entwickelt hat. Den Grundstein dafür legten 1963 Konrad Adenauer und Charles de Gaulle mit dem Elysee-Vertrag, der Geburtsurkunde des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)⁵: Junge Menschen in Deutschland und Frankreich, die Nachkriegsgeneration, sollten das andere Land entdecken, einander kennen- und verstehen lernen, gemeinsam in die Zukunft und einem geeinten Europa entgegenblicken.

Der Bürgerfonds verfolgt genau das gleiche Ziel, aber spricht dabei sämtliche Akteur*innen der Zivilgesellschaft an:

5 DFJW: <https://www.dfjw.org/>

KURC: DAS GROSSE IM KLEINEN LEBEN UND FÖRDERN

Viele Menschen, die die deutsch-französische Freundschaft mit Leben füllen, sind zwar nicht mehr »jung«, aber dafür umso engagierter und kreativer. Warum also sollten Austausch und Begegnungen nur Jugendlichen unter 30 Jahren offenstehen, wie sie das DFJW seit Jahrzehnten erfolgreich fördert?

Wertschätzung und Unterstützung für jene, die bislang auf sich allein gestellt waren

Der Bürgerfonds gibt auf diese Frage eine ganz klare Antwort. Er gilt schon jetzt als »Leuchtturmprojekt« des Aachener Vertrags, mit dem Angela Merkel und Emmanuel Macron 2019 die Zusammenarbeit beider Länder bekräftigten. Mit einem Jahresbudget von 2,4 Millionen Euro fördert er bürgerschaftliche Projekte, die Brücken über den Rhein schlagen.

Dabei richtet er sich etwa an Vereine, Stiftungen, Kulturzentren oder Bürgerinitiativen – also an all jene, die vor der Schaffung des Bürgerfonds durch die deutsch-französischen Fördernetze gefallen waren. Das gilt insbesondere für die rund 2.300 Städtepartnerschaften und deutsch-französischen Organisationen, die seit über 60 Jahren unverzichtbare Akteur*innen der bilateralen Beziehungen auf lokaler und regionaler Ebene sind.

Aber Ziel ist es auch, all diejenigen für deutsch-französisches Engagement zu begeistern, die bislang noch nicht als »Grenzgänger« aktiv waren: Sportvereine, Kulturschaffende, Umweltaktivist*innen, die Freiwillige Feuerwehr oder Integrationsprojekte – der Austausch mit dem Nachbarland ist immer lohnenswert, und begleitet vom Team des Bürgerfonds oder

einer*m seiner Regionalen Berater*innen⁶ viel leichter als gedacht.

Mit dem Bürgerfonds können all diese Menschen nun einen starken Partner an ihrer Seite wissen, der ihr Engagement wertschätzt und endlich auch finanziell unterstützt.

Ein Blick in die Zukunft

In diesem Sinne ist der Bürgerfonds ein wichtiger und wirksamer Hebel, der Engagement und grenzüberschreitende Verständigung fördert – beides brauchen wir in Zeiten von Kontaktbeschränkungen und Demokratieskepsis mehr denn je.

Der erfolgreiche Start unter schwierigen Bedingungen im letzten Jahr bestätigt uns darin, auch in 2021 und darüber hinaus unseren Überzeugungen treu zu bleiben, um gemeinsam mit Projektträgern – und allen, die es werden wollen – deutsch-französische Verbindungen zu schaffen.

Wir bleiben niedrigschwellig: Förderanträge werden beim Bürgerfonds einfach online gestellt – wer sich engagieren will, soll seine Energie in sein Projekt stecken können und nicht in Papierkram.

Wir setzen uns zum Ziel, den Spagat zu schaffen zwischen punktuellen, kleineren Aktionen und Projekten mit größerer Strahlkraft: zwischen Kochbuch mit Rezepten aus der Partnerstadt, deutsch-französischem Film- und Diskussionsabend, Tanz-Workshop, Online-Galerien, Plattformen, Dokufilmen oder Festivals – und, sobald sie wieder möglich sind, natürlich vor allem physischen Begegnungen.

⁶ Regionalen Berater*innen: <https://www.buergerfonds.eu/regionale-berater-innen>

Was zählt, ist, dass Menschen aus beiden Ländern sich austauschen. Die Grundvoraussetzung dafür ist da, wie eine jüngst erschienene Studie wieder einmal belegt: Franzosen⁷ und Deutsche⁸ mögen einander. Aber wie gut kennen sie sich wirklich, fernab von Klischees? Austausch und gemeinsame Projekte bieten die Gelegenheit, Gemeinsamkeiten zu finden und Unterschiede zu verstehen – unabdingbar für tiefe und langfristige Verbindungen zwischen Bürger*innen.

Wir behalten den Blick für das Wesentliche: Die großen Herausforderungen unserer Zeit kann kein Land alleine bewältigen – und auch nicht ohne seine Bürger*innen. Ohne seine Vielfalt an förderfähigen Themen⁹ einzuschränken, stellte der Bürgerfonds daher in 2021 mit zwei Projektausschreibungen insbesondere die Themen Umweltschutz und Demokratieförderung in den Mittelpunkt.

Umwelt: Müll-Sammel-Aktion am Rhein, Workshops, Kurzfilme oder eine gemeinsame Sternennacht auf Distanz, umweltfreundliche Umsonstläden, ein Magazin zu Umweltthemen oder Überlegungen zum europäischen Green Deal: Im Rahmen der Ausschreibung »Umweltschutz & nachhaltige Entwicklung« hat der Bürgerfonds 18 ausgewählte Projekte¹⁰ gefördert.

Demokratie: Im Rahmen der Ausschreibung wurde zum Beispiel eine Social-Media-Kampagne gegen Hass im Netz gefördert oder ein Vortrag über das politische System in Deutschland und Frankreich. Außerdem hat der Bürgerfonds mehrere Bürgerdialoge gefördert: einen zwischen Baden-Württemberg und Grand-Est, der vom Europaparlament mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet wurde, und einen zwischen Rheinland-Pfalz und Bourgogne-Franche-Comté.


Wir freuen uns sehr darauf, das Große im Kleinen zu leben und zu fördern: die deutsch-französische Freundschaft und eine starke, lebendige, engagierte Zivilgesellschaft. Damit jeder Tag ein bisschen Deutsch-Französischer Tag ist.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 1/2021 vom 28.1.2021, aktualisiert am 2.11.2021.

AUTOR

Benjamin Kurc ist Leiter des Deutsch-Französischen Bürgerfonds.

Weitere Informationen:

 <https://www.buergerfonds.eu/aktuelles/benjamin-kurc-uebernimmt-die-leitung-des-deutsch-franzoesischen-buergerfonds-177>

7 L'IMAGE DE L'ALLEMAGNE EN FRANCE: <https://www.ifop.com/publication/limage-de-lallemagne-en-france-3/>

8 Regards croisés sur les relations franco-allemandes: https://jean-jaures.org/sites/default/files/redac/commun/productions/2020/2301/regards_croises.pdf (PDF)

9 Fragen & Antworten: Weitere Informationen zum Deutsch-Französischen Bürgerfonds: <https://www.buergerfonds.eu/faq>

10 Geförderte Projekte: <https://www.buergerfonds.eu/projektausschreibung-umwelt-nachhaltige-entwicklung-gef%C3%B6rderte-projekte>

GABRIELLA CIVICO CEV

DIGITALIZATION & THE EUROPEAN VOLUNTEERING CAPITAL COMPETITION

HOW HAS THE PANDEMIC AFFECTED COMPETITION?

HOW IMPORTANT ARE THE DIGITAL TOOLS IN THIS?

On 7th February 2020 a huge event with several thousand people in attendance took place in Padova. This event was the Opening Ceremony of Padova's year as the European Volunteering Capital 2020. There were many prestigious guests such as the President of Italy and the Mayor of Padova, but also many thousands of ordinary people, volunteers and future volunteers there to share in this important moment of European recognition. At that time we had heard about risks presented by the COVID19 virus and signs alerting to the symptoms were available in the airport but otherwise the event and the ideas for the next steps continued as normal. Only a few days later, as COVID19 cases began to appear in the region it became apparent that amendments and adjustments would need to be made to the carefully laid plans that had been subject to extensive and diligent preparations for more than two years.

The European Volunteering Capital Competition is not awarded, as other similar European competitions, on the basis of a plan for the year. The title is given due to the evidence presented of the existing policies and strategies that are in place to support and promote volunteering and the only requirement from the competition organisers (the Centre for European Volunteering – CEV) is for a suitable Opening and Closing Ceremony. Nevertheless, it is natural that the winning municipalities wish to implement some extraordinary

activities during their year as title holders. In the case of Padova different working groups and roundtables to discuss and explore issues related to the development of volunteering Padova as well as a study visit for other candidates and winners of the European Volunteering Capital competition, to enable them to learn more first hand about how volunteering is implemented in practice in Padova, were planned. Representatives from Padova were also looking forward to sharing their experiences with a wider audience in different events across Europe. CEV also planned to hold their Autumn Volunteering Congress in Padova with over 50 guests from all across Europe.

At first, when the lockdown was announced in March 2020 it was thought that only a temporary postponement of some of the planned activities would be needed but as the weeks went by it became clearer that a broader re-think would be required. Not wanting to lose the opportunities for exchange of practice, experience and ideas, activities in relation to those being held locally in Padova and also those that would enable Padova to engage on a European level slowly began to move online. In a sector relatively inexperienced in online events, this presented some challenges but also opportunities. Operating parts of the competition in the digital sphere was a forced necessity in 2020 but some of the innovations that were imposed could very well be here to stay!

The first international event that had to be cancelled was a conference in Ireland that was looking at volunteering in events. Representatives from Padova were due to take part to present their experiences in this field. Once travel to Ireland became impossible and the event was cancelled it was decided to transfer the format online. This change meant that Padova was able to share their experience to an even wider audience than would have been possible in Ireland due to the fact that participants who would not have travelled to Ireland due to budget constraints etc were able to participate online. The online format also meant that we were not limited to those European Volunteering Capital Candidates Community (EVCCC) members who would have been able to travel to Ireland and many more could participate online, sharing their experiences and learning from those of others.

Prior to this event, which took place in June 2020, a webinar was also organised in April followed by a second one in July, looking at volunteering in the COVID 19 crisis (VISCOVID19 Webinars). In the first one, both Padova (EV Capital 2020) and Berlin (EV Capital 2021) were able to present their experiences to a wide European audience. These webinars were both attended by representatives from the EVCCC and their localities and were additional opportunities necessary because of the COVID19 crisis and the need to share experiences but also made possible by the digital means becoming more widely available and accessible at that time.

The Solidaria festival in Padova is a regular annual event, but for the year of Padova's EV Capital title an even more international approach was planned. Scheduled for September 2020 there was hope during the summer that it could proceed as normal but towards the start of September it became apparent that this was not to be

the case and that an online version of the festival would need to be organised. The capacities of Facebook and YouTube live streaming possibilities were harnessed to good effect bringing the Solidaria experience not only to the citizens of Padova but also more widely across Italy and Europe. Meanwhile, the roundtable discussion topics connected to volunteering and solidarity that had been planned in Padova throughout the whole of 2020 as cross-sector spaces for reflection and future planning involving a variety of different stakeholders were also moved online. During the pandemic the Volunteer Centre in Padova was able to quickly implement a system to geolocalise all the volunteers in order to be able to allocate tasks in a timely and efficient manner to the closest available volunteers in a safe way. In addition, thanks to systems such as YouTube and Google Meet, the centre was rapidly able to put in place the necessary training programmes for volunteers at a low cost. This agility and flexibility to respond to changing needs in a dynamic situation as part of a broad and comprehensive municipality-based volunteering strategy founded in cross sector partnerships and long term vision is just one of the reasons why Padova was awarded the EV Capital title for 2020.

CEV had planned to hold the Autumn Volunteering Congress 2020 in Padova in October. The event was to comprise a study visit, General Assembly, EV Capital 2022 Candidate presentations, a seminar and a conference. As the situation improved towards the autumn, plans had gone ahead for an in-person event. However, only a couple of days before the event was due to start things took a turn for the worse and it became clear that this was no longer a possibility. Rather than cancelling, all the experiences from the previous months of digitalisation of activities came into play.

Within a few short hours the Congress programme was adapted to the online format. The study visit element had to be cancelled but all the other components planned as part of the Congress went ahead online. Whilst this limited the interaction between people, especially in the non-formal moments, it also, as in previous experiences, opened up the possibility of participation to those who would not have been able, for financial or other reasons, to travel in person to Padova.

As Padova's year as the EV Capital was drawing to a close it was obvious that a Closing Ceremony with in-person participation was not going to be possible. Despite all the successes with online formats it was felt that for the closing ceremony having participants in person would be a significant feature for its success. It was agreed that the ceremony would be postponed to 2021. This meant however, that an online format was required for the announcement of the EV Capital 2022 as this would ordinarily have taken place in the closing ceremony.

In order to frame the announcement in a wider event, as would have been the case for the closing ceremony, it was decided that it would take place in connection with the Gattamelata and FOCSIV award ceremonies for volunteers organised in collaboration with Padova EV Capital 2020. This ceremony was hybrid in the sense that some of the presenters and musical entertainment were physically present in a theatre in Padova but that other contributions would be made by recorded video message or via an online connection. The event was live streamed and also broadcast on regional TV. By having this hybrid format we were able to engage more senior level European policymakers than would have been possible in a solely physical event, for example the President

of the European Parliament and Romano Prodi, Italian politician and one of the former presidents of the European Commission as well former Italian Prime Minister. The emotion of announcing the winner was somewhat lost in the online format, but it also meant that more of the local level stakeholders could watch the proceedings and feel part of the process in a more direct way than was ever possible when only physical winner announcement events were held.

The opening ceremony for the EV Capital 2021, Berlin was held in February, again in a hybrid format with a panel of speakers present in Berlin and other interventions shared as video presentations. The event was live streamed and attracted a wider audience than usual for physical events, with 1200 participants it was also larger than it would have been as a physical event. The online format again meant that recorded interventions from high level representatives was possible and fitted better with the overall event format than for physical events in the past when video interventions, especially from high level speakers gave the impression that they were not so committed to the cause by »only« sending a video rather than being there in person.

The thematic discussion groups taking place with volunteering stakeholders from Berlin were also re-directed online. In this case, they were a continuation of discussions that had already been taking place pre-covid and in many cases involved the same actors so moving online was facilitated by the fact that participants already knew each other. Digital issues and volunteering were already foreseen by the EV Capital Berlin team as an important component to explore even before the pandemic. With the innovation contest, it has been possible to showcase in Berlin

new ways and concepts to improve volunteering in the digital world. This has ranged from innovative campaigns or new ways of putting volunteering into practice. There has been a focus on methodologies that rethink and implement volunteering while also strengthening social cohesion.¹

As with Padova, CEV's Autumn volunteering Congress 2021 was planned to be held in Berlin. In this case the COVID19 situation had improved and physical events were possible in Berlin. Some people however were still not able to attend in person due to COVID19 restrictions or other reasons related to capacity of the organisations etc. Having this in mind different components of the Congress were prepared for hybrid format ensuring as much as possible that participation online and offline was possible and not limited to passive viewing online through a livestream. The hybrid character was most challenging when there were delays in the schedule for the physical participants and the online participants needed to wait without actually being part of the dynamic that caused the delay. Conversely when technical issues caused online delays and the physical participants had to wait for the issues to be solved. Patience and understanding were required on both sides. The study visit was the most challenging to prepare in hybrid format and live-streaming of the visits proved too technically challenging but one organisation was able to provide a video presentation that was shared online.

1 Innovation Contest: <https://freiwilligenhauptstadt.berlin/en/innovation-contest>

The Closing Ceremony for Berlin EV Capital 2021 will be held on the 5th of December, International Volunteer Day. It is planned as a small ceremony, keeping within the guidelines for numbers of guests able to be present physically and supported by live-streaming². This will enable the volunteers and local partners of the EV Capital 2023 candidates municipalities to be able to view the moment when the winner is announced and also for those stakeholders in Gdansk, EV Capital 2022, unable to travel to Berlin to also enjoy the moment when the title is handed over.


The move to virtual and hybrid activities as part of the European Volunteering Capital competition has not been without its challenges but it has also meant that more people could participate in and share some of the significant moments and also that the overall carbon footprint of the competition has been reduced.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 11/2021 vom 25.11.2021.

AUTORIN

Gabriella Civico ist Direktorin des Europäischen Freiwilligenzentrums CEV – Centre for European Volunteering.

Weitere Informationen:

 <https://www.europeanvolunteercentre.org/ev-capital>

2 <https://freiwilligenhauptstadt.berlin/>

SERGE EMBACHER/ DANA MILOVANOVIC/ TERESA STAIGER

DIGITALISIERUNG, ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE – EINE ZWISCHENBILANZ

1. Bilanzschwächen – 16 Jahre Kanzlerin- schaft Merkel zu Digitalisierung und Demokratie

Wenn man nach einem Motiv sucht, das Angela Merkels Wirken hinsichtlich des Digitalen Wandels in Deutschland beschreiben soll, fällt einem sofort ihr Satz »Internet ist für uns alle Neuland« (Beckedahl 2013) ein. Auch wenn dieser Satz schon im Jahre 2013 im Rahmen einer Pressekonferenz zum umstrittenen Überwachungsprogramm Prism des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA fiel, beschreibt er auch 2021 den Umgang der Bundesregierung mit dem Thema nach wie vor sehr treffend. Sicherlich meinte Angela Merkel mit diesem Satz die Gratwanderung zwischen Freiheit und Sicherheit, die besonders im Netz nach wie vor ein schwieriges Unterfangen ist. Dennoch ist der Satz bezeichnend für 16 Jahre deutsche Digitalpolitik unter Merkels Kanzlerschaft.

Hier zeigt sich auch die Verbindung zu den demokratiepolitischen Herausforderungen durch die Digitalisierung. Wenn man die geheimdienstliche Überwachung der Internetkommunikation mit einem Satz als »Neuland« abtut – und dadurch impliziert, dass, wenn es in diesem »Neuland« zu überbordenden Überwachungsfantasien amerikanischer Geheimdienste kommt, nur eine fehlerhafte und entschuldbare Anwendung dieser »neuen« Technologien vorliegt –, dann zeugt das auch von einem Unterschätzen

der Auswirkungen des Digitalen Wandels auf das demokratische Gemeinwesen.

»Internet ist für uns alle Neuland« zog aber vor allem deswegen so viel Hämehäme nach sich, da die Digitalpolitik der Bundesregierung zu wenig vorwärts gerichtet und innovativ und schlicht realitätsverweigernd ist. Das Internet gibt es nun schon rund 50 Jahre – da muss eine politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Technologie schon weiter sein. Unzureichender Breitbandausbau, Netzsperrungen, Staatstrojaner, Vorratsdatenspeicherung, Urheberrecht, unzureichende Netzneutralität, tiefgreifende BND-Gesetze – die Liste ist lang und zeigt, dass die Kanzlerschaft Merkels eine zweifelhaft digitalpolitische Beziehung zur Demokratie in Zeiten des Digitalen Wandels hat.

Nun, acht Jahre später, ist der Reformstau offensichtlich: Die Internetversorgung – insbesondere auf dem Land – läuft immer noch stockend. Staatstrojaner geistern nach wie vor durch Gesetzestexte. Das Urheberrecht soll durch »intelligente« Uploadfilter geregelt werden. Die Coronapandemie zeigt abermals, wie sehr der Bildungsbereich digital abgehängt ist. Digitale Verwaltung und Open-Government-Ansätze bleiben hinter den Erwartungen zurück. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland weit abgeschlagen auf Platz 12 – so der Befund des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2020, der den Stand der Digitalisierung in

der Europäischen Union misst (European Commission 2020). Kurz: Die digitalpolitische Bilanz Merkels ist mangelhaft.

Natürlich ist die Bundeskanzlerin durch die komplexe Ressortverteilung der Digitalagenda in drei federführenden Ministerien (BMI, BMVI und BMWi) und breit gefächerte digitalpolitische Zuständigkeiten in fast allen Ministerien nicht die alleinige Verantwortliche (vgl. Jaume-Palásí et al. 2017, S. 8). Dennoch steht es dem Amt durch die Richtlinienkompetenz zu, stärker in ein Politikfeld mit solcher Bedeutung einzugreifen. Auch als 2018 Digitalisierung zur Cheffinnsache erklärt wurde und mit Dorothee Bär die erste Digitalstaatsministerin ihr Amt im Bundeskanzleramt aufnahm, fehlte leider der durchschlagende Erfolg in Sachen Digitalisierung (vgl. Pohle 2018). Nach 16 Jahren Amtszeit und vier Legislaturperioden erwartet man doch eine innovativere, mutigere Netzpolitik einer deutschen Bundesregierung.

Die Zivilgesellschaft und ihre Akteur*innen, die sich für Gemeinwohl und Solidarität auch im Netz einsetzen, fehlen weitestgehend in der Netzpolitik Merkels. Das zeigt sich nicht nur an der Besetzung des Digitalrates, der sich 2018 gründete. Auch in anderen Gremien oder Entscheidungsprozessen wird die engagierte Zivilgesellschaft zu wenig einbezogen. Diese »neoliberale Herangehensweise an Digitalthemen« (Dachwitz 2018), die die Digitalisierung als ausschließlich relevant für Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen hält, verkennt die Chancen *und* Risiken der Digitalisierung sowohl für das Gemeinwohl als auch für die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Eine große Enttäuschung, besonders für das bürgerschaftliche Engagement, ist just das Scheitern des sogenannten Demokratiefördergesetzes. Dieses Gesetz sollte die

Finanzierung von Initiativen und Vereinen in der Demokratietarbeit über eine Bundeskompetenz in enger Zusammenarbeit mit den Ländern verbessern und auf eine stabilere strukturelle Förderbasis stellen. In Zeiten von Hass und Hetze im Netz, von Doxxing-Kampagnen gegen Ehrenamtliche und Aktivist*innen, die sich in Vereinen und Initiativen gegen Rechtsextremismus engagieren, darf ein solches Gesetz nicht scheitern. Durch ein Demokratiefördergesetz ließe sich über langfristige Förderung und das politische Bekenntnis zu der besonderen Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in einer Demokratie eine digital engagierte Zivilgesellschaft genauso unterstützen wie die unzähligen »analogen« Initiativen und Organisationen, die ebenso unter digitalen Hasskampagnen und dem Schrumpfen ihrer Räume leiden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für die Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren, und auch die, die das Engagement und damit wichtige politische Lernprozesse unterstützend begleiten, müssen strukturell gefördert werden – ganz besonders im Digitalen Wandel.

Wir blicken zurück auf 16 Jahre Digitalpolitik. Es ist deutlich geworden, dass dieses Politikfeld eine mutigere, visionärere und innovativere Nutzung der Chancen der Digitalisierung bei einem klaren Bewusstsein für seine Risiken benötigt. Der Digitale Wandel ist so allumfassend und greift so stark in fast jeden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich ein, dass es einer deutlichen Gestaltung durch Staat und Verwaltung im Zusammenspiel mit der Zivilgesellschaft bedarf. So sollte und muss Digitalisierung durch eine wirkliche Gemeinwohlorientierung, durch den Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Werte geprägt und gestaltet werden.

2. Digitale Teilhabe = gesellschaftliche Teilhabe 2.0

In einer zunehmend digitalisierten Welt erfährt auch das bürgerschaftliche Engagement tiefgreifende Veränderungen. Zur Reflexion, aber auch als Denkanstoß über die Zivilgesellschaft hinaus – der auch in die Politik hineingehen soll – wurde das vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) auf zwei Jahre angelegte Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« ins Leben gerufen. Ziel des vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekts war es, die gesellschaftliche Debatte um Chancen und Risiken der digitalen Transformation in die Mitte des bürgerschaftlichen Engagements und seiner gemeinnützigen Organisationen und Initiativen zu rücken.

Aus der Spannweite des Digitalisierungsthemas erwuchs die Notwendigkeit, sich in einer Auswahl einigen für die organisierte Zivilgesellschaft besonders relevanten Fragestellungen und Problembeschreibungen zu widmen. Zu Beginn des Forumsprozesses wurden insgesamt vier zentrale Themenschwerpunkte identifiziert, zu denen engagementpolitische Handlungsempfehlungen sowie organisationale Erfordernisse in partizipativ gestalteten Dialogforen erarbeitet wurden. Dazu gehört neben den Themenfeldern Digitale Kompetenz, Organisationsentwicklung, Datenschutz und Datensicherheit auch das Thema Demokratieentwicklung.

Verbindendes Element und gemeinsamer Nenner dieser sich aus dem Digitalen Wandel ergebenden Schwerpunkte ist der Fokus auf digitale Teilhabe und deren gesellschaftliche Bedeutung. Unter digitaler Teilhabe verstehen wir den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Technologien und einer digitalen Grundversorgung

sowie die Befähigung zur souveränen Anwendung technologischer Mittel unter Einsatz entsprechender Digital- und Medienkompetenzen. In einer zunehmend digitalisierten Umgebung berührt digitale Teilhabe aber nicht nur die digitale Sphäre, sondern führt zu einer Erweiterung der gesellschaftlichen Teilhabe. »Die Bürger*innen machen durch ihre Daten, die ihre Anwesenheit, ihre Praxis, ihre Existenz sind, den Staat, die Stadt, die Bürgerschaft aus; Teilhabe wird damit ein Menschenrecht« (Diez und Heisenberg 2020, S. 83).

Da die Digitalisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umschließt, hängt die künftige Bedeutung des Engagements, seine Wirkung und Schlagkraft, ganz wesentlich von einer spezifischen Adaption und Gestaltung des Digitalen Wandels für die Zivilgesellschaft ab. »Bürgerschaftliches Engagement steht in enger Verbindung mit Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten« (Bundestag 2002, S. 8). Dies ist durch den Digitalen Wandel und den damit unweigerlich verknüpften Einzug der Gleichheitsdimension der digitalen Teilhabe heute noch zutreffender als bereits vor 20 Jahren.

Teilhabe am und Mitgestaltung des Digitalen Wandels durch das bürgerschaftliche Engagement und seine deutschlandweit etwa 30 Millionen Engagierten (vgl. BMFSFJ 2020, S. 7) wird jedoch erst möglich, wenn dieses sowohl auf individueller als auch auf organisationaler Ebene mit zentralen digitalen Kompetenzen ausgestattet wird. Digitale Kompetenz, hier verstanden als Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlicher Kompetenzen im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien und Technologien, ist Grundvoraussetzung für digitale Teilhabe und somit gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Zentral für die Mitwirkung der Zivilgesellschaft

bei der Weiterentwicklung des Digitalen Wandels ist der Grad der im Feld vorhandenen Kompetenzen. Der Auf- und Ausbau digitaler Fähigkeiten und Fertigkeiten aus den Segmenten Datenverarbeitung, Kommunikation, Sicherheit, Problemlösung sowie Erstellung von Inhalten und ihrer Bewertung, also auch Medienkompetenzen, ist also der erste Schritt zu einer digital kompetenten Zivilgesellschaft. Kompetenzaufbau stellt jedoch keine individuelle Anstrengung dar, sondern muss aus der Organisation heraus gewollt, initiiert und kontinuierlich gefördert werden.

Die Digitalisierung erfordert nicht nur das Vorhandensein neuer Kompetenzen, sondern hat auch auf andere Bereiche der Organisation und im Hinblick auf die Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Tätigen konkrete Auswirkungen. Ein kompetenter Umgang mit technologischen Neuerungen setzt einerseits voraus, dass Individuen über die Fähigkeiten und Möglichkeiten verfügen, digitale Technologien zu Hilfe zu nehmen. Andererseits müssen Organisationen es schaffen, diese technologischen Hilfsmittel sinnstiftend, authentisch, kompetent und sachdienlich im Sinne der Organisationsidee einzubinden. Das Einpflegen neuer sowie das Infragestellen und gegebenenfalls Überarbeiten etablierter Prozesse und Strukturen sind Anliegen der Organisationsentwicklung.

Mithilfe einer Digital- oder Digitalisierungsstrategie, also einem »strukturiertem Denkprozess, der hilft, Entscheidungen zu treffen und Chancen zu erkennen, die mit digitalen Transformationsprozessen einhergehen« (Bork und Tahmaz 2021, S. 14), lassen sich die Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen und mögliche Risiken für die Organisation minimieren. Der Prozess der Organisationsentwicklung bietet Organisationen zudem die Chance, zentrale Fragen des Datenschutzes und

der Datensicherheit auf organische Art und Weise in die tägliche Arbeit der Engagierten miteinzubinden.

Datenschutz und Datensicherheit sind nichts weniger als Schutzmechanismen für Grundrechte (wie das Recht auf informelle Selbstbestimmung). Es ist daher essenziell, dass Vereine und Organisationen in die Lage versetzt werden, die Datenschutzrichtlinien umzusetzen sowie eigenständig Produkte, Tools und Anwendungen zu entwickeln, die gemeinnützig, frei zugänglich und datensparsam sind. Nur so kann der Aufbau eines gemeinwohlorientierten »digitalen Ökosystems« gelingen, in dem die Zivilgesellschaft die Rolle der Innovatorin einnimmt und treibende Kraft wird. Damit schließt die Digitalisierungsdebatte auf neue Weise an die Intuitionen der Enquete-Kommission zur »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« an: »[...] [Schließlich] erfüllt bürgerschaftliches Engagement wichtige Funktionen in einer Bürgergesellschaft: Es schafft Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und trägt gesellschaftliche Selbstorganisation. Schließlich verfügt bürgerschaftliches Engagement über ein Kritik- und Innovationspotenzial aus Laienkompetenz und Mitgestaltungsanspruch. Es stößt Lernprozesse in einer Bürgergesellschaft an und befindet sich selbst in ständigem Wandel« (Bundestag 2002, S. 38).

Eine Gestaltung des Digitalen Wandels durch die Zivilgesellschaft bedeutet zugleich eine Öffnung und Erweiterung der demokratischen Gestaltung und Teilhabe für alle Bürger*innen. Um dies zu bewerkstelligen, ist es zunächst notwendig, dass gemeinnützige Organisationen und Initiativen eigene Interessen herausbilden, um diese dann gegenüber Staat und Wirtschaft, den aktuellen Treibern der Digitalisierung, zu vertreten.

3. Deliberative Demokratie als Grundlage

Doch was genau ist dieses Etwas, das wir Demokratie nennen und von dem wir annehmen, dass es durch eine richtig verstandene und gut gemachte Digitalisierung verbessert oder gestärkt werden kann? In erster Linie ist und bleibt ja Demokratie ein Projekt der kollektiven Aneignung des Gemeinwesens. In ihr geht es um die Verwirklichung von Freiheit ohne Autorität. Wo Willkür war, soll Verständigung herrschen – das ist im Kern die Idee. Vorstellungen, in denen Demokratie lediglich als ein rationaler Regelungsmechanismus für »Sachfragen« oder Machtangelegenheiten betrachtet wird, der gegenüber anderen Formen der Staatslenkung einfach nur effizienter sein soll (vgl. kritisch dazu Habermas 1992; Buchstein und Jörke 2003), reichen hier nicht aus.

Die These ist nun, dass die Digitalisierung der Gesellschaft die Chance bietet, dem Wandel im Sinne dieser anspruchsvollen normativen Vorstellung gerecht zu werden. Ein Vorteil des Digitalen Wandels besteht immerhin darin, dass es mit ihm möglich geworden ist, viel stärker als früher Kommunikationshierarchien auszuhebeln. Der »Switch« vom alten Sender-Empfänger-Modell zur »Many-to-many-Kommunikation« ermöglicht viel umfassendere Teilhabemöglichkeiten. Diese stellen sich allerdings nicht von selbst ein, wie wir an den Auswüchsen von Radikalismus, Filterblasen, Fake News, Hatespeech und Wahnsinn aller Art in den letzten Jahren erleben können.

Man kann das Internet sowohl für mehr Partizipation und Freiheit als auch für noch mehr Ungerechtigkeit und Unfreiheit benutzen. Doch die Chance für eine neue Kultur der Partizipation und Teilhabe besteht. Um diese Chance auszugestalten, ist eine Idee deliberativer (beratschlagender)

Demokratie erforderlich, die den Kommunikationsprozess selbst als Grundbaustein für die demokratische Ordnung betrachtet (vgl. Habermas 1996, S. 289 ff.). Demokratie wird hier vor allem als eine Prozedur der Meinungs- und Willensbildung betrachtet, die faire und gerechte Verfahren garantiert. Stellt man aber Ansprüche an eine politische Kultur der Beteiligung, braucht man eine Idee von deliberativer Demokratie, die diese Ansprüche legitimieren hilft.

Das Modell deliberativer Demokratie bietet die Chance, der grassierenden Politik- und Parteienverdrossenheit mit einer neuen Kultur der politischen Beteiligung zu begegnen. Deshalb passt die deliberative Demokratie im Grunde perfekt zum Digitalen Wandel: Dieser ist einerseits ein Politikfeld, das nur in fortwährender kollektiver Beratung und Diskussion im Sinne des Gemeinwohls ausgestaltet werden kann, und er bringt andererseits genau die passenden technischen Möglichkeiten dafür mit sich.

4. Fazit – auf zu neuen Ufern

Die Bilanz aus 16 Jahren Merkel-Regierung(en) hat gezeigt, dass es bei der Ausgestaltung des Digitalen Wandels sehr großen Nachholbedarf gibt; dies aber nicht (nur) in Richtung Industrie- und Wirtschaftspolitik, sondern im Sinne einer gemeinwohlorientierten Entwicklung. Wer den Digitalen Wandel als rein wirtschaftspolitische Angelegenheit betrachtet, der wird am Ende alle Probleme, die es jetzt schon gibt – ungleiche Chancenverteilung, ungleiche Entwicklung der Lebensverhältnisse, Bildungsungerechtigkeit, Dominanz ökonomischer Interessen etc. –, noch zusätzlich potenziert haben. Das heißt nicht, dass es nicht auch bei der Digitalisierung legitime wirtschaftliche Interessen geben darf. Die Frage ist nur, welchen

Stellenwert sie haben und wo sie mit dem Gemeinwohl kollidieren.

Die öffentliche Hand und ihre Akteur*innen sind gut beraten, bei der Gestaltung des Digitalen Wandels viel stärker als bislang das bürgerschaftliche Engagement und mit ihm die vielen gemeinnützigen Organisationen der Zivilgesellschaft einzubinden. Positive Beispiele dafür gibt es heute schon. So ist etwa die Programmierung der sogenannten Corona-Warn-App nach einem entsprechenden Umdenken – unter anderem dank der unermüdlichen Arbeit des Chaos Computer Clubs – mit einem offenen Quellcode versehen worden (statt einer proprietären Lösung). Damit war sie zu einem öffentlichen Gut geworden, das den Schrecken staatlicher Überwachungsszenarien verloren hatte. Leider hat man seitens der Bundesregierung diesen Erkenntnisgewinn nicht beibehalten, sodass die App bis heute weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben ist – von der dann wieder rein privatwirtschaftlich beauftragten Luca-App einmal ganz abgesehen.

Die Zivilgesellschaft ist der einzige Garant dafür, dass der Digitale Wandel im fortschrittlichen Sinne einer deliberativen Demokratie ausgestaltet werden kann. Dazu ist aber – Stand heute – einiges erforderlich. Zunächst brauchen wir eine viel stärkere Auseinandersetzung der Politik mit dem Thema Digitaler Wandel. Bislang schaut man eher zu, wie sich die Dinge entwickeln, und muss sich dann regelmäßig die Rückständigkeit des Industrielandes Deutschland vorhalten lassen. Außerdem muss die staatliche Seite ihre Idee von Digitalisierung endlich explizit werden lassen. Will man »nur« eine bessere Verwaltung mit »digitaler Akte«? Oder geht es auch um neue Formen partizipativer Governance im Sinne der beratschlagenden Demokratie? Sollte Letzteres der Fall

sein, was zu hoffen wäre, brauchen wir eine gänzlich andere Herangehensweise, die sich nicht nur auf Aspekte von Wirtschaftsförderung und technischer Infrastruktur beschränkt.

Vielleicht lässt sich abschließend so viel sagen: Allein wird keiner der Sektoren (Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) den besten Weg finden. Was wir brauchen, ist ein Runder Tisch Digitaler Wandel, bei dem um die gemeinwohlorientierte Ausgestaltung dieses Wandels gerungen werden muss. Das »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE hat viele Handlungs- und Problemlösungsvorschläge erarbeitet, die dort auf die Tagesordnung gehören.

LITERATUR

- Beckedahl, Markus 2013: »Das Internet ist für uns alle Neuland«, im Internet unter <https://netzpolitik.org/2013/das-internet-ist-fur-uns-alle-neuland/> (eingesehen am 22.4.2021).
- Bork, Magdalena/Tahmaz, Birthe 2021: Den digitalen Wandel in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv gestalten. Ein Leitfaden, im Internet unter https://www.die-verantwortlichen-digital.de/Erkenntnisse/mediabase/pdf/210330_zsv_leitfaden_die_verantwortlichen_rz_digital_968.pdf (eingesehen am 22.4.2021).
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan, 4/2003, S. 470–495.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020: Dritter Engagementbericht der Bundesregierung, Drucksache 19/19320. Berlin.
- Bundestag 2002: Bericht zur Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, Drucksache 14/8900. Berlin.
- Dachwitz, Ingo 2018: Digitalrat: Diese zehn sollen Merckels verkorkste Netzpolitik

retten, im Internet unter <https://netzpolitik.org/2018/digitalrat-diese-zehn-sollen-merkels-verkorkste-netzpolitik-retten/> (eingesehen am 22.4.2021).

- Diez, Georg/Heisenberg, Emanuel 2020: Power to the People. Wie wir mit Technologie die Demokratie neu erfinden. Berlin.
- European Commission 2020: Digital Economy and Society Index (DESI) 2020, im Internet unter <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2020> (eingesehen am 22.4.2021).
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1996: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders. Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M., S. 277-292.
- Jaume-Palasi, Lorena/Pohle, Julia/Spielkamp, Matthias (Hg.) 2017: Digitalpolitik. Eine Einführung. Eine Publikation initiiert von Wikimedia Deutschland, iRights international, mit Unterstützung von ICANN. Berlin, im Internet unter https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/digitalpolitik.eine_einfuehrung-2.pdf (eingesehen am 22.4.2021).
- Pohle, Julia 2018: Digitalpolitik in Deutschland: globales Politikfeld sucht Ministerium, im Internet unter <https://regierungsforschung.de/digitalpolitik-in-deutschland-globales-politikfeld-sucht-ministerium/> (eingesehen am 21.5.2021).

Erschienen im Jahrbuch Engagementpolitik 2022: 20 Jahre Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen

Engagements« – Bilanz und Ausblick, herausgegeben von Ansgar Klein, Rainer Sprengel, Johanna Neuling.

AUTOR*INNEN

Dr. Serge Embacher ist Politikwissenschaftler, Publizist, Leiter des Arbeitsbereichs Fachprojekte sowie Leiter der Projekte »Studium Hoch E« und »Forum Digitalisierung und Engagement« im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Dana Milovanovic ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Sie verfügt über einen Bachelor- und Masterabschluss der Europa-Universität Viadrina in den Fächern Kulturwissenschaften und Soziokulturelle Studien. In der Digitalisierung sieht sie großes Potential für das bürgerschaftliche Engagement und dessen nachhaltige Weiterentwicklung. Das Forum stellt für sie ein essentielles Austauschformat der Zivilgesellschaft zu den drängenden Fragen in Bezug auf den Digitalen Wandel dar.

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

TERESA STAIGER

DIGITALE SOUVERÄNITÄT – EIN PLÄDOYER FÜR DIE OPEN-SOURCE-GESELLSCHAFT

Gemeinwohlorientiertes digitales Ökosystem

Daten werden nicht selten als das Öl des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Der Besitz führt zu wirtschaftlicher und politischer Macht, es können dadurch Wahlkämpfe beeinflusst und sehr passgenaue Aussagen zu dem (Kauf-)Verhalten von Individuen getroffen werden. Und sie befinden sich in der Hand ein paar weniger Konzerne.

Wie kann das Ungleichgewicht von Big Data ausgeglichen werden und Daten und Software nicht ausschließlich in den Händen großer Konzerne oder Regierungen liegen, sondern im Dienste der Gesellschaft genutzt werden? Open Source lautet hier das Zauberwort. Die gemeinwohlorientierte Nutzung von Daten sowie freie Software und Hardware ist nicht nur für die engagierte Zivilgesellschaft interessant, sondern kann eine wirkliche gesellschaftliche digitale Souveränität herstellen, ein Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Dieser Artikel beleuchtet einen Aspekt dieses Themenfeldes, nämlich die Vorzüge freier Software und die Gründe, die dafür sprechen, dass Open Source breitere Anwendung findet. Dabei ist Open Source eng verzahnt mit Ansätzen von Open Data und – vor allem – mit dem Datenschutz.

Forderungen nach einer Open-Source-Gesellschaft sind nicht neu, eine Umsetzung in die Praxis, zumindest im großen Stil

und von staatlicher Seite, ließ allerdings bis jetzt noch auf sich warten. Organisationen wie die Open Knowledge Foundation (OKFN) forderten in der ersten Hälfte von 2020 im Rahmen der Initiative »Digitale Zivilgesellschaft«, dass »der Aufbau eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems endlich politische Priorität bekommen muss«¹. Unter anderem geht es darum, dass digitale Infrastrukturprojekte der Bundesregierung oder ähnlicher Akteure vermehrt mit offener Software und mit offenen Daten arbeiten, gemäß der Losung »Öffentliches Geld? Öffentliches Gut«. Durch größere Verbreitung des Open-Source-Ansatzes ließe sich diese Forderung realisieren.

Open Source

Was bedeutet Open Source? Es ist freie Software, deren Code – also die Architektur und Statik der Software, wenn man so will – offen einsehbar ist, im Gegensatz zu der proprietären Software, bei der man den Code nicht anschauen kann und somit auch nicht weiß, wie die Software genau funktioniert. Dadurch, dass offene Software einen einsehbaren Code hat, ist die Transparenz der Software und die Kontrolle derselben höher. Sicherheitslücken und andere Hintertüren, die von Kriminellen, Regierungen oder Geheimdiensten gleichermaßen genutzt werden könnten, können so durch

¹ <https://okfn.de/blog/2020/04/digitale-zivilgesellschaft/>.

STAIGER: DIGITALE SOUVERÄNITÄT

eine breitere Kontrollmöglichkeit aufgespürt und geschlossen werden. Ergo: Open Source gibt uns eine sicherere Infrastruktur. In Zeiten, in denen Videokonferenz-Tools zur kritischen Infrastruktur geworden sind und der Arbeitsalltag von unzähligen Menschen in die digitale Sphäre verlagert wurde, ist es besonders wichtig, dass es Alternativen zu den proprietären Anbietern mit den genannten Problemen gibt. Open Source ermöglicht deswegen auch digitale Souveränität, ein Schlagwort, das gerade in aller Munde ist.

Digitale Souveränität

Wenn man über digitale Souveränität spricht, kommt man an Themen wie Open Source nicht vorbei, da sich dadurch Abhängigkeiten reduzieren lassen und kritische Infrastruktur – das hat die Pandemie gezeigt – nicht in der Hand ein paar weniger Akteure liegen sollte. Der Datenschutz hat dabei den Stellenwert, den er verdient. Offene Software ist dezentral, es wird Wert auf Datensicherheit und Privatsphäre gelegt, die Unabhängigkeit von großen Akteuren bleibt gewahrt und sorgt dadurch für die oft geforderte digitale Souveränität, die eines der strategischen Ziele der aktuellen EU-Kommission ist. Offene Software kann und sollte ein Baustein einer wirklichen digitalen Souveränität von Nutzer*innen sein.

Dafür muss es natürlich Standards geben und die Pflege und Kontrolle der Software muss durch eine Community gewährleistet werden. Hier kommt das bürgerschaftliche Engagement ins Spiel. Bei proprietärer Software steht ein Unternehmen dahinter, welches sich um die Pflege, Kontrolle und Weiterentwicklung des Produktes kümmert. Bei offener Software hingegen steht aber oftmals kein Unternehmen, sondern eine digitale Community aus

Entwickler*innen dahinter, also eine digitale Zivilgesellschaft.

Open Source und bürgerschaftliches Engagement

Diese digitale Community, das digitale Engagement, muss aber mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, damit sie sich um die Pflege der Software angemessen kümmern kann. Es wird deutlich: Open Source bedarf einer kontinuierlichen Begleitung von kompetenten User*innen und Entwickler*innen. Die Community der Entwickler*innen und Nutzer*innen freier Software ist zwar groß und sehr engagiert. Allerdings ist es unabdingbar, dass mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Das gilt neben der Entwicklung und Begleitung offener Software gleichermaßen auch für die Implementierung dieser Infrastruktur in der Praxis, etwa bei zivilgesellschaftlichen Organisationen. Oft fehlt es den Organisationen an finanziellen und personellen Ressourcen, um einen eigenen Server für Jitsi oder Big Blue Button zu finanzieren, geschweige denn diese Infrastruktur über eine lange Zeit sicher zu betreiben.

Auch ein gutes UX Design, also die Nutzer*innenführung, das Nutzer*innen-erlebnis sowie die Oberfläche einer Software, kostet Geld und würde offene Software, die daran oft spart, attraktiver machen. Anbieter proprietärer Software sind in diesem Bereich sehr erfahren, was die Benutzung für die Nutzer*innen natürlich sehr attraktiv macht. Proprietäre Software mag einfach, bequem und ansprechend im UX-Design sein. Was aber oft unter den Tisch gefallen lassen wird, ist, dass man das nicht nur monetär, sondern auch und vor allem mit den Nutzer*innen-Daten bezahlt. Offene Software geht dagegen sorgsamer mit Datenschutzbelangen um.

Sicherheit durch Open Source

Auch für Regierungen lohnt sich die Emanzipierung von proprietärer Software hin zu mehr Unabhängigkeit durch offene Software. Die technische Infrastruktur darf, besonders jetzt in einer Pandemie-Situation, nicht unterschätzt werden, vor allem ihre Implikationen für das gesellschaftliche und politische Leben. Technologien ermöglichen Teilhabe sowie die Artikulation von Bedürfnissen verschiedenster Interessengruppen. Die Corona-Krise hat für viele Umbrüche gesorgt, aber vor allem hat sie abermals verdeutlicht, dass die kritische digitale Infrastruktur, von der eine große Anzahl von Menschen abhängig ist, in der Hand einiger weniger liegt. Die altbekannten großen Technologiekonzerne haben von der Corona-Pandemie in hohem Maße profitiert: Durch die Verlagerung vieler Arbeits- und Kommunikationsprozesse in die digitale Sphäre haben sie nicht nur die Nutzungszahlen vervielfachen können, sondern sie konnten vor allem viel mehr Daten sammeln.

Eine digitale Infrastruktur, die freie Software und freies Wissen auch in Krisen bereitstellt, würde sich lohnen und die Abhängigkeit von wenigen Anbietern wenn nicht stoppen, dann zumindest minimieren. Was also kann die Politik tun? Ein solches gemeinwohlorientiertes digitales Ökosystem bedarf einer umfassenden Förderung. Darüber hinaus sollten zivilgesellschaftliche Akteure ernst genommen und in Entscheidungen eingebunden werden. Das vielfältige Wissen und die Kompetenzen der Zivilgesellschaft sollten genutzt werden, es sollte mehr freie Software in Vorhaben der öffentlichen Hand eingesetzt und für die Vermeidung von Monopolstellungen einzelner Anbieter gesorgt werden.

Corona-Warn-App

Die Corona-Warn-App (CWA) ist ein gutes Beispiel, warum offene Software, die Einhaltung des Datenschutzes und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft der richtige Weg sind. Schon nach einigen Wochen der Corona-Pandemie wurden Rufe nach einer App laut, welche Infektionsketten nachverfolgbar machen sollte, ohne dass die Daten bei Staat oder Polizei zentral gespeichert werden. Der Prozess wurde durch eine lebhaft diskutierte Diskussion in Politik und Gesellschaft begleitet, um das Maß des Datenschutzes in der App und in der Pandemiebekämpfung auszuhandeln. Durch die bisher so nicht gekannte Einbeziehung der Zivilgesellschaft und des Engagementsektors, etwa Organisationen wie den Chaos Computer Club (CCC) und andere Expert*innen, fiel die Entscheidung zugunsten des dezentralen, datenschutzfreundlichen und damit nutzerfreundlichen Modells.

Dadurch lassen sich Infektionsketten nachvollziehen und unterbrechen, es werden keine Standortdaten erfasst und der gesamte Quellcode ist Open Source und auf der Software-Entwicklungs-Seite GitHub zu finden. Auf Basis der Bluetooth-Low-Energy Technologie werden für die Kontaktnachverfolgung zwar auch personenbezogene Daten generiert, die Begegnungen werden allerdings nur lokal auf dem jeweiligen Handy gespeichert und sind pseudonymisiert². Schon vor der App-Veröffentlichung wurde der Quell-Code auf der Open-Source Plattform GitHub veröffentlicht, wo nach wie vor in unzähligen Threads Fehler, Schwachstellen und Verbesserungsvorschläge eingehen.

² Genauere Informationen bei netzpolitik.org: <https://netzpolitik.org/2020/faq-corona-apps-die-wichtigsten-fragen-und-antworten-zur-digitalen-kontaktverfolgung-contact-tracing-covid19-pepppt-dp3t/#Datenschutz%20allgemein>.

STAIGER: DIGITALE SOUVERÄNITÄT

So konnten von Beginn an der Quellcode der App von Expert*innen, Datenschützer*innen und Bürger*innen begutachtet und kontrolliert sowie Verbesserungsvorschläge eingereicht werden. Dadurch hat sich gezeigt, dass eine nutzer*innen-zentrierte Herangehensweise an Technologie durch Open Code gelingen kann und dass das Schule machen sollte. Sogar der Chaos Computer Club, der grundsätzlich keine Apps empfiehlt, hat an der CWA keine Kritik geäußert: eine kleine Sensation.

Fazit

Was zeigt uns dieser kleine Exkurs in die Entwicklung der Corona-Warn-App und in den begleitenden Diskurs?

Erstens: Es lohnt sich, Quellcodes, also die Architektur der App oder des Programms, offenzulegen und Meinungen sowie Expertise aus der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Das muss von jetzt an zum Standard werden. Dadurch können Technologien entstehen, die transparent sind, einen hohen Datenschutz-Standard haben und dennoch ihre Funktion erfüllen, denn Datenschutz muss kein Hindernis darstellen.

Zweitens: Digitale Projekte der öffentlichen Hand können auch unter dem Druck einer Pandemie in Zusammenarbeit mit Expert*innen und der Zivilgesellschaft zustande kommen und gleichzeitig Standards des Datenschutzes und der Datensicherheit wahren.

Drittens: Digitalisierungsprozesse sind in vielerlei Hinsicht – ob gesellschaftlich, wirtschaftlich, oder sozial – so einschneidend, dass sie besonders den Diskurs mit der Zivilgesellschaft benötigen und sich einem Dialog mit derselben öffnen müssen. Viertens: Es bedarf einer aktiven, digital souveränen Zivilgesellschaft im Digitalisierungsdiskurs, um eine gemeinwohlorientierte Software- und Datennutzung zu realisieren. So kann der Aufbau eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems, wie es u. a. die Open Knowledge Foundation fordert, gelingen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 2/2021 vom 21.1.2021.

AUTORIN

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

TERESA STAIGER/ DANA MILOVANOVIC

»DIGITALE KOMPETENZ ALS EIN (NEUER) SCHLÜSSEL ZUM ENGAGEMENT«

DIALOGFORUM 1 – DIGITALE KOMPETENZ

An zwei Tagen, am 24. und 25. November 2020, fand das erste Dialogforum des Forums Digitalisierung und Engagement zu dem ersten Schwerpunktthema des Projekts – »Digitale Kompetenz« – statt. Zur Erinnerung: Mit dem Forum wollen wir die engagierte Zivilgesellschaft in einem koordinierten und strategischeren Diskussionsprozess dazu befähigen, den digitalen Wandel aktiv zu begleiten. Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen durch die Digitalisierung zu stärken sowie Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft zu formulieren. Die Phase der verbindlichen Diskussion von Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen, die auf fachlichen und engagementpolitischen Erwägungen beruhen werden, wird – unter anderem – in einer Reihe von zweitägigen Dialogforen organisiert, wo zentrale Aspekte des gegenwärtigen Digitalisierungsprozesses diskutiert werden. Dieser Prozess gewinnt nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie immer mehr an Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement und die organisierte Bürgergesellschaft. Das Themenfeld »Digitale Kompetenz« wurde durch uns als ein zentrales Schwerpunktthema identifiziert, da es viele Grundlagen für den Umgang mit dem digitalen Wandel enthält.

Policy Paper »Digitale Kompetenz«

Die Projektverantwortlichen haben in der Vorbereitung des Dialogforums ein Policy

Paper erarbeitet, das der Struktur »1. Bestandsaufnahme, 2. Analyse und 3. Konsequenzen« folgt. Hier soll nun nur eine knappe Zusammenfassung des Strategiepapiers erfolgen – die finale Version wird, zusammen mit der Expertise von Jutta Croll (Stiftung Digitale Chancen) sowie mit engagementpolitischer Kommentierung, in Kürze in der BBE-Publikationsreihe »Forum« publiziert.

In der Bestandsaufnahme wird der Status Quo der digitalen Kompetenz in der organisierten Bürgergesellschaft nachgezeichnet und unter dem Titel »Digitale Kompetenz als ein (neuer) Schlüssel zum Engagement« erläutert. Die zentrale These ist, dass der Grad der im Feld vorhandenen Kompetenzen zentral für die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Weiterentwicklung des digitalen Wandels ist – in den Organisationen *und* gesamtgesellschaftlich betrachtet. Es kommt darauf an, dass digitale Kompetenzen über alle sozialen Schichten, Altersgruppen und Tätigkeitsfelder hinweg erworben werden können. Digitale Kompetenz zielt dabei nicht nur auf einen gekonnten Umgang mit digitaler Technik, sondern besonders auch auf die individuelle Entscheidungs- und Gestaltungsfähigkeit ab. Alles in allem stellt digitale Kompetenz unter den Bedingungen des technologischen Wandels einen neuen Schlüssel zum bürgerschaftlichen Engagement dar.

Davon ausgehend lässt die Analyse den Schluss zu, dass digitale Kompetenz derzeit

noch oft mehr ein Privileg und Zufall als Resultat einer inklusiven und partizipativen Anstrengung ist. Der Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen kann aufgrund der Komplexität und Geschwindigkeit neuer technologischer Entwicklungen niemals als abgeschlossener Vorgang betrachtet werden. Die Analyse hat also unter anderem gezeigt, dass die Aneignung digitaler Kompetenz als ein kontinuierlicher organisationsinterner sowie individueller Prozess verstanden werden muss. Die Frage lautet daher weniger, wie sich digitale Kompetenzen im bürgerschaftlichen Engagement ausbauen ließen, sondern wie ein fast schon routinierter sowie kontinuierlicher und nachhaltiger individueller Lernprozess in die Organisationsabläufe integriert werden kann.

Der dritte und wichtigste Abschnitt des Policy Papers beschäftigt sich mit den Konsequenzen, die sich aus der Bestandsaufnahme und Analyse ergeben, nämlich mit konkreten Handlungsempfehlungen. Unter dem Leitbild »Strukturen schaffen, um Engagement digital zu befähigen« lassen sich eine Reihe von fachlichen und engagementpolitischen Empfehlungen ableiten, um die Ehrenamtlichen und ihre Organisationen zu befähigen, auch digital zu agieren. Dabei kommt es sowohl auf den systematischen Erwerb grundlegender Kompetenzen als auch auf die Erlangung der Fähigkeit zur kritischen Reflexion an.

Das Policy Paper sowie der Forumsprozess machen abermals deutlich: Es kommt auf die Verdeutlichung der gesellschaftlichen, strukturellen sowie organisationsinternen Relevanz des digitalen Wandels für die engagierte Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprech- und Handlungsfähigkeit an. Die künftige Bedeutung des Engagements, seine Wirkung und Schlagkraft werden in Zukunft ganz wesentlich von einer

spezifischen Adaption und Gestaltung des digitalen Wandels für die Zivilgesellschaft abhängen. Das Thema »Digitale Kompetenz« muss hierbei als ein Schwerpunkt betrachtet werden.

Online-Dialogforum

Ursprünglich als eine klassische Konferenz vor Ort geplant, musste das Dialogforum aus bekannten Gründen rein online durchgeführt werden, was der Diskussion und der Arbeitsatmosphäre aber glücklicherweise keinen Abbruch getan hat. Mit einer Reihe von Expert*innen aus vielfältigen zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde in drei konzentrierten Arbeitsphasen, angelehnt an die oben genannte Struktur, das Policy Paper intensiv bearbeitet. In zwei Arbeitsgruppen wurde der Text Satz für Satz durchgearbeitet, kommentiert, verbessert und der Inhalt geschärft. Dadurch sind noch vielfältigere Perspektiven, die sich aus dem Arbeitsalltag der unterschiedlichen Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements ergeben, in das Paper integriert worden.

Die Teilnehmenden hatten im Vorfeld eine sogenannte »Dialogtüte« mit dem Policy Paper, dem Thesenpapier von Jutta Croll (Stiftung Digitale Chancen), einem Essensgutschein sowie weiteren Gimmicks erhalten, die ein bisschen Konferenzflair nach Hause bringen sollte. So war für die Vorbereitung der Teilnehmenden sowie für das leibliche Wohl gesorgt – nicht zu vernachlässigen bei einem solchen digitalen Format.

In den Tagen nach dem Dialogforum hat sich das Projektteam eingehend mit dem Policy Paper und den zahlreichen Anmerkungen der Teilnehmenden auseinandergesetzt und die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen in einem Dokument zusammengeführt, um es dann noch durch

eine Online-Beteiligung abschließend zu ergänzen.

Online-Beteiligung



Online-Partizipation bei der Textbearbeitung – wie soll das gehen? Dafür eignet sich die projektbegleitende Beteiligungsplattform hervorragend: das überarbeitete Policy Paper haben wir deswegen auf www.forum-digitalisierung.de zur

Textkommentierung bereitgestellt. So gab es die Möglichkeit für Interessierte und Expert*innen, die nicht am Dialogforum teilnehmen konnten, dass sie trotzdem Verbesserungsvorschläge, Fragen sowie Kommentare einreichen konnten. Das Projekt möchte mithilfe dieser Plattform die Online-Beteiligung und Begleitung des Projekts einem breiteren Publikum ermöglichen.

Diese Möglichkeit wurde von zahlreichen Engagierten genutzt und so konnte das Papier noch umfassender durch die Online-Partizipation erweitert werden und hat den Prozess und das Papier gleichermaßen bereichert. Hier sehen Sie an einem Beispiel, wie diese Textkommentierungsfunktion umgesetzt ist:

Nach Beendigung der Online-Beteiligungsphase wurden das Policy Paper nochmals auf Herz und Nieren geprüft, viele Verbesserungsvorschläge integriert, andere verworfen oder angepasst. Somit ist nun durch einen intensiven Aushandlungsprozess das Policy Paper zu »Digitale Kompetenz« fertig.

Inhaltsverzeichnis

- > Bestandsaufnahme – Digitale Kompetenz als ein (neuer) Schlüssel zum Engagement

Bestandsaufnahme – Digitale Kompetenz als ein (neuer) Schlüssel zum Engagement

Entwurf vom: 09.11.2020
 Textkommentierung: Policy Paper Dialogforum "Digitale Kompetenz" 28 Anmerkungen

Der Begriff „Digitale Kompetenz“ vermittelt fälschlicherweise den Eindruck, dass es sich um eine eng definierte und **abgegrenzte Fähigkeit** handelt, die – einmalig erlernt – auf Dauer abrufbar ist. Dem ist nicht so. Digitale Kompetenz muss stattdessen als Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlichster Kompetenzen im Zusammenhang mit der **Nutzung digitaler Medien** verstanden werden. Der *Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Europäischen Union* summiert daher auch ganze 21 Fähigkeiten und Kenntnisse aus fünf verschiedenen Wissensbereichen um den Begriff der "Digitalen Kompetenz". Darunter finden sich Fähigkeiten aus den Segmenten Datenverarbeitung, Kommunikation, Sicherheit, Problemlösung sowie Erstellung von Inhalten. Dazu gehören auch Medienkompetenzen, also das Verständnis von Inhalten und ihre Bewertung.

Die neuesten Beiträge

- von hendrikvomlehn am 19.01.2021 1 Kommentar [Kommentar](#)
 Worauf bezieht sich diese Aussage? Die Sichtbarkeit, die allgemeine Nutzbarkeit oder die Abhängigkeit von kommerziellen Anbietern?
 Diese Annotation bezieht sich auf:
 starke Gemeinwohlorientierung
[Read the comments to this annotation](#)
- von Gast am 18.01.2021 [Kommentar](#)
 noch ergänzen: digitale tools ermöglichen eine überregionale Vernetzung über den lokalen Bezug hinaus, ohne diese tools sind Gruppen meist an einen geographischen (Versammlungs-)Ort gebunden
 Diese Annotation bezieht sich auf:
 kleinteiliger

Herzlichen Dank an die engagierten und konzentrierten Teilnehmenden des Dialogforums! Es waren zwei intensive Tage mit jeder Menge konstruktivem Input und interessanten Diskussionen. Vielen Dank auch an all diejenigen, die fleißig auf www.forum-digitalisierung.de kommentiert und dadurch bewiesen haben, dass eine solche Beteiligungsplattform funktionieren kann!

Wie geht es weiter?

Das nächste Dialogforum findet am 3. und 4. März 2021 statt, zum Themenkomplex »Organisationsentwicklung« – ein zentrales Thema im digitalen Wandel, besonders für zivilgesellschaftliche Organisationen. Das Dialogforum bietet die Möglichkeit, fachliche und engagementpolitische Erwägungen zusammenzubringen sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln und zu diskutieren. Es handelt sich bei dem Dialogforum um ein Arbeitsformat, bei dem die Vertreter*innen der einzelnen Organisationen sich möglichst dezidiert artikulieren sollen. Freuen Sie sich unter anderem auf einen Workshop mit Anna Wohlfarth (Stiftung Neue Verantwortung) sowie mit Elisa Lindinger und Julia Kloiber (Superr Lab). Falls Ihr Interesse geweckt ist – besonders, wenn Sie in der Organisationsentwicklung engagiert sind – melden Sie sich gerne unter der Projekt-Mailadresse info@forum-digitalisierung.de.

Des Weiteren wird das Dialogforum durch eine Online-Beteiligung – oder vielmehr durch einen Online-Dialog – begleitet und eingerahmt, sodass eine breite Beteiligung stattfinden kann. Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Dialogen zu beteiligen: Zum Beispiel fragen wir welche

Themenschwerpunkte der Organisationsentwicklung Ihnen am wichtigsten sind? Oder ob die digitale Transformation ein relevantes Thema in Ihrer Organisation ist und ob sie mit oder ohne Strategie angegangen werden muss? Gehen Sie auf <https://www.forum-digitalisierung.de/dialoge/dialogphase-2-organisationsentwicklung> und legen Sie los!

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 4/2021 vom 18.02.2021.

AUTORINNEN

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

Dana Milovanovic ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« der BBE-Geschäftsstelle. Sie verfügt über einen Bachelor- und Masterabschluss der Europa-Universität Viadrina in den Fächern Kulturwissenschaften und Soziokulturelle Studien. In der Digitalisierung sieht sie großes Potential für das bürgerschaftliche Engagement und dessen nachhaltige Weiterentwicklung. Das Forum stellt für sie ein essentielles Austauschformat der Zivilgesellschaft zu den drängenden Fragen in Bezug auf den digitalen Wandel dar.

DANA MILOVANOVIC/ TERESA STAIGER

ORGANISATIONSENTWICKLUNG UND DIGITALER WANDEL

Das zweite Dialogforum

Vom 3.-4. März fand das zweite Dialogforum des »Forums Digitalisierung und Engagement« als Online-Event statt. Rund 60 Teilnehmer*innen widmeten sich der regen fachlichen Diskussion des Themenfeldes Organisationsentwicklung im digitalen Wandel und teilten in insgesamt drei Arbeitsgruppen Erfahrungen seitens ihrer Organisationen und Initiativen im Umgang mit der Digitalisierung. Inhaltliche Grundlage des zweitägigen Arbeitsformates war das vom Projektteam zuvor erarbeitete Policy Paper. Dieses enthielt einerseits eine Bestandsaufnahme zum aktuellen Status Quo der Organisationsentwicklung in der organisierten Zivilgesellschaft und andererseits erste Handlungsempfehlungen, adressiert an Politik und an das Bürgerschaftliche Engagement selbst.

Mit dem zweiten Dialogforum setzte das Projektteam seine Veranstaltungsreihe, bestehend aus insgesamt fünf Dialogforen, fort. Neben dem Themenfeld Organisationsentwicklung wurde im November letzten Jahres bereits intensiv das Policy Paper zum Themenfeld »Digitale Kompetenz« debattiert, diskutiert und partizipativ vervollständigt. Das Ergebnis wird als BBE-Publikation der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und soll als Grundlage zur weiteren Kommunikation engagementpolitischer Forderungen dienen.

Dialogforum »Organisationsentwicklung«

In Anlehnung an die Struktur des ersten Dialogforums und aufgrund der nach wie vor anhaltenden Beschränkungen durch die Corona-Pandemie fand das zweite Dialogforum ebenfalls als zweitägiges Online-Format auf der Veranstaltungsplattform des BBE (bbe-digital.de) statt. Die Veranstaltung hatte ihren Auftakt am ersten Tag im virtuellen Plenum mit einer Begrüßung und organisatorischen Einführung durch den Projektleiter Dr. Serge Embacher. Eine daran anschließende Workshopsession, geleitet durch die Autorinnen des extra für das Dialogforum angefertigten Thesenpapiers, diente zur Schaffung einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage. In drei Workshopgruppen führten Anna Wohlfarth von der Stiftung Neue Verantwortung sowie Julia Kloiber und Elisa Lindinger von Superrr Lab in das Themenfeld ein und stellten ihre drei Thesen »zur Stärkung des Dritten Sektors im Digitalen Wandel« vor:

1. Digitale Werkzeuge und Infrastruktur im Interesse der Gesellschaft bauen
2. Förderung weiterentwickeln
3. Öffnung der Digitalpolitik für gesellschaftlichen Input

Jede der drei Thesen wurde in einer von drei Arbeitsgruppen rege durch die Teilnehmenden diskutiert und mit eigenen Erfahrungen angereichert. Das Thesenpapier erscheint ebenfalls im BBE-Newsletter Nr. 8 vom 15. April 2021. Nach

Abschluss des Workshops erfolgte eine inhaltliche Einführung durch Dr. Serge Embacher in das Policy Paper zum zweiten Dialogforum »Organisationsentwicklung«, das als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsphasen der nächsten zwei Arbeitstage dienen sollte.

Policy Paper »Organisationsentwicklung«

Ziel des zweiten Dialogforums war es, abermals ein partizipativ erarbeitetes und weit kommunizierbares Policy Paper zu erschaffen, das grundlegende Forderungen der Zivilgesellschaft in Bezug auf die Weiterentwicklung ihrer Organisationen im digitalen Wandel und die dafür benötigten politischen und rechtlichen Voraussetzungen sowie Rahmenbedingungen erfasst. Bereits im Vorfeld des Dialogforums haben die Teilnehmenden die erste Fassung des achtseitigen Policy Papers per Dialogtüte erhalten und waren eingeladen, Anmerkungen, Anregungen und Kritik zu formulieren, um zu einer regen Diskussion während der Veranstaltung beizutragen. Zudem wurden die Teilnehmenden aktiv dazu aufgerufen, sich bereits im Vorfeld der Veranstaltung Handlungserfordernisse und Empfehlungen zu überlegen, die dann im Rahmen einer kreativen Brainstorming-Phase während des Dialogforums festgeschrieben werden sollten.

Der erste Teil des Policy Papers widmet sich einer Bestandsaufnahme zur Organisationsentwicklung in Bezug auf den digitalen Wandel. Die These wird vertreten, dass die Veränderungen, die durch den digitalen Wandel gesellschaftlich, rechtlich und politisch Einkehr finden, auch vor Veränderungen im Bürgerschaftlichen Engagement und insbesondere innerhalb seiner Organisationen nicht Halt machen. Die organisierte Zivilgesellschaft, die zwar je nach Organisationstypus und Struktur in bisher sehr unterschiedlichem

Umfang von der Digitalisierung betroffen ist, reagiert im Allgemeinen noch zu wenig proaktiv auf die angezeigten Veränderungen. Ad-hoc Maßnahmen, die vor allem aufgrund der Corona-Pandemie ergriffen wurden, wie beispielsweise die Einrichtung von Videokonferenz-Lösungen, die Einführung von Projektmanagement- und Kommunikationstools oder die Beschäftigung mit digitalen Lösungen für das organisationsinterne Freiwilligenmanagement, zeigen zwar das Überkommen einer generellen Digitalskepsis und zeugen von einer neuen Aufgeschlossenheit gegenüber digitalen Lösungen. Zeitgleich fehlt jedoch häufig die strategische Auseinandersetzung mit ganz generellen und definierenden Grundsatzfragen über die Gegenwart und Zukunft der Organisation.

Der Weg als Ziel

Im zweiten Teil des Policy Papers geht es daher um den Weg als Ziel in der Organisationsentwicklung. Der digitale Wandel macht deutlich, dass es nicht bei der Installation von Videokonferenz-Lösungen bleiben wird, sondern dass es um eine grundlegendere Transformation – um das Infragestellen und die Prüfung bislang etablierter Organisationsstrukturen, Prozesse und Arbeitsweisen geht. Dies gilt gleichermaßen für Haupt- und Ehrenamt, denn beides hängt unweigerlich zusammen und muss daher in der Ausrichtung, je nach Organisationstypus, entsprechend berücksichtigt werden. Die zielgerichtete Beschäftigung mit der Digitalisierung benötigt neben entsprechenden zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen vor allem auch eine Wissensbasis und somit Aufklärung, Kompetenzen und Vernetzung. Die Frage bleibt, ob eine Digitalstrategie oder eine Strategie zur Digitalisierung eine unabdingbare Notwendigkeit für jede Organisation und Initiative darstellt. Fest steht: Wer sie sich leisten kann,

wird trotz des zunächst erhöhten Ressourceneinsatzes belohnt mit einer – auf lange Sicht – ressourcenschonenden und zielorientierten Wegweisung und Fortentwicklung der eigenen Organisation. Zu guter Letzt weist das Policy Paper auf die zentrale Rolle des bürgerschaftlichen Engagements für die Gestaltung einer innovativen, demokratiefördernden und gemeinwohlorientierten Digitalisierung hin. Dabei sieht das Paper in der Organisationsentwicklung die Chance, den Aufbau einer kompetenten, digitalsouveränen und einer sich stets weiterentwickelnden Zivilgesellschaft zu fördern.

Durch Kollaboration zur Zweitfassung

Während der zwei Arbeitstage sollte der Erstentwurf des Policy Papers von und mit den Teilnehmenden des Forums diskutiert, ergänzt und modifiziert werden. Dazu wurden drei Arbeitsgruppen gegründet, die von jeweils einem Projektteammitglied – Serge Embacher, Teresa Staiger oder Dana Milovanovic – geführt und moderiert wurden. Die Arbeitsgruppen blieben in ihrer Zusammensetzung über die zwei Arbeitstage mit ihren insgesamt drei Arbeitsphasen gleich. Dies diente nicht nur der leichteren Orientierung

der Teilnehmenden, sondern ermöglichte auch eine vertrauensvolle und kollegial wertschätzende Diskussionsumgebung in den Arbeitsgruppen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde aller Anwesenden ging es zügig und zielgerichtet in die detaillierte Textarbeit. Absatz für Absatz und Zeile für Zeile wurde zwei Tage lang debattiert, hinterfragt, mit Erfahrungen angereichert und letztlich konsentiert.

Der abschließende und auch wichtigste Textteil, die Handlungsempfehlungen an Politik, Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement, wurde zugunsten der Förderung der Kreativität der Teilnehmenden im Erstentwurf des Policy Papers großteils entfernt. Lediglich ein kleiner Teil der zuvor durch das Projektteam erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurde zur Veranschaulichung angeteasert. Mithilfe von Padlets wurden in Kleingruppen zahlreiche nützliche Ideen sowie Bedarfe und konkrete Handlungserfordernisse durch die Teilnehmenden erarbeitet, die später in das Policy Paper eingeflossen sind. Im Anschluss an die kreative Arbeitsphase wurde sodann noch einmal intensiv diskutiert und debattiert, als das Projektteam ihre auf vorherigen Recherchen und Fachgesprächen beruhenden

Textkommentierung: Policy Paper Dialogforum "Organisationsentwicklung"

36 Anmerkungen



Während des **zweiten Dialogforums zum Themenfeld "Organisationsentwicklung"** haben wir mit Expertinnen und Experten in zwei Tagen unser **Policy Paper** Satz für Satz durchgearbeitet, kommentiert, verbessert und inhaltlich geschärft.

Ab jetzt steht Ihnen das Ergebnis der drei Arbeitsgruppen summiert in einem Dokument zur Kommentierung zur Verfügung. Wir laden Sie herzlich ein, nun noch einmal in einer letzten Schleife Ihre Kommentare, Anmerkungen und Anregungen einzubringen und so das finale Ergebnis des Policy Papers aktiv mitzugestalten.

Hier gelangen Sie zu den drei Textabschnitten:

- [Bestandsaufnahme](#)
- [Analyse](#)
- [Handlungsempfehlungen](#)

Eine Kommentierung ist auch **ohne Registrierung als Gastnutzer*in** möglich. Als **registrierte*r Nutzer*in genießen Sie jedoch Vorteile**, so haben Sie z. B. die Möglichkeit, Ihre Kommentare und die darauf eingehenden Reaktionen übersichtlich auf Ihrer Benutzersseite **im Auge zu behalten**. Wir empfehlen daher eine Registrierung. Die Möglichkeit zur Registrierung (oder zum Log-In - sollten Sie bereits registriert sein - finden Sie oben in der Leiste am Seitenanfang.)

Die Textkommentierung steht Ihnen bis zum **09. April 2021, 18:00 Uhr** zur Verfügung.

Die Padlets mit den Handlungsempfehlungen, die die Teilnehmenden erarbeitet haben, finden Sie [hier](#).

Herzlichen Dank an die engagierten und konzentrierten Teilnehmenden des Dialogforums und an all diejenigen, die nun noch fleißig Kommentare absenden!

Handlungsempfehlungen in ihren jeweiligen Arbeitsgruppen zur Diskussion stellte. Zum Abschluss des Dialogforums stellte Dr. Serge Embacher noch einmal den weiteren Prozess vor und entließ die Teilnehmenden mit großem Dank für ihr Engagement schließlich in ihren wohlverdienten Feierabend.

Dank Online-Partizipation zur Drittfassung

Die zahlreichen Anmerkungen, Streichungen und Ergänzungen aus den drei Arbeitsgruppen wurden durch das Projektteam in einer weiteren Redaktionsschleife zusammengefasst und intern noch einmal vollumfänglich diskutiert.

Das finale Policy Paper wird nach Abschluss des Online-Partizipationsprozesses als BBE-Publikation der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zusammen mit dem Policy Paper sind zwei Kommentierungen sowie die Expertise von Anna Wohlfarth, Elisa Lindinger und Julia Kloiber erschienen. Das Team des Forums Digitalisierung und Engagement bedankt sich schon jetzt für die vielen konstruktiven und hilfreichen Anregungen, die sowohl während des Dialogforums als auch im Rahmen der Online-Partizipation eingegangen sind. Eines steht fest: Die gemeinwohlorientierte Gestaltung des digitalen Wandels ist eine gemeinschaftliche Aufgabe aller Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, der Wirtschaft und Politik. Umso wichtiger ist es, dass gemeinnützige Organisationen und Initiativen sprech- und handlungsfähig sind. Ersteres, dies haben die regen Diskussionen und Debatten während des Dialogforums gezeigt, sind sie schon jetzt. Letzteres soll durch die gemeinsamen Handlungsempfehlungen noch gesteigert werden.

Wie geht es weiter?

Nach dem Dialogforum ist vor dem Dialogforum, das gilt zumindest für das Forum Digitalisierung und Engagement. Das nächste Dialogforum findet als eintägige Online-Veranstaltung am 27. April 2021 statt und widmet sich dem Thema Datenschutz & Datensicherheit. Leitfrage des Forums wird sein: »Umgang mit Daten: Datenschutz als Grundrechtsschutz?« Viele Organisationen fühlen sich durch den Datenschutz in ihrem Engagement eher eingeschränkt als unterstützt. Dies zeigen die Debatten der letzten Jahre, die durch die Einführung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) noch einmal an Schärfe zugenommen haben. Das Projektteam möchte dies ändern und lädt daher alle interessierten Engagierten herzlich ein zum Diskutieren und Debattieren. Dabei soll es auch und vor allem um die positiven Aspekte des Datenschutzes gehen und um die Frage, wie sich die organisierte Zivilgesellschaft für einen datenschutzfreundlichen und sicheren Umgang mit Daten einsetzen und somit den Grundrechtsschutz deutlich einfordern kann. Denn sicher ist: das Recht auf informelle Selbstbestimmung als Bürgerrecht kann nur gewahrt und erfüllt werden, wenn mit unseren Daten verantwortungsvoll und schützend umgegangen wird. Datenschutz und Datensicherheit lassen sich einfordern und auch aktiv gestalten. Um dies zu tun, möchte das Forum gemeinsam mit Engagierten auch für dieses zentrale Themenfeld des digitalen Wandels Handlungserfordernisse und -empfehlungen erarbeiten. Eine Anmeldung zum Dialogforum ist noch bis zum 16. April 2021 über die Beteiligungsplattform des Forums möglich.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 8/2021 vom 15.4.2021.

AUTORINNEN

Dana Milovanovic ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« der BBE-Geschäftsstelle. Sie verfügt über einen Bachelor- und Masterabschluss der Europa-Universität Viadrina in den Fächern Kulturwissenschaften und Soziokulturelle Studien. In der Digitalisierung sieht sie großes Potential für das bürgerschaftliche Engagement und dessen nachhaltige Weiterentwicklung. Das Forum stellt für sie ein essentielles Austauschformat der Zivilgesellschaft zu den drängenden Fragen in Bezug auf den Digitalen Wandel dar.

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

TERESA STAIGER/ DANA MILOVANOVIC

DATENSCHUTZ UND DATENSICHERHEIT ALS GRUNDRECHTSSCHUTZ

Dialogforum »Datenschutz und Datensicherheit«

Das dritte Dialogforum zum Schwerpunktthema Datenschutz und Datensicherheit des »Forums Digitalisierung und Engagement« fand am 27. April 2021 in kleiner, aber feiner Runde statt. Datenschutz und Datensicherheit sind zentrale Begriffe der Digitalisierung und haben ganz praktische Auswirkungen auf die Arbeit der bürgerschaftlich Engagierten. Sie sind für zivilgesellschaftliche Organisationen besonders im Hinblick auf die vielen personenbezogenen und teilweise sensiblen Daten, die bei der täglichen Arbeit entstehen, essentiell. Viele Organisationen fühlen sich durch den Datenschutz in ihrem Engagement eher eingeschränkt als unterstützt. Deswegen legte das Projekt den Fokus vor allem auf die positiven Aspekte des Datenschutzes und auf die Frage, wie sich die organisierte Zivilgesellschaft für einen datenschutzfreundlichen und sicheren Umgang mit Daten einsetzen und somit den Grundrechtsschutz deutlich einfordern kann.

Die Leitfrage »Umgang mit Daten: Datenschutz als Grundrechtsschutz?« bestimmte die Diskussion und auch das Policy Paper. Dieses war durch das Projektteam im Vorhinein erarbeitet worden, um zusammen mit den Teilnehmenden besonders an den Handlungsempfehlungen weiterzuarbeiten.

Policy Paper

Datenschutz und Datensicherheit sind ein Themengebiet, dem oftmals ein schlechter Ruf voraussetzt. Das Policy Paper des »Forum Digitalisierung und Engagement« legte deswegen den Fokus auf die positiven Aspekte der beiden Themen, nämlich: Datenschutz und Datensicherheit als Grundrechtsschutz. Doch zuerst: Warum muss sich das bürgerschaftliche Engagement überhaupt mit dem Themenfeld »Umgang mit Daten« beschäftigen? An zwei »Baustellen« wird die Relevanz deutlich: zum einen die personenbezogenen Daten von Mitgliedern, Haupt- und Ehrenamtlichen, die es im digitalen Wandel zu schützen gilt. Das muss eine zentrale Aufgabe für jede gemeinnützige Organisation sein, da es hier um die Sicherung demokratischer Grundbedingungen, die Abwehr wirtschaftlichen Schadens und die Bewahrung der Reputation von Vereinen, Verbänden und Initiativen geht. Zum anderen hat die massive Zunahme datengetriebener Geschäftsmodelle mittlerweile auch Auswirkungen auf die meisten gemeinnützigen Organisationen, die diese Dienste benutzen. Dadurch werden in erheblichem Maße personenbezogene Daten erhoben und damit auch massenhaft Datenschutz- und Datensicherheitsprobleme produziert.

Der Diskurs, vor allem um Datenschutz, war und ist nach wie vor von Unverständnis

und teilweise einer gewissen Sorglosigkeit geprägt. Die Einführung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Mai 2018 sorgte auch in der organisierten Zivilgesellschaft für große Aufregung. Vereine, Organisationen und Initiativen schienen auf einmal zu bemerken, dass ihr Umgang mit Daten bisher unzureichend war. Viele Aktive sahen sich erstmals mit zunächst unverständlichen und sperrig erscheinenden Aspekten des Datenschutzes, wie etwa dem einer wirksamen Einwilligungserklärung, Datenschutzerklärungen für Websites oder gar Dokumentationspflichten konfrontiert. Sanktionen und erwartete Abmahnwellen machten Angst und riefen Unverständnis hervor. Der Eindruck war, Datenschutz bedrohe das bürgerschaftliche Engagement und sei sowohl ein Hindernis als auch eine Gängelung für zivilgesellschaftliche Organisationen oder am Ende gar unnützlich.

Dieser Eindruck ist angesichts der Komplexität des Themas verständlich, dennoch sollte die Zivilgesellschaft den Datenschutz stärker als Chance begreifen und das auch gegenüber staatlichen Akteuren vertreten und einfordern: In einer Welt, die zunehmend von Daten dominiert wird, kann durch den Fokus auf Datenschutz Vertrauen in Staat und Wirtschaft, aber auch in zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt werden. Datenschutz und die DSGVO müssen als eine bürgerrechtliche Errungenschaft, die die Grundrechte (z. B. das auf informationelle Selbstbestimmung) schützt, und nicht als lästiger Auswuchs von Bürokratie verstanden werden.

Datenschutz und Datensicherheit als Grundvoraussetzung für Souveränität im Digitalen Wandel

Im Policy Paper werden zwei Dimensionen analysiert und Stellschrauben identifiziert, mit denen Datenschutz und

Datensicherheit verstärkt als Grundvoraussetzung für Souveränität im Digitalen Wandel implementiert werden kann. Zum einen bedarf es eines Ausbaus des technischen Knowhows im Engagement, damit Menschen handlungsfähig gemacht werden, ihr Urteilsvermögen gestärkt und ihre bisherige Sorglosigkeit im Umgang mit Daten durch eine kompetente und souveräne Umgangsweise ersetzt wird. Darüber hinaus kann es sinnvoll sein, in den Organisationen eine Person zu benennen, die etwa als »Datenschutzmeister*in« fungiert. Diese Person, gestützt durch den Vorstand und durch die Mitglieder, sollte das notwendige technische Know-how durch Fortbildungen erlangen können, um dann ein Datenschutzkonzept, zugeschnitten auf die Bedarfe der jeweiligen Organisation, zu erarbeiten. Neben dem technischen Know-how braucht es darüber hinaus mehr Informationsangebote und Kompetenzaufbau. Eine dritte Stellschraube ist die Kommunikation, mit der den Engagierten der Mehrwert, die Sicherheit und der Grundrechtsschutz verdeutlicht werden kann, die ihnen ein angemessener und sinnvoller Datenschutz bietet – als Engagierte und als Bürger*innen.

Neben Kompetenzaufbau und Informationsangeboten ist weiterhin ein Dialog auf Augenhöhe über das Thema nötig, um sich auszutauschen, um Unsicherheiten zu reduzieren und um so abermals für die Wichtigkeit von Datenschutz und Datensicherheit zu sensibilisieren. Digitalisierungsprozesse sind in vielerlei Hinsicht – ob gesellschaftlich, wirtschaftlich, oder sozial – so einschneidend, dass sie besonders den Diskurs mit der Zivilgesellschaft benötigen. Eine positive Kommunikation im öffentlichen Diskurs ist unumgänglich. Das Ziel sollte sein: eine sichere und selbstbestimmte Nutzung von digitalen Diensten und Technologien im Engagement und in der Gesellschaft.

Die zweite Dimension ist die politische: Zum einen kann durch regulatorische Anpassungen die DSGVO für Gemeinnützige leichter handhabbar werden, zum anderen bedarf es strengerer, rechtlicher Vorgaben an Soft- und Hardware-Hersteller*innen. Im Spannungsfeld zwischen berechtigten Datenschutzerfordernissen auf der einen und den Bedenken und Sorgen aufgrund fehlender Kompetenzen und Ressourcenmangel der ehrenamtlichen Akteure auf der anderen Seite muss die Politik etwa durch finanzielle und/oder personelle Unterstützung und Ausnahmeregelungen Erleichterung schaffen. Des Weiteren muss die Politik im Diskurs über digitale Souveränität eine prägendere Rolle übernehmen, etwa durch positive Kommunikation, vermehrte Anwendung von Open-Source-Lösungen und Förderung derselben. Es ist wichtig für die digitale Souveränität Deutschlands und der EU, dass die öffentliche Hand die digitale Infrastruktur nicht einfach der Privatwirtschaft überlässt.

Bewusstsein stärken, Know-how ausbauen, Infrastruktur einfordern

Auch in Zukunft wird es weiterhin und verstärkt darum gehen, Strukturen und das Bewusstsein zu schaffen, um es gemeinnützigen Organisationen und Initiativen zu ermöglichen, im Umgang mit Daten kompetent, souverän und sicher zu agieren und den Digitalen Wandel mitzugestalten. Es bedarf einer aktiven, digital souveränen Zivilgesellschaft im Digitalisierungsdiskurs, um eine gemeinwohlorientierte Software- und Datennutzung zu realisieren. Nur so kann der Aufbau eines digitalen, der Allgemeinheit dienenden Ökosystems gelingen.

Gemeinsam mit den Teilnehmenden des Dialogforums wurden eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die Bürgergesellschaft, aber auch gegenüber Politik

und Wirtschaft erarbeitet und diskutiert. Das Policy Paper in seiner Endfassung mit den ausdifferenzierten Handlungsempfehlungen wird im Juni 2021 in der BBE-Reihe »Forum«, zusammen mit der Expertise von Dr. Daniel Burchardt und den Kommentierungen von Prof. Ulrich Kelber (Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) sowie von Jochim Selzer (Chaos Computer Club e. V.), publiziert.

Last but not least: Dialogforum »Digitalisierung und Demokratieentwicklung«

Im »Forum Digitalisierung und Engagement« gilt die Maxime »Nach dem Dialogforum ist vor dem Dialogforum« noch ein letztes Mal: am 15. und 16. Juni 2021 findet das vierte Dialogforum zum Themenschwerpunkt »Digitalisierung und Demokratieentwicklung« in Kooperation mit der Freiwilligen-Agentur Leipzig statt. Dass die Digitalisierung nicht nur demokratiestärkend wirkt, ist in den letzten Jahren offensichtlich geworden, aber was bedeutet das für die engagierte demokratische Zivilgesellschaft? Das vierte Themenfeld des »Forums Digitalisierung und Engagement« behandelt die Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Demokratieentwicklung, z. B. die Kommunikation im Netz, die durch »Hate Speech« und »Fake News« eine neue Qualität entwickelt hat und droht, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gefährden. Welche Herausforderungen ergeben sich diesbezüglich für die organisierte Zivilgesellschaft? Wie lässt sich der digitale Raum so nutzen, dass die Verfassung geschützt und Partizipationsprozesse (etwa digitale Teilhabe, Open Government, Open Data) gestaltet werden können?

Diese Themen sollen auf dem zweitägigen Dialogforum am 15. und 16. Juni 2021 diskutiert und Handlungsempfehlungen und

Ziele formuliert werden, sodass der Digitale Wandel gemeinwohlorientiert und demokratisch gestaltet werden kann! Neben der inhaltlichen Diskussion des Policy Papers und der Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen wird die Expertise von Prof. Dr. Jeanette Hofmann vorgestellt werden. Des Weiteren wird eine Podiumsdiskussion mit Timo Reinfrank, (Amadeu Antonio Stiftung), Steven Hummel (Engagierte Wissenschaft e.V. / Projekt Chronikle), Martina Glass (Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzeln) und Henry Lewkowitz (Erich-Zeigner-Haus e.V.) stattfinden. Eine Anmeldung zum Dialogforum ist noch bis zum 04. Juni 2021 über die Beteiligungsplattform des Forums möglich.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 11/2021 vom 3.6.2021.

AUTORINNEN

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement«

des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

Dana Milovanovic ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Sie verfügt über einen Bachelor- und Masterabschluss der Europa-Universität Viadrina in den Fächern Kulturwissenschaften und Soziokulturelle Studien. In der Digitalisierung sieht sie großes Potential für das bürgerschaftliche Engagement und dessen nachhaltige Weiterentwicklung. Das Forum stellt für sie ein essentielles Austauschformat der Zivilgesellschaft zu den drängenden Fragen in Bezug auf den Digitalen Wandel dar.

TERESA STAIGER

WINE & HACK – MIT SPASS UND HUMOR ZU MEHR SICHERHEIT

Datensicherheit kann Spaß machen!

»IT- Sicherheit und Spaß – das schließt sich schon grundsätzlich aus? Stimmt nicht, sagen wir« war der Untertitel der Veranstaltung »Wine & Hack« des »Forum Digitalisierung und Engagement«. Und wie Recht wir damit hatten: Der Vortrag von Götz Sattler, IT'ler und, wie er sich selbst nennt, »Hacker«, war kurzweilig, sehr informativ und hat die Augen vieler Teilnehmer*innen geöffnet.

Anlässlich der dritten Dialogphase »Datenschutz und Datensicherheit« war das Ansinnen der Veranstaltung, sich die Relevanz von Datenschutz und Datensicherheit durch eine praxisnahe und eben humoristische Demonstration zu vergegenwärtigen. Wir alle sind tagtäglich mit Laptops und Handys im Netz, wir kommunizieren und arbeiten online. Dennoch geraten der Datenschutz und die Datensicherheit oftmals wegen ihrer trockenen Images ins Hintertreffen. Doch IT-Sicherheit muss nicht zwangsläufig langweilig sein, es kommt nur darauf an, wie man das Thema angeht. Götz Sattler (»Die Hackershow«) zeigte in anderthalb Stunden auf eindrucksvolle, aber amüsante Art und Weise, wie wichtig Datenschutz und Datensicherheit im Netz sind. Durch Beispiele wurden die Teilnehmer*innen kurzweilig für Informationssicherheit sensibilisiert, indem er etwa zeigte, wie leicht Handys und Sicherheitslücken genutzt und Ihre Daten ausgespäht werden

können und wie man dies zukünftig verhindern kann.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema und der Erkenntnis, dass Hacker*innen natürlich nicht nur Mittzwanziger mit hohem Mate- und Pizzakonsum sind, also nicht ganz dem Klischee entsprechen, dass man sich so vorstellt, wurde deutlich, dass es durchaus ein professionelles und lukratives Geschäft sein kann, nebenher oder hauptberuflich zu hacken. Denn salopp gesagt: Das Datenkidnapping ist sehr viel weniger aufwändig als das klassische Kidnapping.

Was genau ist überhaupt ein Hack?

Im weitesten Sinne wird ein technisches System so umfunktioniert, damit es etwas anderes tut als vorgesehen. Wau Holland, der Mitbegründer vom Chaos Computer Club, sagte einmal: »Ein Hacker ist jemand, der versucht, einen Weg zu finden, wie man mit einer Kaffeemaschine Toast zubereiten kann!«. Ein gutes Beispiel für diese Analogie ist John Thomas Draper, auch Captain Crunch genannt, der mit einfachsten Mitteln, nämlich mit einer Plastikpfeife aus einer Cornflakes-Packung, das Telefonsystem so hackte, dass man gratis telefonieren konnte. So kam er also zu seinem Spitznamen.

Soviel zum Hintergrund. Was hat das nun mit Informationssicherheit zu tun? Grundwerte der Informationssicherheit

sind Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Daten. Wie werden diese Grundwerte konkret angegriffen und was ist die Motivation dahinter? Die Gründe sind vielfältig und reichen von Ruhm/Ego/sportlichem Ehrgeiz über politische Motivation (Hacktivisten) bis zu Kriminellen mit finanzieller Motivation. Aber auch Sicherheitsberater*innen, die Sicherheitslücken finden, sowie Cybersoldat*innen gehören zum Hackuniversum.

Die Arten von Angriffen rangieren von Ausnutzen von Benutzerfehlern über ungezielte Angriffe wie z.B. Spam-Mails bis zu gezielten Angriffen. Götz Sattler zeigte einen sehr einfachen Benutzerfehler, bei dem alle mit grundlegenden Computer-Skills ganz schnell zu Hacker*innen werden können. Und zwar hatte das Pentagon eine PDF-Datei eines Einsatzberichtes aus dem Irak mit mehreren geschwärzten Passagen ins Netz gestellt. Nun konnte man aber ganz leicht über Strg C und Strg V den Text markieren und in den Editor kopieren – und zack, der Fließtext wurde trotz geschwärzter Passagen komplett lesbar. Dieses Beispiel zeigt, dass sogar ein einfaches Textbearbeitungsprogramm sehr anfällig

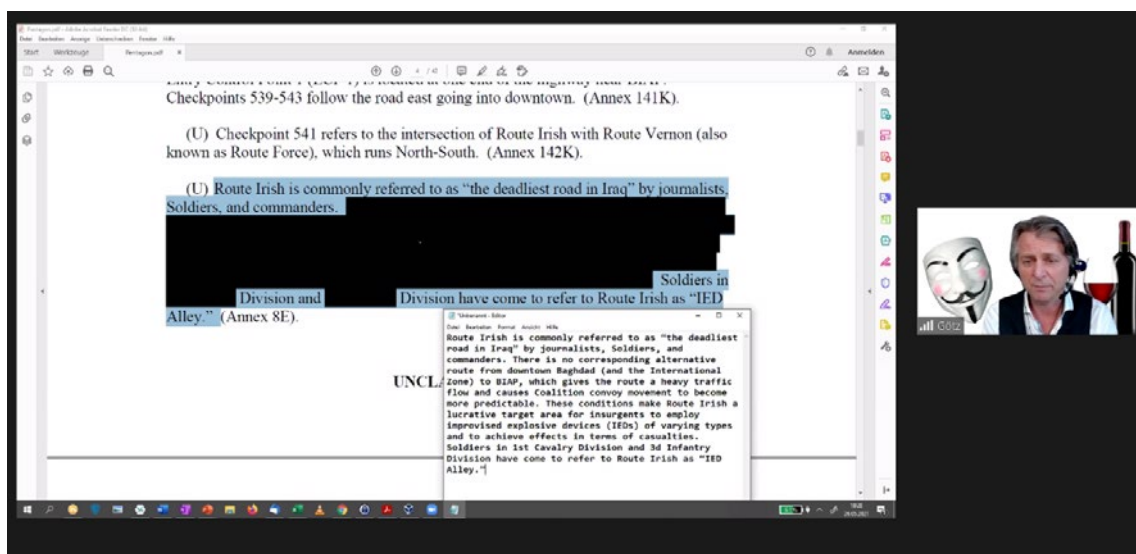
sein kann, eben je nach Anwendung oder Anwender*innen. Sattlers Tipp: Lieber den Text ganz rauslöschen, somit kann auch kein Text herauskopiert werden. ;-)

Was ließ sich sonst noch lernen?

Weitere Benutzerfehler sind etwa Metadaten in Word-Dokumenten sowie GPS-Daten in Bildern. So gibt man unbewusst Daten frei, die dann wiederum ausgenutzt werden können.

Götz Sattler zeigte darüber hinaus auch Beispiele für ungezielte Angriffe: etwa das Phishing mit dem Ansinnen, Passwörter zu klauen. In diesem Fall können Sie Hack-Angriffen ein Schnippchen schlagen und auf Webseiten wie <https://haveibeenpwned.com/> und <https://sec.hpi.de/ilc/> vom Hasso-Plattner-Institut herausfinden, ob Ihre Daten in Leaks aufgetaucht sind.

Das einfachste Mittel, um es Phishing-Angriffen schwer zu machen, ist denkbar einfach: gute und vor allem lange Passwörter. Denn je länger sie sind (alles ab 12 Zeichen ist schon mal gut!), desto sicherer sind sie gegen Phishing-Angriffe.





(Bild von der Veranstaltung »Wine & Hack«)

Passwörter
Komplexität vs Angriffsdauer

Passwortlänge Alphabet: 84 Zeichen	t(max) 9 Mrd. Hashes/s (NTLM)
4	5 ms
5	464 ms
6	39 sek.
7	54 min.
8	3 Tage
9	8 Monate
10	61 Jahre
11	5176 Jahre
12	0,4 Mio. Jahre
13	36 Mio. Jahre
14	3,1 Mrd. Jahre

Quelle: <http://www.kiss.it/abstracts/online/03-2-2008.htm>

(Bild von der Veranstaltung »Wine & Hack«)

Auch demonstrierte Götz Sattler eindrucksvoll, wie einfach es ist, aus gekaperten Hashwerten die dahinterliegenden Passwörter zu ermitteln. Dafür braucht ein*e Angreifer*in nur ein (frei zugängliches) Programm, eine gute Grafikkarte und einen anständigen Prozessor. Natürlich haben professionelle Hacker*innen noch anspruchsvollere Systeme und besseres Equipment. Es verdeutlicht dennoch, wie einfach es sein kann, Passwörter zu knacken.

Weitere ungezielte Angriffe laufen unter anderem über Portscans, (Spear-) Phishing-Mails mit verseuchten Links oder Drive-by-Downloads. Götz Sattler nannte vier einfache Maßnahmen, die laut Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bis zu 98% Schutz vor ungezielten Angriffen bieten: Virens Scanner aktiv und aktuell halten, Firewall nicht ausschalten, Betriebssysteme und Programme updaten und nicht permanent mit Adminrechten arbeiten.

Ein weiteres Beispiel, dafür wie Hacken immer mehr durch perfides Social Engineering erfolgreich wird, war der Trojaner »Goldeneye«, der Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen mit Lebenslauf im

Anhang an unzählige Personalabteilungen schickte. Durch Worddateien mit Makros wurden dann die Laufwerkverzeichnisse verschlüsselt. Ein Makro ist eine Kette von Befehlen in einem Anwendungsprogramm. Es dient der Automation von Funktionen und kann deshalb auch als Unterprogramm bezeichnet werden. Generell gilt: Makros von unbekanntenen Quellen nicht ausführen.

Zum Schluss demonstrierte Götz Sattler, wie auch Smartphones zu Schwachstellen werden, da sie in der Regel ziemlich viel über einen wissen: E-Mails und Instant Messenger, Zugangsdaten, Kalendereinträge, vorherige Standorte, Fotos, Kontakte, Browserverlauf etc. Durch einen Smartphone-Trojaner (Kostenpunkt 350 \$) zeigte er, was man als Angreifer*in alles zu sehen bekommt. Kurz gesagt: alles. Die letzten Anrufe, die letzten SMS, alle Tastatureingaben, den aktuellen Standort, das Bewegungsprofil, Fotos und es lässt einen sogar bei Telefonaten lauschen.

Was hilft gegen solche Trojaner und andere Angriffe?

Im oben genannten Beispiel ist das ganz einfach: Das Endgerät (hier das Smartphone) sperren, es reichen nämlich 10 Minuten

ungesperrter Zugriff auf das Handy, um an eine Vielzahl sensibler Daten zu gelangen. Gebrauchte Smartphones sollten daher bei Wiederverkauf oder Nichtmehrverwendung immer auf Werkseinstellungen zurückgesetzt werden. Auch bei Apps lässt sich die Sicherheit erhöhen, z.B. durch eingeschränkte Rechte. Kleiner Tipp: Nach der Lektüre dieses Artikels schauen Sie doch einfach mal, welche Apps Sie deinstallieren könnten, welche Rechte diese beanspruchen und ob der Zugriff in dem Fall notwendig ist.

Nach anderthalb Stunden geballter Sensibilisierung für Informationssicherheit mit den Beispielen aus der Praxis blieb noch Zeit für einen Drink und Schnack mit anderen Engagierten. Die Veranstaltung hat gezeigt: »Technologie muss man nicht bekämpfen, sondern beherrschen«, um mit Wau Hollands Worten zu schließen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 11 vom 3.6.2021.

AUTORIN

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B.A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M.A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

ANNIKA SCHWERDT

CHANCEN UND RISIKEN DER DIGITALISIERUNG FÜR DIE DEMOKRATIEENTWICKLUNG

Ein Bericht zur Online-Podiumsdiskussion
im Rahmen des Dialogforums
»Digitalisierung und Demokratie«

Längst schon fungieren digitale Plattformen nicht mehr nur als »Informationsbringer«, sondern – seit der Etablierung von sozialen Netzwerken und der Kommentarspalte – auch als tragende Austauschmöglichkeit verschiedener Meinungen. Durch den Schub der Digitalisierungsmöglichkeiten und das vermehrte Nutzen digitaler Methoden, nicht zuletzt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, wanderte auch der Dialog in den letzten Jahren und Monaten vermehrt in die digitale Sphäre. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern der bisherige analoge Dialog einen gerechten Übergang ins Digitale fand. Welche Kommunikationsentwicklungen sind zu beobachten? Was sind Strategien zur Stärkung der Demokratie? Wie wird mit demokratiefeindlichen Äußerungen wie etwa Hassrede oder Desinformation umgegangen? Auf welchen digitalen Plattformen findet sich eigentlich die engagierte Zivilgesellschaft? Und ist sie dort ausreichend präsent?

Gerade an Orten, wo Meinungen und ihre Stimmen auseinanderzulaufen drohen und eben nicht mehr in einen Dialog treten, braucht es vermittelnde Akteur*innen. In der analogen Welt bereiten dafür zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Verbände den Weg und die Möglichkeit, sich für gesellschaftspolitische

Anliegen einzusetzen. In digitalen Netzwerken sieht dies etwas anders aus. Es stellt sich nicht nur die Frage nach der geeigneten Plattform, sondern auch die Frage nach dem richtigen Diskussionsformat und nach einer angemessenen Reaktion, die neben der analogen Arbeit möglich und notwendig wird. Welchen Funktionen und Aufgaben begegnet die Zivilgesellschaft in digitalen Räumen? Welchen dieser Verantwortungen kommt sie bereits nach? Wo liegen Aktionspotenziale und aktuelle Hürden oder auch Grenzen, mit denen sich engagierte Akteur*innen konfrontiert sehen?

Um diesen Fragen näherzukommen, veranstaltete das »Forum Digitalisierung und Engagement« am 15. und 16. Juni 2021 das vierte und vorerst letzte Dialogforum. Im Rahmen des Themenschwerpunktes »Digitalisierung und Demokratie« widmete sich die Online-Podiumsdiskussion insbesondere den Fragen nach den Chancen und Risiken für die Demokratieentwicklung. Zu Gast auf dem Zoom-Podium waren Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung), Marlene Opel (Freiwilligenagentur Leipzig), Silvia Haas (»Leipzig weiter denken«), Steven Hummel (Engagierte Wissenschaft e. V.), Martina Glass, Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzeln) und Henry Lewkowitz (Erich-Zeigner-Haus e. V.). Die Veranstaltung wurde moderiert von Dr. Serge Embacher (BBE), Leiter des »Forum Digitalisierung und Engagement«.

Geht's noch um Demokratie oder haben wir uns bereits verloren?

Fragen über Fragen füllen den Zoom-Raum, auf den Kacheln verschiedene Gesichter vor verschiedenen Hintergründen zivilgesellschaftlichen Engagements. Schnell wird deutlich, dass es, im Verhältnis zu Präsenzformaten, allen voran in ländlichen Räumen, deutlich weniger Beteiligung an Digitalformaten und somit auch an Diskussionen gibt. »Es wird stiller im digitalen Raum«, konstatiert Martina Glass und wirft gleichzeitig die Frage auf, wie Digitalisierung trotz der meist räumlichen Distanz nahbare Netzwerke und Gemeinschaft erschaffen kann.

Auch in Bildungseinrichtungen lässt sich ein erheblicher Mangel an digitalen Werkzeugen, Kompetenzen und infolgedessen auch der Lust an digitalen Möglichkeiten feststellen, so Henry Lenkowitz. Sobald die Beziehungsebene fehle, sei auch die Aktivierung von Schüler*innen zum zivilgesellschaftlichen Engagement schwieriger.

Doch neben den bisher unterschätzten infrastrukturellen Voraussetzungen, die das digitale Engagement fördern können, stellt Martina Glass eine grundsätzlichere Problematik fest: Der Demokratiebegriff sei für viele junge Menschen nicht mehr ausreichend positiv konnotiert. Eher wird Demokratie als eine Art Status Quo wahrgenommen, als eine schon bestehende Er rungenschaft, in die man selbst hineingeboren wurde. Die individuelle Beziehung zu eben diesem Begriff muss also grundlegend aufgearbeitet werden und sich innerhalb frühkindlicher Bildungsformate widerspiegeln, um das prodemokratische Engagement wahrscheinlicher zu machen.

Die Frage, welches Zutun die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen dazu leisten kann, bleibt zunächst im Raum stehen.

Wie und vor allem wo kann sich die Zivilgesellschaft sinnvoll in digitalen Medien positionieren? In diesem Zuge gilt es auch, neue Aufgaben und Ziele zu formulieren, die einer demokratiestärkenden Gemeinschaft im Netz gerecht werden.

Offline-Beziehungsarbeit hat die Zivilgesellschaft bisher gut trainiert, sagt Timo Reinfank. Die Frage sei nun viel mehr, wie gemeinnützige Organisationen Online-Beziehungsarbeit gestalten können und müssen. Essentiell sind eben physische Räume und vor allem Momente, die im Analogen zwischen Tür und Angel geschehen. Digital gemeinsames Kaffee-Trinken oder der spielerische Umgang mit digitalen Programmen müssen etabliert werden, um Beziehungen auch im Netz aufbauen und stärken zu können, so wie dies bislang ausschließlich »offline« stattfand.

Moderation, Position und Präsenz – wo ist die digitale Zivilgesellschaft?

Angesichts der rasant wachsenden digitalen Angebote und Verwendungsmöglichkeiten, die unter dem Druck der Corona-Pandemie noch gewachsen sind, blicken engagierte Vereine und Initiativen besorgt auf die Entwicklungen in sozialen Netzwerken. Steven Hummel berichtet von etwa 500 bis 1000 Diskriminierungsvorfällen pro Jahr, die Nutzer*innen melden, wobei die dahinterliegende Dunkelziffer unbekannt bleibt. Durch sogenannte Echoräume finden Diskussionen meist nicht mehr im streitintensiven Diskurs statt, sondern immer mehr in sich selbst bestätigenden, kleineren Chatgruppen.

Aufgabe der digitalen Zivilgesellschaft und ihrer Träger muss es deshalb sein, Aushandlungsräume zu schaffen und eine bessere Moderation zu übernehmen, um den demokratischen Diskurs zu stärken, so Silvia Haas. Zudem gilt es zu fragen,

welche Netzwerke zur Solidarisierung gestärkt oder etabliert werden müssen, damit Betroffene besser geschützt werden und sich nicht allein in der Verantwortung wiederfinden, mit erfahrener Diskriminierung nach etwaigen Anlaufstellen und Schutzräumen zu suchen.

Timo Reinfrank fordert daher eine offensivere Positionierung der Zivilgesellschaft für demokratische Werte in sozialen Netzwerken, die sich entgegen der starken Präsenz rechter Narrative aus der Defensive bewegt. Eine Positionierung, die zum einen vorbeugt und nicht erst nach geschehenen Über- und Angriffen einsetzt und zum anderen über die weitverbreitete und meist nur am Rande stehende »Netiquette« in sozialen Netzwerken hinausgeht. Dazu gehört auch der bessere Opferschutz, eine digitale Opferschutzberatung von Seiten der digitalen Zivilgesellschaft, so Reinfrank.

Neben den besorgniserregenden negativen Effekten der Digitalisierung auf den zwischenmenschlichen Meinungsaustausch und die Konsenssuche hebt Silvia Haas die großen Beteiligungschancen hervor, die mit dem digitalen Wandel einhergehen. »Man erreicht ganz andere Öffentlichkeiten durch den Digitalisierungsschub und damit mehr und auch andere Menschen.« Somit können an den in das Netz verlagerten politischen Diskursen potenziell auch neue Gruppen teilnehmen. Die Barrieren und Zugangsmöglichkeiten sind mittlerweile andere und bieten nebenbei auch Chancen der Diversität.

Menschen können durch das schnelle Weiterleiten von Informationen, durch Hyperlinks und andere Querverweise auf immer neue Inhalte zugreifen, die analog nie so kostengünstig und divers funktionieren könnten. Wo, was und vor allem wie geteilt und erreicht wird, muss jedoch

als Teil Digitaler Kompetenz bewusst sein. Welche Plattformen überhaupt aktuell sind und mit welchen Teilhabeformaten sich Nutzer*innen abholen lassen, muss ausprobiert und dann forciert werden. Dazu bedarf es neben den technischen Ressourcen der personellen Ausstattung der Zivilgesellschaft, um digital handlungsfähig zu sein, sowie eine Bund-Länder-übergreifende Zusammenarbeit bei Rechtsverstößen in sozialen Netzwerken.

Das Schweigen des Impressums

Wenn es aber solch gezielte selbstbezogene Forderungen und Selbstansprachen aus der Zivilgesellschaft gibt, scheitert das digitale Engagement dann einzig und vor allem an bisher nicht überwundenen infrastrukturellen Hürden? »Nein«, betont Marlene Opel, »vor allem kleinere Vereine und Initiativen hemmt vor allem die Impressumspflicht.« Da kleinere Vereine meist keine eigenen Büroräume und somit öffentliche Anschrift haben, gleichzeitig jedoch die Impressumspflicht besteht, seien viele daran gebunden, private Adressen anzugeben. Dadurch, so beobachtet Opel, können auch Äußerungen und Positionierungen im meist anonymen Netz gehemmt werden. Das Einsetzen und Starkmachen mancher demokratischer Werte wird daher meist nur im Stillen bejaht und nicht dort sichtbar gemacht, wo es dringend benötigt wird, nämlich auf der öffentlichen Bühne in digitalen Netzwerken.

Dass Podiumsdiskussionen nicht nur dem Austausch von Informationen und Meinungen dienen, sondern auch etwas bewirken können, machte besonders der Abschluss der Diskussion und die Reaktion des Moderators Serge Embacher deutlich. Als einbindenden und partizipativen Akt bot dieser an, eine weitere Handlungsempfehlung aus der Impressumspflicht-Problematik für kleinere Vereine

zu entwickeln und diese in das gemeinsam erarbeitete Policy Paper des Forums mitaufzunehmen. Ein gutes Beispiel für die Potentiale der integrativen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und der gemeinschaftlichen Ausarbeitung von Rahmenbedingungen für eine digitale Zukunft. Genauso, wie es das »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE bei Konzeptualisierung der Dialogforen auch angestrebt hatte. Vor allem aber ist es ein Beispiel für die notwendige gegenseitige Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen untereinander, um zukünftig auch selbstbewusster und mit neuen Strategien der Dialogförderung in digitalen Netzwerken ein- und aufzutreten.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 15/2021 vom 29.7.2021.

AUTORIN

Annika Schwerdt war Praktikantin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE. Sie studiert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Fächer Soziologie und Interkulturelle Wirtschaftskommunikation mit den Schwerpunkten innerhalb politischer und umweltbezogener Soziologie und engagiert sich im Bereich politischer Bildung beim Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.

FRANCESCA SCHMIDT

DAS INTERNET IST EIN WUNDERBARES WERKZEUG

Strukturen offenlegen, Handlungsbedarfe aufzeigen / Fakten statt Szenarien

Feministische Hashtags wie #MeToo, #aufschrei oder #schauhin haben gezeigt, wie sich per Twitter diskriminierende Strukturen offenlegen lassen und ganz nebenbei Betroffene miteinander vernetzen können. Das Netz erlaubt eine Transparenz, durch die sowohl Demokratie als auch Feminismus, gerne auch im Zusammenspiel, enorm gewinnen können.

Die Grundlage dafür sind offene Daten, die allen gleich leicht zugänglich sind, denn sie stärken demokratische Prozesse, an denen Bürger*innen aktiv beteiligt sind. In Berlin zum Beispiel werden rassistische, homo-, trans*- und xenophobe Vorfälle von sogenannten Registerstellen digital gesammelt und frei zur Verfügung gestellt. Eine solche Sammlung an Daten – wenn sie weltweit erhoben werden – demonstriert, wann und wo dringend gehandelt werden muss. Sie kann auch helfen, auf Verantwortliche entsprechend Druck auszuüben.

Ein weiteres, ebenfalls globales Beispiel sind Morde an Frauen (Femizide). Wenn die Daten hierzu offen gesammelt würden, könnten sie vielleicht verhindert oder zumindest die Anzahl der Morde verringert werden. In jedem Fall würden auch hier Strukturen offengelegt und gezeigt, was konkret getan werden müsste. Die wheelmap.org – ein weiteres Beispiel

– hilft, mit den gemeinschaftlich generierten Daten die Barrierefreiheit und Teilhabe für Menschen mit Handicap weiterzuentwickeln und deutlich zu machen, wo und wie ihre Lebensbedingungen verbessert werden könnten.

Daten, Zahlen und Fakten sind immer wieder Grundlage, um demokratisches politisches Handeln zu begründen. Fakten statt Szenarien. Das Internet als globale Struktur zum organisierten Sammeln der Daten steht bereit, es muss nur genutzt werden. Feministisches Handeln im Netz kann und sollte also heißen, sich genau dafür einzusetzen: Daten zu sammeln und sie im Netz zur Verfügung zu stellen. Und dabei auf offene Netzwerk- und Verteilungsstrukturen zu beharren, Stichwort: Netzneutralität. Nur so kommen alle Daten gleich schnell zu allen Nutzer*innen.

Daten sind wertvolle Rohstoffe

Daten, egal ob explizit offen gesammelt oder »einfach nur« generiert, sollten allen gleichermaßen gehören. Bisher jedoch sind sie vor allem Grundlage für Geschäftsmodelle, die mit Daten Umsätze in Milliardenhöhe machen. Gleichzeitig sind sie die Basis für Algorithmen und künstliche Intelligenzen. Noch wird es vielfach unterschätzt, doch Big Data, konzentriert auf den Servern weniger großer Unternehmen oder autoritärer Staaten, gefährdet die Demokratie im Kern.

Wie Daten gesammelt und genutzt werden, spiegelt die gesellschaftlichen Strukturen wider, im Guten wie im Bösen. Sie können die Menschenwürde schützen oder gefährden. Besonders problematisch wird es, wenn Technologie unkritisch als Motor für Problemlösungen eingesetzt wird, etwa im Bereich der Überwachung. Predictive Policing etwa, also die vorhersagende Polizeiarbeit, verlässt sich bei Gefahrenanalysen und -abwehr auf Algorithmen.

Die Freiheit der Einzelnen wird der vermeintlichen Sicherheit aller geopfert. Wir dürfen unser Sicherheits- und Fortschrittsbedürfnis nicht an weißen patriarchalen Strukturen ausrichten. Denn so nehmen wir billigend den Ausschluss von (BPoC-)Frauen und anderen marginalisierten Gruppen in Kauf. Stattdessen ist es auch eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, für einen Gesellschaftsentwurf zu kämpfen, der auf Einschlüssen und Gleichwertigkeit beruht.

Our data to ourselves! Die feministische Forderung aus den 1970ern «Our bodies ourselves» ist heute leicht abgewandelt wieder aktuell. Doch wie lässt sich das bewerkstelligen? Klar, ein Weg wäre, anstelle von Facebook dezentrale Netzwerke zu nutzen und die dabei anfallenden Daten somit auch dezentral zu verteilen. Die Idee, Daten als Geldäquivalent einzusetzen, muss ebenso überdacht werden.

Fortschreitender Privatisierung und Kommerzialisierung von Technologie könnte mit der Forderung «Unsere Daten gehören uns!» etwas entgegengesetzt werden. Dann sind auch Kooperationen oder eine umfassendere Idee der (digitalen) Commons möglich bzw. können stärker werden. Die technische Struktur des Internets erlaubt das alles – doch bislang fehlt uns zumeist das politische Bewusstsein, die

Möglichkeiten radikal-demokratisch zu nutzen. Auch deshalb braucht es feministische Netzpolitik.

Offenheit als subversive Strategie

Es gilt, offene Strukturen, offene Daten und offene Software als feministische subversive Strategie zu nutzen, um intersektionales Denken als Default, also als Grundeinstellung zu etablieren. Macht- und Herrschaftsverhältnisse können so in den Blick genommen und mit technologischen Hilfsmitteln bekämpft werden. Einem demokratischen Staat, der Gleichberechtigung und Menschenwürde zum Grundrecht erklärt hat, muss es genau darum gehen.

Zivilgesellschaftliches Engagement kann in dieser Hinsicht sehr vielfältig sein. Wir gestalten das Internet aktiv mit und können darauf drängen, intersektionalem Wissen und Erfahrungen Raum zu geben, zum Beispiel aus dem globalen Süden. So stammen weniger als 20% der 70.000 aktiven Wikipedia-Mitarbeiter aus dem globalen Süden, weniger als 1.000 aus afrikanischen Ländern. Die Wikipedia als zivilgesellschaftliches globales Projekt könnte sich also aktiv an einer Bekämpfung der Ungleichheit darüber, welches Wissen als solches wahrgenommen wird, beteiligen.

Open Access, also der freie Zugang zu wissenschaftlichen Informationen, kann helfen, Vertrauen in Wissenschaft, aber auch Politik zurückzugewinnen, denn letztere ist auf Erkenntnisse angewiesen. Feministisches, also macht- und herrschaftskritisches Wissen ist dann nicht länger auf große kommerzielle Verlage angewiesen. Monetäre und klassistische Sperren bei der Rezeption lassen sich dann einfach umgehen. Mithilfe des Internets und offener Strukturen kann Demokratie so vielfältig und integrativ gestaltet werden.

SCHMIDT: DAS INTERNET IST EIN WUNDERBARES WERKZEUG

Es ist an der Zeit, Medium und Technologie politisch progressiv zu nutzen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 15/2021 vom 29.7.2021.

AUTORIN

Francesca Schmidt ist Gründungsmitglied und Vorständin von netzforma* e.V. – Verein für feministische Netzpolitik.

JUTTA CROLL

THESENPAPIER ZUM THEMENFELD DIGITALE KOMPETENZ IM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT

Kontext

Organisierte Engagementstrukturen wie Vereine und Verbände bieten, ebenso wie spontan aufgesetzte Projekte und Initiativen, Menschen die Gelegenheit für kurzfristiges und dauerhaftes Engagement auf dem jeweils individuell passenden Level für eine Vielzahl unterschiedlicher Themen und Interessensgebiete. Voraussetzung dafür sind das Vorhandensein und der Erwerb von Kompetenzen für die jeweilige Aufgabenstellung. Dazu gehört heute auch der Umgang mit digitalen Medien.

Anhand von 10 provokanten Thesen wurde im Dialogforum zum Thema »Digitale Kompetenz« des Forums Engagement

und Digitalisierung diskutiert, wo die engagierte Bürgergesellschaft in Bezug auf diese Kompetenzen steht und warum es so schwierig ist, rechtzeitig die Weichen für die digitale Transformation des Engagements zu stellen.

Status Quo

Digitale Kompetenzen bilden die Grundlage der Nutzung digitaler Medien für bürgerschaftliches Engagement. Einen Gradmesser der Kompetenzen der deutschen Bevölkerung stellt der jährliche Digital-Index der Initiative D21 zur Verfügung. Der Index listet die folgenden Kompetenzen und den Prozentsatz der Bevölkerung ab 14 Jahre, die nach Selbsteinschätzung darüber verfügt.

Digitale Kompetenzen	Bevölkerung ab 14 Jahre
Mit dem Smartphone Fotos machen und versenden	75%
Datenschutzeinstellungen auf dem Smartphone verwalten	58%
Nachrichten per Smartphone versenden	76%
Apps auf dem Smartphone installieren und Updates durchführen	66%
Werbeanzeigen erkennen	51%
Unterschiedliche Passwörter für unterschiedliche Dienste verwenden	57%
Seriöse von unseriösen Nachrichten im Internet unterscheiden	53%
Bewusstsein dafür, dass Dienste persönliche Daten weitergeben	74%
Datensparsamkeit (Ich stelle nur wenige persönliche Daten ins Internet)	65%
Mehrere Quellen bei der Internetrecherche nutzen	62%
Inhalte in soziale Netzwerke einstellen	52%

Internetrecherchen durchführen	74%
Dateien übertragen	63%
Office-Anwendungen nutzen	50%
Anderen bei Computerproblemen helfen	28%
Webanwendungen gestalten	21%
Programmieren	13%
Per Smartphone bezahlen	34%

Quelle: Digital-Index 2019/2020, S. 29

Im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement sind nicht alle der durch den Digital-Index erhobenen, vorstehend genannten Kompetenzen gleichermaßen von Bedeutung. Der Dritte Engagementbericht der Bundesregierung hebt vor allem die Bedeutung der Nutzung von Social Media Plattformen für digitales Engagement hervor (S. 16, 62, 76ff) sowie die Entwicklung und den Einsatz von sogenannten Civic Tech Anwendungen, d. h. Technologien, die zur Information, zum Engagement und zum Austausch von Bürger*innen untereinander, mit Nichtregierungsorganisation (NGOs) oder mit der Regierung genutzt werden (S. 82ff). Während erstere Kompetenzen voraussetzen, die bei der Hälfte bis drei Viertel der Bevölkerung vorhanden sind, werden die für die Nutzung von Civic Tech Anwendungen erforderlichen Kompetenzen von deutlich weniger Menschen beherrscht.

Die folgenden Thesen setzen sich auseinander mit dem Status Quo der Kompetenzen für das digitale bürgerschaftliche Engagement, den Hindernissen für deren Erwerb und den Perspektiven für digitales bürgerschaftliches Engagement. Sie dienen als Ausgangspunkt einer Erörterung der Frage, auf welche Kompetenzen für digitales Engagement bereits gesetzt werden darf, wie diese weiterentwickelt werden können und welche Maßnahmen darüber hinaus sinnvoll und notwendig erscheinen.

These 1: *Digitale Kompetenzen sind in der Bevölkerung ungleichmäßig verteilt.*

Argumentation: 14% der deutschen Bevölkerung nutzen das Internet nicht (sog. Offliner), deren Durchschnittsalter beträgt 71 Jahre, 71% haben einen Haupt- oder Volksschulabschluss, 67% sind Frauen. Bei den 86% der Bevölkerung, die das Internet nutzen, liegen diejenigen mit niedrigem Bildungsabschluss bei allen zuvor genannten Kompetenzen signifikant (rd. 20 – 25%) unter dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Quelle(n): Digital-Index 2019/ 2020, S. 19, 27 – 29.

These 2: *Digitale Spaltung verläuft entlang der sozialen Spaltung der Gesellschaft.*

Argumentation: In allen Altersgruppen nutzen Menschen mit niedriger Bildung (64%) das Internet in geringerem Umfang als Menschen mit mittlerer Bildung (92%) und Höhergebildete (97%). Auch die mobile Internetnutzung ist entsprechend ungleichmäßig verteilt (niedrige Bildung 53%; mittlere Bildung 79%, hohe Bildung 86%).

Frauen (82%) nutzen das Internet in geringerem Umfang als Männer (90%); der nahezu gleiche Abstand gilt für die mobile Nutzung: 71% Frauen, 78% Männer.

Berufstätige (96%) nutzen das Internet deutlich häufiger als Nichtberufstätige (71%); ein noch größerer Abstand besteht bei der mobilen Nutzung: 88% Berufstätige, 55% Nichtberufstätige.

In allen fünf ostdeutschen Bundesländern (77 – 81%) (außer Berlin) liegt die Internetnutzung unter der in den westdeutschen Bundesländern (85 – 90%).

Insbesondere alte und hochaltrige Menschen ab 70+ Jahre sind häufig digital Außenstehende, nur 52% dieser Altersgruppe(n) nutzen das Internet am PC oder Laptop, nur 32% nutzen mobil.

Quelle(n): Digital-Index 2019/2020, S. 14 – 16.

These 3: *Der digitalen Denkweise steht ein ‚analoges‘ Selbstverständnis der eigenen Aufgabe entgegen.*

Argumentation: Die klassischen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere solche, die in Vereinen und Verbänden ausgeübt werden, werden vielfach als Aufgaben wahrgenommen, die des direkten persönlichen Kontakts bedürfen. Durch die COVID-19-Pandemie ist hier perspektivisch eine veränderte Wahrnehmung zu erwarten.

Quelle(n): Dritter Engagementbericht, S. 111f.

These 4: *Die digitale Denkweise ist in der Bürgergesellschaft durchaus vorhanden. Die Nutzung digitaler Medien wird aber vielfach nicht als Teil des eigenen gesellschaftlichen Engagements wahrgenommen.*

Argumentation: Soziale Medien werden von 70 Prozent der Bevölkerung regelmäßig

genutzt, 56% geben an, diese ein- oder mehrmals pro Woche zu nutzen. Insbesondere bei den jüngeren sind sie fest in die Alltagsroutinen eingebettet. Gerade Messengerdienste, über die Nachrichten und Informationen geteilt werden, sind aber auch bei den ab 60-Jährigen ein Treiber der Internetnutzung.

Quelle(n): Dritter Engagementbericht, S. 74; #engagiert, S. 98; Digital-Index 2019/2020, S. 22.

These 5: *Ältere verfügen in geringerem Maße über die erforderlichen Kompetenzen als Jüngere. Aber auch unter den Jüngeren schätzt ein nennenswerter Teil von rund 25 Prozent die eigenen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien als niedrig ein; hier besteht ein leichtes Bildungsgefälle.*

Argumentation: Nicht alle jüngeren Menschen verfügen in ausreichendem Maße über die für das digitale Engagement benötigten Kompetenzen und das Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Das geringere Vorhandensein von Kompetenzen bei Älteren liegt vor allem an mangelnden Erfahrungsmöglichkeiten. Daraus resultiert eine geringere Selbstwirksamkeitserfahrung und in der Folge auch eine geringere Motivation, sich mit den Möglichkeiten der Digitalisierung für das persönliche ehrenamtliche Engagement auseinanderzusetzen.

Quelle(n): Kubicek u. Lippa: Nutzung und Nutzen des Internet im Alter (2017), Kap. 7.2; Dritter Engagementbericht, S. 70; Genesicke in: Zivilengagement (2011), S. 162f.

These 6: *Vor der Bereitschaft zur Qualifizierung steht die Nutzenabwägung.*

Argumentation: Ältere geben deutlich häufiger als Jüngere an, den Nutzen des Internets nicht zu (er)kennen. Von 14 % Offlinern nennen gut drei Viertel (78 %) mangelndes Interesse am Internet als Grund für die Nichtnutzung. Als mögliche Motivationen zur Nutzung werden genannt: Erkennung eines klaren Nutzens (25%), Einführung in die Funktionsweise des Internets (17%), einfachere Nutzung des Internets (17%).

Quelle(n): Internet Universality Indicators (Dt. UNESCO-Kommission, bisher unveröffentlicht, S. 99, Digital-Index 2019/2020, S. 19.

These 7: Qualifizierungsangebote sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für digitales gesellschaftliches Engagement. Von breit angelegten Qualifizierungskampagnen sind nur bedingt nachhaltige Effekte auf das Online-Engagement zu erwarten.

Argumentation: Digitale Kompetenzen werden überwiegend durch informelles Lernen / Learning by Doing (76%) erworben, dies gilt insbesondere für die Altersgruppen ab 50 Jahre und für Frauen.

Formale Lernangebote spielen mit nur 22% eine deutlich geringere Rolle.

Quelle(n): Digital-Index 2019/2020, S. 26: Kapitel Wissensaneignung rund um Themen der Digitalisierung.

These 8: Es bestehen deutliche Stadt- / Landunterschiede hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien für gesellschaftliches Engagement. Digitalisierung hat das Potenzial, infrastrukturelle Nachteile im ländlichen Raum zu kompensieren und gerade jungen Menschen im ländlichen Raum Engagementmöglichkeiten zu eröffnen und sie dazu zu befähigen.

Argumentation: Rund die Hälfte der von 2014 – 2017 zum Smart Hero Award erreichten Projekte sind in großen Großstädten angesiedelt, nur rund 12% in Landgemeinden oder kleinen Kleinstädten.

Laut Drittem Engagementbericht ist allerdings der Anteil der Jugendlichen, die angeben, ihr Engagement überwiegend oder vollständig über digitale Medien auszuüben, in kleineren Gemeinden (34,7%) oder Kleinstädten (36,7%) deutlich größer als in mittelgroßen (21,8%) oder Großstädten (27,2%). Die stärkere Fokussierung junger Menschen auf den digitalen Raum ist auch in den geringeren Möglichkeiten begründet, sich vor Ort im ländlichen Raum zu engagieren.

Quelle(n): #engagiert (2019), S. 22; Dritter Engagementbericht (2020) S. 69, S. 72f.

These 9: Die dem sozialen und gesellschaftlichen Engagement zugeschriebene demokratiefördernde Wirkung (vgl. Deutscher Bundestag, Zweiter Engagementbericht 2017, S. 6 f.) tritt auch ein, wenn dieses mit und durch Social Media ausgeübt wird.

Argumentation: Social-Media-Kanäle werden im bürgerschaftlichen Engagement – neben organisatorischen Zwecken – genutzt, um Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema oder Anliegen zu lenken, einen Dialog zu dem Thema zu initiieren und zu moderieren sowie kurz- bzw. langfristig zu einem Engagement zu motivieren. Dabei entfalten die verschiedenen Formen der Verbindung von Online- und Offline-Engagement gleichermaßen gesellschaftspolitische Wirkung. Die positiven Effekte des zivilgesellschaftlichen Engagements können durch den Einsatz von Social Media verstärkt werden und eine größere Reichweite erzielen.

Quelle(n): #engagiert, S.9f, 98.

These 10: Die Unterscheidung zwischen analogem und digitalem Engagement ist vorübergehend in der akuten Phase der digitalen Transformation der Gesellschaft von Bedeutung. Die Nutzung digitaler Instrumente wird künftig ein selbstverständlicher Bestandteil des Engagementportfolios von Einzelpersonen und Organisationen sein.

Argumentation: Wie in allen Lebensbereichen wird auch im bürgerschaftlichen Engagement die Digitalisierung weiter voranschreiten. Bisher analoge Prozesse werden durch digitale Anwendungen ersetzt oder ergänzt werden. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits jetzt in der COVID-19-Pandemie ab, wo die Notwendigkeit besteht, aufgrund der Einschränkungen von physischen Kontakten digitale Instrumente z. B. für bisher analog praktizierte Vorgänge wie Mitgliederversammlungen und -entscheidungen oder Wahlen einzusetzen. Entsprechende Tools (z. B. <https://tedme.com>) sind bereits vorhanden oder werden im Bereich Civic Tech (weiter-)entwickelt und künftig ressourcenschonend stärker eingesetzt werden. Mit der Entwicklung von Civic Tech Instrumenten geht in gewissem Rahmen auch eine Befähigung zivilgesellschaftlich engagierter Menschen einher.

Quelle(n): Dritter Engagementbericht 2020, S. 41; 82f.

Gibt es einen Digitalisierungsschub im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements?

Organisierte Engagementstrukturen wie Vereine und Verbände bieten, ebenso wie spontan aufgesetzte Projekte und Initiativen, Menschen die Gelegenheit für kurzfristiges und dauerhaftes Engagement auf dem jeweils individuell passenden Level für eine Vielzahl unterschiedlicher

Themen und Interessensgebiete. Voraussetzung dafür sind das Vorhandensein und der Erwerb von Kompetenzen für die jeweilige Aufgabenstellung. Im Zuge der digitalen Transformation sind Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien auch für bürgerschaftliches Engagement unerlässlich. Denn durch den geschickten und strategischen Einsatz von Social Media können Einzelpersonen wie Organisationen ihr Engagement gleichsam in den digitalen Raum hinein entfalten und so eine hohe soziale Wirkung erzielen. Zugleich bieten digitale Medien auch eine Plattform für den Erwerb dieser Kompetenzen. Dies hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen physischer Kontakte gezeigt.

Der Begriff ›Digitalisierungsschub‹ liefert bei einer Google-Suche aktuell rund 182.000 Ergebnisse. Möglicherweise beruht das Beschwören eines durch die Pandemie ausgelösten Schubs auf dem Wunsch, dieser Krise etwas Positives abzugewinnen. Polemisch könnte man meinen, der Schub habe die Gesellschaft an den Rand der Klippe geschubst, von wo aus man nun in den Abgrund der digitalen Spaltung sieht.

Ganz so negativ ist das Bild allerdings nicht, denn seit Beginn der Maßnahmen und Programme zur Förderung der Internetnutzung und Medienkompetenz vor rund 20 Jahren ist die Gesellschaft ein gutes Stück vorangekommen. Aber es bestehen nach wie vor große Unterschiede innerhalb der Bevölkerung. Und die Gefahr, dass diese sich tradieren und somit immer schwerer zu überwinden sind, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Dritte Engagementbericht stellt fest: »bei der Verflechtung von Digitalem und Engagement zeigt sich, dass Jugendliche aus niedrigeren Bildungswegen sich weniger zutrauen, die Möglichkeiten von digitalen

Medien für das Engagement zu nutzen und mutmaßlich auch weniger Chancen erhalten, durch gezielte Ansprache (etwa in der Schule) begeistert zu werden.« (S. 135) Derartige zielgruppenspezifische Ansprachen und niedrigschwellige Angebote zum Kompetenzerwerb werden daher auch in Zukunft notwendig sein.

Die technische Bedienung von digitalen Endgeräten ist durch Smartphones und Tablets deutlich einfacher geworden, aber die Komplexität der verfügbaren Angebote, Plattformen und Dienste sowie die Einordnung und Bewertung der darüber verfügbaren Inhalte stellen eine hohe Herausforderung dar, auch für diejenigen, die über die eingangs genannten Kompetenzen verfügen. Gleichzeitig erfordert die hohe Innovationsgeschwindigkeit ein ständiges Schritthalten mit den Entwicklungen, um sich die Chancen der Digitalisierung im persönlichen und beruflichen Umfeld ebenso wie für das eigene Engagement zunutze zu machen.





Der Prozess der digitalen Transformation der Gesellschaft befindet sich derzeit in einer akuten und durch die Pandemie beschleunigten Phase, perspektivisch wird er weiter andauern und damit auch einen dauerhaften Erwerb immer neuer Kompetenzen erforderlich machen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 4/2021 vom 18.02.2021.

AUTORIN

Jutta Croll ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung Digitale Chancen, einer gemeinnützigen Organisation unter der Schirmherrschaft des BMWi und des BMFSFJ. Sie ist verantwortlich für das auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtete Projekt Kinderschutz und Kinderrechte in der digitalen Welt. Als Wissenschaftlerin befasst sich Jutta Croll mit den Themen Medienpolitik und Mediennutzung, Förderung der Medienkompetenz und Entwicklung eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes im Internet unter Berücksichtigung der Rechte von Kindern einerseits und aktueller technischer Entwicklungen andererseits sowie Usability und Accessibility im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, Fragen des Datenschutzes und der Nutzung von Social Media zur Förderung gesellschaftlicher Prozesse. Sie arbeitet zusammen mit dem Council of Europe, der Europäischen Kommission, der UNESCO, den Vereinten Nationen und ICANN und engagiert sich seit dem World Summit of Information Society 2003/2005 für die Belange der Internet Governance; von 2018 – 2020 war sie Mitglied der Multistakeholder Advisory Group für das Internet Governance Forum der Vereinten Nationen.

Weitere Informationen:

-  www.digitale-chancen.de
-  Twitter: @digitalechancen
-  www.kinderrechte.digital
-  #internetdermenschen

JOHANNES GRÜNECKER

DIGITALE KOMPETENZEN IM ENGAGEMENT DER AWO: EIN ERFAHRUNGS- UND »WIRKUNGSBERICHT« DES DIALOGFORUMS »DIGITALE KOMPETENZ«

Ende November 2020 habe ich als Vertreter des AWO Bundesverbands am Dialogforum »Digitale Kompetenz« des Forum Digitalisierung und Engagement des BBE teilgenommen. Der folgende Beitrag beschreibt zunächst den inhaltlichen Bezug der AWO zum Forum, schließt einen kurzen Erfahrungsbericht der Veranstaltung an und stellt anschließend die Ergebnisse einer Umfrage über digitale Kompetenzen im Engagement der AWO dar, die im Nachgang zum Dialogforum durchgeführt wurde. Abschließend werden die Erkenntnisse für die Arbeit der AWO eingeordnet und Erwartungen an das Forum formuliert.

Der inhaltliche Bezug der AWO zum Forum Digitalisierung und Engagement

Die AWO (Arbeiterwohlfahrt) und ihre vielfältigen Strukturen sind ein Verband mit einem relativ hohen Anteil an Menschen, die sich als digitale Einsteiger*innen beschreiben lassen. Das gilt sowohl für hauptamtliche, aber insbesondere für ehrenamtliche Strukturen.

Seit Beginn der Pandemie steht die AWO vor der besonderen Herausforderung, relativ alte und digital weniger affine Mitglieder und Engagierte auf digitalem Wege zu erreichen und zu mobilisieren. Die Erfahrungen über den Erfolg solcher Bemühungen sind sehr divers und unterscheiden sich je nach Gliederungsebene oder Region sehr stark. Neben technischen Zugängen sind es vor allem digitale

Kompetenzen, die darüber entscheiden, ob jemand an Verbandsaktivitäten teilnehmen kann oder nicht. Diese sind vor Ort sehr unterschiedlich verteilt und zeichnen ein heterogenes Bild.

Diese Eindrücke und die Arbeit an einem größeren Projekt zum Thema digitale Teilhabe vulnerabler Gruppen (»DigiTeilhabe«) machte uns den Bereich in seiner digitalpolitischen Dimension im Laufe des letzten Jahres immer bewusster. Unseres Erachtens besteht großer zivilgesellschaftlicher Handlungsbedarf, sich digitalpolitisch Gehör zu verschaffen. Bisher hat sich der Dritte Sektor, sei es aufgrund von Unwissenheit oder Desinteresse, viel zu stark aus dem Diskurs herausgehalten und spielt bei digitalpolitischen Entscheidungen kaum eine Rolle.

In diesem Zusammenhang sind wir auf das Forum Digitalisierung und Engagement des BBE aufmerksam geworden. Wir sehen das Forum als eine Chance, zivilgesellschaftliche Sichtweisen in Bezug auf Engagement und Digitalisierung zu bündeln und an Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu richten und darüber hinaus als Organisation zu lernen.

Unsere Erfahrung mit dem Dialogforum »Digitale Kompetenzen«

Der Kern der zweitägigen Veranstaltung war darauf ausgerichtet, gemeinsam mit

verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren an einem sogenannten Policy Paper zu arbeiten. Dieses formuliert Forderungen zur Förderung digitaler Kompetenz im Engagement an politische Entscheidungsträger*innen. Begleitet wurde das Papier durch 10 Thesen von Jutta Croll, die die Perspektive auf das Feld öffnen sollten.

Unsere Erwartung an den Erkenntniswert und Schwung einer reinen Textarbeit war zunächst relativ gering. Umso mehr überraschte die Diskussionsfreudigkeit und der Elan der Teilnehmenden. Nahezu jeder einzelne Abschnitt wurde aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und wortreich analysiert. Nach und nach wurden auch die unterschiedlichen Kontexte der Diskutierenden immer stärker sichtbar und ermöglichten sehr spannende Einblicke auf die diversen Perspektiven der Beteiligten. Allein deshalb lohnte sich die Teilnahme sehr.

Die Wirkung des Dialogforums auf unsere Arbeit

Darüber hinaus soll an dieser Stelle weniger über die Erfahrungen im Dialogforum berichtet werden, sondern vielmehr über die konkrete Wirkung auf die Arbeit des Bundesverbands, die die Veranstaltung nach sich zog.

Besonders nachhaltig war der Eindruck, wie unterschiedlich die Voraussetzungen und Geschwindigkeiten der Digitalisierung in der Zivilgesellschaft voranschreiten. In diesem Zusammenhang scheint die technische Dimension oft nicht das Entscheidende zu sein, sondern vielmehr die kulturelle Dimension. Dazu zählen, neben der Bereitschaft zur Veränderung und Innovation, vor allem die digitalen Kompetenzen der Beteiligten.

Digitale Kompetenz wurde in der Engagementförderung des Bundesverbandes bisher als ein relativ schwammiger Begriff verwendet. Der im Dialogforum behandelte europäische Referenzrahmen für digitale Kompetenzen DigComp¹ zeigte das besonders eindrücklich auf. Nach Lektüre des Dokuments ließ sich feststellen, dass wir bei der AWO über eigenes Erfahrungswissen hinaus keinerlei systematische Erkenntnisse über digitale Kompetenzen unserer Engagierten haben.

Um dieses Problem anzugehen, wurde eine kurze Umfrage konzipiert und an die 84 AWO-Gliederungen gerichtet, die im Rahmen der Förderung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) im Förderbereich Innovation und Digitalisierung in der Zivilgesellschaft Gelder erhalten hatten. Es handelt sich dabei um eine bunte Mischung an Ebenen und sowohl haupt- als auch ehrenamtlich geführten Projekten.

Die Ergebnisse der Umfrage werden im folgenden Abschnitt kurz vorgestellt und diskutiert.

Digitale Kompetenz im Engagement der AWO

Konzeption der Umfrage

Für einen ersten systematischen Überblick ist DigComp ein deutlich zu komplexes Messinstrument. Der Referenzrahmen besteht aus sechs Kompetenzbereichen, die sich wiederum in insgesamt 24 Einzelkompetenzen und vier Kompetenzniveaus gliedern.

Nachfolgend die Kompetenzbereiche im Überblick:

1 DigComp: <https://ec.europa.eu/jrc/en/digcomp/digital-competence-framework>

1. Informations- und Datenkompetenz
2. Kommunikation und Kooperation
3. Gestalten und Erzeugen digitaler Inhalte
4. Sicherheit und Datenschutz
5. Problemlösung
6. Analyse und Reflektion digitaler Medien

Zur Reduktion der Komplexität wurden pro Kompetenzbereich nur zwei Einzelkompetenzen abgefragt. Die Fragen wurden nicht direkt an Engagierte gerichtet, sondern an Personen, die Ehrenamtliche begleiten oder selbst ehrenamtlich tätig sind. Sie sollten einschätzen, wie es ihrer persönlichen Erfahrung nach um die digitalen Kompetenzen der Engagierten in ihrem Bereich bestellt ist. Die Skala zur Einschätzung lag dabei zwischen 1 (sehr geringe Kompetenz) und 5 (sehr hohe Kompetenz). Ergänzend gab es unter jedem Fragenblock eine Möglichkeit zur qualitativen Erläuterung.

Stichprobe

Insgesamt haben 68 der 84 von der DSEE geförderten Gliederungen an der Umfrage teilgenommen. Knapp 20 % sind auf der Ebene der Ortsvereine tätig. Mehr als 50 % auf Kreisebene, knapp 12 % auf regionaler und knapp 20 % auf Ebene der Landes- und Bezirksverbände.

Ergebnisse

Insgesamt herrscht eine sehr große Heterogenität innerhalb der Engagiertenschaft und zwischen den verschiedenen Kompetenzbereichen. Die Kompetenzniveaus reichen von sehr niedrig bis sehr hoch. Das Durchschnittsniveau (2,38) liegt laut Einschätzung der Befragten allerdings zwischen geringen und mittleren Kompetenzen. Mit starker Tendenz zu einem eher geringen Niveau.

Zur besseren Einordnung wurden die Ergebnisse der Kompetenzabfrage in drei verschiedene relative Kompetenzniveaus eingeteilt: 1. Bereiche mit vergleichsweise soliden Kompetenzen. 2. Bereiche mit Nachholbedarf. 3. Bereiche mit sehr starkem Nachholbedarf.

Über 25 % der Befragten sind auch (7 %) oder ausschließlich (19 %) ehrenamtlich für die AWO tätig. Alle anderen arbeiten hauptamtlich mit Engagierten zusammen.

Bereiche mit vergleichsweise soliden Kompetenzen

In Anbetracht des verhältnismäßig niedrigen Gesamtniveaus gibt es vier Einzelkompetenzen, in denen die relative Qualifikation im oberen Drittel liegt. Das betrifft die beiden Kompetenzbereiche 1 und 2 mit folgenden Einzelkompetenzen (nachfolgend in abnehmendem Kompetenzniveau aufgelistet):

- 1.1. Recherche von Informationen (über das Internet)
- 2.1. Interaktion mittels digitaler Technologien (z. B. über Messenger oder Social Media)
- 1.2. Verwaltung von Daten (z. B. Mitglieder- oder Engagiertendaten)
- 2.2. Zusammenarbeit mittels digitaler Technologien (z. B. via Videokonferenzen oder Online-Dokumenten)

Besonders hervorzuheben ist die Recherche von Informationen im Internet, in dem die Engagierten zu fast 80 % mit mindestens mittlerer Kompetenz eingeschätzt werden.

Die drei Kompetenzbereiche Interaktion mittels digitaler Medien, Verwaltung von Daten und Zusammenarbeit mittels digitaler Technologien erreichen alle Werte um die 60 % (62 % bis 57 %).

Fazit für die Kompetenzbereiche 1 und 2: Viele Bereiche der Digitalisierung, die das alltägliche Leben betreffen oder Standardtätigkeiten im Verein, sind bereits bei vielen Ehrenamtlichen angekommen. Das Kompetenzniveau der Bereiche 1 und 2 liegt insgesamt im mittleren Bereich, schwankt aber sehr stark. Circa 20 bis 25 % (je nach Einzelkompetenz) der Gliederungen haben hohe oder sehr hohe Werte angegeben. Auf der anderen Seite haben circa 20 bis 40 % (je nach Einzelkompetenz) niedrige oder sehr niedrige Werte angegeben.

Die nachfolgenden qualitativen Aussagen illustrieren die Situation beispielhaft:

»Es gibt in fast jedem OV Mitglieder mit ziemlich hoher Kompetenz, aber auch einen größeren Prozentsatz an Mitgliedern ohne Kenntnisse und Erfahrungen.« (Proband*in auf Ortsebene)

»Die Kompetenz ist sehr unterschiedlich verteilt. Bei Ortsvereinen (kaum) und jüngeren Engagierten (z. T. hoch). Trotzdem erstaunlich ist immer wieder, dass auch viele jüngere gar nicht so ›digital native‹ sind und gern an bekannten Plattformen etc. festhalten.« (Proband*in auf Kreisebene)

Bereiche mit Nachholbedarf

Die nachfolgenden Einzelkompetenzen liegen relativ gesehen im mittleren Bereich. Das betrifft die Kompetenzbereiche 4 und 6 mit ihren jeweiligen Einzelkompetenzen

6.2. Kritische Reflexion digitaler Medieninhalte (z. B. in Bezug auf Vertrauenswürdigkeit und Seriosität)

6.1. Funktionsweise digitaler Medien verstehen (in Abgrenzung zu Print und Rundfunk)

4.2. Datenschutz (Schutz von personenbezogenen Daten)

4.1. Datensicherheit (Sicherheit von Daten vor dem Zugriff anderer)

Mit Ausnahme von der kritischen Reflexion digitaler Medien weist die Einschätzung der Befragten auf eine niedrige absolute Kompetenz hin. Das betrifft die Einzelkompetenzen: Funktionsweise digitaler Medien, Datenschutz und Datensicherheit. Hier schätzen die Befragten die Kompetenzen der Engagierten mit jeweils um die 60 % als gering oder sehr gering ein.

Auch hier ist die Heterogenität sehr hoch. Allerdings lässt sich bereits eine klare Tendenz in Richtung des niedrigen Niveaus erkennen.

Folgende qualitativen Aussagen illustrieren den Eindruck:

»Wir arbeiten daran, unsere Engagierten und Ehrenamtliche dies in Einzelterminen näher zu bringen. Mancher bringt ein Grundverständnis mit, andere haben gesonderte Fragen.« (Proband*in auf Kreisebene in Bezug auf die Kompetenz der Engagierten im Bereich Analyse- und Reflexion digitaler Medien)

»Bisher wurde keine Vorstandssitzung digital durchgeführt. Das geht wegen Datenschutz nicht.« (Proband*in auf Kreisebene)

Bereiche mit sehr starkem Nachholbedarf

In den Kompetenzbereichen 5 und 3 liegen die Werte zum größten Teil im geringen oder sehr geringen Bereich.

5.1. Lösung technischer Probleme (z. B. technische Einstellungen)

3.2. Integration von digitalen Inhalten (z. B. auf Webseiten oder Social Media)

3.1. Entwicklung von digitalen Inhalten (z. B. für Webseiten oder Social Media)

5.2. Kreativer Gebrauch digitaler Technologien (z. B. Entwicklung digitaler Formate, zur Bearbeitung von Problemen vor Ort)

Die Einschätzung der Befragten liegt hier durchgehend bei um die 70 % im Bereich geringer oder sehr geringer Kompetenzen. Den letzten Platz nimmt der kreative Gebrauch digitaler Technologien ein. 79 % der Befragten gaben an, dass die Kompetenz der Engagierten als niedrig (31 %) oder sehr niedrig (48 %) einzuschätzen ist.

Somit scheint die Frage von Fantasie und kreativem Gebrauch digitaler Möglichkeiten in der Tendenz von anderen, vorgelagerten Kompetenzen abzuhängen. Folgende qualitative Aussagen ergänzen das Bild:

»Es fehlen die theoretischen Grundlagen. Unsere Mitglieder sind User.« (Proband*in auf Kreisebene)

»Vereinzelte Ortsgruppen haben Angebote entwickelt, allerdings selbstständig. Der KV hat keine Unterstützung geboten. Hier wurde immer nur wieder der Datenschutz als Mittel für Verbote genutzt für z. B. die Benutzung von Zoom.« (Proband*in auf Kreisebene)

Vor allem die letzte Aussage ist interessant und illustriert den Zusammenhang verschiedener Kompetenzen besonders nachvollziehbar.

Konsequenzen für die Arbeit des Bundesverbands

Selbstverständlich liefert die Umfrage keine wissenschaftlich validen Erkenntnisse und sollte deshalb auch nicht »überinterpretiert« werden. Dennoch bieten die Daten einen ersten systematischen Überblick über Kompetenzbereiche, die besonders gefördert werden sollten bzw. auf die sich aufbauen lässt.

Die Ergebnisse der Umfrage werden als Teil des Sachberichts an die DSEE zurückgemeldet. Die Informationen könnten unseres Erachtens auch für die operative Arbeit der Stiftung relevant sein.

Im Rahmen der Engagementförderung des Bundesverbandes werden die Erkenntnisse mindestens für die Konzeption einer Online-Seminarreihe und für die Vorbereitung des bereits erwähnten Projekts »DigiTeilhabe« eine Rolle spielen.

Außerdem beginnt die AWO sich langsam auch digitalpolitisch aufzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Erkenntnisse sicher auch relevant.

Erwartung an das Forum Digitalisierung und Engagement

Aus Perspektive der Engagementförderung der AWO und im Lichte der Erfahrungen aus dem ersten Dialogforum sind es aus digitalpolitischer Perspektive in erster Linie zwei Punkte, die für den weiteren Prozess des Forum Digitalisierung und Engagement wichtig erscheinen:

1. Die Basis der Engagierten möglichst breit einbeziehen. Das Beteiligungspotential ist hier am höchsten, aber auch die Notwendigkeit, sich Gehör zu verschaffen. Große Verbände sind potentiell dazu in der Lage, selbst am digitalpolitischen Diskurs teilzunehmen.

2. Auf Papier Taten folgen lassen. Für den Erfolg der Bemühungen wird es entscheidend sein, dass die Erkenntnisse des Forums an die entsprechenden Entscheidungsträger*innen kommuniziert werden. Damit sind explizit nicht nur Politiker*innen gemeint, sondern auch Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Die Form der Kommunikation ist dabei entscheidend. Langatmige

und diskurstheoretische Texte sind selten für praktische Veränderungen geeignet. Dafür könnte es sich lohnen, griffigere und schlagkräftigere Formate zu entwickeln. An dieser Stelle könnten Mittlerorganisation und Verbände eine besondere Rolle einnehmen.

Darüber hinaus haben mein Kollege Georg Förster und ich uns weiterführende Gedanken über die digitale Beteiligung im Rahmen des Forums gemacht. Der Blogartikel ist auf *D3 – so geht Digital* erschienen und kann online abgerufen werden².

Fazit

Das Dialogforum »Digitale Kompetenzen« bot eine sehr interessante Plattform zum Austausch und aufschlussreiche Einblicke in die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Perspektiven. Als Konsequenz begann der AWO Bundesverband sich systematischer mit den digitalen Kompetenzen der AWO-Engagierten auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild an Bereichen mit relativ soliden Kompetenzen und Bereichen mit

2 Die Tücken von Abstraktion, Repräsentation und Partizipation. Eine Replik: <https://so-geht-digital.de/replik-beteiligung/>

zum Teil sehr großem Nachholbedarf. Die Hoffnung an das Forum Digitalisierung besteht darin, dass es seine theoretischen Erkenntnisse in die Praxis der Digitalisierung überführen kann.

Zum Abschluss ein Lese-Tipp: Gemeinsam mit meinen Kollegen Georg Förster und Michael Rosellen habe ich 8 Tipps zusammengetragen, wie es gelingt, Menschen den Einstieg in virtuelle Veranstaltungen zu erleichtern. Der Beitrag ist im Online-Handbuch virtuelle Konferenzen von *D3 – so geht digital* erschienen und ist online abrufbar³.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 4/2021 vom 18.02.2021.

AUTOR

Johannes Grünecker ist Referent für bürgerschaftliches Engagement beim AWO Bundesverband. Im Fokus seiner Arbeit steht besonders der gemeinwohlorientierte Einsatz digitaler Technologien.

3 Virtuelle Konferenzen und Veranstaltungen für digitale Einsteiger:innen : <https://virtuelle-konferenzen.gitbook.io/virtuelle-konferenz/konzeption/3.-virtuelle-konferenzen-und-veranstaltungen-fuer-digitale-einsteiger-innen>

ELISA LINDINGER / JULIA KLOIBER / ANNA WOHLFARTH

THESENPAPIER ZUR STÄRKUNG DES DRITTEN SEKTORS IM DIGITALEN WANDEL

Im Rahmen des Forums Digitalisierung und Engagement des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sollen innerhalb der Zivilgesellschaft sowie in ihrem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft die Grundlagen für ein gemeinsames Verständnis der Chancen und Risiken der Digitalisierung für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland erarbeitet werden. Diese Expertise befasst sich mit dem Teilgebiet Digitaler Wandel und Organisationsentwicklung im bürgerschaftlichen Engagement und beschreibt gegenwärtige Herausforderungen für den Engagementsektor.

Die folgenden Thesen adressieren diese Herausforderungen und stellen Mittel und Ansätze vor, wie Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt der Engagementsektor selbst ihnen begegnen kann, um sich digital besser aufzustellen¹.

1. Digitale Werkzeuge und Infrastruktur im Interesse der Gesellschaft bauen

Dem Engagementsektor fehlt es für die erfolgreiche Bewältigung des digitalen Wandels an den notwendigen Grundlagen wie einer digitalen Infrastruktur und digitalen Werkzeugen, die in ihrem Sinne funktionieren und beherrschbar sind. Unter digitaler Infrastruktur verstehen wir

¹ Es handelt sich hier um eine gekürzte Version des Thesenpapiers. Das Thesenpapier in seiner vollen Länge wird im Rahmen einer Online-Publikation des BBE erscheinen.

die Gesamtheit der digitalen Technologien, die die Grundlage für die Engagementarbeit sind und es Organisationen ermöglichen, ihre Arbeit ins Digitale zu übertragen oder im Digitalen zu erweitern (von der Internetanbindung über Betriebssysteme hin zu digitalen Kommunikationskanälen und Software).

Eine funktionierende, beherrschbare digitale Infrastruktur ist grundlegend für eine erfolgreiche Weiterentwicklung von Organisationen im Digitalzeitalter. Die Entwicklung digitaler Infrastruktur ist derzeit vor allem von wirtschaftlichen Interessen getrieben. Um die Transformation zu einer digital gut aufgestellten Gesellschaft zu vollziehen, müssen deren Bedürfnisse dasselbe Gewicht erhalten wie die der Wirtschaft. Eine digitale Infrastruktur, die im Interesse der Gesellschaft funktioniert, kann mit zwei Maßnahmen erreicht werden:

1.1. Öffentliches Geld in den Aufbau einer unabhängigen Infrastruktur investieren

Wird digitale Infrastruktur als öffentliche Infrastruktur verstanden, dann benötigt sie kontinuierliche staatliche Investitionen, die in ihren Ausbau und ihren Erhalt fließen. Dazu gehört nicht nur das physische Netzwerk, sondern auch zu definierende, grundlegende digitale Dienstleistungen für Bürger*innen. Um ein ausgeglichenes und widerstandsfähiges digitales Ökosystem zu schaffen, sind Betreibermonopole

abzubauen, dezentrale Strukturen und interoperable Standards sowie Freie und Open-Source-Software (FOSS) zu fördern und konsequent einzusetzen. Beim Auf- und Ausbau einer solchen Infrastruktur ist vor allem darauf zu achten, dass sie inklusiv angelegt wird: Statt Angebote für Gesellschaftsgruppen zu schaffen, die ohnehin schon digital handlungsfähig sind, sollte das Augenmerk darauf liegen, dass Angebote und Dienste von allen genutzt werden können, während auf Faktoren, die Menschen ausschließen, verzichtet wird (unnötig hohe Bandbreiten, Rechenpower und neueste Betriebssysteme als Voraussetzung, proaktive und nahtlose Einbindung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit, z. B. Eignung für Screenreader, Kontraststärke, Navigation per Tastatur).

Hürden für zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure, zu existierenden Digitaldienstleistern zu wechseln, die bereits jetzt auf offene Technologien setzen, sind vor allem die mangelnde Bekanntheit dieser oft kleinen Anbieter sowie ein Mangel an Vertrauen daran, wie verlässlich und langfristig sie arbeiten. Öffentliche Investitionen können lokale Infrastruktur- und Servicebetreiber stärken und so nicht nur Signalwirkung für Wirtschaft und Gesellschaft haben, sondern auch einen lokal verankerten digitalen Mittelstand etablieren, zu dem insbesondere die Zivilgesellschaft vertrauensvolle Kontakte aufbauen kann.

Wie die digitale Infrastruktur und auf ihr aufbauende Software gestaltet sind, hat direkte Auswirkungen auf die Arbeitsweise und die Governancestrukturen von Organisationen: In ihnen bilden sich Rechte und Hierarchien ab, was aktive Mitgestaltung und neue Arbeits- und Interaktionsformen etablieren oder verhindern kann. Deshalb beeinflusst die Ausgestaltung der digitalen Infrastruktur und

der Werkzeuge unmittelbar, wie gut der Engagementsektor die digitale Transformation meistern kann und welche neuen Chancen sich für ihn durch die Adaption digitaler Arbeits- und Organisationsmodelle ergeben (z. B. kompetenzbasierte statt hierarchische Entscheidungsstrukturen, transparente Entscheidungsprozesse oder delegatives Voting).

Statt eines zentralisierten Aufbaus einer öffentlichen, staatlich betriebenen Infrastruktur empfehlen wir, über Ausschreibungen lokale Akteursnetzwerke zu befähigen, in denen digital versierte Vereine, Bildungseinrichtungen, Firmen und/oder Verwaltung Angebote wie Rechenzentren vor Ort schaffen können. Dadurch entsteht nicht nur digitale Kompetenz mit Ansprechpartner*innen vor Ort, sondern auch ein Netz aus dezentralen Angeboten.

1.2. Über öffentliche Ausschreibung Mindeststandards für Infrastruktur etablieren

Anforderungen in öffentlichen Ausschreibungen sind ein probates Mittel, um Mindeststandards zu etablieren. Von diesem Werkzeug sollte mehr Gebrauch gemacht werden. Allein auf Bundesebene wurden 2019 und 2020 rund 3,8 Mrd. Euro für die Digitalisierung ausgegeben. Die Vergabe dieser Mittel ist in Zukunft an Vorgaben zu knüpfen, die die digitale Infrastruktur auch für zivilgesellschaftliche Organisationen besser nutzbar macht. Dazu gehören Lösungen, die interoperabel sind und Schnittstellen anbieten, die es den Nutzer*innen einfach machen, zwischen Anbietern zu wechseln; Produktsilos sind zu vermeiden. Auch die Barrierefreiheit von Software muss konsequent eingefordert werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen. Mit Software werden gerade im Engagementbereich mitunter

sensible Daten verarbeitet; deshalb ist eine transparente Funktionsweise (z. B. durch quelloffene Software und Open-Source-Lizenzen) notwendige Grundvoraussetzung, die auch staatlich eingesetzte Software erfüllen muss.

Diese Anforderungen an die Software werden ergänzt durch Kriterien, die die eingesetzte Hardware erfüllen muss: Ein Recht auf Reparierbarkeit elektronischer Geräte oder sogar Open Hardware trägt nicht nur zu einer transparenten, sondern auch einer nachhaltigen Digitalisierung bei. Gütesiegel wie der geplante Blaue Engel für Softwareprodukte können Nutzer*innen dabei helfen, informierte Entscheidungen für geeignete digitale Produkte zu treffen, insbesondere, wenn sie nicht über die Ressourcen oder das Wissen verfügen, Softwareprodukte eigenständig zu prüfen und auszuwerten.

Damit öffentliche Einrichtungen solche Vergabekriterien über rein wirtschaftliche Aspekte setzen können, muss das Vergaberecht überprüft und ggf. angepasst werden. Durch die Stärkung dieser Standards profitieren nicht nur Nutzer*innen aus öffentlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Zusätzlich zu den oben genannten Maßnahmen ist es notwendig, die Verbesserung der Nutzbarkeit (usability) von Open-Source-Software zu fördern. Diese bleibt wegen geringer Ressourcen im Open-Source-Sektor oft hinter der proprietären Lösung zurück, aber auch, weil Kompetenzen in UX-Design und Gestaltung nicht weit genug verbreitet sind. Im Rahmen des öffentlichen Förderprogramms erhalten Software-Entwickler*innen ein UX-Design-Coaching zusätzlich zur eigentlichen Förderung; solche Angebote sind auszuweiten.

2. Förderung weiterentwickeln

Es bestehen bereits einige Angebote an öffentlicher Förderung für zivilgesellschaftliches Engagement. Diese entfalten jedoch bei weitem nicht ihr volles Potenzial. Die Förderung von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement ist auf Bundesebene eine Querschnittsaufgabe, die ressort- und themenübergreifend verfolgt wird. Zurzeit adressiert der Bund die Digitalisierung vor allem punktuell durch einige kleinere Einzelmaßnahmen. Davon profitieren bislang vorwiegend etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen.

2.1. Bestehende Förderrichtlinien überarbeiten

Der Zugang zu Fördermitteln ist für neue Akteure wie auch für die digitalen Spezialisten schwierig. Es gibt weder eine strukturierte Übersicht über die Förderprogramme noch über Antragsberechtigte, Fristen oder die Höhe der Mittel. Hier braucht es dringend mehr Transparenz und leicht zugängliche Informationsangebote.

Zudem gehen bestehende Förderschienen zu oft am eigentlichen Bedarf vorbei. Eine erfolgreiche Digitalisierung des Ehrenamtssektors kann nicht auf Basis von Projektförderungen erfolgen, wenn es Organisationen an der grundlegenden Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln fehlt, um sich digital neu aufzustellen, oder wenn die Wartung von Geräten nicht förderfähig ist. Neben solchen Investitionen in Hard- und Software sowie Personal gehört dazu auch die Förderung von Weiterbildungsangeboten zu Digitalthemen, zu neuen digitalen Arbeitsformen und -werkzeugen und der strategischen Neuausrichtung von Organisationen im Digitalzeitalter. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass bei den zu fördernden Organisationen der Wille besteht, Digitalisierung nicht rein

instrumentell zum Beispiel als erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten zu verstehen, sondern sich als Organisation der Digitalisierung ganzheitlich zu stellen, was zu Organisationsentwicklungsprozessen führen kann.

Ein inhaltlicher Austausch zwischen den verschiedenen Ministerien, die derzeit Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement fördern, und eine begleitende Befragung der Fördernehmer*innen ist deshalb dringend notwendig, um weitere Förderlücken zu erkennen und geeignete Mittel zu finden, um sie zu schließen. Nur mit dieser Grundlage – Austausch und begleitende Forschung – ist es möglich, Förderzwecke neu zu formulieren, Förderinstrumente zu hinterfragen und anzupassen und Förderverfahren transparenter und zielführender zu gestalten.

Die Beantragung und die Abwicklung von öffentlicher Förderung sind zudem selbst oft rein analog und stehen den Digitalisierungsbestrebungen entgegen; durch Online-Anträge, Akzeptanz digitaler Signaturen und digitale Berichts- und Belegmöglichkeiten kann Förderung zeitgemäß werden und leichter in digitale Workflows integriert werden.

2.2. Innovative Förderinstrumente ausbauen

Dass es sinnvoll ist, technische Innovationen öffentlich zu fördern, die gesellschaftliche Probleme lösen und dabei gleichzeitig neue Engagementformen hervorbringen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits erkannt und mit der Open Knowledge Foundation Deutschland ein neues Förderprogramm entwickelt. Mit dem Prototype Fund werden innovative Open-Source-Projekte in den Bereichen Civic Tech, Data Literacy, Datensicherheit und Software-Infrastruktur

unterstützt. Der Prototype Fund ist ein guter Anfang für innovative Förderpolitik, reicht aber in seinem zeitlichen (6 Monate Initialförderung) und finanziellen Umfang noch lange nicht aus.

Andere Technologieförderschienen mit größerem Volumen und längerer Laufzeit sind Unternehmen und Forschungseinrichtungen vorbehalten. Zudem ist bei öffentlicher Förderung oft die technische Innovation in einem bestimmten Bereich (z. B. Blockchain) Voraussetzung. Wenn öffentliche Förderung auch im Digitalbereich stärker auf ihre soziale Wirkung ausgerichtet wird, sollten nicht die Technologien im Vordergrund stehen, sondern die Lösung gesellschaftlicher Probleme mit den dafür geeigneten Mitteln – hier kann der Engagementsektor seine Expertise stärker einbringen. Ein sozialer Innovationsfonds, der nicht an einem Ministerium angesiedelt ist, sondern sektorübergreifend fördern kann, wäre ein flexibles Instrument, um eine solche Förderung zu ermöglichen.

3. Öffnung der Digitalpolitik für gesellschaftlichen Input

Digitalpolitik, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt, lässt sich nur gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteur*innen und Initiativen verwirklichen. Hierfür muss sich die Politik noch weiter für Vorschläge aus der Gesellschaft öffnen und diese in die Politikgestaltung miteinbeziehen und für sie ansprechbar werden. Dazu braucht es die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Expertise, ein klares Bekenntnis, deren Wissen und Kompetenzen zu nutzen, und Ansprechpartner*innen, die den Kontakt zur Zivilgesellschaft pflegen. Gleichzeitig braucht es auf Seite der zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Bereitschaft, ihr Wissen zu bündeln, sich zu positionieren und sich selbst aktiv einzubringen.

3.1. Mehr Transparenz über den politischen Meinungsbildungsprozess schaffen

Voraussetzung für Teilnahme an politischen Diskussionen zum digitalen Wandel ist das Wissen um politische Meinungsbildungsprozesse. Zivilgesellschaftliche Akteure und Bürger*innen müssen Einblick darin haben, wie Entscheidungs- und Policy-Prozesse ablaufen und wer daran an welcher Stelle beteiligt ist. Organigramme der beteiligten Stellen, die den Entscheidungsprozess erklären und die jeweiligen Ansprechpartner*innen benennen, sind eine notwendige Grundlage dafür, den Meinungsbildungsprozess transparent und zugänglich zu gestalten. Wichtig ist auch eine zeitliche Übersicht über bevorstehende Prozesse. Das gilt für die lokale Ebene genauso wie für die Bundes- und die europäische Ebene.

Auf lokaler Ebene sind es sogenannte Ratsinformationssysteme, die Bürger*innen einen Überblick über Abstimmungen und bevorstehende Entscheidungen geben. Eine Verpflichtung dazu, anstehende Entscheidungsprozesse unter Angabe der Informationsgrundlagen, der beteiligten Akteur*innen und des Zeitplans vorab zu veröffentlichen, kann für mehr Transparenz sorgen und ermöglicht es zivilgesellschaftlichen Gruppen, ihre Beteiligung notfalls einzufordern. Hier besteht allerdings nicht nur eine Bringschuld seitens der Politik, sondern auch eine Holschuld seitens zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Wer sich politisch einbringen will, braucht ein Verständnis für Politikprozesse und einen guten Blick auf die politischen Debatten.

Eine weitere Forderung, die mit dem Thema Transparenz eng verknüpft ist, ist die Forderung nach offenen Verwaltungsdaten. Darunter fallen maschinenlesbare Abstimmungsprotokolle des Bundestages

genauso wie Studien des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags oder Daten zu Demografie und Gesellschaft. Diese Daten stellen eine wichtige Grundlage für einen demokratischen Meinungsbildungsprozess dar.

3.2. Konsultationsverfahren partizipativ gestalten und die Zivilgesellschaft einbinden

Die klassischen Konsultationsformate sowohl online als auch offline müssen dringend überarbeitet werden. Ein Kernproblem bei Konsultationen liegt darin, dass sich die Beteiligung auf die Kommentierung von Gesetzesentwürfen und Beschlüssen beschränkt. Die Beteiligung erfolgt also zum einen sehr spät im Prozess, andererseits bleibt oft unklar, wie die Ergebnisse der Konsultationsverfahren aufgenommen und umgesetzt werden. Ähnlich verhält es sich bei Anhörungen in den Ausschüssen des Bundestags: Sie sind oft als reine Vortragsformate konzipiert, in der die Sachverständigen hintereinander ihre Positionen vorstellen. Eine übergreifende und ergebnisoffene Debatte, die bei der Abwägung der unterschiedlichen Positionen helfen könnte, findet nicht statt.

Damit bestehende Beteiligungsmöglichkeiten verbessert und von der Zivilgesellschaft stärker genutzt werden, müssen Politik und Verwaltung bei deren Weiterentwicklung aktiv auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen zugehen und sie einbinden. Mit Blick auf Vertreter*innen der Zivilgesellschaft ist es wichtig, Ansprechpartner*innen aktiv zu benennen und sichtbar zu machen. Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen fehlen nicht nur in den Konsultationsprozessen und Anhörungen, sondern auch in den Expert*innengremien, die im Zuge der wachsenden Bedeutung von Technologiepolitik auf Initiative der Bundespolitik entstanden

sind. Prominentes Beispiel dafür ist der im Herbst 2018 einberufene Digitalrat der Bundesregierung. Auch hier ist die Zivilgesellschaft nicht vertreten. Politik und Verwaltung sollten sich verpflichten, keine digitalpolitischen Gremien mehr ohne Beteiligung des Dritten Sektors zu gründen, und alle Gremien ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung zügig um diese zentrale Perspektive zu ergänzen.

Voraussetzung für die Einbindung von Zivilgesellschaft in die Gestaltung von Digitalpolitik ist das Selbstverständnis der Organisationen, sich auch einbringen zu wollen. Hier fehlt bisweilen das Engagement, was damit zu tun haben könnte, dass die Übersetzungsarbeit, was bedeutet Digitalpolitik für meine Organisation und Wirkungsziele, nicht geleistet werden kann. Die Übersetzungsarbeit versteht sich hier in beide Richtungen, das heißt: Was bedeutet die Digitalpolitik für die eigene Arbeit. Und gleichzeitig: Wie können das Wissen und die Erkenntnisse aus der Zivilgesellschaft für die Gestaltung der Digitalpolitik genutzt werden. Klar wird hierbei, dass Digitalisierung nicht als Instrument, sondern als strategische Aufgabe anzuerkennen ist und die Herausforderung auf der Leitungsebene unter Einbeziehung digital-kompetenter Mitarbeiter*innen anzugehen ist.

Ausblick

Die obigen drei Thesen adressieren Herausforderungen, denen sich der Engagementsektor seit Jahren stellen muss und die durch die COVID19-Pandemie an Gewicht gewonnen haben. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben unter diesem Druck mit wenigen Mitteln viel möglich gemacht und etablierte Prozesse ins Digitale übertragen, um ihrer Arbeit weiter nachgehen zu können. Doch es ist absehbar, dass sich mit dem Ende der

Pandemie neue Fragen ergeben, denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen stellen müssen – und auf die sie sich schon jetzt vorbereiten können:

Evaluation: Sind die digitalen Werkzeuge, Kommunikationskanäle und Arbeitsweisen auch unter normalen Bedingungen zweckmäßig? Haben sie neue Zielgruppen erschlossen oder bestehende abgehängt?

Nachhaltigkeit: Sind digitale Lösungen, die unter Zeitdruck und mit wenig Vorerfahrung ausgewählt wurden, wirklich die richtigen? Skalieren die Lösungen auch im dauerhaften Betrieb?

Organisation: Haben sich neue Arbeitsweisen oder ein neues Selbstverständnis von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen entwickelt? Wie wirkt sich das auf Arbeitsprofile, Teamdynamiken und Entscheidungsstrukturen aus?

Hybride Ansätze entwickeln und ausbauen: In hybriden Ansätzen, die das Physische mit dem Virtuellen vereinen, liegen enorme Chancen für den Engagementsektor: So lassen sich gleichzeitig neue Zielgruppen erschließen und bestehende pflegen, was in einer immer mobiler werdenden Gesellschaft zunehmend wichtig wird. Die lokale Verortung vieler Initiativen kann verbunden werden mit überregionaler, weil digitaler Sichtbarkeit und Netzwerkbildung. Aber auch intern können hybride Ansätze Organisationen voranbringen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Arbeiten etablieren. Holokratische oder soziokratische Organisationsmodelle können helfen, hybride Ansätze erfolgreich umzusetzen.

Digitale Kompetenzen weiter stärken: Um die Erfolge bei der Digitalisierung einer Organisation zu sichern und sie weitsichtig

weiterzuentwickeln, müssen digitale Kompetenzen in den Organisationen weiter ausgebaut werden. Gerade in diesem Bereich veraltet Wissen sehr schnell, weshalb Fortbildungen und kontinuierlicher Austausch mit anderen Akteuren enorm wichtig sind.

Welche Rolle das Digitale in den einzelnen Ehrenamtsorganisationen spielen wird, hängt stark von ihren Ressourcen, vor allem aber von ihrem Kontext und ihren Zielgruppen ab. Um die Erfolge der digitalen Transformation im Engagementsektor zu sichern, braucht es eine intensive Vernetzung für Wissensaustausch unter den Akteuren. Bei allen zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen der Mensch und die Lösung sozialer Probleme im Mittelpunkt. Dieser Ansatz verbindet. Die Kooperation zwischen genuin digitalen/netzpolitischen Organisationen und den breiten, per se nicht digital-zentrierten Organisationen sollte ausgebaut werden. Wichtiges Ziel der Vernetzung ist v. a. mit Blick auf die Bundestagswahl, Wissen und Ideen zu bündeln, für die (Digital-)Politik zu übersetzen und die Stimme zu erheben. Verbände wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement können hierbei wichtige Hilfestellung leisten und mit gutem Beispiel vorangehen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 8/2021 vom 15.4.2021.

AUTORINNEN

Elisa Lindinger und Julia Kloiber haben 2019 Superrr Lab, einen feministischen Technologie-Think Tank in Berlin gegründet. Eng vernetzt mit der digitalen Zivilgesellschaft in Deutschland und weltweit erforscht Superrr neue Technologien und ihre Potenziale für die Gesellschaft. Im April 2020 startete Superrr die vielbeachtete Initiative »Aus der Krise lernen – Digitale Zivilgesellschaft stärken!« und entwickelte mit zivilgesellschaftlichen Stakeholdern vier grundlegende Empfehlungen dafür, wie die Zivilgesellschaft den Digitalen Wandel meistern und resilienter werden kann.

Anna Wohlfarth leitet die Stiftung Neue Verantwortung (SNV) seit 2012. Als gemeinnütziger Think Tank beschäftigt sich die SNV mit den gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen von Digitalisierung und technologischem Wandel. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit von Anna Wohlfarth steht die Frage, wie die Zivilgesellschaft die politische und gesellschaftliche Gestaltung des technologischen Wandels stärker gestalten kann. 2019 hat sie die Studie: Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft initiiert, die einen ersten Überblick über das Thema und Akteur:innen bietet.

SUSANNE SALIGER

DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE – FINDEN SIE IHR WARUM

Viele Wege führen zur passenden Digitalisierungsstrategie

Was ist eine »Digitalisierungsstrategie«? Oder »Digitalstrategie«? Oder »digitale Strategie«? Was bedeutet Digitalisierung für eine Organisation? Und wie wird so eine Strategie entwickelt?

Wie so oft gibt es nicht die eine Definition und auch nicht den einen Königsweg. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Gemeinsamkeit, dass sie den digitalen Wandel aktiv gestalten und aus dem technologischen Fortschritt einen Nutzen für ihre Engagierten, ihre Zielgruppen und ihre Mitarbeitenden ziehen möchten. Sei es die Einführung neuer Software, die Anschaffung von Hardware oder die Qualifizierung der Engagierten und Hauptamtlichen – nicht erst seit der Pandemie erhält die Digitalisierung Aufmerksamkeit in den Organisationen. Gleichwohl hat die Pandemie diesen Prozess beschleunigt. Es bieten sich viele Chancen und Potenziale durch die Digitalisierung, aber auch Hürden und Risiken.

Die Robert Bosch Stiftung und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat haben mit dem Träger, der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland¹, 2019 ein mehrjähriges Programm initiiert, um zivilgesellschaftliche Akteure in der strategischen Entwicklung der Digitalisierung in

1 <https://www.ehrenamt.de>

ihren Organisation zu unterstützen: »Die Verantwortlichen #digital«²

Der Leitfaden

Die 1. Förderrunde mit 28 Verantwortlichen aus 14 Organisationen bundesweit wurde von Oktober 2019 bis Dezember 2020 durchgeführt und durch ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen gGmbH³ wissenschaftlich begleitet. In enger Zusammenarbeit mit dem Projektteam der Akademie für Ehrenamtlichkeit hat das Forscherteam die Strategieentwicklung und deren Umsetzung beobachtet und daraus Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für die Praxis entwickelt. Herausgekommen ist der Leitfaden »Den digitalen Wandel in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv gestalten«.⁴

In fünf Schritten werden die Leser*innen durch den (digitalen) Transformationsprozess einer Organisation begleitet:

- Initialisieren
- Konzipieren
- Mobilisieren
- Umsetzen
- Verstetigen

Jeder Schritt wird erläutert und mit Praxisbeispielen verschiedener Organisationen

2 <https://www.die-verantwortlichen-digital.de>

3 <https://www.ziviz.de/>

4 Online verfügbar unter https://www.die-verantwortlichen-digital.de/Erkenntnisse/165_Wissenschaftliche_Begleitung.htm

aus dem Programm illustriert. Am Ende jeden Schrittes sind Leitfragen und eine Checkliste zu finden. Ergänzt wird der Leitfaden durch einen Exkurs zum Umgang mit Widerständen in Veränderungsprozessen und einem Serviceteil mit weiterführenden Leitfäden und Links.

Digitalisierungsstrategie – Finden Sie Ihr WARUM

Flankiert werden die fünf Phasen eines organisationalen Transformationsprozesses durch grundlegende Gedanken und Beobachtungen:

Digitalisierung ist mehr als technologischer Fortschritt: Der Begriff Digitalisierung ist nach wie vor schwer zu greifen. Insbesondere von kleineren und rein ehrenamtlichen Vereinen wird Digitalisierung als Konstrukt wahrgenommen, das erstmal keine Berührungspunkte mit dem Engagement zu haben scheint. Hinzu kommt, dass es je nach Engagementbereich unterschiedliche Herausforderungen gibt: Art der Tätigkeiten, Bedürfnisse der Zielgruppen, Anzahl der Ehren- und Hauptamtlichen, Nutzung von digitalen Anwendungen (und Befähigung dazu) sowie der Ausbau der technischen Infrastruktur, um nur einige Herausforderungen zu nennen. Hier kann es Inspiration und Hilfestellung für die organisationale Weiterentwicklung, aber keinen Königsweg geben.

Im Zentrum stehen die Menschen. Auch wenn Digitalisierung häufig mit Technologie assoziiert wird, stehen im Mittelpunkt von digitalen Veränderungsprozessen die Organisationsangehörigen, die die Organisationskultur (im Sinne von Denk- und Verhaltensweisen, geteilten Haltungen und Werten) prägen. Handlungsleitend für die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden sind vor allem die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Zielgruppen (z. B.

Kinder, Jugendliche, pflegebedürftige Menschen, Suchtabhängige etc.). Mit den Mitarbeitenden kann eine Basis für erfolgreiche digitale Veränderungsprozesse geschaffen und gefördert werden, die unabhängig von finanziellen Ressourcen ist. Dies kann durch Ausprobieren, Austausch untereinander und mit anderen Organisationen, gelebte Fehlerkultur, Erfahrungen sammeln, Pilotprojekte durchführen und Experimentierräume schaffen u. ä. ermöglicht werden. Dadurch kann eine Offenheit für Veränderungen entstehen und dem Thema mit weniger Angst begegnet werden.

Inwiefern kann Digitalisierung die Erreichung der Organisationsziele unterstützen? Neben Digitalisierung ist auch der Begriff Strategie für viele etwas Abstraktes. Gemeint ist, sich bewusst zu machen, in welche Richtung sich die Organisation verändern möchte und wo der Fokus liegen soll. Im Leitfaden wird Digitalisierungsstrategie als strukturierter Denkprozess definiert, »...der hilft, Entscheidungen zu treffen und Chancen zu erkennen, die mit digitalen Transformationsprozessen einhergehen. Dieser Prozess ist nicht losgelöst von anderen strategischen Entscheidungen...«⁵, sondern ein Teil davon.

Digitale Veränderungen sollten nicht um der Digitalisierung willen erfolgen, jedoch Fragen nach dem Nutzen (inwiefern hilft Digitalisierung, um z. B. mehr Ehrenamtliche zu gewinnen) und dem WARUM beantworten. Das WARUM hilft, die eigenen Beweggründe zu erforschen. Es wird ein Bewusstsein dafür geschaffen, WARUM

5 Bork, M./Dr. Tahmaz, B. (2021): Den digitalen Wandel in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv gestalten, S. 14, online verfügbar unter: https://www.die-verantwortlichen-digital.de/Erkenntnisse/mediabase/pdf/210330_zsv_leitfaden_die_verantwortlichen_rz_digital_968.pdf

SALIGER: DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE

Digitalisierung in der Organisation genutzt werden soll(te) oder WARUM in bestimmten Bereichen auch nicht. Dies ermöglicht, grundlegende Entscheidungen zu treffen, welche digitalen Veränderungen erfolgen sollen.

Auf einen Blick: Gelingenskriterien⁶

Zusammenfassende Gelingenskriterien geben Orientierung und Tipps bei der strategischen Gestaltung des digitalen Wandels in zivilgesellschaftlichen Organisationen:

- Warum und wofür: Warum machen Sie das und wofür ist es gut?
- Done is better than perfect: Entwickeln Sie eine digitale Organisationskultur und haben Sie Mut zum Unperfekten.
- Mindset: Veränderungsbereitschaft ist ein zentrales Kriterium, das die Voraussetzung schafft, Dinge neu zu denken. Gehen Sie mit Neugier und Offenheit in den Prozess.
- In den Rucksack schauen: Welche Erfahrungen zum Thema Digitalisierung wurden bereits gesammelt? Bauen Sie darauf auf.
- Das Rad nicht neu erfinden: Wie lösen andere Organisationen digitale Herausforderungen? Holen Sie sich Inspiration.
- Informierte Entscheidungen treffen: Identifizieren Sie Trends und hinterfragen Sie sie.
- Prioritäten setzen: Nicht alle Vorhaben auf einmal umsetzen, sondern mit einem Pilotprojekt starten, in dem erste Erfahrungen gesammelt werden können.
- Kommunikationsmaßnahmen planen: Binden Sie frühzeitig beteiligte Personen in den Prozess ein, so können Sie Widerständen entgegenwirken.
- Eine verantwortliche Person bestimm-

men: Es bedarf jemanden, der bzw. die das Thema mit Begeisterung in die Organisation trägt.

- digitales Team bilden: Identifizieren Sie Personen, die den Prozess befürworten und als Treiber fungieren können.
- You are not alone: Viele Organisationen befinden sich in einer ähnlichen Situation. Gehen Sie in den Austausch (Peer Learning) und lernen Sie voneinander.
- Nehmen Sie sich Zeit: Kleine Schritte sind auch Schritte, aber kommen Sie in den Prozess des Handelns.
- Nur wer nichts macht, macht keine Fehler: Haben Sie Mut, etwas auszuprobieren und auch Fehler zu machen. Lernen Sie aus den Fehlern.

Über das Programm: Die Verantwortlichen #digital

In zwei Förderrunden werden je 14 Organisationen bundesweit bei der Erarbeitung einer zielgerechten und passgenauen Digitalisierungsstrategie unterstützt. Aus jeder dieser Organisationen werden zwei verantwortliche Personen gesucht (Leitungsebene und Digitalisierungsverantwortliche*r), die am Programm teilnehmen. Durch professionelle Beratung bei der Analyse, Strategieentwicklung und ersten Umsetzungsschritten wird ihre Organisation begleitet. Die Verantwortlichen nehmen an persönlichen Weiterbildungen teil, um ihre Führungs- und Digitalkompetenzen zu erweitern. Zudem tauschen sie sich mit anderen Verantwortlichen aus dem Programm bei Peer-to-Peer- und Vernetzungstreffen intensiv aus und beraten sich gegenseitig. Darüber hinaus können die jeweiligen Organisationen zur Umsetzung der geplanten Strategemaßnahmen ein Budget beantragen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 8/2021 vom 15.4.2021.

⁶ Ebd., S.34/35

AUTORIN

Susanne Saliger ist Beraterin und Trainee-
rin bei der Akademie für Ehrenamtlichkeit
Deutschland. Sie leitet das Projekt »Die
Verantwortlichen #digital«.

URSEL WOLFGRAMM/ DEBORAH CASTELLO

DAS #ARTSOCIAL INNOVATION FESTIVAL – KREATIVE KOLLABORATION ÜBER SEKTORGRENZEN HINWEG

Zweiter sozialer Hackathon

Zusammendenken, was (bislang) nicht zusammengehört, den Blick weiten, Unmögliches möglich machen. Unter dem Motto »Kreativität ist der Rohstoff der Zukunft« hat unser Verband, der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg, Ende Februar zusammen mit Kooperationspartnern bereits den zweiten Hackathon veranstaltet. Diesmal verbunden mit einem Art Festival, da die Kulturschaffenden besonders unter den Coronamaßnahmen leiden müssen.

Was ist denn das – ein Hackathon?

Hackathons haben ihren Ursprung im Bereich der Soft- und Hardware-Entwicklung und sind eine Veranstaltung, bei der innovative Projekte gestartet, ungewöhnliche Ideen entwickelt und wichtige Kontakte geknüpft werden. Über einen begrenzten Zeitraum, meistens etwa 2 bis 3 Tage lang, arbeiten Menschen unterschiedlicher Profession und Herkunft an der Lösung verschiedenster Problemstellungen – komplett digital. Längst sind Hackathons aber mittlerweile in der Welt außerhalb der Digitalwirtschaft angekommen und so haben wir im vergangenen Jahr zu Beginn der Coronapandemie unseren ersten »sozialen Hackathon« inszeniert, wo es bei »Care hackt Corona« darum ging, verschiedene Problemlagen der Sozialwirtschaft in interdisziplinären Teams zu lösen.

Unser diesjähriger Hackathon, das #ArtSocial21 Innovation Festival, legte hier in vielerlei Hinsicht noch eine Schippe drauf: Es ging bei der ArtSocial21 nicht mehr »nur« um Problemstellungen der Sozialwirtschaft, sondern um Problemlösungen für fünf Megatrends unserer Gesellschaft – Gerechte Bildung, Klimawandel, Digitalität, Verteilungsgerechtigkeit und Neues Arbeiten (New Work). Das Ganze war eingebettet in ein digitales Kunst- und Kulturfestival mit Liveauftritten von Musiker*innen, Kurzfilmen, Lesung, Sofakonzerten und vielem mehr. Die Festivalbeiträge wurden aus einem Studio heraus gestreamt.

Kreativität ist der Rohstoff der Zukunft

Hintergrund war zum einen der Gedanke, dass unsere Gesellschaft mit umwälzenden Herausforderungen konfrontiert ist wie nur wenige Generationen zuvor: Die digitale Transformation, Klimawandel, eine weltweite Pandemie und viele Megatrends durchdringen unsere Lebenswelten, beeinflussen unser Zusammenleben. Gleichzeitig stehen uns als Gesellschaft auch materielle und ideelle Möglichkeiten wie nie zur Verfügung. Nur gemeinsam und branchenübergreifend können wir diese globalen Probleme angehen und meistern! Es ging also darum, kreative Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Dabei leitete uns die Überzeugung, dass Kreativität der Rohstoff der Zukunft ist, denn: Maschinen mögen dem Menschen in Sachen Rechenleistung und

Mustererkennung überlegen sein, aber nicht in Sachen Zukunftsgestaltung. Und gerade in Krisenzeiten brauchen wir positive Zukunftsbilder, die die Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit unterstützen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – in unseren eigenen Organisationen, aber auch darüber hinaus.

Kollaboration über eigene Sektorgrenzen hinaus: Innovationskraft heben

Zum anderen ging es uns aber auch darum, die Möglichkeiten digitaler Zusammenarbeit auszuloten, den Spaß an Kollaboration über die eigenen Sektorengrenzen hinaus zu wecken und so Innovationskraft zu heben, die Menschen gleichzeitig aber »da abzuholen, wo sie sind«, das heißt, ihnen eine neigungsorientierte Zusammenarbeit zu ermöglichen. So wurde schließlich an einem verlängerten Wochenende Ende Februar in interdisziplinären Teams aus Sozial-, Kreativ- und Digitalwirtschaft sowie aus der Zivilgesellschaft an den für uns wichtigsten fünf Megatrends gearbeitet.

Ein solches Großprojekt stemmt ein Verband natürlich nicht mal so nebenbei alleine. Daher haben wir uns schon früh um Mitstreiter bemüht, die wir im Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Social Impact gGmbH gefunden haben. Auch für externe Unterstützer*innen und Sponsoren war das Format so attraktiv, dass wir hier Namen nennen können wie SAP, den SWR, die Vector Stiftung, die Eva Mayr-Stihl Stiftung und viele mehr. Die Schirmherrschaft hatte die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut übernommen.

Vielfältige kulturelle Beiträge und prominente Keynotespeaker

Als ganz besonders wertvoll hat sich auch die Idee erwiesen, unseren Hackathon in

ein Kunst- und Kulturfestival einzubetten mit Liveauftritten von Musiker*innen, Poetry Slam, Kurzfilmen, Sofakonzerten und vielem mehr. Dies war einerseits eine wunderbare Möglichkeit für Künstler*innen, auftreten zu dürfen, was ihnen pandemiebedingt ja aktuell kaum möglich ist. Andererseits zeigte sich aber vor allem auch die unmittelbare Wirkung von Musik und Kunst auf unser kreatives Schaffen und unser seelisches Befinden. Sämtliche »Hacker*innen« in den Teams, aber auch die Zuschauer*innen über Streaming (insgesamt mehr als 5.000) zeigten sich inspiriert und begeistert von den kulturellen Beiträgen beim Festival.

Für Inspiration sorgten natürlich auch unsere prominenten Keynotespeaker, die das Ganze mit ihren Impulsen inhaltlich anreicherten. So regte Arzt und Kabarettist Eckart von Hirschhausen mit seinem Beitrag »Warum wir nicht uns, sondern das Klima retten müssen« zum Nachdenken an, Club of Rome-Mitglied Franz-Josef Radermacher lud zur Schilderung der »Welt von morgen?!« ein und Daniel Schwarz sprach als Experte für Serious Games darüber, wie »mit Games die Welt zu retten« ist.

Inspirierende Wirkung des Festivals

Eines war am Ende klar: Die Einschätzung, dass Kreativität der Rohstoff der Zukunft ist, trifft absolut ins Schwarze. So war die Wirkung des Festivals in alle Richtungen enorm innovativ und nachhaltig. Sowohl die Haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden unseres und anderer Wohlfahrtsverbände, als auch die Teilnehmenden aus Digital- und Kreativwirtschaft sahen den größten Gewinn darin, über den eigenen Tellerrand geblickt zu haben. Andere Perspektiven einzunehmen, einen neuen, unverbrauchten Blick auf die Dinge zu wagen, sich einzulassen auf Argumente und

WOLFGRAMM/ CASTELLO: #ARTSOCIAL INNOVATION FESTIVAL

Meinungen anderer Professionen und gesellschaftlicher Bereiche, das weckte großes kreatives Potenzial bei allen Beteiligten. Das gemeinsame, sinnstiftende Element, mit dem eigenen Tun die Welt ein Stückchen besser zu machen, sorgte schließlich für eine gehörige Portion Selbstwirksamkeit in diesen oft fremdbestimmten Zeiten, bei allen Beteiligten. Und die Ergebnisse des Hackathons, die als Highlight zum Abschluss auf der Bühne präsentiert wurden, haben das Potential, die Zukunft positiv zu gestalten.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 8 vom 15.4.2021.

AUTORINNEN

Ursel Wolfgramm ist seit 2015 Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg und Geschäftsführerin der Paritätischen Managementgesellschaft mbH (PMG).

Deborah Castello ist Leiterin der Stabsstelle Grundsatzfragen und Lobbyarbeit des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg.

Weitere Informationen:

 #ArtSocial21: <https://artsocial21.org/>

KAI FRITZSCHE

DIGITALISIERUNG UND SOZIALE ARBEIT – DAS BEISPIEL DATENSCHUTZ

Die Freiheitssphäre des Einzelnen

Die Digitalisierung macht auch vor der Sozialen Arbeit nicht halt. Auch hier wird mittlerweile – durch die Corona-Pandemie erheblich beschleunigt – mit zahlreichen digitalen Tools und Methoden gearbeitet; sei es mit Hilfe-Apps oder bei der Öffentlichkeitsarbeit (Stichwort: Social Media) oder internen Prozessen (Projektmanagement u. Ä.). Dass dabei, wie bei allen digitalen Anwendungen, jede Menge Daten produziert werden, ist ebenso klar wie der Umstand, dass der Sozialen Arbeit bzw. den in ihr Tätigen eine große Verantwortung beim Schutz von Datenmaterial zukommt. Doch hier entstehen Lücken, wie ein einfaches Praxisbeispiel zeigt.

Ein junger Mensch mit Drogenproblemen sucht über einen Browser das Kontaktbüro von Sozialarbeitenden auf. Dort findet ein (professionelles) Gespräch statt. Im Raum befinden sich mehrere Geräte, die über Apps mit Ortungserlaubnis verfügen. Das Handy des jungen Menschen sendet seinen Standort an den Internet-Provider, und die Handys und PCs der Sozialarbeitenden geben ihren Standort über den Browser ebenfalls bekannt. Wenn nun die Sozialarbeitenden während ihrer Beratungstätigkeit das Internet benutzen, können die dabei produzierten Daten und Informationen (beispielsweise Standorte und Suchbegriffe) im Grunde beliebig verknüpft werden. So kann das virtuelle Profil des jungen Menschen »erweitert« werden

und ihm bei einer möglichen Fehlverknüpfung einzelner Datenspuren in ganz anderen Situationen (Wohnungssuche, Kreditanfragen, Online-Einkäufe usw.) schaden. Sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann also, ohne dass einer der beteiligten Sozialarbeitenden irgendeine schlechte Absicht gehabt hätte, relativ leicht verletzt werden.

Hierbei handelt es sich keineswegs um ein »Kavaliersdelikt« oder eine Petitesse. Die rechtliche Situation beim Schutz von Menschen- und Bürgerrechten ist ganz klar und eindeutig. Als das Bundesverfassungsgericht 1983 im Zusammenhang mit dem sogenannten Volkszählungsurteil das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erstmals formulierte, bezog es sich dabei explizit auf die Grundrechte, die im Grundgesetz formuliert sind und die ihrerseits auf die Menschenrechte zurückzuführen sind.

Dort heißt es in Artikel 12 (Freiheitssphäre des Einzelnen):

»Niemand darf willkürlichen Eingriffen in das eigene Privatleben, die eigene Familie, die eigene Wohnung und den eigenen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen der eigenen Ehre und des eigenen Rufes ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.«¹

¹ vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: <https://www.amnesty.de/alle-30-artikel-der-allgemeinen-erklaerung-der-menschenrechte>

Die Pflicht, Menschen menschlich zu behandeln

Das InterAction Council hat 1997 die Erklärung der Menschenpflichten als Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte den Vereinten Nationen (UNO) und der Weltöffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt. Sie beschreibt Pflichten, die von jedem Menschen einzuhalten sind, um die Menschenrechte zu gewährleisten. Artikel 1 aus den fundamentalen Prinzipien für Humanität lautet wie folgt:

»Jede Person, gleich welchen Geschlechts, welcher ethnischen Herkunft, welchen sozialen Status, welcher politischer Überzeugung, welcher Sprache, welchen Alters, welcher Nationalität oder Religion hat die Pflicht, alle Menschen menschlich zu behandeln.«²

Die Soziale Arbeit kann hier mit ihrem bisherigen Identitätsverständnis einen praktischen Bezug finden und hat in ihrer Grundsatzerklärung der Internationalen Föderation der Sozialarbeiter eine eigene Interpretation der Menschenrechte formuliert, die sich auch mit der praktischen Ausgestaltung der Menschenrechte innerhalb der Menschenpflichten verbindet. So heißt es dort:

»Der Beruf der Sozialarbeit übernimmt seinen Teil der Verantwortung dafür, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese zu beseitigen. Sozialarbeiter müssen diese Verantwortung in ihrer Praxis bei Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinschaften, in ihrer Rolle als Vertreter von Ämtern oder Organisationen sowie als Bürger einer Nation und der Welt wahrnehmen.«³

2 vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten: https://www.interactioncouncil.org/sites/default/files/de_udhr%20ltr.pdf

3 vgl. Geschichte der Menschenrechte: <https://www.ifsw.org/human-rights-policy/>

Personenbezogene Daten im Kontext Sozialer Arbeit schützen – aber wie?

Daraus folgt ein expliziter Auftrag für die Grundlagen Sozialer Arbeit, der sich in den praktischen Tätigkeiten der Sozialarbeitenden niederschlagen muss, wenn damit eine ernsthafte Bedeutung verbunden sein soll. Die praktische Ausgestaltung – von der Haltung zu Menschenrechten bis hin zur täglichen Praxis – stellt daher eine Herausforderung in der methodischen Arbeit mit betroffenen Menschen dar. Die Frage, wie sich personenbezogene Daten im Kontext Sozialer Arbeit so gut wie möglich schützen lassen bzw. wie eine unzulässige Verbreitung solcher Daten oder gar ihr Verkauf aktiv verhindert werden kann, steht daher aktuell auf der Tagesordnung.

Nun hat bekanntlich die Veränderung der Gesellschaft (Prozesse und Handlungen) durch weltweit vernetzte Entwicklungen an Geschwindigkeit gewonnen und führt zu Verunsicherungen auch in der Praxis Sozialer Arbeit. Haltungs- und Handlungsvorschriften können hierbei die Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Arbeit sein und geben einen individuellen Handlungsrahmen für den Umgang mit moralischen Konflikten. Soziale Arbeit agiert in allen Gebieten gesellschaftlicher Veränderung und hat damit eine Seismographenfunktion innerhalb des Systems von Gesellschaft. Professionelle Soziale Arbeit ist essentieller Bestandteil der Gesellschaft und hat die Pflicht, durch ihre Arbeit die Beachtung der individuellen Grundrechte auf Basis ihrer Expertise und Erfahrung zu gewährleisten und dies auch in Politik und Gesellschaft zu transportieren.

Datenschutz und Datensicherheit fangen mit der inneren Haltung dazu an

Was braucht also die Soziale Arbeit aktuell im Kontext von Datenschutz und

Datensicherheit? Zunächst vor allem eine innere Haltung. Es kommt auf jede*n selber an. Mittlerweile gibt es genug Beispiele, wie datensichere Kommunikation gelingen kann, und jede Person ist selbst aus einer inneren Haltung heraus verantwortlich, Programme und Tools zu erproben und zu verwenden, welche die Daten der uns anvertrauten Personen nicht weitergeben. Nur zu warten, bis eine Vorgabe die andere ablöst, bringt uns nicht voran.

Sozialarbeitende sind bei ihrer Arbeit auf das Vertrauen ihrer Adressat*innen unbedingt angewiesen. Sie sind schon deshalb dazu verpflichtet, sich mit den Datenspurten, die in der Arbeit generiert werden, zu beschäftigen und vor allem personenbezogene Daten vor Missbrauch zu schützen. Dies bedeutet, von vornherein auch darauf zu achten, so wenig Daten wie möglich zu produzieren und offen zu legen. Sozialarbeitende brauchen Zeit, Anspruch und Interesse, die verschiedenen Wege der Datenverarbeitung zu durchblicken und geeignete Anwendungen zu benutzen, die den Datenmissbrauch verhindern.

Ein Dienst für das Smartphone beispielsweise kann so konfiguriert werden, dass nur wenige Daten produziert und für Werbe- oder sonstige fremde Zwecke weitergereicht werden können. Der einzige Haken dabei oft: Es muss nur gemacht werden! Dass ein Raum für Einzelgespräche in einer Einrichtung so gebaut ist, dass von außen nicht mitgehört werden kann, ist selbstverständlich. Und genau diese Selbstverständlichkeit ist eben auch bei Gesprächen oder Nachrichten über digitale Medien notwendig.

Ähnliches gilt auch für die Nutzung von Nachrichtendiensten. Die Erfahrung zeigt, dass Adressat*innen durchaus bereit sind, Apps (zum sicheren Kommunikations-

verkehr) zu installieren, wenn damit die Unterstützung der Sozialarbeitenden gewährleistet wird. Sozialarbeitende brauchen auch Videokonferenz- und Austauschtools, über welche die Daten und Diskussionen mit den Adressat*innen nicht weitergegeben werden und die über lokale (zumindest europäische) Server funktionieren und nur das wirklich Funktionsnotwendige speichern. Die Bereitstellung von Internetverbindungen in Einrichtungen der Sozialen Arbeit ist inzwischen über gute VPN-Knoten möglich und kann über die Sachkosten der Einrichtung ermöglicht werden. Auch die Organisation der Sozialen Arbeit im Rahmen von Abstimmungsprozessen im Team sowie der Dokumentation der Arbeit gegenüber Fördermittelgebern ist eine datenverursachende Arbeit. Diese kann über geeignete Plattformen organisiert werden, die nur wenige oder keine Übermittlung von sensiblen Daten verursachen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 11/2021 vom 3.6.2021.

AUTOR

Kai Fritzsche ist Fachreferent für Digitalisierung, seit 19 Jahren in der Sozialen Arbeit unterwegs und beschäftigt sich seit 8 Jahren intensiv mit Digitalisierung im Kontext Sozialer Arbeit. Er ist derzeit unter anderem Programmleiter FSJ Politik (Sächsische Jugendstiftung), Landesvorsitzender der Sächsische Landjugend und Fachreferent Digitalisierung bei rediak concept.

Weitere Informationen:

🌐 Website rediak concept: <https://rediak.weebly.com/>

🌐 Website Eid der Sozialen Arbeit: <https://sozialer-eid.weebly.com/>

🌐 Website Charta Soziale Arbeit: <https://charta-soziale-arbeit.weebly.com/>

THOMAS OEBEN

TRISEKTORALER LÖSUNGSANSATZ ZUR BEWÄLTIGUNG DES PFLEGENOTSTANDS

Passgenaue Unterstützung pflegender Angehöriger – innerhalb von 24h

Es ist für uns in Deutschland völlig selbstverständlich, dass wir unsere Online-Bestellungen innerhalb von 24 Stunden an die Haustür geliefert bekommen. Wenn es aber um die Unterstützung im Alltag geht, wissen die meisten Menschen gar nicht, an wen sie sich wenden sollen. Geduld ist angesagt, denn Hilfe innerhalb von 24 Stunden ist bisher so gut wie unmöglich.

Diese Erkenntnis veranlasste drei ehemalige Kollegen aus der Geschäftsführung eines erfolgreichen Logistikunternehmens im Jahr 2015 zum Aufbau eines sozialen Unterstützungsnetzwerks mit dem Ziel, hilfebedürftigen Senior*innen und pflegenden Angehörigen innerhalb von 24 Stunden die Hilfe zukommen zu lassen, die sie gerade benötigen. Und zwar passgenau, qualitativ hochwertig, kostengünstig, flächendeckend und deutschlandweit. Mit dem Verein deinNachbar wurde die dafür notwendige logistisch optimierte Versorgungsorganisation geschaffen. Die Helferportal GmbH & Co. KG entwickelte das notwendige IT-System sowie die dazugehörigen Helferapps, um so eine effiziente und schnelle Koordination sicherzustellen.

Aktuelle Situation in der Pflege

In Deutschland leben aktuell 4,6 Mio. pflegebedürftige Menschen. Davon wird lediglich ein Fünftel stationär versorgt.

Vier Fünftel wohnen zuhause und werden meist durch Angehörige betreut. Von diesen 3,7 Mio. Menschen erhält nur ein Viertel Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst. Die Hauptlast der Pflege liegt also auf den Schultern der pflegenden Angehörigen, die den Pflegeberuf nie erlernt haben, die Tätigkeit aber laut AOK Pflegereport 2020 im Durchschnitt mit 43 Stunden pro Woche ausüben.

Über 6% aller Arbeitnehmer*innen sind gleichzeitig die Hauptpflegeperson eines Angehörigen. Diese enorme Doppelbelastung bringt viele Betroffene an die Grenze ihrer Belastbarkeit und verursacht auch für die Arbeitgeber*innen hohe Kosten durch Präsentismus und Absentismus, die in einer Studie von Schneider mit 14.000 Euro p.a. beziffert wurden (Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik: »Betriebliche Folgekosten mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Pflege«. Helmut Schneider, 2011.

Ausblick

Das Bundesministerium für Gesundheit prognostiziert für das Jahr 2030 5,4 Mio. pflegebedürftige Menschen. Das bedeutet eine Verdoppelung innerhalb von 15 Jahren. Dazu kommen wahrscheinlich noch einmal 8 Mio. Hilfebedürftige, die zwar noch keinen Pflegegrad haben, aber auf Unterstützung im Alltag angewiesen sind. Wir müssen also damit rechnen, dass in neun Jahren jede*r sechste Bürger*in

auf Unterstützung im täglichen Leben angewiesen sein wird. Und das bei 500.000 fehlenden Pflegefachkräften, wie aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgeht.

Die vor zwei Jahren vom Bundesgesundheitsministerium eingeleiteten Maßnahmen zur Rekrutierung von 13.000 zusätzlichen Pflegekräften führten leider bisher nur zu 2.600 Neueinstellungen. Das entspricht 0,5% des Bedarfes, den wir in neun Jahren decken müssen. Um die auf uns zukommende Versorgungslücke der pflegebedürftigen Menschen erfolgreich schließen zu können, müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eng zusammenarbeiten.

Interdisziplinärer Lösungsansatz: deinNachbar e. V.

Um diesem Versorgungsproblem entgegenzuwirken, haben wir einen interdisziplinären Lösungsansatz aus Pflege, modernem Ehrenamt, reibungsloser Logistik und der Digitalisierung entwickelt und mit dem Verein deinNachbar bereits erfolgreich in München umgesetzt.

Die erste Prämisse war die stringente Arbeitsteilung. Wenn wir viel zu wenig Pflegekräfte in Deutschland haben, so müssen wir die zur Verfügung stehenden Fachkräfte nur für die Tätigkeiten einsetzen, die ihnen aufgrund ihrer Ausbildung vorbehalten sind (nursing). Alle anderen Tätigkeiten (care-taking) müssen somit auf viele verschiedene Schultern von geschulten Laienhelfer*innen verteilt werden. Damit Laienhelfer*innen nachhaltig zur Unterstützung hilfebedürftiger Menschen gewonnen werden können, ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sie Freude an der Tätigkeit haben. Dieses Ziel erreichen wir, indem wir den Helfer*innen nur

passgenaue Einsatzmöglichkeiten digital offerieren. D. h. Einsätze, die nur die Tätigkeiten umfassen, die sie gerne ausüben, zu den Zeitfenstern, die in ihren Wochenplan passen, die in ihrem geographischen Wunschgebiet liegen und die ihren Interessen und Qualifikationen entsprechen.

Mit digitaler Unterstützung können die Laienhelfer*innen Anfragen bequem über eine App oder SMS zu- oder absagen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, wenn sie einmal keine Zeit oder Lust haben. Die Verbindlichkeit der Versorgung entsteht durch die Engmaschigkeit des Netzwerks, sodass immer jemand gefunden wird, der auch bereit ist, den Einsatz zu übernehmen.

Eine zweite wichtige Komponente ist die Qualifizierung und Begleitung der Engagierten durch Pflegefachkräfte. Auch die Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen werden von Fachkräften vor Ort ermittelt. Das geht häufig einher mit einem Beratungsgespräch und der Unterstützung der Angehörigen bei der Organisation der Pflegesituation. Die Fachkräfte beurteilen beispielsweise auch, ob die Einsatzart für Laienhelfer*innen geeignet ist, oder ob ein spezialisierterer Dienst die Versorgung ergänzen muss. Die professionelle Begleitung durch unsere Pflegefachkräfte während der gesamten Pflegesituation ist neben der Unterstützung durch geschulte Alltagsbegleiter eine wichtige Säule der Entlastung pflegender Angehöriger.

Um die Hilfestellung innerhalb kürzester Zeit verfügbar zu machen, hat der Verein deinNachbar alle Prozesse logistisch optimiert und die aufwändige Helfersuche und die Koordination mit der Softwarelösung Helferportal digitalisiert.

OEBEN: TRISEKTORALER LÖSUNGSANSATZ PFLEGENOTSTAND



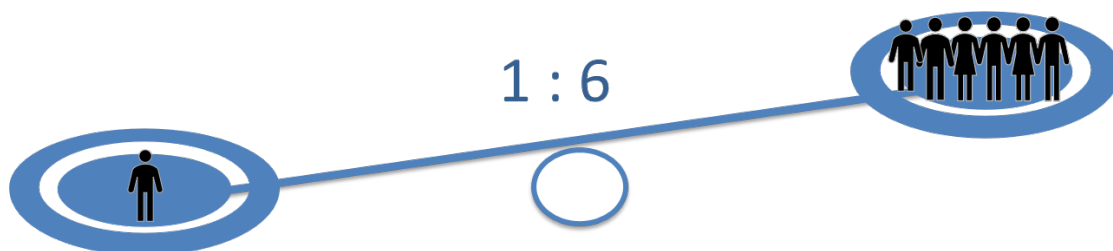
Logistik und Digitalisierung im sozialen Bereich

Ergebnis

Basierend auf dem Prinzip der absoluten Freiwilligkeit und der digitalen Offerte von passgenauen Einsatzmöglichkeiten in der Nachbarschaft, erfreut sich der Verein deinNachbar eines steten Zulaufs an ehrenamtlichen Helfer*innen. Die Schulung zur Alltagsbegleiter*in, zahlreiche Fortbildungen sowie die Qualität der Versorgung werden durch 2,5 angestellte Pflegefachkräfte sichergestellt.

Aktuell erbringen ca. 300 engagierte Alltagsbegleiter*innen 2.300 Einsatzstunden pro Monat. Das entspricht der Leistung von 16 Vollzeitkräften. Durch die stringente Arbeitsteilung und den Hebel der Engagierten kann eine Pflegefachkraft so viel leisten wie fünf Vollzeitkräfte.

Mit diesem bereits mehrfach ausgezeichneten Konzept lässt sich der Pflegenotstand signifikant reduzieren.



Hebel einer Fachkraft

Konzept zur Nachahmung

Das Versorgungsmodell von deinNachbar ist seit fünf Jahren erprobt und jederzeit auf andere soziale Organisationen übertragbar und skalierbar. Die Aufbau- und Ablauforganisation wurde in einem Handbuch detailliert dokumentiert, so dass Fehler vermieden werden und der reibungslose Ablauf schnell sichergestellt werden kann.

Notwendige Maßnahmen

Um eine schnelle Skalierung des Modells voranzutreiben, sollte die Politik Anreize für die logistische Optimierung und – wo notwendig – auch für die Professionalisierung und die Digitalisierung von bestehenden Nachbarschaftshilfen setzen. Auf diese Weise könnte man bestehende Infrastrukturen, Bekanntheitsgrad sowie Helfernetzwerke ausbauen und innerhalb kürzester Zeit gemeinsam schlagkräftig und qualitätsgesichert gegen die aufkommende Versorgungslücke ankämpfen.

Ohne die Entlastung der Pflegefachkräfte und der pflegenden Angehörigen durch Laienhelfer steuern wir in Deutschland auf eine humanitäre Katastrophe zu.

Erschienen im BBE-Newsletter am 2/2021 vom 21.1.2021, aktualisiert am 18.10.2021.

AUTOR

Thomas Oeben ist als geschäftsführender Vorstand für die strategische und operative Ausrichtung des Vereins deinNachbar zuständig. Der studierte Betriebswirt verfügt über 20 Jahre Erfahrung im Bereich der Logistik und des Supply Chain Managements und hat u. a. als Chief Operating Officer in einer Dienstleistungsaktiengesellschaft weltweite logistische Netzwerke aufgebaut und gesteuert. Nun bringt er logistische Ansätze und die Digitalisierung in den sozialen Bereich ein und baut mit seinen Kolleg*innen und vielen geschulten ehrenamtlichen Helfern ein soziales Unterstützungsnetzwerk auf.

SOPHIE ACHERMANN/ VINZENZ HIMMIGHOFEN/ PATRICK MÜLLER/ ANDRE WOLF

ZUR INITIATIVE ANSTOSS DEMOKRATIE

Was ist ANSTOSS DEMOKRATIE?

ANSTOSS DEMOKRATIE hat zum Ziel, einen dezentralen Hub von und für AkteurInnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft in der D-A-CH-Region, also in Deutschland, Österreich und der Schweiz, aufzubauen. Dieser Hub soll die strategische Vernetzung der AkteurInnen stärken, kollektives Wirken befördern und als Ressource für die Arbeit zur Stärkung der demokratischen Kultur fungieren. Der Hub richtet sich nicht unmittelbar an Bürgerinnen und Bürger, sondern an Initiativen und Organisationen, die in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Wirkungsbereich als MultiplikatorInnen agieren. Diese AkteurInnen sollen durch den Hub gestärkt werden, indem er die Schaffung und Nutzung von Synergien unterstützt. Die InitiatorInnen dieses Vorhaben sind die ERSTE Stiftung, die Europäisches Forum Alpbach Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Stiftung Mercator Deutschland und die Stiftung Mercator Schweiz. Das International Alumni Center, eine Tochtergesellschaft der Robert Bosch Stiftung, koordiniert die vorbereitende Inkubationsphase 2021–22.

Warum wurde die Initiative gestartet?

Demokratie und demokratische Kultur werden in Deutschland vor allem aus einer nationalen Sichtweise heraus diskutiert. Daran haben weder die Globalisierung noch die über viele Jahre zunehmende

Übertragung von Souveränitätsrechten an die Europäische Union etwas geändert. Die fortschreitende Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens liefert einen weiteren, gewichtigen Grund, diese Sichtweise hin zu einer grenzüberschreitenden zu verändern. Denn sie ermöglicht die massenhafte Verbreitung von Informationen durch potentiell jede Person auf unserem Planeten – oftmals losgelöst von effektiver nationalstaatlicher Kontrolle. Daraus hat sich auch eine Internationale der Desinformation gebildet, die zum Teil gezielt außenpolitisch genutzt und befeuert wird (Russia Today als Fernsehmedium sowie seine Präsenz in den sozialen Medien sind dafür ein prägnantes Beispiel). Das spüren Menschen, die im Fokus gesellschaftlicher Debatten stehen, ganz besonders: Bundestagsabgeordnete, BürgermeisterInnen, JournalistInnen, Geflüchtete, Frauen mit Migrationsgeschichte und/oder Medienpräsenz. Sie werden regelmäßig in der Ausübung ihrer verfassungsmäßig verbürgten Rechte angegriffen, auch physisch. Digitalisierung im Kontext von Demokratieentwicklung ist also keine rein digitale Angelegenheit, sondern manifestiert sich gerade in digital-analogen Wechselwirkungen.

Die Herausforderungen der Digitalisierung für demokratische Kultur lassen sich kaum regulatorisch auf nationaler Ebene lösen. Es werden zwar diverse Ressourcen eingesetzt, um antidemokratischen Kräften die Stirn zu bieten, doch sowohl staatliche

Investitionen als auch Aktivitäten anderer gesellschaftlicher Bereiche richten sich zu oft auf (die eigenen) Teilöffentlichkeiten. Auch Mittel der politischen Bildung entfalten nicht immer die intendierte Wirkung. Es besteht also eine spürbare Nicht-Passung zwischen den Herausforderungen für demokratische Kultur und den aktuellen Antworten und Reaktionen.

ANSTOSS DEMOKRATIE hat daher zum Ziel, einen gesamtgesellschaftlich wirksamen »Hub« zu etablieren, in dem sich AkteurInnen der offenen Gesellschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz über nationale Grenzen hinweg vernetzen, zusammenarbeiten und dadurch Ansätze zur Stärkung demokratischer Kultur weiterentwickeln.

Theoretische Überlegungen zum Prozess

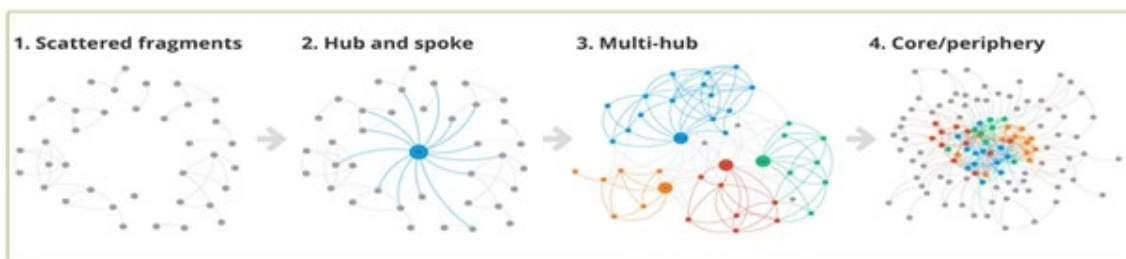
Es geht also darum, die strukturellen Voraussetzungen für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für die Entstehung von Innovationen zu verbessern. Eine konzeptionelle Grundlage dafür bieten netzwerktheoretische Ansätze, auf Basis derer ANSTOSS DEMOKRATIE unter anderem konzipiert ist. Demnach wirkt die Inkubationsphase auf die Entstehung eines gemeinsamen Kerns hin – bislang wird dafür die Arbeitsbezeichnung »Hub« genutzt –, in dem Knotenpunkte bestehender Teilnetzwerke starke Bindungen zueinander aufbauen und gleichzeitig gemeinsam eine aktivierbare Peripherie halten (Bild: 3 zu 4). Teilnetzwerke lösen sich

dadurch nicht auf und verlieren auch nicht an Bedeutung, sondern treten nur stärker in Beziehung zueinander.

Die Peripherie, also AkteurInnen mit vergleichsweise wenig Verbindung zu anderen, spielt für die Innovationsfähigkeit des Netzwerks eine wichtige Rolle: Sie bringt weniger Energie auf, um das Netzwerk zu halten, und hat daher mehr Ressourcen zur Verfügung, um neue Impulse in das Netzwerk hineinzutragen. Die geringere Bindung zu einem bestimmten Knotenpunkt macht AkteurInnen in der Peripherie zudem mobiler innerhalb des Netzwerks. Beides trägt dazu bei, die Wahrscheinlichkeit von Innovation zu erhöhen. Das Netzwerk ist damit auf eine gewisse Art zentral und dezentral zugleich.

Damit das gelingt, sind mehrere Aspekte erforderlich – vorausgesetzt, ein möglichst vollständiger Überblick über bestehende Teilnetzwerke existiert:

1. Die Gestaltung des Kerns (Zweck, Regeln/Prinzipien, Inhalte) muss gemeinsam mit den Knotenpunkten der Teilnetzwerke vorgenommen werden.
2. Ein solcher Prozess ist dann besonders wirkungsvoll, wenn gleichzeitig erste Kollaborationen initiiert werden, ohne Ergebnisse im Hinblick auf den Kern vorwegzunehmen.
3. Die Kollaborationen fungieren als Lern- und Resonanzräume, die es erleichtern, den Kern auf Basis einer gemeinsamen Empirie und unter Beteiligung unterschiedlicher Sichtweisen zu entwickeln.



Grafik nach Holley/Krebs (2002-6), »Building Smart Communities Through Network Weaving«

4. Dies erfordert nicht nur die Bereitschaft und Fähigkeit, den Netzwerkprozess jederzeit zu verändern, sondern vor allem auch, sich in strategischer Geduld zu üben – im Netzwerkaufbau selbst und in Erwartung seiner Wirkung.

Wo steht ANSTOSS DEMOKRATIE in diesem Prozess?

Die Inkubationsphase für die Entwicklung eines ersten Kerns zur Stärkung demokratischer Kultur im deutschsprachigen Raum steht in diesem Verfahren noch am Anfang. Im Rahmen von digitalen Treffen wurden Themen und Fragestellungen identifiziert, die für den deutschen Sprachraum relevant sind und sich zur Entwicklung von ersten grenzüberschreitenden Kooperationen eignen. Durch eine Ausschreibung wurden Organisationen eingeladen, vier Fokusthemen möglichst trinational und transsektoral in einem Zeitraum von ca. 9 Monaten zu bearbeiten. Aufgrund der begrenzten Zeit können die inhaltlichen Ergebnisse nur Zwischenstände sein. Mindestens genauso wichtig sind jedoch die im Prozess entstehenden Erkenntnisse darüber, wie grenzüberschreitende und transsektorale Zusammenarbeit für demokratische Kultur funktionieren kann – ganz im Sinne des gewünschten Lern- und Resonanzraums.

Die vier Fokusthemen sind (1) Erwerb von Demokratiekompetenzen durch wenig erreichte Zielgruppen, (2) Effekte des technologischen Wandels auf demokratische Kultur, (3) Stärkung von Demokratie auf kommunaler Ebene und (4) Praxisnahe Forschung und Daten für AkteurInnen aus Politik und Zivilgesellschaft. Zum zweiten Thema ist unter anderem die Partnerschaft zwischen mimikama (AT), codetekt (DE) und alliance F (CH) entstanden, die einen gemeinsamen Entwicklungsprozess unternimmt.

Mimikama, codetekt & alliance F entwickeln gemeinsam

Alliance F hat das Projekt Stop Hate Speech initiiert. Es geht gegen Anfeindungen und Diskriminierung im Internet vor und nutzt dafür eine Verbindung von technischen und zivilgesellschaftlichen Ansätzen. Partner auf deutscher Seite ist der Verein code-tect, der gegen Falschinformationen vorgeht. Bei codetect handelt es sich um ein Kollektiv von »DetektivInnen«, die ehrenamtlich und dezentral arbeiten. Als dritter Partner im Verbund konnte der Verein Mimikama aus Österreich gewonnen werden. Als Urgestein unter den Faktenprüfern hat er im Laufe der Jahre eine internationale Bekanntheit erlangt. Der mit einem Menschenrechtspreis ausgezeichnete Verein wurde bereits 2011 gegründet und hat seinen Sitz in Wien. Im Rahmen von ANSTOSS DEMOKRATIE bündeln diese drei Vereine ihre Kompetenzen in den Bereichen Fact-checking, Digital Storytelling und Kommunikationsstrategie in sozialen Medien.

Die Basis für den gemeinsamen Entwicklungsprozess bilden zwei Betrachtungen. Die erste betrifft die Rolle von Sprache in den sozialen Medien. Die D-A-CH – Region ist im Kontext sozialer Medien besonders interessant, weil sie einen grenzüberschreitenden, aber zugleich territorial verbundenen, gemeinsamen Sprachraum bildet (ausgenommen natürlich die nicht-deutschsprachigen Teile der Schweiz). Wenn die Absenderin einer Information geografisch nicht unmittelbar einzuordnen ist, dient ihre Sprache oft als nächster Orientierungspunkt. Politische Debatten können sich hier im Digitalen aufgrund der gemeinsamen Sprache also leichter vermischen. Das erhöht die Gefahr für Verzerrung und Manipulation von Diskursen. Um dieser Dynamik entgegenzuwirken, müssen demokratiestärkende Instanzen entwickelt werden, die den politischen

Willensbildungsprozess fördern. Und da diskursive Manipulationen in der Gegenwart zumeist in den sozialen Medien stattfinden, müssen auch diese Instanzen dort zu finden sein.

Produser in den sozialen Medien

Hier schließt sich die zweite Betrachtung an: Soziale Medien sind die Orte der öffentlichen Diskussion geworden, in denen auch der politische Willensbildungsprozess vorangetrieben wird. Menschen können und wollen sich auf diesen Plattformen zu öffentlichen Themen äußern und kreieren damit Informationen. Gleichzeitig sind sie aber auch den Gefahren der Manipulation durch Falschmeldungen, Propaganda oder den gezielten Einsatz von Kommunikationsstrategien ausgesetzt. Diese von vielen in den sozialen Medien aktiven Menschen ausgeübte »Doppelrolle«, bestehend aus dem Konsumieren und Produzieren von Informationen, wird Produser genannt (eine Kombination aus den englischen Production und Usage). Produser erhöhen die strukturelle Komplexität von digitalen Diskursen erheblich und versinnbildlichen, mit welcher demokratischen Verantwortung Aktivität in den sozialen Medien behaftet ist.

Während zuletzt aus guten Gründen vor allem in Meldestellen für Hasskriminalität im Netz investiert worden ist und damit auf die Usage-Seite der Produser geschaut wurde, ist der Production-Aspekt noch nicht in gleichem Maße bearbeitet – obgleich es natürlich einige Angebote zum Beispiel für Gegenrede im Netz gibt.

Hier möchten die drei PartnerInnen in ihrem Entwicklungsprozess ansetzen und in einer ersten Iteration gemeinsam mit ihren Communities (Mimikama zum Beispiel hat über 250.000 AbonnentInnen in den sozialen Medien) ein

länderübergreifendes Informationsangebot im deutschsprachigen Raum zu aktuell kursierenden Desinformationen kreieren – gepaart mit Produser-freundlichen Inhalten verschiedener Formate, die Gegenrede einzeln und grenzüberschreitend im Kollektiv erleichtern. Auf diese Weise sollen auch weitere Produser für den Erhalt einer demokratischen Debattenkultur im Netz gewonnen werden. In weiteren Schritten müsste ein solches Angebot idealerweise mit Meldestellen, Beratungsangeboten und weiteren Orientierungshilfen im Netz verknüpft werden, um zugänglicher und damit wirkungsvoller zu werden. Eine derart gesamtgesellschaftlich stärker vernetzte und dauerhafte Struktur würde zudem alle Plattformbetreiber vermehrt unter Druck setzen, Faktenprüfungen, Kontosperrungen und Löschungen von Inhalten nicht länger selbst und damit privatwirtschaftlich organisiert durchzuführen, sondern dafür auf unabhängige Stellen zu setzen – und damit endlich ihrer Verantwortung für demokratische Kultur gerechter zu werden.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 15/2021 vom 29.7.2021.

AUTOR*INNEN

Sophie Achermann ist Geschäftsführerin des Schweizerischen Frauendachverbandes alliance F.

Vinzenz Himmighofen ist Koordinator für ANSTOSS DEMOKRATIE beim International Alumni.

Patrick Müller ist Mitbegründer und Technischer Direktor bei codetekt.

Andre Wolf ist Pressesprecher sowie Content- und Social Media Coordinator bei Mimikama – Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch.

INTERVIEW MIT HILDEGARD BENTELE, MDEP

DIGITALES EUROPA UND KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

*Die von der EU ins Leben gerufene Konferenz zur Zukunft Europas ist ein umfassender Prozess mit vielen Bausteinen, die dazu dienen sollen, Bürger*innen aus allen Teilen der EU in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubeziehen. Warum ein neues Format? Welches Zeichen möchte die EU mit diesem neuen Format setzen?*

Die Konferenz ist vor dem Hintergrund des Brexits, der – zumindest in Deutschland – als gescheitert betrachteten Spitzenkandidatur für das Kommissionspräsidentenamt und zunehmender Spannungen mit und innerhalb osteuropäischer Mitgliedstaaten bzgl. grundlegender europäische Werte und dem Ziel der Integration entstanden. Ebenso aus dem Verständnis, dass die EU Reformen bedarf, damit die EU-Bürgerinnen- und Bürger wieder stärker von ihrem Mehrwert überzeugt sind. Für neue Ideen, ein neues Format: in Form einer »Zukunftskonferenz«, in das die in mehreren EU-Mitgliedstaaten erprobte direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – über Bürgerräte – integriert wurde. Die große Mehrheit der Konferenzteilnehmer sind aber weiterhin Abgeordnete, aus dem Europäischen Parlament und aus nationalen Parlamenten. Das repräsentative Prinzip der Volksvertretung wird also nicht über Bord geworfen, sondern ergänzt. Schade ist, dass die Dauer wegen der Pandemie von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt wurde. Dieser Zeitraum ist deutlich zu kurz für ein Format aus 433 Personen, das sich in seiner Arbeitsweise erst einmal finden muss.

Was kann die Konferenz zur Zukunft Europas bewirken und was stünde auf Ihrer Wunschliste ganz oben?

Sie kann bewirken, dass sich viel mehr Menschen als bisher mit der Frage der Zukunft der EU befassen und ihre Ideen auf der digitalen Plattform der Konferenz einem EU-weiten Publikum zugänglich machen und die am meisten unterstützten Vorschläge auch Eingang in die Konferenzdebatten finden. Wichtig vor allem ist, dass der Europäische Rat die Zukunftskonferenz ernst nimmt, denn für echte Reformen braucht es die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Auf meiner Wunschliste ganz oben stehen Veränderungen im Bereich Stärkung der Demokratie, d. h. echter Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Spitze der EU-Kommission, und die Möglichkeit für das Europäische Parlament, EU-Recht zu verändern. Im Idealfall auch echte Eigenmittel für die EU und ein Initiativrecht für das Parlament.

Was sind die größten Herausforderungen und wo liegen die Grenzen der Konferenz?

Unser Anspruch an die Konferenz zur Zukunft Europas muss sein, einen tiefgreifenden Reformprozess einzuleiten. Dabei sollten wir ausloten, welche Änderungen im aktuellen Vertragsrahmen ausgeschöpft werden können und gleichzeitig die Aufgaben definieren, die nur mit mehr Zeit und breiter politischer Unterstützung

erreicht werden könnten bspw. über einen neuen Konvent.

Als eine digitale Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas gestartet wurde, kommunizierte die EU einen inklusiven Prozess, sodass möglichst viele Menschen über die Plattform ihren Beitrag zur Gestaltung ihrer Zukunft leisten können. Wie inklusiv ist der Prozess aus Ihrer Sicht tatsächlich?

Die Idee ist gut und innovativ. Wir müssen jedoch definitiv für mehr Beteiligung werben. Bisher sind »nur« 22 000 Beiträge eingegangen, vornehmlich aus den EU-Gründerstaaten, hauptsächlich von Männern und hauptsächlich zu den Themen Demokratie und Klimaschutz. Insofern auch hier und jetzt: Bitte mitmachen, damit das, was Sie in der EU verändert haben wollen, auch auf die Tagesordnung der Konferenz kommt!

*Haben Sie den Eindruck, dass die Resonanz bei den Bürger*innen den Erwartungen seitens der EU entspricht?*

Ich bin da nicht blauäugig: Nicht jeder oder jede steht morgens auf und fragt sich, wie sollte die EU sich verändern? Die allermeisten Menschen haben andere Sorgen und Prioritäten, und das ist vollkommen in Ordnung. Gleichzeitig hört man immer wieder auch viel Kritik. Kritisieren ist einfach. Die Konferenz bietet die Möglichkeit für alle, vom heimischen PC aus konstruktive Vorschläge einzubringen. Die Konferenz muss vor allem noch bekannter werden.

*In den Medien wurde als Hashtag für die Plattform bekannt: #DieZukunftGehörtDir. Bedeutet das, dass die Zukunft den Bürger*innen gehört, die Onlinezugang haben und digitale Tools beherrschen? Ist eine erfolgreiche Bürger*innenbeteiligung auf europäischer Ebene ohne Digitalisierung vorstellbar?*

Ich glaube, Demokratie ist ohne Onlinezugang schwer geworden. Die Printmedien verlieren an Bedeutung. Im Netz finden sich sehr viele, natürlich auch offizielle Informationen, mit denen mündige Bürgerinnen und Bürger und Demokratinnen und Demokraten besser politische Entscheidungen treffen und sich auch beteiligen können. Auf der europäischen Ebene gibt es allerdings die Sprachbarriere: Ohne Sprachkenntnisse kann man an den Diskursen in anderen Staaten leider nicht wirklich teilhaben.

Wenn Sie an das Thema Digitalisierung und Digitales Europa denken: Was sind die Handlungsfelder, die aus Ihrer Sicht am wichtigsten sind? Welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft?

Unser Ziel muss es sein, Bürgerrechte im digitalen Zeitalter zu schützen und gleichzeitig die Chancen des digitalen Wandels bestmöglich zu nutzen. Dazu gehören u.a. die Schaffung einer Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht auf Basis der sozialen Marktwirtschaft, hochklassiger digitaler Infrastruktur, europäischen Speicher- und Rechenkapazitäten, einem einheitlichen Datenschutzrecht und gemeinsamen digitalen Bildungsstandards.

Das Interview wurde von der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten für das vorliegende Dossier am 8.11.2021 schriftlich geführt.

Hildegard Bentele, MdEP, gehört für Berlin der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments an und ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, im Ausschuss für Entwicklung und im Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Weitere Informationen:

 www.hildegard-bentele.de

INTERVIEW MIT DAMIAN BOESELAGER, MDEP

DIGITALES EUROPA UND KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

*Die von der EU ins Leben gerufene Konferenz zur Zukunft Europas ist ein umfassender Prozess mit vielen Bausteinen, die dazu dienen sollen, Bürger*innen aus allen Teilen der EU in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubeziehen. Warum ein neues Format? Welches Zeichen möchte die EU mit diesem neuen Format setzen?*

Das Problem der EU ist ja gerade, dass nationale Interessen immer wieder das gemeinsame europäische übertrumpfen – im Endeffekt zum Nachteil für uns alle. Aus meiner Perspektive birgt ein neues Format mit Einbezug der Bürgerinnen und Bürger die Chance, diese kurzsichtigen institutionellen Interessen aufzudecken und zu überkommen.

Was kann die Konferenz zur Zukunft Europas bewirken und was stünde auf Ihrer Wunschliste ganz oben?

Im Grunde ist es doch einfach: Wenn wir uns als Länder entscheiden, Dinge gemeinsam zu regeln, egal ob das jetzt um Migration, Binnenmarkt, Klimawandel oder Digitalisierung geht, dann brauchen wir Entscheidungsprozesse, die zu Ergebnissen kommen. Der zwischenstaatliche Ansatz im Kern der derzeitigen EU scheint hier immer öfter zu langsam zu sein oder zu scheitern. Deshalb würde ich zu der Art der effizienteren Legitimierung übergehen, die wir schon so lange auf nationaler Ebene kennen: die parlamentarische Demokratie auf europäischer Ebene.

Was sind die größten Herausforderungen und wo liegen die Grenzen der Konferenz?

Die Konferenz leidet schon seit ihrem Beginn unter den gleichen Herausforderungen wie die EU: Immer wieder blockieren sich die gegenseitigen Interessen. Schon jetzt haben die nationalen Regierungen Angst, dass die Konferenz zu erfolgreich wird und nach einer stärkeren europäischen EU verlangt. Die Konferenz kann die Probleme der EU nicht auf Anhieb lösen, aber sie ist wieder ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb lasst sie uns für Stimmen der Veränderung nutzen, so stark es geht!

Als eine digitale Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas gestartet wurde, kommunizierte die EU einen inklusiven Prozess, dass möglichst viele Menschen über die Plattform ihren Beitrag zur Gestaltung ihrer Zukunft leisten können. Wie inklusiv ist der Prozess aus Ihrer Sicht tatsächlich?

Es sind viele interessante Ideen vorgeschlagen worden, aber eigentlich ist die Diskussion zur Zukunft Europas so wichtig, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen werden sollten. Da sind wir noch nicht.

*Haben Sie den Eindruck, dass die Resonanz bei den Bürger*innen den Erwartungen seitens der EU entspricht?*

Die nationalen Regierungen sind Teil der EU – sie tragen die größte Verantwortung

in der Organisation von Veranstaltungen, von Diskussionen in den Parlamenten. Aber wie gesagt: Aus meiner Perspektive wäre es wichtig, dass wir alle, egal ob Politiker oder nicht, versuchen, diese Diskussion über unsere Zukunft anzustoßen. Es gibt für Deutschland keine Zukunft außerhalb der EU. Und die ist gerade ganz schön am Wackeln ...

*In den Medien wurde als Hashtag für die Plattform bekannt: #DieZukunftGehörtDir. Bedeutet das, dass die Zukunft den Bürger*innen gehört, die Onlinezugang haben und digitale Tools beherrschen? Ist eine erfolgreiche Bürger*innenbeteiligung auf europäischer Ebene ohne Digitalisierung vorstellbar?*

Die sozialen Medien nicht zu bespielen, wäre fahrlässig. Aber natürlich gibt es sehr viele unterschiedliche Formate der Bürgerbeteiligung – und ich hoffe, dass wir alle, Zivilgesellschaft, Politik und ggf. sogar Privatwirtschaft, diese Formate ausprobieren, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Nochmal: Unser altes Europa ächzt gerade aus allen Ecken und Enden. Die polnische Regierung hat gerade die Verträge selbst in Frage gestellt. Die Frage zur Zukunft Europas ist eine existentielle Frage, relevant für jeden und jede von uns.

Wenn Sie an das Thema Digitalisierung und Digitales Europa denken: Was sind die Handlungsfelder, die aus Ihrer Sicht am wichtigsten sind? Welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft?

Nach der Konsumentendatenrevolution folgt nun die Industriedatenrevolution.

Wenn wir als europäische Firmen hier erfolgreich sein wollen, und vor allem, wenn wir nicht wieder total konzentrierte Märkte mit wenigen sehr mächtigen Firmen sehen wollen, müssen wir jetzt – also ex ante – Regulierungen schreiben, die diese Entwicklung verhindern. Das finde ich megaspännend.

Gleichzeitig muss allen Regierungen auf allen Ebenen klar sein, dass rein analoge Verwaltungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger nicht mehr tragbar sind. Estland hat seine ersten digitalen Wahlen 2005 organisiert. Wir brauchen eine »ZERO-ANALOG« Strategie. Heute.

Das Interview wurde von der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten für das vorliegende Dossier am 9.11.2021 schriftlich geführt.

Damian Boeselager, MdEP, ist Mitgründer und Abgeordneter von Volt im Europäischen Parlament. Er ist Mitglied in der Konferenz zur Zukunft Europas, im Haushaltsausschuss, Verfassungsausschuss, Industriepolitischen Ausschuss, Innenausschuss und Ausschuss für künstliche Intelligenz. Er war Verhandler und Sprecher seiner Fraktion für den 672,5 Milliarden Wiederaufbaufonds.

Weitere Informationen:

🌐 <https://www.voltdeutschland.org/damian-boeselager>

🌐 Instagram: <https://www.instagram.com/damian.boeselager/?hl=en>

🌐 Twitter: https://twitter.com/d_boeselager?s=20

🌐 Facebook: <https://www.facebook.com/damian.boeselager/>

INTERVIEW MIT NIKLAS NIENASS, MDEP

DIGITALES EUROPA UND KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

*Die von der EU ins Leben gerufene Konferenz zur Zukunft Europas ist ein umfassender Prozess mit vielen Bausteinen, die dazu dienen sollen, Bürger*innen aus allen Teilen der EU in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubeziehen. Warum ein neues Format? Welches Zeichen möchte die EU mit diesem neuen Format setzen?*

Ich denke, es hat sich in den vergangenen Jahren in politischen Kreisen zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass die EU nicht einfach so weiter machen kann wie bisher. Die EU hat nicht deutlich genug gemacht, welche Bedeutung sie für das Leben der Menschen hat. Damit ist natürlich auch ihre Akzeptanz gesunken, verbunden zudem mit fehlender Identifikation unserer Bürgerinnen und Bürger mit der EU. Zumal es eine Unsitte von Politik auf nationaler Ebene ist, die Verantwortung für viele schlechte politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen – etwa die sogenannte Eurokrise, die andauernden Flüchtlingsdramen oder zuletzt die viel zu langsame zentrale Beschaffung von Impfstoffen – auf »Brüssel« zu schieben.

Besonders krass haben wir dies im Vereinigten Königreich beobachten können, mit dem Brexit als Tiefpunkt. Dieser hat, glaube ich, für ein kollektives Aufwachen aller EU-Befürworter gesorgt und markierte das vorläufige Ende einer langen Negativentwicklung, die spätestens mit dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages im Jahr 2005 begonnen hatte. Unsere

Bürgerinnen und Bürger über eine große Konferenz wieder stärker in die großen und grundsätzlichen Fragen der EU und unserer gemeinsamen europäischen Zukunft einzubeziehen, halte ich daher im Kern für eine gute und richtige Sache.

Was kann die Konferenz zur Zukunft Europas bewirken und was stünde auf Ihrer Wunschliste ganz oben?

Die Zukunftskonferenz ist der Prozess mit der größten Bürger*innenbeteiligung in der europäischen Geschichte – wenn man mal von Wahlen absieht. Das Potential für einen nachhaltigen Einfluss auf die Weiterentwicklung der EU im Sinne unserer Bevölkerung hat sie daher durchaus – dieses Potential muss jedoch auch genutzt werden. Wenn wir es schaffen, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und in die Realität umzusetzen, dann wird die Zukunftskonferenz letztlich ein Erfolg gewesen sein – und nur dann!

Ich erwarte, dass die derzeit auf lokaler und regionaler Ebene diskutierten sowie auf der Online-Plattform futureu.europa.eu eingebrachten Ideen und Forderungen ungefiltert in die Beratungen der Zukunftskonferenz einfließen. Am Ende des Prozesses müssen dann die Ergebnisse der Zukunftskonferenz in den EU-Verträgen verbindlich festgeschrieben werden. Ich persönlich würde mir vor allem einige strukturelle Veränderungen wünschen: Etwa ein unionsweit harmonisiertes

Wahlsystem mit transnationalen Listen sowie europäischen Parteien mit demokratischen Strukturen, europäischen Programmen und europäischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, deren Wahl dann auch tatsächlich zur Leitung der EU-Kommission führt.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich wichtig ist, wäre die weitgehende Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, das nur zu Blockaden führt und wirkliche Veränderung unmöglich macht, und das vor allem demokratiefeindliche und korrupte Populisten wie Viktor Orbán oder Janez Janša mit überproportional großer Macht auf EU-Ebene ausstattet. Aber nochmals: Entscheidend ist, was die Mehrheit der Bevölkerung möchte – wir Politiker*innen sollten uns da dringend zurücknehmen.

Was sind die größten Herausforderungen und wo liegen die Grenzen der Konferenz?

Meine größte Sorge ist, dass die Zukunftskonferenz zu einer Demokratie-Show verkommt – das wäre eine Katastrophe für die EU und für unsere Demokratie! Wenn wir uns einmal anschauen, wie holprig der Start der Konferenz vonstattenging, dann muss ich leider sagen, bin ich nach wie vor etwas skeptisch: Die EU-Mitgliedstaaten haben den Start der Konferenz verschleppt, haben durch ihre Blockadehaltung versucht, das Mandat zu verwässern, und letztendlich die Dauer der Konferenz auf ein Jahr verkürzt.

Einige Mitgliedstaaten haben schon vor Beginn der Konferenz deren Bedeutung unterminiert. Das waren Sabotageversuche, die aus meiner Sicht absolut inakzeptabel und nicht hinnehmbar sind. Wenn sich der Ansatz vieler Mitgliedstaaten nicht fundamental ändert, wird wohl die größte Herausforderung werden, für die

Ergebnisse der Konferenz Unterstützung im Europäischen Rat zu finden. Hier liegen zugleich auch die Grenzen dessen, was die Konferenz leisten kann – zumal sie keine demokratische Legitimation als gesetzgebendes Organ hat.

Als eine digitale Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas gestartet wurde, kommunizierte die EU einen inklusiven Prozess, sodass möglichst viele Menschen über die Plattform ihren Beitrag zur Gestaltung ihrer Zukunft leisten können. Wie inklusiv ist der Prozess aus Ihrer Sicht tatsächlich?

Für die Plattform gilt leider: Gut gedacht, schlecht gemacht. Und zwar in mehrfacher Hinsicht: Zum einen ist die Website nicht besonders ansprechend und benutzer*innenfreundlich gestaltet und erinnert doch sehr an das Internet der 2000er Jahre; gerade jüngere Menschen dürften daher eher abgeschreckt sein. Zum anderen hat die EU aus meiner Sicht aber auch nicht genug getan, um die Plattform zu promoten, mit der Folge, dass wahrscheinlich nur ein Bruchteil der Bevölkerung überhaupt davon weiß. Leider muss ich konstatieren, dass aber auch die Medien viel zu wenig über die Zukunftskonferenz im Allgemeinen und die Plattform im Speziellen berichtet haben. Und dennoch: Die Plattform gibt grundsätzlich jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit, sich mit eigenen Ideen einzubringen – insofern halte ich die Einstufung als inklusiver Prozess für durchaus gerechtfertigt.

*Haben Sie den Eindruck, dass die Resonanz bei den Bürger*innen den Erwartungen seitens der EU entspricht?*

Das ist schwer einzuschätzen. Fast 10.000 auf der Plattform eingebrachte Ideen klingt zunächst nach ziemlich viel, doch gerade einmal 35.000 angemeldete

Teilnehmer*innen ist natürlich eine Zahl, mit der angesichts von 450 Millionen Einwohner*innen in der EU niemand zufrieden sein kann. Hinzu kommt, dass vor allem diejenigen erreicht werden und sich engagieren, die ohnehin bereits ein recht ausgeprägtes Interesse an europäischen Themen haben. Selbiges gilt für die physischen und virtuellen Veranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene. Wünschenswert wäre jedoch, dass sich auch diejenigen Menschen aktiv einbringen, die sich sonst vielleicht weniger mit europäischen Themen beschäftigen; auf sie müssen wir noch aktiver zugehen. Und wir sollten anpassen, dass wir uns nicht in einer rein pro-europäischen Blase bewegen; gerade auch die Stimmen von EU-Kritiker*innen müssen wir aufmerksam anhören, wenn es – wie ich denke – unser Ziel ist, am Ende eine wirklich breite Unterstützung für die Weiterentwicklung der EU zu erreichen.

*In den Medien wurde als Hashtag für die Plattform bekannt: #DieZukunftGehörtDir. Bedeutet das, dass die Zukunft den Bürger*innen gehört, die Onlinezugang haben und digitale Tools beherrschen? Ist eine erfolgreiche Bürger*innenbeteiligung auf europäischer Ebene ohne Digitalisierung vorstellbar?*

Natürlich sind das Internet und digitale Kommunikation heutzutage weit verbreitet und erleichtern vieles enorm; gerade die Umstände der Pandemie haben unserer Gesellschaft einen enormen Schub in dieser Hinsicht verpasst. Aber wir dürfen bei aller Begeisterung für alles Digitale drei zentrale Dinge niemals vergessen: Erstens ist ein schnelles Netz noch längst nicht in allen Regionen Europas vorhanden, das erschwert vieles. Zweitens kommen nicht alle Menschen mit der Digitalisierung zu recht, dies gilt insbesondere für ältere Generationen – doch auch sie mit ihrer Erfahrung sollten wir unbedingt einbeziehen.

Die Zukunft gehört uns allen, möchte ich in Anlehnung an den Hashtag betonen. Und drittens kann nichts – kein noch so schnelles Internet und keine noch so erfolgreiche Digitalisierung – ein physisches Zusammentreffen von Menschen und den direkten Austausch im persönlichen Gespräch miteinander ersetzen. Deswegen finde ich die zahlreichen physischen Veranstaltungen so unglaublich wichtig, die im Rahmen der Zukunftskonferenz überall in Europa organisiert werden, einschließlich der Plenarsitzungen, die in Straßburg stattfinden. Eine Plattform wie *futureu.europa.eu* oder eine Videokonferenz können immer nur ergänzende Tools sein, um die Kommunikation zu erleichtern oder zu verbessern; richtig eingesetzt sind sie jedoch sehr wertvoll.

Wenn Sie an das Thema Digitalisierung und Digitales Europa denken: Was sind die Handlungsfelder, die aus Ihrer Sicht am wichtigsten sind? Welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft?

Den mangelhaften Netzausbau hatte ich eben bereits erwähnt, dieses Thema muss ganz weit oben auf unserer Agenda stehen. In Estland ist der Zugang zum Internet bereits seit zwei Jahrzehnten als soziales Grundrecht in der Verfassung verankert – da wundert es nicht, dass die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung dort weit entwickelt sind, die Start-up-Szene im IT-Sektor floriert und die öffentliche Verwaltung verhältnismäßig schlank, effizient und kostengünstig ist.

Viele Regionen Europas haben diesbezüglich noch einen erheblichen Nachholbedarf, insbesondere im ländlichen Raum – gerade auch in Deutschland. Wir müssen so schnell wie möglich ein flächendeckendes und flächendeckend schnelles Internet erreichen. Soweit zur Infrastruktur.

Mindestens genauso wichtig ist aus meiner Sicht aber der Umgang mit digitalen Inhalten aus dem Internet. Da reden wir etwa über die Fähigkeit, Informationen richtig einordnen zu können – Stichwort Fake News, wo vor allem Bildung und Medienkompetenz eine fundamentale Rolle spielen. Wir reden über den besten Umgang mit Hass und Hetze im Netz, ohne jedoch die Meinungsfreiheit zu gefährden. Wir reden aber auch über die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für den Kultur- und Kreativsektor, wo die Durchsetzung des Urheberrechts im digitalen Raum ebenso ein Problem darstellt wie das Bemühen um faire Bezahlung, etwa beim Musik-Streaming.

Bei all diesen Punkten stellt sich dann natürlich auch ganz entscheidend die Frage nach der Verantwortung von Online-Plattformen wie Google, Facebook, YouTube oder TikTok. Die EU hat da bereits einiges an Gesetzgebung angestoßen, doch stehen wir noch am Anfang eines langen

Prozesses. Die Zivilgesellschaft kann und muss hierbei eine zentrale Rolle spielen, und sollte sich gerade bei diesen Themen in die Zukunftskonferenz einbringen.

Das Interview wurde von der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten für das vorliegende Dossier am 21.10.2021 schriftlich geführt.

Niklas Nienaß, MdEP, ist seit Juli 2019 Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament, wo er Mitglied der Ausschüsse für Regionale Entwicklung, für Kultur- und Bildung sowie für Konstitutionelle Fragen ist. Er leitet die Parlamentariergruppe der Europa-Union, gehört der fraktionsübergreifenden »Spinelli Group« pro-europäischer Abgeordneter an und ist Mitglied der Konferenz zur Zukunft Europas.

Weitere Informationen:

 <https://niklas-nienass.eu/>

INTERVIEW MIT CAROLA SCHAAF-DERICHES

EBI, DIGITALE ZIVILGESELLSCHAFT UND VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

*Heutzutage kann jede*r EU-Bürger*in eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) in die Wege leiten. Dieses Instrument gilt als ein erster Schritt in Richtung direktdemokratischer Mitbestimmung auf EU-Ebene. Stärkt eine EBI bei den Bürger*innen den Bezug zu Europa?*

Davon bin ich überzeugt! Aber die Frage ist ja, wer weiß überhaupt davon, dass dieses Recht auf eine Bürgerinitiative ausgeübt werden kann? Und noch konkreter: Wer kennt sich damit aus, wie auf der relativ abstrakt wahrgenommenen Europa-Ebene eine solche Bürgerinitiative angestrengt werden könnte? Hier sind noch viel Information und Auf- sowie Erklärung nötig, damit diese Botschaft bei Interessierten ankommen und genutzt werden kann, so mein aktueller Eindruck.

Könnte die EBI vielleicht dazu beitragen, dass eine europäische politische Öffentlichkeit entsteht?

In gewissen Bereichen existiert eine politische Öffentlichkeit im europäischen Raum. Gerade jetzt, wo es oft um die Außengrenzen Europas geht, wo Flucht und Migration die großen Themen sind oder in Bezug auf die Corona-Krise, die sich stark um die Solidarität zwischen den europäischen Staaten und die weltweite Situation dreht. Diese Öffentlichkeit ist meist eine medial hergestellte, die ebenfalls als weit weg von der lokalen Realität von Bürger*innen wahrgenommen werden könnte. Eine neue Nähe

herzustellen und persönliche Bezüge zu einem »going into action« halte ich daher für ein wesentliches Motiv der EBI in ihrer Kommunikation und Vorstellung, die wir dieses Jahr leisten wollen.

*Bevor ein*e Bürger*in eine Initiative startet, muss eine Organisator*innengruppe gebildet werden. Diese muss sich aus mindestens sieben EU-Bürger*innen zusammensetzen, die in mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern leben. Ohne Internet oder ohne digitale Tools wäre es kaum möglich, eine Organisator*innengruppe ins Leben zu rufen. Ist die europäische Öffentlichkeit eine digitale Öffentlichkeit?*

Ein großer Wunsch: Ja, sie sollte hier unbedingt in ihrem digitalen und interaktiven Auftritt verstärkt werden! Wir erleben gerade jetzt eine transnationale Vernetzung, die übrigens auch im internationalen Raum ganz viele neue Verbindungen und Möglichkeiten zum Austausch geschaffen hat. So kamen z.B. jüngst Menschen aus Berlin, Syrien, Portugal, Indien und Peru in einem Sprach-Café zusammen, um sich gegenseitig beim Erlernen der deutschen Sprache zu unterstützen und zu motivieren. Und ganz nebenbei ergab sich ein überaus reger Lebenskulturaustausch dadurch. Dies ist ein Beispiel von ganz vielen, die aktuell im zivilgesellschaftlichen Bereich entstanden sind. Für die EBI bedeutet dies, dass noch viel mehr in Netzwerkarbeit auf der digitalen Ebene investiert werden sollte, denn nur so kommen die wichtigen und

wertvollen Austauschrunden zustande, nur so können sich die Akteur:innen organisieren und gegenseitig bestärken, nur so kann die EBI auch nach diesem Jahr weiter Fahrt aufnehmen und Interessierte begeistern. Vor allem sollte es noch mehr Einblick in laufende EBI-Verfahren geben, mehr Feedback und Evaluation zu den »outcomes«, also der Wirkung von erfolgten EBI's. Nur mit einer umfassenden digitalen Präsenz kann m.E. ein so groß angelegtes Partizipationsprojekt wie die EBI auch sicht- und spürbar werden.

Ist eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung ohne Digitalisierung vorstellbar?

Allgemein gesprochen: Ja und Nein! Ja, weil viele Bürgerbeteiligungsverfahren zunächst sehr regional, lokal oder informell beginnen. Das hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt. Für die EBI gilt aus Gründen ihrer Dimension aber: Nein, weil es hier um weitaus größere Plattformen, um extensive und auch inhaltlich intensive Beteiligung geht, die das eigentliche Schwungrad für inklusive Beteiligung sein müssen. Wenn es um die gesellschaftliche Vielfalt (i.S.v. Diversität) der zu Beteiligten geht, wenn sich die Fragestellung vor den je nationalen Kulissen unterschiedlich spiegeln sollte, wenn wir aus Betroffenen Beteiligte im engsten Sinne machen wollen, dann braucht es auch viele unterschiedliche und differenzierte Zugänge, die digitalisiert anzulegen sind. Und zwar für alle potentiell Interessierten, d.h. in allen europäischen Sprachen, jeweils in leichter Sprache, also insgesamt barrierefrei oder -arm. Mir ist bewusst, wie hoch dieser Anspruch ist, aber: dennoch!

Wann gilt eine europäische Bürgerinitiative als Erfolg?

Seit Einführung der EBI am 1. April 2012 haben sechs Initiativen die erforderliche

Anzahl an Unterschriften erreicht (»Wasser ist ein Menschenrecht«, »Einer von uns«, »Stop Vivisection« [Eingriff am lebenden Tier zu Forschungszwecken], »Verbietet Glyphosat«, »Minority Safe-Pack – one million signatures for diversity in Europe« [Sicherheitspaket für Minderheiten – eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa] und »Schluss mit der Käfighaltung«) und sind der Kommission vorgelegt worden. In mindestens sieben von den 27 Ländern Europas muss eine Mindestanzahl von Bürger*innen (Quorum) zustimmen, zugleich braucht es europaweit insgesamt eine Million Stimmen.

Begründet wurde die EBI mit dem Beitrag, den sie zur Überwindung des Demokratiedefizits der EU leisten kann. Mit der EBI wird die partizipative Demokratie in der EU gestärkt. Zudem könnte sie dazu beitragen, eine echte europäische Kommunikationsgemeinschaft herzustellen und damit die Legitimation europäischer Politik verbessern¹. Daher hielte ich es bereits für einen großen Erfolg, wenn durch die Vernetzung unter den nationalen Kontaktstellen eine größere Öffentlichkeit als bisher und damit ein anderes Bewusstsein für die EBI entstehen könnte. Insgesamt ist die Nachricht aus der Europäischen Kommission doch, dass die Beteiligung von Bürger*innen an den politischen Belangen im Legalraum Europa überaus gewünscht und ermöglicht wird. Auch wenn es natürlich einen langen Atem braucht und zutiefst die Bereitschaft zur Nutzung demokratieförderlicher Instrumente.

Glauben Sie, dass die Europäische Bürgerinitiative ein Vorbild für ein partizipatives Verfahren auf Bundesebene sein könnte?

¹ So erklärt es auch die Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176739/buergerinitiative-europaeische>

Die EBI passt zum Bild einer »vielfältigen Demokratie«, die nach Roland Roth² nicht nur Partizipation suggeriert, sondern auf eben vielfältige Weise und in Kombination mit Demokratiebildung als Komplementärin und Erweiterung des Systems der repräsentativen Demokratie gelebt und kontinuierlich entwickelt werden will. Der Anspruch an demokratischer Beteiligung ist in Deutschland deutlich gestiegen, er darf aber nicht mit Teilhabe über »Zufalls-Auswahl« in Online-Verfahren oder durch unüberwindliche Hürden von Bürokratie enttäuscht und zum pro forma Verfahren degradiert werden. Wichtige Voraussetzungen für die Umsetzung einer vielfältigen Demokratie hängen auch mit der Überwindung der Mittelschichtlastigkeit und dem Mangel an Demokratie-Erfahrungsbildung zusammen, z.B. durch Kinder- und Jugendparlamenten schon für die Jüngsten. Ich kann mir vorstellen, dass in Deutschland die föderalen Ebenen auch durch die Beschließung von Engagement-Strategien neue Impulse setzen können, um den Partizipationsanspruch des Bürgerschaftlichen Engagements stärker zu verankern. Insofern gilt es abzuwarten, was sich durch die EBI anstoßen lässt und was vielleicht auch bundesweit an Vernetzungen für eine vielfältige Demokratie entsteht.


Sie weisen darauf hin, dass der Anspruch an die demokratische Beteiligung in Deutschland deutlich gestiegen ist. Was beobachten Sie, wenn Sie das lokale freiwillige Engagement betrachten? Sehen Sie die Änderungen im Hinblick auf Digitalisierung?

² Nachhaltige Demokratiebildung. Vortrag von Prof. Dr. Roland Roth: https://www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/sites/default/files/2020-03/200330_Impulsvortrag_Roth_Demokratiebildung_0.pdf

Wir erleben weitaus differenziertere Perspektiven und Erfahrungen im Umgang mit und im Einsatz von digitalen Medien bei Freiwilligen und ihren Organisationen. Datenschutz und Datensicherheit sind im Zuge der Auseinandersetzung mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung, aber auch sensibilisiert durch Programme wie die Digitale Nachbarschaft zu wertvollen Standards geworden. Eine kritische Sicht auf einige Social Media Anbieter schließt sich zunehmend an. Das Nutzer:innenverhalten ist selbstsicherer und selbstbewusster geworden. Und das finde ich gut so. Gleichzeitig haben wir in Berlin immer wieder festgestellt, wie innovativ und erfindungsreich die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sind, wenn es um schnelle digitale Hilfsangebote und Lösungen geht. Das finde ich beeindruckend und ermutigend!

Das Interview wurde von der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten schriftlich geführt, in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3/2021 vom 8.4.2021 veröffentlicht und für das vorliegende Dossier am 21.10.2021 ergänzt und aktualisiert.

Weitere Informationen über Europäische Bürgerinitiative:

 https://europa.eu/citizens-initiative/_de

Carola Schaaf-Derichs ist Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. sowie Sprecherrätin im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und organisiert seit 15 Jahren die Berliner Freiwilligenbörse. Sie ist Botschafterin für die Europäische Bürgerinitiative.

LARISSA MONTAG/ JOHANNES KOHLS

EUROPA UND DIGITALE TEILHABE: HAT DAS DIGITALE FORMAT BÜRGERDIALOGE VERÄNDERT?

Die Bürgerdialogreihe der Europa-Union Deutschland

»Wir müssen reden! – und zwar miteinander statt übereinander«: Dieses Motto prägt die Bürgerdialoge der überparteilichen Europa-Union Deutschland e.V. bereits seit dem Jahr 2014. Die bundesweite Bürgerdialogreihe hat sich seitdem als ein erfolgreiches Instrument und Standbein unserer Öffentlichkeitsarbeit etabliert. Im Unterschied zu üblichen Gesprächsformaten – etwa Podiumsdiskussionen – zielen wir mit unseren Bürgerdialogen darauf ab, eine Gesprächsplattform für einen Austausch auf Augenhöhe zu schaffen. Zu diesem Zweck nutzen wir sowohl vor Ort als auch im digitalen Raum eine Vielzahl interaktiver Methoden.

Durch direktes Feedback der Gesprächspartner:innen auf die Fragen der an unseren Veranstaltungen teilnehmenden Bürger:innen wollen wir zu einer Versachlichung der Debatte beitragen und Phänomene wie gesellschaftlicher Desinformation, Polarisierung, Europaskepsis und populistischen Tendenzen entgegenwirken. Um unserem Anspruch, gesellschaftliche Themen möglichst breit und ergebnisoffen zu diskutieren, gerecht zu werden, veranstalten wir unsere interaktiven Formate gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnern aus Politik und Zivilgesellschaft.

Durch den Wechsel von Bürgerdialogen vor Ort hin zu Online-Bürgerdialogen hat sich nicht nur unsere alltägliche organisatorische Arbeit verändert, sondern unsere gesamte Reihe ist durch diese Herausforderung und die Umstellung gewachsen und hat sich weiterentwickelt. Doch welche Veränderungen hat diese Formatkorrektur konkret mit sich gebracht? Wie unterscheiden sich Online-Bürgerdialoge und Präsenz-Bürgerdialoge in dem Ziel, die Bürger:innen aktiv in das Gespräch einzubinden?

Unsere etablierten Bürgerdialoge vor Ort

Erläuterung des Konzepts

Das Grundkonzept der Bürgerdialogreihe »Europa – Wir müssen reden!« ist es, den öffentlichen Diskurs zu aktuellen europäischen Themen zu befördern und diesen kritisch-konstruktiv zu begleiten. Wie bereits beschrieben wird der ergebnisoffene Austausch bei den Bürgerdialogen durch verschiedene partizipative Formate erleichtert. Dazu zählen neben dem Einsatz verschiedener Themenräume die Verwendung der »World Café«-Methode¹ sowie

1 Beim »World Café« sind mehrere Tische in einem Raum verteilt, an denen jeweils ein anderes Thema mit unterschiedlichen Mitwirkenden diskutiert wird. Nach einer ersten Runde wechseln die Teilnehmenden an andere Tische. Nach der letzten Runde werden die Ergebnisse im gemeinsamen Plenum präsentiert.

der »Fishbowl«-Methode², die meist um eine Podiumsdiskussionsrunde ergänzt werden. Neben den Bürgerdialogen werden auch zentral unter der Ägide des Bundesverbandes kleinere regionale und themenspezifischere Gesprächsrunden durch die Kreis- und Landesverbände umgesetzt. Grundsätzlich liegt der Fokus darauf, durch einen möglichst hierarchiefreien Ansatz u.a. die Menschen vor Ort zu erreichen, für die das Thema Europa im eigenen Alltag eher eine untergeordnete Rolle spielt.

Was unsere Präsenz-Bürgerdialoge ausmacht

Um Personen fernab der eigenen Mitgliedschaft zu erreichen, werden vor Ort explizit lokale oder regionale Schwerpunktthemen in den Fokus genommen. In diesem Zusammenhang stehen bei den Bürgerdialogen neben regionalen Politiker:innen und Bürgermeister:innen auch die entsprechenden Europaabgeordneten den Bürger:innen in ihrem Wahlkreis Rede und Antwort, um darüber zu sprechen, wie Europa bzw. die Europäische Union für die Menschen direkt in ihrem Alltag spürbar ist und um zu erfahren, was die Menschen vor Ort bewegt.

Durch die lokale Verwurzelung unserer Kreis- und Landesverbände gelingt es häufig, die Lokalpresse auf unsere Veranstaltungen aufmerksam zu machen. So erreichen wir über die Mitglieder der lokalen Kreis- und Landesverbände hinaus

2 Die klassische »Fishbowl«-Methode besteht aus zwei Stuhlkreisen. Im inneren Kreis sitzt eine Moderation zusammen mit zwei bis drei Expert:innen. Die übrigen Stühle im inneren Kreis bleiben zunächst leer. Die Teilnehmenden sitzen in einem weiteren Stuhlkreis außerhalb des inneren Kreises und besetzen während der Diskussion abwechselnd die leeren Stühle im inneren Kreis, um direkt und hierarchiefrei mit den Expert:innen zu diskutieren.

interessierte Bürger:innen. Ein weiterer Vorteil von Präsenzveranstaltungen ist die Möglichkeit aller Teilnehmenden wie Mitwirkenden, nach dem Bürgerdialog in einem anschließenden Empfang in den informellen Austausch zu treten und das eigene Netzwerk zu erweitern. Generell wird bei Präsenzveranstaltungen eine über 90 Minuten hinausgehende Dialog- und damit Veranstaltungsdauer durchaus angenommen.

Grenzen unserer Präsenz-Bürgerdialoge

Wie jedes Konzept stößt auch das der Bürgerdialogreihe in der Umsetzung an einige Herausforderungen. So ist die Organisation geprägt von der Abhängigkeit zu den jeweiligen lokalen und regionalen Kooperationspartnern. Auch die begrenzte Platzkapazität der Lokalitäten schränkt die generelle Anzahl an Personen stets ein, die an dem partizipativen Format vor Ort teilnehmen können. Hinzu kommt, dass Interessierte zu einer solchen Veranstaltung extra anreisen müssen, was gerade im ländlichen Raum mit teils längeren Fahrtzeiten einhergeht. Dieser Umstand schränkt auch den Spielraum bei der Gewinnung von Gesprächspartner:innen stark ein.

Dennoch bleibt festzuhalten: Präsenzveranstaltungen bieten die Möglichkeit, die Menschen vor Ort zu erreichen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, lokale Partnerschaften auszubauen, Kontakte in die regionale Presselandschaft zu knüpfen und über die Ansprache und Einbindung dieser Medien eine größere Reichweite zu erzielen. Dass diese Möglichkeit des direkten und hierarchiefreien Austausches ab März 2020 entfiel, war nicht nur hinsichtlich der Bürgerdialoge drastisch zu spüren, sondern hatte Auswirkungen auf alle Bereiche der Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit.

Unsere digitalen Bürgerdialoge seit der COVID-19-Pandemie

Erläuterung des Konzepts

Die zunehmende Verbreitung des Coronavirus im Frühjahr 2020 sowie die behördlichen Anordnungen zur Eindämmung des Virus stellten das etablierte Konzept analoger Bürgerdialoge vor massive Herausforderungen und machten die Durchführung der geplanten Präsenztermine unmöglich. Obwohl zu Beginn des Jahres noch Ausweichtermine zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres anvisiert wurden, setzte sich rasch die Überzeugung und der Anspruch durch, Interessierten eine Plattform ohne eine physische Zusammenkunft zu bieten, um weiterhin mit Expert:innen zu europapolitischen Themen diskutieren zu können.

Die als 90-minütige Online-Veranstaltungen konzipierten Bürgerdialoge sind eine konsequente Übertragung der Präsenz-Veranstaltungen in den digitalen Raum. So werden ebenso wie bei den analogen Bürgerdialogen die Bürger:innen in den Mittelpunkt gestellt. Die Zielgruppe ist die breite, interessierte Bevölkerung, sodass eine Bewerbung über Social-Media-Kanäle, über unsere Kreis- und Landesverbände sowie die gezielte Ansprache von relevanten Interessensgruppen und Multiplikatoren sinnvoll ist und sich bewährt hat.

Im digitalen Raum wenden wir durchgängig das Fishbowl-Format an. Bei der Online-Adaption dieser Methode werden die Moderation und zwei bis drei Expert:innen live mit Ton und Bild zugeschaltet. Die Teilnehmenden haben durch die Zuschaltung per Ton die permanente Möglichkeit, mit den Expert:innen unmittelbar ins Gespräch zu kommen. Um trotz hoher Teilnehmendenzahlen, das können durchaus deutlich über 100 Personen sein, ein Höchstmaß an Interaktivität und Einbindung in den

digitalen Dialog zu ermöglichen, werden zusätzlich innovative digitale Partizipationselemente wie die Abstimmungsplattformen »Slido« oder »Mentimeter« eingebunden. Diese digitalen Partizipationselemente kompensieren ansatzweise die im Vergleich zu den Präsenz-Bürgerdialogen geringere und unpersönlichere Interaktion mit den Mitwirkenden.

Alternativ oder zusätzlich kann ein professioneller Livestream über Social Media angeboten werden. Dadurch wird die Reichweite der Veranstaltung erhöht, allerdings auf Kosten der Interaktivität des Events. Wortbeiträge sind nur noch einzelnen Teilnehmenden vorbehalten, stattdessen übernehmen Partizipationstools wie »Slido« eine bedeutendere Rolle.

Bisher haben wir lediglich in zwei Fällen im Rahmen unserer Bürgerdialogereihe – bei hybriden Veranstaltungen – Livestreaming angeboten. Neben den signifikanten Mehrkosten, die ein professionelles Livestream-Angebot über einen Dienstleister verursacht, ist dies vor allem darin begründet, dass wir dem Publikum eine aktive Teilnahme garantieren wollen, was via Livestream trotz digitaler Partizipationstools nur beschränkt möglich ist.

Was unsere digitalen Bürgerdialoge ausmacht

Die größte Stärke der digitalen Bürgerdialoge ist es, dass die Veranstaltungen nicht mehr auf einen lokalen Raum beschränkt sind. Interessierte können ortsunabhängig via Videokonferenz, Chatfunktion und Umfragetools an den Veranstaltungen teilnehmen und müssen keine Anreise mehr bewältigen. Dies öffnet den Raum für neue Zielgruppen. Gleichzeitig erleichtert das digitale Format auch die Teilnahme von Referent:innen, für die eine Anreise zu einem Präsenz-Bürgerdialog zeitlich

nicht möglich wäre, wie beispielsweise mit Blick auf die Brüsseler Europaabgeordneten. Das digitale Format eröffnet uns z.B. die Möglichkeit, grenzüberschreitende Veranstaltungen auszurichten, ohne dass längere Fahrtzeiten sowie Reisekosten für Mitwirkende wie auch Teilnehmende anfallen. So haben wir mit entsprechenden Kooperationspartnern im Jahr 2021 u.a. einen deutsch-französischen sowie einen deutsch-österreichisch-tschechischen Online-Bürgerdialog durchgeführt.

Generell lässt sich feststellen, dass sich durch die Nutzung von Livestream- und Aufnahme-Optionen sowie die nicht ortsgebundene Teilnahme der Wirkungsradius von digitalen Veranstaltungen weit über den Kreis der aktiven Teilnehmenden im Netz steigern lässt – eine Option, die bei Präsenzveranstaltungen in der Form nicht gegeben ist.

Grenzen unserer digitalen Bürgerdialoge

So groß die Vorteile des digitalen Konzepts sind, so sind sie dennoch nicht frei von Hindernissen. Zumindest weniger technikaffine Bürger:innen werden durch digitale Angebote nicht angesprochen und nehmen deshalb nicht an den Online-Bürgerdialogen teil. Die Veranstaltungen sind dadurch deutlich weniger inklusiv als Präsenzveranstaltungen. Darüber hinaus leidet zum einen der persönliche Kontakt zwischen den Teilnehmenden und zum anderen entfallen Möglichkeiten zum informellen Austausch im Vorfeld sowie im Nachgang der Veranstaltungen, die im Rahmen der Präsenz-Bürgerdialoge, beispielsweise durch einen Sektempfang, gegeben sind.

Zudem sind die Beteiligungsmöglichkeiten der Teilnehmenden im digitalen Raum begrenzt. Methoden wie das World Café sind im digitalen Raum nur äußerst aufwendig umsetzbar. Anders als in den

Präsenzveranstaltungen kamen deshalb bislang – von einem Online-Bürgerdialog abgesehen – keine parallelen Kleingruppen zum Einsatz, sondern Diskussionen im Plenum, wodurch die Anzahl an Personen, die zeitgleich zum Dialog beitragen können, limitiert ist. Mit Hilfe von sogenannten »Breakout-Rooms« kann zwar durchaus Kleingruppenarbeit eingerichtet werden, allerdings erfordert diese einen höheren Personalaufwand in Form von Moderator:innen für jede einzelne Kleingruppe. Auch schreckt ein solch stark partizipatives Format auch Teilnehmende ab. Zusätzlich haben sich digitale Veranstaltungen mit einer längeren Veranstaltungsdauer als 90 Minuten bislang nicht als attraktiv für eine größere Zielgruppe erwiesen.

»Die Mischung macht's«

So groß die Herausforderung im Frühjahr 2020 auch war, innerhalb kürzester Zeit anstelle von Präsenzveranstaltungen digitale Formate zu konzipieren, so groß gestalten sich auch die Chancen von Online-Bürgerdialogen. Das Erschließen neuer Zielgruppen und die höhere Verfügbarkeit neuer Referent:innen erweitern die Reichweite der Bürgerdialoge beträchtlich.

Allerdings hat sich auch nach mehr als 1,5 Jahren Pandemie gezeigt, dass weniger technikaffine Bürger:innen nur schwer von digitalen Angeboten zu überzeugen sind. Zudem leidet vor allem der persönliche Austausch unter digitalen Formaten. Insbesondere dieser ist es, der jedoch die größte Stärke der Bürgerdialoge vor Ort ausmacht. Ein Bürgerdialog vor Ort ist seiner digitalen Variante damit an Unmittelbarkeit des Austausches überlegen, ebenso an umsetzbarer Dialogdauer und damit verbundener Gesprächsintensität.

Insbesondere in Zeiten von Versammlungseinschränkungen haben sich die digitalen


Dialoge aber als eine unverzichtbare Ergänzung zu den Präsenzveranstaltungen etabliert. Die Bereitstellung von hierarchie- und barrierefreien Räumen für den Dialog bei gleichzeitiger Maximierung der Reichweite bleibt eine Herausforderung, die nur bei einer Kombination aus digitalen und analogen Angeboten ansatzweise umfänglich bewältigt werden kann. Nur so können möglichst viele Bürger:innen dort erreicht werden, wo Europa beginnt, nämlich vor Ort bei jedem bzw. jeder von uns.

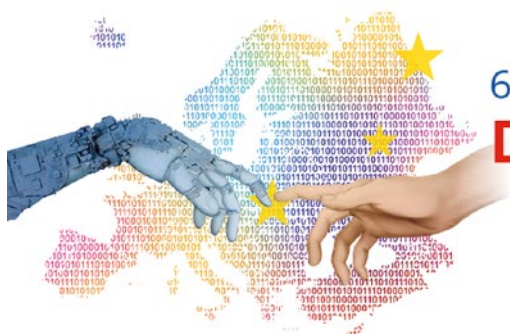
Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 11/2021 vom 25.11.2021.

AUTOR*INNEN

Larissa Montag und Johannes Kohls sind bei der Europa-Union Deutschland e.V. im Bereich der Veranstaltungs- und Projektmanagements mit Schwerpunkt auf der Bürgerdialogreihe »Europa – Wir müssen reden!« tätig.

Weitere Informationen:

 <https://www.europa-union.de/buergerdialoge/europa-wir-muessen-reden>



68. Europäischer Wettbewerb 2021 **Digital EU – and YOU?!**

Kreativ lernend Europa entdecken und mitgestalten – das ist das Ziel des Europäischen Wettbewerbs, der 2021/2022 zum 69. Mal stattfindet. Mit jährlich 85.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an bundesweit rund 1.300 Schulen ist er seit dem Gründungsjahr 1953 nicht nur der älteste, sondern auch einer der renommiertesten Schülerwettbewerbe Deutschlands.

Die Covid-19-Pandemie führt uns eindrücklich vor Augen, wie wichtig die Digitalisierung für unser Zusammenleben in Europa ist. Videokonferenzen, Clouds, Chats und Lernplattformen machen es möglich, dass wir trotz Abstandsgebot gemeinsam lernen und arbeiten können und auch Oma und Opa nicht aus den Augen verlieren. So wurde ausgerechnet die Krise zum Motor, der die Umsetzung der ambitionierten politischen Digitalisierungsziele der EU antreibt.

Der 68. Europäische Wettbewerb, der im vergangenen Schuljahr stattfand, beleuchtete die Perspektive von Kindern und Jugendlichen auf die Digitalisierung: »Digital EU – and YOU?« Wie hat sich die Lebenswelt der Kinder durch die Digitalisierung verändert und kann ein Roboter einen menschlichen Freund ersetzen? Welche kreativen Ausdrucksformen sind erst durchs Internet möglich geworden? Wie haben soziale Medien unsere

Kommunikation verändert? Und welche Auswirkung hat die Digitalisierung auf unsere Umwelt?

Insgesamt 13 Aufgaben für vier Altersgruppen standen zur Wahl. Auch methodisch konnten die Teilnehmenden ihren persönlichen Interessen folgen: Ob Bild, Text oder Video, selbst komponierter Hip Hop, Plakatserie oder Poetry Slam – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Im September wurden die Bundespreisträger erstmalig in einer digitalen Bundespreisverleihung¹ geehrt. Am 68. Europäischen Wettbewerb haben sich 42.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt. Normalerweise wird die Vergabe der Landes- und Bundespreise in bis zu 80 regionalen oder Landespreisverleihungen durchgeführt. Wegen der Corona-Pandemie fielen diese größtenteils aus.

Die digitale Bundespreisverleihung sollte deshalb die gebührende Öffentlichkeit und Würdigung der jungen Künstlerinnen und Künstler nachholen. Die hybride Veranstaltung wurde in einem Webcast-Studio in Berlin aufgezeichnet und live auf Youtube gestreamt. Viele Werke der Preisträgerinnen und Preisträger wurden in kurzen Einspielern präsentiert. Einige

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=XghsZekrfCw>

Wettbewerbsarbeiten wurden außerdem im Rahmen der Veranstaltung live von den Schülerinnen und Schülern vorgestellt.

Der 69. Europäische Wettbewerb 2022 fragt nach unserem ökologischen Fußabdruck in Europa: Was können Kinder an ihren Schulen konkret für den Umweltschutz tun? Was macht eine Landwirtschaft aus, in der es Menschen, Tieren und Pflanzen gleichermaßen gut geht? Wie lassen sich Nahrungsmittel und andere Produkte so produzieren, dass möglichst wenig Ressourcen verbraucht werden? Was sollten wir in Zukunft in Europa anders machen?

Der Europäische Wettbewerb lässt sich durch seine Offenheit in zahlreiche Schulfächer integrieren – z.B. Kunst, Deutsch oder Fremdsprachen, Politik und Geschichte, Musik und Theater. Er richtet sich ausdrücklich an alle Altersgruppen und Schulformen und berücksichtigt den individuellen Lernhintergrund der Teilnehmenden in der Jurierung.

Ziel des Europäischen Wettbewerbs ist es, Kinder und Jugendliche zu einer eigenständigen und kreativen Auseinandersetzung

mit aktuellen europäischen Themen zu ermutigen. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Auswärtigen Amt, der KMK und den Kultusbehörden der Länder gefördert.

AUTOR*INNEN

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) ist das größte Netzwerk für Europapolitik in Deutschland. Als überparteilicher Zusammenschluss von über 250 Interessengruppen aus Gesellschaft und Wirtschaft fühlt sich das Netzwerk EBD einem klaren pro-europäischen Auftrag verpflichtet. Das größte Netzwerk für Europapolitik in Deutschland. Gegründet 1949.

Weitere Informationen:

🌐 Best Of-Video des 68. Europäischen Wettbewerbs: <https://www.youtube.com/watch?v=h4d94rO6tDc>

🌐 Imagefilm des Europäischen Wettbewerbs: <https://www.youtube.com/watch?v=KpwC7r9wMWA>

🌐 Europäischer Wettbewerb: <https://www.europaeischer-wettbewerb.de/>

ÁLVARO TORRES

4-1 ÖKOBILANZ EINES KLICKS¹

Einführung und Argumentation

Klick>_

Diese Arbeit kostete 10 237 Klicks. Jeder einzelne Klick zerstört die Umwelt.

Digitalisierung: die digitale Revolution und Transformation einer Gesellschaft. Jeden Tag streamen, surfen, bestellen online, chatten, spielen, amüsieren wir uns, lernen, informieren wir uns, kommunizieren, suchen wir Hilfe, verbinden wir uns... im Internet. Das Internet ist für uns ein ständiger Begleiter geworden. Das Internet hat Europäer verbindet und vernetzt und ist ein Schlüssel in vielen Lebensbereiche von Arbeit bis zur Gesundheit und soziales Leben. Diese Maß-Digitalisierung in meisten Lebensbereiche kann aber auch Auswirkungen und Folgen im Umwelt haben. Die große Frage ist also: Ist die Digitalisierung gut oder eher schlecht für die Umwelt? Diese Frage ist zwar kontrovers hat aber starke Argumente auf beiden Seiten. Welche Ökobilanz hat ein »Klick«? Welche Chancen und Risiken gibt es denn?

Europa ist digitalisiert. Das ist positiv. Aber diese große Digitalisierung mit positiven Auswirkungen in allen Lebensbereichen hat aber auch negative Konsequenzen auf die Umwelt. Trotzdem kann sie auch eine

Hilfe für die Effizienz der Arbeit gegenüber der Umwelt sein.

Als erstes spricht, dass wegen des Internets und Maß-Digitalisierung in ganz Europa ist das Leben viel effizienter gewesen. Mit Hilfe neue Technologien können wir schneller Arbeiten, mehr Daten speichern und sammeln, Systeme und Aufträge viel effizienter steuern und fertigstellen. Beispiel davon sind die Remote-Desktops-Apps *TeamViewer* und *Microsoft Teams* die uns helfen Desktops zu teilen, Online-Konferenzen zu machen und Dateiübertragung zwischen Computern laufen zu lassen. Videokonferenz-Plattformen, wie *Zoom* oder *Skype* haben uns auch gezeigt, dass wir eigentlich nicht Geschäftsreisen machen müssen. Alles wegen dieser »Covid-Zeiten«. Dabei werden Emissionen von Autos und Flugzeuge bedeutend weniger. Außerdem können wir mithilfe der digitalisierten Welt Energie sparen und es viel effizienter benutzen. Das ist eine wesentliche Chance der ganzen Digitalisierung in Europa die uns täglich helfen kann. Andererseits, Konsequenz der Informations- und Kommunikationstechnologien, z.B. Computers, Rechenzentren u.a., ist die Energieverbrauch auch stark gestiegen. Ein Beispiel davon ist z.B. die Rechenzentren im Frankfurt, die mehr Energie als der Frankfurter Flughafen verbrauchen, etwa 20 Prozent der städtischen Energie. Dieses Risiko kontrastiert ganz stark mit der positiven Auswirkung der Digitalisierung in unseren europäischen Leben. Studien sagen, dass heute im

¹ Der Beitrag ist im Original ohne redaktionelle Korrekturen abgedruckt.

Vergleich zu 2010 37% mehr Energie für die Digitalisierung verbraucht wird.

Wie schon erwähnt ist die Digitalisierung sehr positiv für die Gesellschaft, wo es einen positiven Einfluss in fast alle Lebensbereiche gab. Außerdem wirkt die Digitalisierung auch sehr positiv in der Wirtschaft da die Effizienz in vielen Bereiche, z.B. Robots in Fabriken, die die Kosten reduzieren und die Profite erhöhen. *Amazon* und *Tesla*, zwei US-Riesenfirmer benutzten schon viele Robots in ihren Fabriken und Lagern. Diese Beschleunigung und Fortschritt der Wirtschaft wirken eher negativ und zerstörend in der Umwelt. Regenwälder wie Amazonas («die Lunge der Erde») werden zerstört, Emissionen steigen stark an und unseren Wässern werden immer mehr schlecht benutzt und verschmutzt. Zusätzlich werden natürliche Ressourcen wie Erdöl (fossile Brennstoffe), Wasser (süß und sauber) und Holz (Wälder) immer knapper. Im Endeffekt gibt es der Gefahr, dass die Umwelt und Ökosystem umkippen und für immer zerstört und beschädigt bleiben.

Als nächstes kann man sagen, dass wegen der Digitalisierung wir eine bessere Ökobilanz haben. Diese verbesserte Ökobilanz ist Konsequenz einer Massen-Verlagerung zu erneuerbaren Energiequellen/-ressourcen, wie z.B. Sonnenenergie, Wasserkraft, Windenergie und Erdwärme. Unglücklicherweise gibt es auch eine Erhöhung der Nachfrage wegen der Effizienzgewinne und der neuen erneuerbaren Energien. Diese große Nachfrage und Konsum von Energie führt zu Elektroschrott («Elektrische Müll») und eine Erhöhung der Emissionen. Am Ende leidet der Umwelt unter den Folgen.

Als letztes kann man behaupten, dass die Massen-Datensammlung und die Vernetzung und Verbindung der Europäer durch Sozialmedien-Plattformen ein unglaubliches Potenzial haben. Mit so eine

Situation könnten wir uns besser über weltweiten Problemen die uns alle betreffen informieren und uns mit Personen die denselben Idealen als uns haben verbinden und Ideen austauschen und in der Aktion gegen Probleme eintreten und Projekte erstellen, z.B. Umweltschutz oder umweltfreundlichen Digitalisierung. Allerdings ist dieser Beitritt unglücklicherweise nicht groß einerseits wegen der Angst der Invasion persönlicher Daten, andererseits wegen der schlechten Zugänglichkeit und wenig Anreiz.

Zusammenfassend ist Digitalisierung ein Freund für uns da diese unsere Leben vereinfacht und uns Europäer verbindet. Es hat ein sehr großes Potenzial mit vielen Chancen die wir gut genießen sollten. Sie hilft uns beim Sparen von Energie und macht unsere Leben viel effizienter, außerdem verfügt sie uns eine Chance zur Verbindung, zur Erfindung von Projekten und zu dem Kampf gegen Probleme in der Gesellschaft. Trotzdem ist es auch eine prominente Gefahr zur Umwelt. Auch wegen der Digitalisierung werden Ressourcen knapper, Emissionen höher und das Energieverbrauch stärker. In einem Satz ist Digitalisierung kurzfristig gut für unsere Gesellschaft aber langfristig tragisch für unsere einzige »Haus«, die Erde. Unglücklicherweise ist die negative Seite schwerer als die positive.

Klick>_

Chancen und Risiken: Lösungen

Was können wir gegen diese Gefahr tun und wie können wir diese Situation verbessern? Diese Frage habe ich mir lange gestellt und habe glücklicherweise einigen Lösungen und Ideen gefunden.

Wie zuvor erwähnt hat Digitalisierung unzählige Chancen aber auch unzählige

TORRES: 4-1 ÖKOBILANZ EINES KLICKS

Risiken für die Umwelt. Das Sparen von Energie und effizientes Benutzen von diese, die positive Auswirkung in der Wirtschaft, die bessere Ökobilanz und die Massen-Datensammlung und die Vernetzung und Verbindung der Europäer durch Sozialmedien-Plattformen sind großartige Chancen der Digitalisierung Europas. Der starke Energieverbrauch, die Zerstörung der Umwelt und die Knappheit natürliche Ressourcen und die Erhöhung der Energie-Konsum sind hingegen gefährliche Risiken der digitalisierten Gesellschaft.

Wie können wir Europäern lehren das Internet gut und umweltfreundlicher zu benutzen. Wie können Leute mehr bewusst über die Konsequenzen der Digitalisierung in der Umwelt sein? Wie können Leute mit diesem Handlungsbedarf korrespondieren? Das alles sind Fragen die wir uns stellen sollten.

Zuerst und als wichtigste Aspekt sollte man Leute gut informieren lassen. D.h. alle sollten sensibilisiert über die Problematik sein. Mit unserem Freund, das Internet oder *World Wide Web*, ist das heutzutage teilweise möglich. Teilweise, weil es auch viele falsche und blöde Information (*fake news*) gibt. Wenn die Gesellschaft sensibilisiert und auch vielleicht ängstlich ist dann können wir zum zweiten Schritt kommen.

Als zweiter Schritt haben wir den Anreiz an die Partizipation. Die Gesellschaft muss in Richtung eines umweltfreundlichen Lebensstiles ausgebildet werden. Wir müssen ein mehr ökologisches Konsum haben und wir müssen recyceln. Regeln in europäische Parlamente müssen entstehen. Eine Trendwende muss passieren. Wie kann das denn entstehen? Die Antwort liegt in unsere Smartphones. Wie schon gesagt haben Soziale Netzwerke ein sehr großes Potenzial zum Zugang

zu Menschen: Milliarden von uns benutzen sie täglich, kostenlos, jederzeit, irgendwo. Ja und?

Kommen wir zum dritten und letzten Schritt, die Handlung. Soziale Netzwerke wie *Instagram, Facebook, WhatsApp, Twitter, YouTube* spielen eine sehr große Rolle in unseren Leben. Wir kommunizieren mit hunderten oder tausenden von Menschen und Information kommt in verschiedenen Formen und Größen. Daher ist es leicht Benutzer zu informieren, anzureizen, anzusprechen. Mit Sozialmedien-Plattformen ist es möglich Bewegungen und Projekte sowie Leute über der Gefahr der Digitalisierung zur Umwelt informieren und sensibilisieren. Beispiele davon sind *Greenpeace* oder die Bewegung *Fridays for Future* gegründet von Aktivistin Greta Thunberg. Folglich können wir uns Europäer in diesen Kampf verbinden.

Das ist ein Kampf die von uns abhängt und dazu müssen wir auch unseren Gewohnheiten bezüglich der Digitalisierung und Technologie verändern. Die Digitalisierung der Gesellschaft kann uns dabei helfen Energie zu sparen und es effizienter zu benutzen aber auch gegen größeren Regierungs- und Unternehmensproblemen gegenüber der Zerstörung der Umwelt zu kämpfen. Außerdem ist es auch eine Gelegenheit Europäer in diesen Pandemie- und Lockdown-Zeiten zu verbinden und zusammen zu halten. Die Digitalisierung hat uns etwas Hervorragendes mitgebracht, nämlich Videoanrufe. Diese wurden während des Lockdowns stark benutzt, z.B. *Zoom*. Auch jetzt können wir diese benutzen um uns zu unterhalten, verbinden und zusammenhalten über die Gefahren der Digitalisierung um wie wir die Chancen besser genießen können. Nicht einmal eine Pandemie kann uns stoppen zusammen zu halten. Alles wegen Digitalisierung und das Internet.

Wie gesagt sind Sozial-Netzwerke eine Chance der Digitalisierung um der Umwelt zu verbessern, wenn sie richtig und wirksam benutzt werden. Trotzdem ist der zentralen Gelegenheit die erneuerbaren Energien. Meine Meinung nach, sollten diese 100% benutzt werden. Diese sollte Europas Ziel sein. Und wir Europäer können zusammen etwas dafür machen.

Gedicht: ein Akronym

Klick.
Digitalisierung ist gut?
Ist trotzdem auch langfristig infernalisch
schlecht, irreversibel?
Es ruiniert die Umwelt.
Nicht gut!
Und!?
Malus, weltvorteilhaft?
Es liegt tendenziell.
Verwenden wir die Digitalisierung,
um in der Zukunft in eine bessere Welt zu
sein.
Klick.

QUELLEN

- https://www.europaeischer-wettbewerb.de/wp-content/uploads/2021/05/EBD_EW_21_ZahlenFakten_LY04.pdf
- <https://www.swr.de/wissen/odysso/index.html>
- <https://www.polarstern.ch/digitalisierung-umwelt-auswirkungen/>
- <https://digital-magazin.de/der-einfluss-der-digitalisierung-auf-das-klima/>
- <https://gruene-bocholt.de/oekobilanz-eines-klicks/>

AUTOR

Álvaro Torres, in Porto Schüler (11A) an der Deutschen Schule Colégio Alemão do Porto, war Teilnehmer des 68. Europäischen Wettbewerbs »Digital EU – and YOU?« und Gewinner eines Landespreises für die deutschen Schulen im Ausland.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18 , 10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 629 801-10

✉ info@b-b-e.de

🌐 <https://www.b-b-e.de>

📘 Facebook: <https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement/>

🐦 Twitter: https://twitter.com/BBE_Info

REDAKTION DER PUBLIKATION

Nino Kavelashvili, Dr. Rainer Sprengel

REDAKTION DER REIHE

PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

SATZ/LAYOUT

Cornelia Agel (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM

Dezember 2021

ISBN 978-3-948153-19-9

Die Erarbeitung der vorliegenden Publikation erfolgte im Rahmen der Tätigkeit der BBE Geschäftsstelle gGmbH. Die Arbeit der Geschäftsstelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.


ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-tägig über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen Autor*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

 <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/>

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter Europaexpert*innen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

 <https://www.b-b-e.de/europa-nachrichten/>

INFOLETTER

Der Infoletter informiert anlassbezogen über Aktivitäten zur Vorbereitung und Durchführung der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, hält über Neuigkeiten, Termine, Aktionen und Materialien der Kampagne »Engagement macht stark!« auf dem Laufenden und stellt Engagement-Projekte vor. Zusätzlich erscheinen zu den drei jährlichen Themenschwerpunkten SonderInfoletter, die die Schwerpunkte inhaltlich begleiten und fachlich untersetzen.

 <https://www.engagement-macht-stark.de/downloads/infoletter/>

NEWSLETTER-ABO

 www.b-b-e.de/newsletter-abo